

DER DISKURS ÜBER AUSLÄNDISCHE  
EINFLÜSSE AUF CHINAS  
„DEMOKRATIE-BEWEGUNG“ VON  
1989

SOZIALE BEWEGUNGEN ALS  
PROJEKTIONSFLÄCHE POLITISCHER  
IDEOLOGIE

---

Inauguraldissertation zur Erlangung der  
Doktorwürde der Philosophischen Fakultät  
der Universität Heidelberg

**Vorgelegt von:** Birte C. Herrmann

**Erstgutachterin:** Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch

**Zweitgutachterin:** Prof. Dr. Barbara Mittler

Heidelberg, den 24. Juli 2012

## Danksagung

An erster Stelle möchte ich der Deutschen Forschungsgesellschaft DFG danken, die diese Arbeit im Rahmen der Exzellenzinitiative am „Cluster Asia and Europe“ in Heidelberg ermöglicht hat. Ohne das lebendige interdisziplinäre Umfeld des Clusters hätte sich mein Dissertationsprojekt in dieser Form nicht realisieren lassen.

Dank gebührt meinen Doktormüttern, Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch und Prof. Dr. Barbara Mittler, die mir den Wert akademischer Arbeit verdeutlichten und wertvolle Einblicke in die Realitäten deutscher Hochschulen vermittelten. Des Weiteren möchte ich Dr. Kerstin von Lingen und Oliver Lamers, den Betreuern des „Graduate Program for Transcultural Studies“ für ihre Geduld, ihre Korrekturen und Verbesserungsvorschläge danken. Mein besonderer Dank gilt Hasan Ashraf und Ravi Baghel für ihre theoretischen Einsichten, die mir stetig zu neuen Ideen und Einsichten verhelfen. Auch Mareike Ohlberg und Verena Birkhold standen mir bei sinologischen Fragen immer wieder hilfreich zur Seite.

Zwei weitere Personen, die meinen akademischen Alltag am Cluster „Asia and Europe“ durch ihr Engagement und ihre Freundlichkeit immer wieder erleichtert haben, sind Petra Kourschil und Christian Porsche. Ein weiterer Dank gebührt meinen Kolleginnen und Kollegen des „Graduate Program for Transcultural Studies“, die mich immer wieder aufmunterten und motivierten, wenn ich in meiner Forschung auf Schwierigkeiten stieß.

„History does not allow rules; only outcomes.“

(David Mitchell, *Cloud Atlas*)

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen .....	2
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>3</b>
1.1. Chinas „Demokratie-Bewegung“ im westlichen Gedächtnis.....	3
1.2. Fragestellung und Struktur .....	6
1.3. Forschungsstand: Historiographie jenseits des Nationalstaats .....	11
1.4. Quellen und Methode.....	23
<b>2. Globalisierung, soziale Bewegungen und die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit .....</b>	<b>29</b>
2.1. Globalisierungsprozesse: Ein Definitionsversuch .....	29
<i>Globalisierung und die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft</i> .....	33
<i>Neoliberaler Wandel und soziale Unzufriedenheit in China</i> .....	34
<i>Globalisierung und Ideologie</i> .....	39
2.2. <i>Soft Power</i> : Propaganda im Zeitalter der Globalisierung.....	41
<i>Propaganda und Radiopropaganda</i> .....	41
<i>Propaganda im globalisierten Zeitalter: Soft Power</i> .....	45
2.3. Die Effekte von Globalisierung auf soziale Bewegungen.....	50
<i>Diffusion</i> .....	53
<i>Hierarchische Modelle und Nachbarschaftsmodelle</i> .....	54
<i>Das Barriere-Modell</i> .....	55
2.4. Die Entstehung einer „transnationalen Öffentlichkeit“ .....	56
<i>Kontakt mit dem Ausland und kulturelle Krise</i> .....	61
<i>Chinesische Studenten im Ausland</i> .....	62
<i>„Soziale Fieber“</i> .....	65
<i>Entwicklung der Medienlandschaft und Journalismus-Reform</i> .....	68
Zusammenfassung.....	73
<b>3. Zentrale Subjekte des Diskurses.....</b>	<b>75</b>
3.1. <i>Soft Power</i> -Instrumente des Kalten Krieges .....	77
<i>Der „BBC World Service“</i> .....	77
<i>Die „Voice of America“ (VOA)</i> .....	84
3.2. Die chinesischen Aktivisten .....	95
Zusammenfassung.....	104
<b>4. Analyse: Der Diskurs über die Rolle ausländischer Einflüsse .....</b>	<b>107</b>
4.1. Überblick über die Proteste 1986/87 und 1989 .....	107
4.2. Phasen des Diskurses.....	116
<i>Frühphase (Dezember 1986 bis 13. Mai 1989)</i> .....	116
<i>Der Besuch Gorbatschows in Beijing (13. Mai bis 18. Mai 1989)</i> .....	121
<i>Kriegsrecht (20. Mai bis 3. Juni 1989)</i> .....	136
<i>Nach der militärischen Niederschlagung (4. Juni 1989)</i> .....	137
<i>Zusammenfassung</i> .....	147
4.3. Widersprüche .....	150
<i>Der „kulturelle Einfluss der USA“</i> .....	150
<i>Referenzbewegungen und der globale Kontext der Demonstrationen</i> .....	157
<i>Die Forderungen der Aktivisten</i> .....	160
<i>Chinesische Berichterstattung über den Reformprozess in der UdSSR</i> .....	176
<i>Darstellung ausländischer Einflüsse durch die chinesische Regierung</i> .....	186
<i>Zusammenfassung</i> .....	189
4.4. Historische Rückgriffe seitens der Aktivisten .....	192

<i>Referenzen zur chinesischen Geschichte</i> .....	194
<i>Die Selbstverortung der Aktivisten in der Weltgeschichte</i> .....	200
<b>5. Diskussion und Fazit</b> .....	<b>226</b>
<b>Glossar chinesischer Begriffe</b> .....	<b>237</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>240</b>

## Abkürzungen

BBC – The „British Broadcasting Corporation“

CSM – The *Christian Science Monitor*

NYT – The *New York Times*

RMRB – *Renmin Ribao* 人民日报 („The People’s Daily“)

VOA – The „Voice of America“

WP – The *Washington Post*

WSJ – The *Wall Street Journal*

BeiDa – *Beijing Daxue* 北京大学 (Peking Universität)

# 1. Einleitung

## 1.1. Chinas „Demokratie-Bewegung“ im westlichen Gedächtnis

Selbst 20 Jahre nach der blutigen Niederschlagung der Proteste auf dem Tian'anmen-Platz (*Tian'anmen guangchang* 天安门广场) in der chinesischen Hauptstadt Beijing erregen die Ereignisse noch das politische Gemüt der westlichen Öffentlichkeit. So fanden sich am 4. Juni 2009 in nahezu allen deutschen Medien Berichte über die Demonstrationen des Jahres 1989, die wichtige Einblicke in den bis heute anhaltenden Diskurs über die Rolle ausländischer Einflüsse auf die Bewegung zulassen.<sup>1</sup> Der Journalist Richard Herzinger schrieb am 4. Juni 2009 für *Welt Online*:

„Obwohl das Gedenken an die Niedermetzelung der Demokratiebewegung von 1989 in den westlichen Medien durchaus hoch gehalten wird, hat sich zu diesem Ereignis im Bewusstsein der Öffentlichkeit doch weitgehend die Lesart der chinesischen Regierungspropaganda durchgesetzt. [...] Wer immer sich heute bei uns als ‚realistischer‘ Kenner chinesischer Verhältnisse darstellen will, blickt mit einer gewissen mitleidigen Rührung auf die Demokratie-Enthusiasten des Jahres 1989, die im Zentrum der Macht Chinas eine Freiheitsstatue aufgestellt und damit gezeigt hätten, dass sie in naiver Weise westliche Verhältnisse auf eine chinesische Kultur übertragen wollten, der solche Verhältnisse in ihrem tiefsten Wesen fremd seien.“<sup>2</sup>

Dieser Darstellung setzte Herzinger entgegen, es habe sich bei den Demonstranten lediglich um „die Spitze einer breiten Massenbewegung, die in Beijing eine Million Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung und aus dem ganzen Land auf die Straße brachte“ gehandelt. Er schlussfolgerte daher, der sich in China abzeichnende „beeindruckende Wille zu demokratischer Veränderung“ sei keineswegs das Resultat westlicher Einflussnahme gewesen, sondern vielmehr „aus dem Innersten der chinesischen Gesellschaft selbst“ entsprungen. Daher betonte der deutsche Journalist,

---

<sup>1</sup> Wenn in dieser Arbeit von „westlichen Einflüssen“ auf die Proteste in China 1989 die Rede ist, so impliziert dies keineswegs das tatsächliche Vorhandensein von monodirektionalen Einflüssen. Der Ausdruck „westliche Einflüsse“ ist vielmehr kulturimperialistischen Tendenzen der westlichen Beobachter geschuldet. Wie im Laufe dieser Arbeit noch gezeigt werden wird, handelte es sich vielmehr um multidirektionale Diffusionsprozesse und eine Hybridisierung des transkulturellen Imaginärs. Da der Topos „westliche Einflüsse“ jedoch zentral für den Diskurs über die Bewegung war, wird er in dieser Arbeit verwendet.

<sup>2</sup> Richard Herzinger, „Im Reich der Mitte keimt die Idee der Demokratie“, 4. Juni 2009, <http://www.welt.de/politik/article3857875/Im-Reich-der-Mitte-keimt-die-Idee-der-Demokratie.html>. (Zugriff am 30.03.2012).

die Ideen der chinesischen Demokraten gören auch 2009 im Innersten der chinesischen Gesellschaft weiter, denn sie seien „keine abstrakten, aus dem Westen importierten Gedanken, sondern originär chinesische.“

Herzingers Artikel ist nur ein Beispiel für eine Vielzahl von Berichten aus dem Jahr 2009, in denen westliche Medien an die Demonstrationen erinnerten, die bis heute als „pro-westliche Demokratiebewegung“ mythologisiert werden.<sup>3</sup> Das Thema, so scheint es, ist bis heute relevant und prägt das westliche China-Bild. Der Beitrag des deutschen Journalisten zum 20. Jahrestag der militärischen Räumung des Tian’anmen-Platzes verweist auf einen grundlegenden Konflikt im Diskurs über die Bewegung: die Rolle ausländischer Einflüsse und die politische Orientierung der Aktivisten.

Die westliche Berichterstattung über die Ereignisse wirft eine Vielzahl an Fragen auf, die im Laufe dieser Arbeit zu beantworten sind: Errichteten die Aktivisten tatsächlich eine „Freiheitsstatue“ auf dem Tian’anmen-Platz? Welche Rolle spielte es, ob ihre Ideen „aus dem Westen importiert“ oder „originär chinesisch“ waren? Welche ideologischen Prämissen und Intentionen lagen hinter dieser Art der kulturellen Verortung? Waren die Aktivisten tatsächlich „pro-westlich“ orientiert? Ist es überhaupt gerechtfertigt, sie als „Demokraten“ zu bezeichnen? Handelte es sich bei den Protesten tatsächlich um eine „breite Massenbewegung“ mit Millionen von Anhängern aus allen Bevölkerungsschichten? Und abschließend, worin liegt das anhaltende Interesse der westlichen Medien an diesem Ereignis begründet, das in Chinas Öffentlichkeit selbst kaum noch eine Rolle spielt?<sup>4</sup>

Herzingers Artikel zeigt, dass die Frage nach den Ursprüngen politischer Ideen auch in einer Zeit steigender kultureller Verflechtungen von grundlegender Bedeutung für die Darstellung sozialer Bewegungen ist – eine Tatsache, die sich auch an dem Enthusiasmus erkennen lässt, mit dem westliche Medien die sozialen Bewegungen in der arabischen Welt Anfang 2011 als „Demokratie-Bewegungen“ deklarierten. „[D]ie Botschaft der tunesischen Jasminrevolution“, erklärte *Welt Online* am 28. Januar 2011,

---

<sup>3</sup> In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Ereignissen in China 1989 ist der Begriff „Demokratie-Bewegung“ bereits seit den frühen 1990ern umstritten, siehe Elizabeth J. Perry: Casting a Chinese Democracy Movement. The Role of Students, Workers and Entrepreneurs, in: Jeffrey Wasserstrom/dies. (Hrsg.), *Popular Protest and Political Culture in Modern China*, Boulder 1992, S. 146-164 oder Timothy Cheek: From Priest to Professionals. Intellectuals and the State under the CCP, in: Wasserstrom/Perry 1992, S. 124-145.

<sup>4</sup> Obwohl in der chinesischen Öffentlichkeit kein freier Diskurs über die Ereignisse möglich ist, fordern verschiedene Gruppen in Hongkong und den USA eine Aufarbeitung der Ereignisse. Eine dieser Gruppen ist die der „Tian’anmen Mütter“. Diese verlangen eine Einstufung der Ereignisse als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, eine Namensliste der Opfer und deren posthume Rehabilitation, eine öffentliche Untersuchung der Ereignisse und eine Entschuldigung der Verantwortlichen bei den Angehörigen. Siehe: <http://www.tiananmenmother.org> (letzter Zugriff am 29.04.2012).



„ist klar und deutlich: Demokratie – und die liberale politische Ordnung, auf der sie gründet – ist nicht bloß ein westliches Konzept (oder eine westliche Verschwörung), sondern erfreut sich weltweiter Beliebtheit und zwar aufgrund der Sehnsucht nach ‚Anerkennung‘.“<sup>5</sup>

Die hier mit Bezug auf Tunesien aufgegriffenen zentralen Topoi lassen sich auch in der Beschreibung der „Demokratie-Bewegung“ in China von 1989 finden. Ähnlich wie in Herzingers Artikel über China betonte *Welt Online* auch für die Demonstrationen in Tunesien 2011 die Bedeutung westlicher politischer Werte:

„Tatsächlich verkörpert die ‚Jasminrevolution‘ alle Grundsätze der liberalen politischen Ordnung, die der Westen seit der Atlantik-Charta des Jahres 1941 propagiert: Sehnsucht nach Freiheit, Chancen und Rechtsstaatlichkeit. Überdies war die Revolution in Tunesien hausgemacht und nicht als Teil eines gewaltsamen Machtwechsels importiert.“<sup>6</sup>

Mit einem in beiden Fällen frappierend ähnlichen Argumentationsmuster hob *Welt Online* die Ausstrahlungskraft westlicher demokratischer Ideen hervor und deklarierte die Ereignisse in China und Tunesien als „Demokratie-Bewegung“. In beiden Fällen wurde jedoch darauf beharrt, dass diese demokratischen Ideen ihre Sprengkraft in den jeweiligen Ländern von *innen* heraus entfachten und nicht etwa durch äußeren Zwang.

Was lässt sich aus diesen Parallelen in der Berichterstattung über eine soziale Bewegung 1989 in einem sozialistischen und 2011 in einem islamisch geprägten Staat schließen? Auch Demokratie ist eine Ideologie – eine Ideologie, deren Vertreter immer wieder die Überlegenheit und Anziehungskraft ihres politischen Systems bestätigen müssen. Soziale Bewegungen im Ausland bieten dafür einen willkommenen Anlass, insbesondere wenn es sich um Bewegungen in als „anti-demokratisch“ dargestellten Regierungssystemen handelt. Während 1989 noch der Kommunismus als Hauptgegner der westlichen Demokratie inszeniert wurde, fokussiert sich diese Form der ideologischen Dichotomisierung 20 Jahre später vorrangig auf die sogenannte islamische Welt. Doch obwohl sich die politischen Gegner geändert haben, steht die Frage nach den politischen Ursprüngen und kulturellen Inspirationsquellen weiterhin im Zentrum des Diskurses

---

<sup>5</sup> Pierre Buhler: Tunesien gibt der Welt eine Lektion in Demokratie, in: *Welt Online*, 28.01.2011, <http://www.welt.de/debatte/die-welt-in-worten/article12370300/Tunesien-gibt-der-Welt-eine-Lektion-in-Demokratie.html> (letzter Zugriff am 23.05.2012).

<sup>6</sup> Ebd.

über soziale Bewegungen im Ausland.<sup>7</sup> Bezüge zu Protesten jenseits der eigenen nationalstaatlichen Grenzen werden von Medien und Institutionen genutzt, um die politischen Ziele von Aktivisten zu bestätigen oder zu diskreditieren. Diese Art von Referenzen spielen jedoch nicht nur im Diskurs *über* soziale Bewegungen eine zentrale Rolle, sondern werden zudem von Aktivisten gezielt eingesetzt, um politische Botschaften zu transportieren und ihren Konflikt kulturgeschichtlich zu verorten. Dies ist das Thema dieser Arbeit.

## 1.2. Fragestellung und Struktur

Im Frühsommer des Jahres 1989 blickte die Welt nach China. Die Demonstrationen in Beijing wurden durch Fernsehbilder, Radionachrichten und Zeitungsartikel an ein globales Millionenpublikum übertragen. Zahlreiche Menschen in aller Welt verfolgten gebannt die Ereignisse, die häufig wie ein manichäischer Konflikt zwischen wagemutigen demokratischen Aktivisten und einer repressiven sozialistischen Regierung präsentiert wurden. Neben den tatsächlichen Ereignissen in Beijing entstand somit der Mythos einer „pro-westlichen Demokratiebewegung“, der sich bis heute beharrlich in der westlichen Medienberichterstattung über China hält.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der politischen Instrumentalisierung sozialer Bewegungen. Die Demonstrationen in China vom Frühsommer 1989 dienen als Fallstudie, die sich auf die Repräsentation der Ereignisse durch die Aktivisten, die westlichen Medien und die politische Führung der Kommunistischen Partei China (KPCh) konzentriert. Während sich die meisten wissenschaftlichen Ansätze bisher entweder auf politische Aspekte, kulturelle Einflüsse oder Fragen der rituellen Inszenierung konzentrierten, hebt die vorliegende Arbeit die Interaktion dieser Faktoren hervor.<sup>8</sup> Da die chinesischen Aktivisten mit der Außenwelt interagierten und kontinuierlich den Bezug ihres eigenen politischen Konfliktes zu Ideen und Vorbildern jenseits Chinas verhandelten, siedelt sie sich an der Schnittstelle zwischen China und der Außenwelt an.

Die Frage nach den kulturellen Ursprüngen und internationalen Vorbildern der Demonstrationen avancierte 1989 zum Brennpunkt einer Kontroverse zwischen den

---

<sup>7</sup> Trotz neuer politischer Gegner bleibt die politische Taktik gleich: Handlungen auf dem Parkett der internationalen Politik lassen häufig die Vermutung zu, dass demokratische Motive betont werden, um die darunterliegenden ökonomischen Motive in den Hintergrund zu drängen. Eines der aktuellsten Beispiele hierfür bietet die „demokratische Intervention“ westlicher Industrienationen in Libyen vom März 2011, die befürchten lässt, dass sie wesentlich mehr vom Zugang zu Energiequellen, als von humanitären Idealen inspiriert war.

<sup>8</sup> Auf die bisherige wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema wird in Kapitel 1.3 noch im Detail eingegangen werden.

verschiedenen Interessengruppen, die auf Basis von Michel Foucaults Arbeiten zur Diskursanalyse untersucht werden wird. In diesem Diskurs war die Bewertung der Bewegung (die von westlichen Medien schon früh als „Demokratie-Bewegung“ portraitiert wurde) von zentraler Bedeutung. Diese Sichtweise ist jedoch kritisch zu hinterfragen, da sie – wie diese Arbeit zeigen wird – häufig aus durchschaubaren politischen Motiven vorgenommen wurde.

Eine Schlüsselrolle im Diskurs über ausländische Einflüsse auf die Bewegung und die „Natur“ der Proteste spielten sogenannte *Cultural Brokers*, die Ideen, Praktiken oder Symbole von einem kulturellen Kontext in den anderen übersetzten. Bei diesen handelte es sich sowohl um Radiosender, wie den „Chinese Service“ der britischen BBC und die „Voice of America“, das offizielle Organ der US-Regierung, als auch um die chinesischen Aktivisten, die auf bestimmte Symbole zurückgriffen. Gleiches gilt für die westlichen Journalisten, die versuchten die Ereignisse in Beijing ihrem Heimatpublikum zu erklären. Die Analyse des Diskurses über die kulturellen Ursprünge der Proteste lässt nicht nur Erkenntnisse über Demokratie als Dispositif zu, sondern verdeutlicht wie die Ereignisse in China 1989 von verschiedenen Interessengruppen politisch instrumentalisiert wurden. Wie diese Arbeit zeigen wird, war dieser Diskurs hochgradig dynamisch und geprägt von wechselseitigen Interaktionsprozessen zwischen den verschiedenen Gruppen. Vor diesem Hintergrund kann er nur durch die Einbeziehung mehrerer untergeordneter Fragestellungen erfasst werden: Welche Akteure bezogen sich auf welche Referenzbewegungen? Wie kommunizieren soziale Bewegungen und wie schlägt sich das Wissen über andere soziale Bewegungen in ihrem Protestrepertoire und ihren Taktiken nieder? Welche Akteure versuchten 1989 aus welchen Gründen den Diskurs von außen zu beeinflussen? Mit welchen Mittel geschah dies?

Die Resultate der Diskursanalyse implizieren, dass soziale Bewegungen weder isoliert aus nationalstaatlicher, noch aus einer rein kulturellen, ökonomischen oder politischen Perspektive betrachtet werden können. Sowohl die Aktivisten als auch die *Cultural Brokers* nutzten in ihrem strategischen Framing Elemente aus diesen Sphären um simultan oder in Reaktion auf bestimmte Ereignisse verschiedene Zielgruppen anzusprechen. So verwiesen die Aktivisten und Aktivistinnen beispielsweise auf die „Vierte-Mai-Bewegung“ des Jahres 1919, um sich für ein chinesisches Publikum in die Tradition patriotischer Studentenproteste einzuordnen. Vor westlichen Journalisten griffen sie jedoch häufig auf den Terminus „Demokratie“ zurück, um sich deren Aufmerksamkeit und positive Berichterstattung zu sichern.

Die Analyse gliedert sich in fünf Kapitel. Kapitel 1 stellt die methodischen und strukturellen Grundlagen vor und diskutiert zudem den bisherigen Forschungsstand zum Themengebiet. Eine Kernthese dieser Arbeit ist, dass Globalisierungsprozesse und die Entstehung einer „transnationalen Öffentlichkeit“ (*Transnational Public Sphere*)<sup>9</sup> einen entscheidenden Einfluss auf den Diskurs der Bewegung hatten. Um den theoretischen Hintergrund für diese These auszuführen, bietet Kapitel 2.1 einen Überblick über die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen auf soziale Bewegungen. Die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft seit 1972 spielt in diesem Kontext eine zentrale Rolle, da sie in den 1980ern ein wichtiges Motiv für das wachsende Interesse Europas und Nordamerikas an China gewesen zu sein scheint.<sup>10</sup>

In Kapitel 2.2 wird dargelegt werden, dass Globalisierungsprozesse sich nicht nur auf der ökonomischen Ebene auswirkten, sondern darüber hinaus zu Veränderungen der traditionellen Formen von Machtausübung und Beeinflussung von Akteuren im Ausland führten. Althergebrachte Formen von Propaganda, die im Kontext des Ersten Weltkrieges etabliert worden waren,<sup>11</sup> verloren zunehmend an Bedeutung, während sich *Soft Power*<sup>12</sup> als subtilere Form der Einflussnahme durchsetzte. 1989 nutzen westliche Akteure diese Form der Machtausübung, um die chinesischen Aktivisten gezielt zu beeinflussen. Der Diskurs innerhalb der Bewegung wurde jedoch nicht nur von Versuchen der äußeren Einflussnahme, sondern auch dem Wissen der Aktivisten über soziale Bewegungen jenseits Chinas geprägt. Um zu zeigen wie diese Interaktionsprozesse zwischen zeitlich und räumlich entfernten sozialen Bewegungen zustande kamen, stellt diese Arbeit in Kapitel 2.3 Modelle für die Diffusion von Protestideen und Taktiken vor. Hierbei handelt es sich um hierarchische Modelle und Nachbarschaftsmodelle<sup>13</sup> ebenso wie das Barriere-Modell von Gary Goertz.<sup>14</sup> Am

---

<sup>9</sup> Siehe John A. Guidry: Globalizations and Social Movements. Culture, Power, and the Transnational Public Sphere, in: Kennedy, Michael D. et al. (Hrsg.), *Globalizations and Social Movements: Culture, Power and the Transnational Public Sphere*, Michigan 2003, S. 6.

<sup>10</sup> Für die ökonomischen Aspekte von Globalisierung und deren Beschränkungen vgl. Paul Hirst/Grahame Thompson: The Limits to Economic Globalization, in: David Held/Anthony McGrew (Hrsg.): *The Global Transformations Reader*, Cambridge 2003, S. 335-349. Für einen alternativen, netzwerktheoretischen Ansatz zum Verständnis ökonomischer Globalisierungsprozesse vgl. Raja Kali/Javier Reyes: The Architecture of Globalization: A Network Approach to International Economic Integration, in: *Journal of International Business Studies*, Vol. 38, No. 4, *International Expansion of Emerging Market Businesses*, Juli 2007, S. 595-620.

<sup>11</sup> Zur Entwicklung von Propaganda im Ersten Weltkrieg siehe Harold D. Lasswell: Propaganda Technique in the World War, London 1927 und für einen aktuelleren Überblick Thymian Bussemer: Propaganda, Konzepte und Theorien, Wiesbaden 2008.

<sup>12</sup> Siehe hierzu Joseph Nye: Bound to Lead. The changing Nature of American Power, New York 1990.

<sup>13</sup> Die Beschreibung dieser Modelle lässt sich bei David Collier/Richard E. Messick finden: Prerequisites versus Diffusion. Testing Alternative Explanations of Social Security Adoption, in: *American Political Science Review* 69, 1975, S. 1299-1315.

Beispiel der Bewegung in China 1989 werde ich jedoch zeigen, dass diese Modelle allein nicht ausreichen, um die Dynamiken des Diskurses erfassen zu können.

Aus diesem Grund greift die vorliegende Untersuchung auf die transnationale Öffentlichkeit als zentrales Konzept zum Verständnis des Diskurses zurück. Diese lässt sich als ein Raum verstehen in dem Menschen an weit von einander entfernten Orten Diskurse prägen, die sich jenseits nationaler Grenzen auswirken.<sup>15</sup> Sie ist somit sowohl ein realer als auch konzeptioneller Raum, in dem soziale Bewegungen interagieren und voneinander lernen. In China wurde die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit mit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode seit Ende der 1970er durch das Zusammenspiel mehrerer Prozesse gefördert. Dabei handelte es sich um den steigenden Kontakt mit dem Ausland, die vermehrte Entsendung chinesischer Studenten in den Westen, die kulturelle Krise der 1980er und die Medienreform, die einen vermehrten Fluss an Informationen über alternative Lebensstile und soziale Bewegungen jenseits Chinas ins Land ermöglichte. Auch auf diese Prozesse wird in Kapitel 2.4 eingegangen werden.

Bedingt durch Globalisierungsprozesse sind soziale Bewegungen zunehmend von transnationalen Charakteristika geprägt. Obwohl unter Sozialwissenschaftlern weitgehend Einigkeit über die konstituierenden Prinzipien sozialer Bewegungen herrscht, fallen Definitionsversuche *transnationaler* sozialer Bewegungen häufig vage aus.<sup>16</sup> Transnationale Eigenschaften können sich auf mehrere Dimensionen einer Bewegung beziehen, wie ihr Thema, ihre Ziele, Mobilisierungsstrategien oder die generelle Organisationsstruktur. Soziale Bewegungen appellieren zunehmend an ein internationales Publikum, greifen auf internationale Ressourcen zurück und sprechen internationale Institutionen an. Sie teilen nicht nur Netzwerke, Informationen und Strategien, sondern versuchen darüber hinaus eine Identität zu konstruieren, die sich über nationale Grenzen hinweg erstreckt. Der Soziologe Gay W. Seidman betont daher, Aktivisten in diesen Bewegungen seien „increasingly likely to define their concerns in a way that is emphatically not limited to the single territorially defined community. There is at least a normative vision of a collective identity that goes beyond borders.“<sup>17</sup>

Kapitel 3 widmet sich anschließend zwei wichtigen *Subjekten* im Foucaultschen Sinne, deren Aussagen im Diskurs ohne ihren politischen Hintergrund und ihre

---

<sup>14</sup> Siehe hierzu Gary Goertz: *Context of International Politics*, Cambridge 1994.

<sup>15</sup> John A. Guidry (Hrsg.): *Globalizations and Social Movements. Culture, Power, and the Transnational Public Sphere*, Michigan 2003, S. 6.

<sup>16</sup> Rucht 2009, S. 207.

<sup>17</sup> Ebd., S. 354.

kulturgeschichtliche Verankerung nicht vollständig erfasst werden können.<sup>18</sup> Bei diesen handelt es sich zunächst um die „Voice of America“ (VOA) und den „Chinese Service“ des britischen „BBC World Service“. Beide Radiosender sendeten im Frühjahr 1989 als offizielle Organe der USA und Großbritanniens auf Englisch und Mandarin nach China und versuchten nicht nur Sprachkenntnisse zu vermitteln, sondern zudem ideologische Inhalte zu transportieren. Vieles deutet darauf hin, dass die VOA und der „BBC Chinese Service“ als Instrumente zur Ausübung von *Soft Power* konzipiert wurden. Diese Radiosender machten sich die Dynamik sozialer Bewegungen zu Nutze und verbreiteten durch das sogenannte *cross-posting* gezielt Informationen über Unruhen und Revolutionen in anderen Ländern.

Ein weiteres wichtiges *Subjekt* sind die chinesischen Aktivisten, die anschließend einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Diese griffen in ihrer Selbstdarstellung nicht nur auf die Tradition intellektuellen Protests in China zurück, sondern präsentierten sich im Laufe der Bewegung auch immer mehr in Einklang mit der tradierten Rolle der konfuzianischen Gelehrtenbeamten. Um das Handeln der Aktivisten in einen größeren Kontext einordnen zu können, geht Kapitel 3.2 daher auf diese Gruppe ein, die im chinesischen Kontext als „Intellektuelle“ (*zhishijfenzi* 知识分子) verstanden wird.

Kapitel 4 schließlich untersucht den eigentlichen Diskurs über ausländische Einflüsse des Frühsommers 1989. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Ereignisse in Kapitel 4.1 wird in Kapitel 4.2 zunächst auf die einzelnen Phasen eingegangen, die sich – wie die Analyse zeigen wird – aus der Reaktion auf bestimmte Schlüsselereignisse (wie den Besuch Gorbatschows, die Verhängung des Kriegsrechts über Beijing oder die militärischen Niederschlagung) ergaben. Im nächsten Schritt werden in Kapitel 4.3 die zentralen Widersprüche diskutiert, die sich in der Berichterstattung US-amerikanischer Tageszeitungen,<sup>19</sup> den Selbstzeugnissen der Aktivisten und der offiziellen Darstellung der chinesischen Regierung finden lassen. Es wird gezeigt werden, dass die Frage nach den ausländischen Einflüssen und transkulturellen Inspirationsquellen im Zentrum einer politischen Kontroverse um die Ausrichtung und Legitimität der Bewegung stand. Verschiedene Subjekte versuchten, die Bewegung durch die Einbettung in einen bestimmten Kontext ideologisch zu usurpieren oder zu diskreditieren.

---

<sup>18</sup> Nach Michel Foucault bezieht sich der Terminus *Subjekt* nicht nur auf Individuen oder Gruppen, die anderen unterworfen oder von diesen abhängig sind, sondern auch auf all jene, die durch ihr Bewusstsein oder ihr Wissen über sich selbst an ihre eigene Identität gebunden sind, siehe Michel Foucault: *The Subject and Power*, in: *Critical Inquiry* 8 (4), Sommer 1982, S. 281. Auf Foucaults Verständnis von *Subjekten* und ihrer Rolle im Diskurs wird in Kapitel 1.4 noch im Detail eingegangen werden.

<sup>19</sup> Für diese Arbeit wurden die *New York Times*, die *Washington Post*, der *Christian Science Monitor* und das *Wall Street Journal* untersucht.

Nach der Analyse der zentralen Widersprüche im Diskurs widmet sich Kapitel 4.4 dem Diskurs innerhalb der Bewegung selbst. Hier wird die Frage im Fokus stehen, in welchen globalhistorischen Referenzrahmen die chinesischen Aktivisten ihre Proteste einordneten und welche Ereignisse und soziale Bewegungen jenseits Chinas sie selbst als Inspirationsquellen oder abschreckende Beispiele angaben. Kapitel 5 schließlich führt die Ergebnisse dieser einzelnen analytischen Schritte zusammen und diskutiert ihre Bedeutung für die wissenschaftliche Beschäftigung mit sozialen Bewegungen in einem Zeitalter gesteigerter Globalität.

Der wissenschaftliche Mehrwert dieser Arbeit besteht somit auf der einen Seite darin, dass sie anhand der Fallstudie China 1989 einen Beitrag zum besseren Verständnis der ideologisch motivierten Repräsentation sozialer Bewegungen leistet – besonders jener Bewegungen, die bis heute in den westlichen Medien als „Demokratie-Bewegung“ portraitiert werden. Auf der anderen Seite zeigen die aus ihr gezogenen Erkenntnisse neue Perspektiven zur Erweiterung historischer Methoden jenseits nationalstaatlicher Grenzen auf, die den komplexen Interaktionsprozessen zwischen Akteuren sozialer Bewegungen im Zeitalter rapider Globalisierung angemessen sind.

### 1.3. Forschungsstand: Historiographie jenseits des Nationalstaats

Dieses Kapitel bietet einen kurzen Überblick über die Öffnung des historiographischen Denkens hin zu welt- und globalhistorischen Ansätzen. In diesem Zusammenhang widmet es sich insbesondere der Frage, in wie weit eine derartige Perspektive das Verständnis der sozialen Bewegung in China 1989 vertiefen kann. Dafür thematisiert es zunächst den Wandel von einer nationalgeschichtlich orientierten Beschäftigung mit sozialen Bewegungen zu einer grenzüberschreitenden Perspektive und die bisherige Forschung über die Demonstrationen in China 1989.

Lange Zeit fand die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit China primär im Kontext der Regionalwissenschaften statt. Mit der Gründung des ersten Lehrstuhles für Sinologie am Collège de France in Paris 1814 etablierte sich die Sinologie als eine Wissenschaft, die sich ausschließlich der Kultur und Geschichte Chinas widmete. Das dieser Herangehensweise zugrundeliegende „Container-Verständnis“<sup>20</sup> von Kultur muss vor dem Hintergrund des Aufstiegs von Nationalstaaten als dominanter Form der

---

<sup>20</sup> Der Begriff „Container Theorie“ lässt sich auf den Soziologen Ulrich Beck zurückführen, vgl. ders./Raimund Fellinger: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt 2008, S. 49.

politischen und sozialen Organisation seit dem 19. Jahrhundert verstanden werden.<sup>21</sup> Parallel zu diesem Prozess, so die Historiker Sebastian Conrad und Andreas Eckert, „ist zur selben Zeit die europäische Geschichte zu einer weltweit relevanten Geschichte geworden und hat die historische Erfahrung – und das historische Bewusstsein – in vielen Regionen maßgeblich geprägt, nicht zuletzt durch den institutionellen Export der europäischen Geschichtswissenschaft.“<sup>22</sup>

In Kontrast zu diesem Kulturverständnis basiert die vorliegende Untersuchung auf der Prämisse, dass soziale Bewegungen nicht aus einer auf Nationalstaaten begrenzten Perspektive erfasst werden können. Obwohl derartige Ansätze seit den 1990ern stetig an Popularität gewinnen, war der Blick über nationalstaatliche Grenzen hinweg in der Historiographie des 20. Jahrhunderts keineswegs selbstverständlich.

Die Erweiterung der geschichtswissenschaftlichen Perspektive fand im letzten Jahrhundert in mehreren Phasen statt. Noch in der Periode zwischen 1900 und 1965, die der Historiker Peter Manning als die Phase der „großen Synthesen“ (*great synthesis*) und Conrad/Eckert als Periode der „großen Zivilisationsanalysen“ bezeichneten, lag der Schwerpunkt der europäischen Historiographie auf den Nationalstaaten. Einen Impetus für eine größere Perspektive bot der Erste Weltkrieg, in den zwischen 1914 und 1918 etwa 40 Staaten direkt oder indirekt verwickelt waren.<sup>23</sup> Oswald Spenglers Werk „Der Untergang des Abendlandes“<sup>24</sup> beispielsweise entstand während des Krieges und muss vor dem Hintergrund der Erfahrungen dieser Zeit verstanden werden. Die Vorstellung von Zivilisationen als wichtigste Einheit und Hauptakteur des historischen Prozesses prägte auch Arnold J. Toynbees mehrbändiges Werk „A Study of History“, deren erster Band 1933 erschien.<sup>25</sup> Toynbee lehnte zwar Spenglers biologisches Modell von Zivilisationen mit einer Lebensdauer von jeweils etwa 1.000 Jahren ab, arbeitete jedoch auch mit dem Zivilisationsansatz. Der britische Kulturhistoriker interpretierte die

---

<sup>21</sup> Sebastian Conrad und Andreas Eckert: Globalgeschichte, Globalisierung, multiple Modernen. Zur Geschichtsschreibung der modernen Welt, Frankfurt 2007, S. 10. Die daraus resultierende wachsende Fixierung auf nationale Geschichte führte dazu, dass die Zuständigkeit für nichtwestliche Gesellschaften zunehmend in den Bereich der Orientalistik, Religionswissenschaft verlagert wurde. Im Falle der als „Völker ohne Geschichte“ abgetanen schriftlosen Kulturen außerhalb Europas übernahm die Ethnologie diese Aufgabe.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2009, S. 664.

<sup>24</sup> Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, München 2003 [1918].

<sup>25</sup> Arnold J. Toynbee: *A Study of History*. Abridgement of Volumes I-VI, Oxford 1987 und ders.: *A Study of History*. Abridgement of Volumes VII-X: Vol 7-10, Oxford 1987.



Weltgeschichte als das Ergebnis eines historischen Interaktionsprozesses von 21 Zivilisationen, von denen seiner Analyse nach 1940 jedoch nur noch fünf existierten.<sup>26</sup> Die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg war gekennzeichnet vom Aufstieg der Regionalwissenschaften. Besonders die USA, in denen die *Area Studies* im Kontext des Kalten Krieges immer mehr an Bedeutung gewannen, spielten in der Institutionalisierung regionalwissenschaftlicher Forschung (die in vielen Fällen von der Regierung oder privaten Stiftungen unterstützt wurde) eine bedeutende Rolle.<sup>27</sup> Während die *Area Studies* in vielen Fällen einem Kulturverständnis verhaftet blieben, das Kultur streng im Rahmen geographischer Grenzen betrachtete („Container-Theorie“), änderte sich die Situation in den 1960ern mit der allmählichen Durchsetzung modernisierungstheoretischer Gedanken. Eines der wichtigsten Werke aus dieser Phase, das zudem den Übergang von der Ära der großen Zivilisationsanalysen in eine neue Phase der Weltgeschichtsschreibung markierte, war William McNeills „The Rise of the West“.<sup>28</sup> Auch McNeill arbeitete mit dem Zivilisationskonzept, wobei er sich auf den Aspekt der Modernisierung konzentrierte, die er als primär von Europa ausgehen sah. Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts war geprägt von einem umfassenden Prozess der politischen und ökonomischen Transformation, der sich auch in der akademischen Beschäftigung mit Weltgeschichte niederschlagen sollte. Zwischen 1965 und 1990, in einer von Dekolonisationsbewegungen und der Konfrontation des Kalten Krieges geprägten Periode, differenzierte sich das Feld.<sup>29</sup> Gegen Ende der 1990ern kam es

---

<sup>26</sup> Vier von diesen, so Toynbee, befanden sich jedoch in einem Auflösungsprozess, bedingt durch massiven Druck durch die Zivilisation, die er als „Westliches Christentum“, oder einfacher „Westen“, bezeichnete. Die vier anderen Zivilisationen, die laut Toynbee mit der „christlich-westlichen“ konkurrierten, waren die „christlich-orthodoxe“ Zivilisation in Süd-Ost Europa und Russland, die „islamische“ die sich über Nord-Afrika und den Mittleren Osten vom Atlantik bis zur Großen Mauer in China erstreckte; die „hinduistische“ in Indien und die „fernöstliche“ in den subtropischen Regionen zwischen der trockenen Zone und dem Pazifik. Toynbee 1987 [1946], S. 8.

<sup>27</sup> Conrad/Eckert 2007, S. 13.

<sup>28</sup> William McNeill: *The Rise of the West. A History of the Human Community*, Chicago 1990 [1963]. In einer Nachbetrachtung seines Werkes aus dem Jahr 1990 bezeichnet McNeill seine Unterschätzung des spätmittelalterlichen Chinas als größte Schwäche dieses Werkes: William McNeill: *The Rise of the West after Twenty-Five Years*, in: *Journal of World History* 1, 1990, S. 1-21.

<sup>29</sup> Phillip D. Curtin, Immanuel Wallerstein und Alfred W. Crosby zählten zu den wichtigsten Historikern, die in dieser Zeit das Verständnis von Weltgeschichte prägen sollten. Crosbys Beitrag bestand primär darin, dass er die Entwicklung der Weltgeschichtsschreibung in eine bis dahin größtenteils unbeachtete Richtung prägte. Mit „The Columbian Exchange“, einem Werk, in dem er ökologische Zusammenhänge in eine transregionale historische Perspektive stellte, etablierte Crosby sich als einer der Begründer der ökologischen Historiographie. (Alfred W. Crosby: *The Columbian Exchange. Biological and Cultural Consequences of 1492*, Westport 1972 und ders.: *Ecological Imperialism. The Biological Expansion of Europe 900-1900*, Cambridge 1986.) Phillip D. Curtin integrierte Afrika in den Diskurs über Weltgeschichte – auf Basis statistischer Daten zeigte er die tatsächliche Dimension des Übersee-Sklavenhandels, dem zwischen 9 und 10 Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren. (Philip D. Curtin: *The Atlantic Slave Trade. A Census*, Madison 1970; ders.: *African History*, New York 1964 und ders.: *Precolonial African History*, Washington 1974.) Für eine umfassende Einschätzung von Curtins Werk

schließlich zum Aufstieg des Begriffs Globalgeschichte, dessen Vertreter bemüht waren, sich vom Konzept der Weltgeschichte zu distanzieren. Sie bestanden auf einer Abkehr vom Versuch die Geschichte des gesamten Planeten („*big history*“) zu erfassen und lehnten gleichzeitig eine eurozentrische Fokussierung auf die „Weltgeschichte Europas“,<sup>30</sup> um den von Hans Freyer geprägten Begriff zu nutzen, ab. Parallel dazu kam es zu einer Institutionalisierung des Feldes, die sich seit 1990 in der Einrichtung von Studiengängen zum Thema Weltgeschichte, ebenso wie der Etablierung von akademischen Zeitschriften, elektronischen Diskussionsforen und internationalen Konferenzen manifestierte.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung mit Welt- und Globalgeschichte konzentriert sich auf vier Schwerpunkte.<sup>31</sup> Bei diesen handelt es sich *erstens* um die Beschäftigung mit der Weltwirtschaft und dem Weltsystem, zu dessen wichtigsten Wegbereitern der Soziologe Immanuel Wallerstein gehörte. Wallerstein führte die Weltgeschichtsschreibung in eine neue Richtung: Zwischen 1974 und 1989 legte er mit seinem dreibändigen Werk „*The Modern World System*“ den Grundstein für ein ökonomisch orientiertes Paradigma.<sup>32</sup> Aufbauend auf dem Gedanken der Expansion Europas, wie er modernisierungstheoretisch bereits von McNeill und im Hinblick auf Unterentwicklung noch stärker von André Gunder Frank<sup>33</sup> ausgearbeitet worden war, argumentierte Wallerstein mit dem Konzept des Weltsystems. Dieses sei, so sein Argument, im Europa des 16. Jahrhunderts entstanden und habe sich in der Folgezeit weltweit ausgebreitet. Nach Wallerstein setzt sich das Weltsystem aus drei Schichten zusammen: Dem *Kern* oder *Zentrum*, der *Semi-Peripherie* und der *Peripherie*. Seine theoretischen Erwägungen fußten auf dem Paradigma der globalen Dominanz der westlichen Wirtschaftssysteme, das sich bereits durch die welthistorischen Debatten der letzten 200 Jahre gezogen hatte. Dies führte dazu, dass vor allem Analysten der sogenannten „Dritten Welt“ Wallerstein dafür kritisierten, die *Peripherie* zu Gunsten des *Zentrums* zu vernachlässigen und als passiven Empfänger externer Impulse zu marginalisieren. Trotz dieser Kritik ist der

---

siehe Craig A. Lockard: The Contribution of Philip Curtin and the ‚Wisconsin School‘ to the Study and Promotion of Comparative World History, in: *Journal of Third World Studies* 11, 1994, S. 180-223.

<sup>30</sup> Hans Freyer, *Weltgeschichte Europas*, 2 Bde., Wiesbaden 1948.

<sup>31</sup> Conrad/Eckert 2007, S. 15.

<sup>32</sup> Immanuel Wallerstein: *The Modern World System: 1. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century*, New York 1974, ders.: *The Modern World System: 2. Mercantilism and the Consolidation of the European World Economy, 1600-1750*, New York 1980, ders.: *The Modern World System: 3. The Second Era of Great Expansion of the Capitalist World Economy*, New York 1989.

<sup>33</sup> André Gunder Frank: *On Capitalist Underdevelopment*, Bombay 1975; ders.: *Dependent Accumulation and Underdevelopment*, London 1978.

Einfluss von Wallersteins Weltsystemtheorie auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den ärmeren Ländern der Welt unbestreitbar. Leften Stavrianos beispielsweise verstand in seinem Werk „The Global Rift“ (1981), der ersten systematischen Auseinandersetzung mit der Entstehung der „Dritten Welt“, diese konkret als Peripherie im Wallerstein’schen Sinn.<sup>34</sup>

Während der Weltsystem-Ansatz sich seit den 1970ern immer schärferer Kritik und dem Vorwurf des ökonomischen Reduktionismus ausgesetzt sah, erlangten wirtschaftsgeschichtliche Studien neue Prominenz. Besonders die Autoren der „California School“,<sup>35</sup> wie R. Bin Wong und Kenneth Pomeranz, trugen zur Etablierung ökonomischer Argumente in der Weltgeschichtsschreibung bei. Das wohl erfolgreichste Werk in dieser Rubrik stammt jedoch aus der Feder des Wirtschaftshistorikers David Landes.<sup>36</sup> In „The Wealth and Poverty of Nations“ argumentierte Landes, die global ungleiche Verteilung von Macht und Einfluss beruhe darauf, dass es manchen Staaten gelungen sei, sich auf Basis kultureller Werte (wie Eigentumsrechten, einer beschränkten Rolle des Staates, Sparsamkeit und Fleiß) zu industrialisieren. Mit diesem neo-liberalen Argument prognostizierte Landes, die Kluft zwischen Arm und Reich werde sich auch weiterhin vergrößern, solange die ärmeren Länder diese Werte nicht internalisieren und wirtschaftspolitisch implementierten.

*Zweitens* erleben seit den 1990ern zivilisationsbasierte Analysen, wie bereits von Toynbee, McNeill und Spengler vorgelegt, eine Renaissance. Samuel Huntingtons „The Clash of Civilizations“ aus dem Jahre 1996 stach aus diesen besonders durch seine radikale Unterteilung der Welt in einander bekämpfende Zivilisationen („Kulturen“ in der deutschen Übersetzung) hervor. Laut Huntington kam es nach dem Ende des Kalten Krieges zum Aufstieg neuer „Herausforderer-Kulturen“,<sup>37</sup> die die Vorherrschaft des Westens in Frage stellten. Deren wichtigste seien die „islamische“ und die „konfuzianische“ (chinesische) Zivilisation. Huntington verhüllte in seinen Arbeiten keineswegs seinen Glauben an die Überlegenheit der „westlichen Zivilisation“:

---

<sup>34</sup> Vergl. Leften Stavrianos, *Global Rift: The Third World comes of Age*, New York 1981.

<sup>35</sup> Der Begriff „California School“ geht auf Jack Goldstone zurück, der ihn vor allem für Historiker verwendete, die sich mit China und der Welt auseinandersetzen. Dazu gehören unter anderem Bin Wong, Dennis Flynn, Arturo Giraldez, Robert Marks (Ders.: *Die Ursprünge der Modernen Welt. Eine globale Weltgeschichte*, Darmstadt 2006) und André Gunder Frank.

<sup>36</sup> David Landes: *The Wealth and Poverty of Nations: Why Some Are So Rich and Some So Poor*, New York 1998.

<sup>37</sup> Samuel Huntington: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Welt im 21. Jahrhundert*, München 1998 [deutsche Fassung], S. 181.

„The West obviously differs from all other civilizations that have ever existed in that it has had an overwhelming impact on all other civilizations that have existed since 1500. It also inaugurated the processes of modernization and industrialization that have become worldwide, and as a result societies in all other civilizations have been attempting to catch up with the West in terms of wealth and modernity.“<sup>38</sup>

Das Überleben des Westens, so Huntington, hinge vor allem davon ab, ob es den USA gelänge sich als westliche Nation zu bewähren und ihre globale Rolle als Führungsmacht der „westlichen Zivilisation“ einzunehmen.<sup>39</sup> Besonders im politischen Klima nach dem 11. September 2001 erfreuten sich Huntingtons radikale Thesen auch unter nicht-Historikern großer Beliebtheit. Diejenige Version des Zivilisationsdiskurses, die wissenschaftlich jedoch die meiste Anerkennung erhielt, ist laut Conrad und Eckert der weitaus weniger polemische Ansatz der „multiplen Modernen“, wie er vor allem von dem israelischen Soziologen Shmuel N. Eisenstadt etabliert wurde.<sup>40</sup>

*Drittens* erlangte das Konzept der Globalisierung, das zunächst dem wirtschaftshistorischen Diskurs vorbehalten gewesen war, in der Weltgeschichtsschreibung immer größere Bedeutung. Globalisierungsprozesse spielen in dieser Arbeit eine wichtige Rolle, so dass in Kapitel 2.3 noch im Detail auf ihre Auswirkungen auf soziale Bewegungen eingegangen werden wird. An dieser Stelle genügt es zu betonen, dass der Begriff Globalisierung sowohl auf der konzeptionellen, als auch der empirischen Ebene hochgradig umstritten ist.<sup>41</sup> Der Terminus kam in den 1990ern *en vogue* – mittlerweile wird er genutzt, um den Zeitgeist der Wende ins 21. Jahrhundert zu beschreiben und wurde zudem namensgebend für eine gesamte Epoche.<sup>42</sup> Die meisten Versuche einer allgemeingültigen Definition von Globalisierung konzentrieren sich auf die Expansion, Konzentration und Beschleunigung der globalen Interaktion. Angesichts der Heterogenität an Prozessen, die allgemein hin unter dem Begriff Globalisierung zusammengefasst werden, schlug der Soziologe Gay W. Seidman daher vor, den Terminus im Plural zu verwenden.<sup>43</sup> Nach Seidman sollte keiner dieser

---

<sup>38</sup> Ebd.: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 2002 [1996], S. 302.

<sup>39</sup> Ebd., S. 308.

<sup>40</sup> Shmuel N. Eisenstadt: *Multiple Modernities*. Der Streit um die Gegenwart, Berlin 2011 [2007].

<sup>41</sup> Guidry/Kennedy/Zald 2003, S. 2. Für eine detaillierte Beschreibung der Kontroversen über Globalisierung siehe Guillén 2001. Wie dieser auf S. 235 feststellt: „Globalization is one of the most contested topics in the social sciences“.

<sup>42</sup> Jürgen Osterhammel und Niels Petersson: *Geschichte der Globalisierung*. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2007, S. 7.

<sup>43</sup> Gay W. Seidman: *Adjusting the Lens*. What do Globalizations, Transnationalism, and the anti-Apartheid movement Mean for Social Movement Theory?, in: John A. Guidry, (Hrsg.) *Globalizations and Social Movements*, Michigan 2003, S. 340.

Prozesse allein als Globalisierung bezeichnet werden, da diese durch ihre starke Heterogenität Menschen in unterschiedlichen Regionen und unterschiedlichen sozialen Schichten auf unterschiedliche Art betreffen.

*Viertens* gewannen Postkoloniale Studien und *Subaltern Studies* zunehmend an Bedeutung. Bereits seit den späten 1970ern betonen Vertreter dieser Forschungsrichtung transnationale Verflechtungen, ebenso wie die Wichtigkeit der Erfahrungen und Diskurse jenseits Europas. In seiner Studie zum Thema Orientalismus arbeitete Edward W. Said<sup>44</sup> die Entstehung von Orientalismus als eine von Europa ausgehende Ideologie heraus. In Saids Worten: „[T]he Orient is an idea that has a history and a tradition of thought, imagery, and vocabulary that have given it reality and presence in and for the West.“<sup>45</sup> Basierend auf den Arbeiten zur Diskurstheorie von Michel Foucault unterzog er literarische Werke einer kritischen Analyse und untersuchte die antithetische Beschreibung von „Orient“ und „Okzident“. Said kam zu dem Ergebnis, die archetypische Darstellung des „Orients“ sei ein essentieller Aspekt des westlichen Bedürfnisses, sich selbst zu definieren. Zur Jahrtausendwende kritisierte Dipesh Chakrabarty in einer Weiterführung dieses Gedankens eine auf Europa fokussierte Weltgeschichtsschreibung, die den Rest der Welt in einen „Warteraum der Geschichte“ verweise.<sup>46</sup> Die zunehmende Öffnung der Weltgeschichtsschreibung für zuvor unbeachtete soziale Gruppen führte zudem zu verstärkter Aufmerksamkeit für die Handlungsmacht (*agency*) bisher marginalisierter Akteure. In „Imperial Leather“ zum Beispiel kombinierte Anne McClintock in einem postkolonialen Ansatz Gender-Aspekte mit psychoanalytischer Theorie.<sup>47</sup>

Seit dem Ende der 1980er lässt sich darüber hinaus vor allem in den englischsprachigen Migrationswissenschaften der Begriff „Transkulturalität“ nachweisen, wo er – als Alternative zum „Container-Verständnis“ von Kultur – genutzt wurde um Gemeinschaften zu beschreiben, die sich über Grenzen hinweg erstrecken.<sup>48</sup> Der deutsche Philosoph Wolfgang Iser legte im Jahr 2000 den Grundstein für die Etablierung von *Transcultural Studies* als Forschungszweig. Iser argumentierte, das alte

---

<sup>44</sup> Edward W. Said: *Orientalism*, London 2003 [1978].

<sup>45</sup> Said 2003, S. 5.

<sup>46</sup> Dipesh Chakrabarty: *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and and Historical Difference*, Princeton 2000, S. 9

<sup>47</sup> Anne McClintock: *Imperial Leather. Race, Gender and Sexuality in the Colonial Contest*, New York 1995.

<sup>48</sup> Melanie Hühn, Dörte Lerp, Knut Petzold, Miriam Stock: In neuen Dimensionen denken? Einführende Überlegungen zu Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit und Translokalität, in: Dies. (Hrsg.), *Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit, Translokalität. Theoretische und empirische Begriffsbestimmungen*, Berlin 2010, S. 13.

Modell klar abgegrenzter Kulturen sei den Realitäten des 21. Jahrhunderts nicht mehr angemessen und betonte stattdessen Phänomene der Durchdringungen und Verflechtungen.<sup>49</sup> Dabei wies er die extensionale Bestimmung von Kultur zurück und argumentiert unter Verweis auf Edward Said, dass prinzipiell alle Kulturen hybrid und Vorstellungen kultureller Homogenität somit reine Fiktion seien.<sup>50</sup>

Das Konzept der Transkulturalität ist nicht nur auf historische Prozesse anwendbar, sondern wurde auch von Disziplinen wie der Medienforschung, der Anthropologie oder der Kunstgeschichte aufgenommen.<sup>51</sup> Im Bereich Medienforschung betonte Andreas Hepp,<sup>52</sup> eine transkulturelle Perspektive bedeute keineswegs eine Befassung mit kulturellen Phänomenen „jenseits von“ oder „über“ Kulturen „hinweg“, wie das Präfix *trans-* impliziere. Stattdessen werde das Konzept kulturellen Aspekten gerecht, die sich nicht auf bestimmte Regionen eingrenzen lassen. Ein transkultureller Ansatz, so Hepp, „überwindet die Binarität eines internationalen Ansatzes ohne Staat und Nation als mögliche Bezugspunkte des Vergleichs auszuschließen“.<sup>53</sup> Studien, die sich wie die vorliegende Arbeit mit medialen Phänomenen auseinandersetzen, profitieren davon, dass Transkulturalität nicht von an Staaten gebundenen Medienkulturen ausgeht, sondern diese als „spezifische Verdichtungen“ in einer „zunehmend globalen kommunikativen Konnektivität“ versteht.<sup>54</sup>

Die Medienanthropologin Christiane Brosius und der Historiker Roland Wenzlhuemer betonten zudem die neuen Möglichkeiten, die Transkulturalität nicht nur als Forschungsperspektive, sondern auch als analytische Methode bietet:

„[T]ransculturality opens them to new approaches, spurring fresh discussions of globalisation, colonisation or modernity. It utilises self-reflexivity for a

---

<sup>49</sup> Wolfgang Welsch: Was ist eigentlich Transkulturalität?, in: Lucyna Darowska, Thomas Lüttenberg, Claudia Machold (Hrsg.), *Hochschule als transkultureller Raum?: Kultur, Bildung und Differenz in der Universität*, Bielefeld 2010, S. 39-67.

<sup>50</sup> Ebd., S. 51.

<sup>51</sup> Siehe hierzu auch die Beiträge von Sumathi Ramaswamy, und Sun Liying für den Bereich Kunstgeschichte und Christiane Brosius und Eva Ambos für den Bereich Anthropologie in: Christiane Brosius/Roland Wenzlhuemer (Hrsg.): *Transcultural Turbulences. Towards a Multi-Sited Reading of Image Flows*, Berlin 2011.

<sup>52</sup> Andreas Hepp: Transkulturalität als Perspektive. Überlegungen zu einer vergleichenden empirischen Erforschung von Medienkulturen, in: *Forum Qualitative Sozialforschung*, Vol. 10, No. 1, Art. 26, Januar 2009, <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1221/2659> (letzter Zugriff am 12.04.2012). Siehe auch ders.: *Transkulturelle Kommunikation*, Konstanz 2006; ders./Nick Couldry: What should comparative media research be comparing? Towards a transcultural approach to ‚media cultures‘, in: Dayan K. Thussu (Hrsg.) *Transnationalising Media Studies*, London 2009.

<sup>53</sup> Ebd., S. 10.

<sup>54</sup> Ebd., S. 9.

sharpening of analytical tools and to re-conceptualise canonizing and essentialising concepts such as 'authenticity' or 'origin'." <sup>55</sup>

Brosius und Wenzlhuemer hoben jedoch hervor, dass „transkulturell“ nicht mit „transnational“ identisch sei, so wie sich auch Kulturen nicht an Nationen binden ließen. Daher schlussfolgerten sie: „Transcultural is not automatically a global phenomenon. It also stands for the presence of different cultural practices in one physically confined space, such as colonial rule or the missionary presence in India.“<sup>56</sup>

Es lässt sich somit festhalten, dass die Auseinandersetzung mit Weltgeschichte in den letzten Jahrzehnten von einer generellen Erweiterung der wissenschaftlichen Perspektive geprägt war. Die Historiographie konzentrierte sich zunehmend auf Verflechtungen und Transfers jenseits des Nationalstaates, wie auch auf ein erweitertes Spektrum an Akteuren. Auf diesen Arbeiten und Erkenntnissen aufbauend, nähert sich diese Arbeit den Ereignissen in China 1989 aus einer Perspektive an, die transkulturelle Verflechtungen als Ausgangspunkt der Analyse nimmt.

Die überwiegende Zahl der Publikationen zur chinesischen Protestbewegung von 1989 stammt aus den frühen 1990ern. Die Forschung zum Thema lässt sich grob in drei Richtungen unterteilen. Zunächst sind jene Arbeiten zu nennen, die sich hauptsächlich auf politische Aspekte konzentrierten. Cheng Chuyuan,<sup>57</sup> Lowell Dittmer<sup>58</sup> sowie Andrew Nathan<sup>59</sup> legten ihren Schwerpunkt auf die Politik der KPCh und interpretierten die Entstehung der Bewegung vor dem Hintergrund des Machtkampfes zwischen Reformern und „Hardlinern“ innerhalb der Parteispitze. Obwohl Spannungen innerhalb der politischen Führung unbestreitbar sind, können mit diesem Ansatz jedoch nicht alle Ereignisse erklärt werden. Der Soziologe Dingxin Zhao kritisierte diese Herangehensweise daher mit dem Argument, die chinesische Politik sei vor 1980 noch wesentlich stärker von Auseinandersetzungen auf höchster Ebene geprägt gewesen. Für die späten 1980er habe dies jedoch nicht mehr gegolten: Da die meisten Chinesen sich nun vorrangig für das Wirtschaftswachstum interessiert hätten, seien die politischen Entscheidungsmöglichkeiten des Staates deutlich eingeschränkt gewesen.<sup>60</sup>

---

<sup>55</sup> Brosius/Wenzlhuemer 2011, S. 10.

<sup>56</sup> Ebd.

<sup>57</sup> Cheng Chuyuan: *Behind the Tiananmen Massacre. Social, political and economic Ferment in China*, Oxford 1990.

<sup>58</sup> Lowell Dittmer: *Rethinking China's Cultural Revolution amid Reform*, in: Woei Lien Chong (Hrsg.): *Cultural Revolution. Master Narratives and post-Mao counter Narratives*, Lanham 2002, S. 3-27.

<sup>59</sup> Andrew Nathan: *China's Crisis. Dilemmas of Reform and Prospects for Democracy*, New York 1990.

<sup>60</sup> Siehe hierzu Dingxin Zhao: *The Power of Tiananmen*, Chicago 2001, S. 4.

Eine zweite Forschungsrichtung konzentrierte sich auf die Entstehung einer chinesischen Zivilgesellschaft. David Strand<sup>61</sup> und Lawrence Sullivan<sup>62</sup> zählten zu ihren prominentesten Vertretern. Sie argumentierten, im Zuge der ökonomischen Reformen habe sich ein breites Spektrum an Interessengruppen formiert – da die Reformen sich jedoch nicht auf die politische Sphäre erstreckten, erhob sich diese Gruppen während der ökonomischen Krise gegen den Staat. Dieser Logik folgend hätten in denjenigen Regionen, in denen die wirtschaftlichen Reformen besonders konsequent umgesetzt wurden, die heftigsten Proteste ausbrechen müssen. In diesen Gebieten, wie Guangzhou und Xiamen, war die Bewegung jedoch weitaus schwächer als in Beijing oder Shanghai.<sup>63</sup> Auch die Anthropologin Aihwa Ong vertritt ein ähnliches Argument und wendete sich gegen die Annahme, in China würde die Gewährung privater Freiheiten automatisch zu Opposition gegen den Staat führen.<sup>64</sup> In „Privatizing China“ erläutert sie, wie Staat und Öffentlichkeit an der Genese von Praktiken, Werten und Lösungen teilhaben, die gerade nicht zu einem liberal-demokratischen Ergebnis führen.<sup>65</sup>

Der dritte prominente Ansatz in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Bewegung betonte die Rolle der chinesischen Kultur. Wissenschaftler wie Craig Calhoun<sup>66</sup>, Joseph Esherick und Jeffrey Wasserstrom<sup>67</sup> sowie Lucien Pye<sup>68</sup> setzten sich Anfang der 1990er vor allem mit Sprache und Symbolik der Aktivisten auseinander. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass Denken, Rhetorik und Verhalten der Aktivisten eng mit klassischen Mustern der chinesischen Kultur verflochten gewesen seien. Calhouns Fokus auf der kulturellen Identität der Intellektuellen und ihrer Definition von Demokratie stellte 1994 einen relativ neuen Ansatz dar. Er begründete seine kulturzentrierte Herangehensweise damit, dass sich die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler nach dem 4. Juni 1989 (trotz weltweiter Sympathie für die Studenten) mehr auf die Täter als die Opfer konzentrierte. Calhoun setzte sich daher dafür ein, die Bewegung selbst zum Zentrum der Analyse zu machen und sie nicht über geopolitischen Überlegungen oder

---

<sup>61</sup> David Strand: Protest in Beijing. Civil Society and public Sphere in China, in: *Problems of Communism* Nr. 39, Mai-Juni 1990, S. 1-19.

<sup>62</sup> Lawrence Sullivan: The Emergence of Civil Society in China, Spring 1989, in: Tony Saich (Hrsg.): *The Chinese People's Movement. Perspectives on Spring 1989*, New York 1990, S. 126-144.

<sup>63</sup> Zhao 2001, S. 4. Für eine Auseinandersetzung mit dem Konzept Civil Society in China siehe auch Liu Xiaobo: The Rise of Civil Society in China, in: *China Rights Forum* No. 3, 2003, S. 16-21.

<sup>64</sup> Aihwa Ong und Li Zhang (Hrsg.): *Privatizing China. Socialism from Afar*, Ithaka 2008, S. 10.

<sup>65</sup> Vergleiche hierzu auch Sebastian Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2. aktual. Aufl., Wiesbaden 2004, S. 33-34.

<sup>66</sup> Craig Calhoun: Students and the Struggle for Democracy in China, Berkeley 1994.

<sup>67</sup> Joseph Esherick/Jeffrey Wasserstrom: Acting out Democracy. Political Theater in modern China, in: *Journal of Asian Studies* 49 (4), November 1990, S. 835-865.

<sup>68</sup> Siehe Lucien Pye: Tiananmen and the Chinese Political Culture. The Escalation of Confrontation from Moralizing to Revenge, in: *Asian Survey* 30, 1990, S. 331-347.



Auseinandersetzungen innerhalb der Parteispitze zu vernachlässigen.<sup>69</sup> Er führte aus, die Demonstranten hätten nicht nur radikale politische Denker früherer Perioden rezipiert, sondern sich auch für ein Wiedererstarken des Landes und die Steigerung politischer Partizipationsmöglichkeiten eingesetzt. Darüber hinaus seien ihre Proteste von dem Bedürfnis getrieben gewesen, ihre Identität als Angehörige der chinesischen Intelligenz neu zu definieren.

Die Publikationen der vorangegangenen Jahre hatten die kulturellen Ursprünge der Identität der Aktivisten und deren Auswirkungen auf die Bewegung von 1989 lediglich peripher thematisiert. Erst mit den Demonstrationen von 1986 und 1989 gerieten die Proteste der 1970er und 1980er in den Fokus des wissenschaftlichen Interesses. Vor diesem Hintergrund widmete die Forschung Chinas gebildeter Elite immer mehr Aufmerksamkeit und stellte sie zunehmend als Träger von Demokratisierungsprozessen dar. Die Sinologin Merle Goldman<sup>70</sup> legte mit ihren Arbeiten den Grundstein für die Analyse der Rolle der kritischen Intelligenz. In „Sowing the Seeds of Democracy in China“ (1994) untersuchte sie wie chinesische Intellektuelle (wie der Autor Wang Ruowang, der Journalist Liu Binyan oder der Astrophysiker Fang Lizhi) während der Reformperiode zur Verbreitung demokratischer Ideen beitrugen.

Ein stellenweise veraltetes, aber dennoch grundlegendes Werk zur Rezeptionsgeschichte demokratischer Ideen in China liegt mit Andrew Nathans „Chinese Democracy“ von 1985 vor.<sup>71</sup> Nathan elaborierte, chinesische Intellektuelle und Politiker hätten Demokratie seit dem späten 19. Jahrhundert primär als politisches Mittel zur Schaffung eines Zustandes natürlicher Harmonie zwischen dem Staat und dem Individuum verstanden. Daher habe der Schutz individueller Rechte vor der Staatsmacht nie im Zentrum des politischen Denkens gestanden. Auf Basis dieser Prämisse untersuchte Nathan das Verhältnis zwischen Staat und Individuum, die Rolle der Presse und den Erfolg von Dorfwahlen. Er kam zu dem Ergebnis, dass eine „chinesische Demokratie“ nicht mit westlichen Definitionen des Begriffes korrespondiere und die Parteiführung westliche Vorstellungen von Demokratie sogar als Gefahr für Chinas nationale Stärke und Zusammenhalt erachte. Inwiefern die politischen Aktivitäten der Aktivisten 1989

---

<sup>69</sup> Calhoun 1994, S. x.

<sup>70</sup> Siehe Merle Goldman: Politically-Engaged Intellectuals in the 1990s, in: *The China Quarterly* Nr. 157, März 1999, S. 700-711 und dies.: The Party and the Intellectuals, in: John King Fairbank (Hrsg.), *The Cambridge History of China*, Bd. 14: *The People's Republic Part 1*, Cambridge 1987, S. 218-253 oder dies.: *China's Intellectuals and the State. In Search of a new Relationship*, Cambridge 1987.

<sup>71</sup> Siehe Andrew Nathan: *Chinese Democracy*, New York 1985.

fälschlicherweise als demokratisch dargestellt wurden, wird auch ein zentraler Gegenstand dieser Arbeit sein.

Dieser Überblick über die bisherige Forschung zum Thema zeigt, dass sich die meisten wissenschaftlichen Ansätze zum Verständnis der Bewegung in China entweder auf politische Aspekte, kulturelle Einflüsse oder Fragen der soziologischen Performanz konzentrierten. Der Interaktion dieser Faktoren im Diskurs innerhalb und über die Bewegung hingegen wurde bisher nicht ausreichend Beachtung geschenkt. Die chinesischen Aktivisten des Jahres 1989 interagierten nicht nur mit der Außenwelt, sondern verhandelten auch beständig den Bezug ihres eigenen politischen Konflikts zu Ideen und Vorbildern jenseits Chinas. Die meisten bisherigen Arbeiten zum Thema schenken der Schnittstelle zwischen China und der Außenwelt höchstens periphere Beachtung. Diese Lücke möchte die vorliegende Arbeit schließen.

Die Zahl der wissenschaftlichen Werke, die sich dem Thema aus einer transnationalen oder transkulturellen Perspektive annähern, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch überschaubar. Bereits Anfang der 1990er setzte sich Jeanne L. Wilson mit den Auswirkungen der Entstehung der Solidarnosc-Bewegung in Polen auf die Ereignisse in China auseinander, wohingegen der Sinologe Rudolf Wagner<sup>72</sup> sich 1991 auf die Frage nach ausländischen Einflüssen auf die Bewegung generell konzentrierte.<sup>73</sup> Während Wilson ihren Schwerpunkt auf die Reaktionen der chinesischen Führungsspitze auf die Solidarnosc-Bewegung in Polen legte, analysierte Wagner den Bereich der Symbolik. Dabei betonte er nicht nur die Bedeutung der Solidarnosc-Bewegung für die chinesischen Aktivisten, sondern hob auch den Hungerstreik auf dem Tian'anmen-Platz als ein aus Südafrika importiertes Symbol einer „Weltkultur des Widerstandes“ (*imported symbol of a world culture of dissidence*) hervor.<sup>74</sup> Wagner setzte sich darüber hinaus mit der Statue der „Göttin der Demokratie“ (*minzhu nüshen* 民主女神) auseinander, in der er Referenzen zum modernen politischen *imaginaire* kulminieren sah.

Diese Statue bot auch neueren Arbeiten Anlass zu einer dezidiert transkulturellen Annäherung.<sup>75</sup> Sumathi Ramaswami (2011) beispielsweise diskutierte auf Basis der Freiheitsstatue vor New York City, der „Göttin der Demokratie“ und „English, the Dalit

---

<sup>72</sup> Siehe Rudolf Wagner: Political Institutions, Discourse and Imagination in China at Tian'anmen, in: James Manor (Hrsg.), *Rethinking Third World Politics*, New York 1991, S. 121-145.

<sup>73</sup> Siehe Jeanne L. Wilson: The Polish Lesson. China and Poland 1980-1990, in: *Studies in Comparative Communism*, Vol. XXIII, No. 3/4., 1990, S. 259-280.

<sup>74</sup> Wagner 1991, S. 131.

<sup>75</sup> Benjamin Lee und Leo Ou-fan Lee: The Goddess of Democracy Deconstructed, in: *New Perspectives Quarterly*, Vol. 6, Nr. 3, 1989, S. 58-61; Wu Hung: Tiananmen Square. A History of Monuments, in: *Representations*, Nr. 25, Sommer 1991, S. 84-117; Sumathi Ramaswamy: The Work of Goddesses in the Age of Mass Reproduction, in: Brosius und Wenzlhuemer 2011, S. 191-220.

Goddess“ in Indien transkulturelle Prozesse der Mimesis. Aktuelle Publikationen zur Bewegung in China 1989 konzentrieren sich auf die Phase nach der militärischen Niederschlagung der Proteste und widmen sich Aspekten wie transnationalem Aktivismus und transnationalen Menschenrechten.<sup>76</sup> Da seit Mitte der 1990er die Internationalisierung von Politik, der Aufstieg transnationaler Netzwerke und Organisationen<sup>77</sup> ebenso wie das Zusammenspiel kollektiven Handelns auf der Lokal- und Globalebene<sup>78</sup> für die Erforschung sozialer Bewegungen stetig an Bedeutung gewinnt, ist eine transkulturelle Perspektive auf die Ereignisse in China 1989 hermeneutisch ebenso interessant wie überfällig.

#### 1.4. Quellen und Methode

Die Analyse des Diskurses über ausländische Einflüsse orientiert sich an den erkenntnistheoretischen Arbeiten Michel Foucaults. Der methodische Ansatz dieser Arbeit basiert auf seinem Konzept der Diskursanalyse, das er in „The Archaeology of Knowledge“ (1969/2004)<sup>79</sup> und „The Order of Discourse“<sup>80</sup> (1971) konzeptualisierte.<sup>81</sup> Darin beschrieb Foucault seinen Ansatz zur historischen Analyse, der ein breites Verständnis von Diskurs beinhaltet und sich über konventionelle Vorstellungen von historischer Einheit oder Kontinuität hinwegsetzt. Foucault spricht sich deutlich gegen die hermeneutisch orientierte Herangehensweise der Ideengeschichte aus und betont stattdessen die Bedeutung von Denkmustern und Wissensfeldern hinter der eigentlichen Aussage. Als Methode schlägt er *Archäologie* vor, eine Herangehensweise, die sich auf die Analyse der Entstehung und Transformation von Diskursen, anstatt die tiefere

---

<sup>76</sup> Siehe Caroline Fleay: China and the limits of transnational human rights Activism: From Tiananmen Square to the Beijing Olympics, in: Thomas Olesen (Hrsg.), *Power and Transnational Activism*, New York 2011, S. 111-130.

<sup>77</sup> Siehe Donatella Della Porta und Sidney Tarrow: Transnational Processes and Social Activism. An Introduction, in: Dies. (Hrsg.), *Transnational Protest and Global Activism*, New York 2005; Dieter Rucht: The Transnationalization of Social Movements. Trends, Causes, Problems, in: Della Porta/Krisie/Rucht, *Social Movements in a Globalizing World*, New York 1999, S. 206-223.

<sup>78</sup> Siehe hierzu beispielsweise Christian Lahusen: International Campaigns in Context. Collective Action between the Local and the Global, in: Della Porta 1999, S. 189-206.

<sup>79</sup> Michel Foucault: *The Archaeology of Knowledge*, London 2004 [1969].

<sup>80</sup> Ders.: *L'Ordre du discours*, Paris 1971 [Deutsche Fassung: *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt 1991.]

<sup>81</sup> Obwohl Foucaults Arbeiten zur Diskursanalyse bereits vor mehreren Jahrzehnten entstanden, haben sie, wie die kontinuierliche Zahl an Neuerscheinungen zu seinen Werken belegt, nichts von ihrer Relevanz für die Analyse historischer Diskurse eingebüßt. Dies lässt sich an der Zahl aktueller Publikationen erkennen, die sich mit Foucaults Theorien und Leben beschäftigen. Siehe hierzu beispielsweise Michael C. Behrent: Accidents Happen. François Ewald, the 'Antirevolutionary' Foucault, and the Intellectual Politics of the French Welfare State, in: *The Journal of Modern History* 82, No. 3, September 2010, S. 585-624. Thomas Lemke: Eine Kritik der politischen Vernunft: Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, 5. Aufl., Berlin 2011; Peggy H. Breitenstein: Die Befreiung der Geschichte. Geschichtsphilosophie als Gesellschaftskritik nach Adorno und Foucault, Frankfurt 2012 (im Erscheinen); Rene Aguigah: Michel Foucault, Berlin 2013 (im Erscheinen).

Bedeutung oder den logischen Gehalt der einzelnen Aussagen konzentriert. Die „archäologische Methode“ im Foucaultschen Sinn untersucht die positiven Aspekte des Diskurses, der streng auf der Ebene gemachter Aussagen analysiert wird. In den Worten Foucaults ausgedrückt:

„This term [Archäologie] does not imply the search for a beginning; it does not relate analysis to geological excavation. It designates the general theme of a description that questions the already-said at the level of its existence: of the enunciative function that operates within it, of the discursive formation, and the general archive system to which it belongs. Archaeology describes discourses as practices specified in the element of the archive.“<sup>82</sup>

Nach Foucault ist die *Aussage* die kleinste Einheit des Diskurses. Diese steht in einer diskursiven Beziehung zu einem ganzen Aussagenfeld, das in den einzelnen Aussagen immer wieder aktualisiert wird. Betrachtet man also eine einzelne Aussage, so kann diese nur durch die Analyse der diskursiven Formen, die sie ermöglicht haben, erfasst werden. Bei einer Aussage kann es sich – je nach Diskursfeld – um ein breites Spektrum an Quellen handeln, das sich von wissenschaftlichen Statistiken bis hin zu Sätzen aus einem Roman erstreckt. Von besonderer Bedeutung für diese Arbeit ist Foucaults Verständnis des *Archivs*, das er nicht als Sammlung von Texten aus einer bestimmten Periode oder von einem bestimmten Autor konzeptualisiert.<sup>83</sup> Für Foucault konstituiert sich das Archiv vielmehr aus der Gesamtheit an Beziehungen und Institutionen, durch die eine Aussage ermöglicht wurde und weiter existiert. Auf Basis dieses Verständnis von Archäologie und Archiv beschreibt er den Diskurs als die Totalität eines historischen Ereignisses, die wiederum durch den Diskurs selbst vermittelt wird. Das Archiv im Foucaultschen Sinn, auf das diese Arbeit zurückgreift, versucht somit den komplexen Beziehungen gerecht zu werden, die für die Analyse des Diskurses der chinesischen Protestbewegung von 1989 unabdingbar sind. Aus diesem Grund werden in der vorliegenden Untersuchung neben den Aussagen, die den Diskurs konstituieren, auch ökonomische Faktoren, wie die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft, ebenso

---

<sup>82</sup> Foucault 2002, S. 103.

<sup>83</sup> Foucault selbst erklärt sein Verständnis des Archivs mit: „By this term I do not mean the sum of all the texts that a culture has kept upon its person as documents attesting to its own past, or as evidence of a continuing identity; nor do I mean the institutions, which, in a given society, make it possible to record and preserve those discourses that one wishes to remember and keep in circulation. [...] The archive is first the law of what can be said, the system that governs the appearance of statements as unique events“, Foucault 2002, S. 101.

wie transnational agierende *Soft Power*-Instrumente (beispielsweise die VOA und die BBC) und sich verändernde Kommunikations- und Informationsstrukturen in die Diskursanalyse einbezogen. Nur durch die Kontextualisierung mit diesen Prozessen und Machtverhältnissen, so das Argument dieser Arbeit, lässt sich der Diskurs innerhalb der und über die chinesische Protestbewegung erfassen. Dabei geht es jedoch keineswegs darum zu erörtern, wie es „wirklich war“. Foucault betont:

„Archaeology is not in search of inventions; and it remains unmoved at the moment (a very moving one, I admit) when for the first time someone was sure of some truth; it does not try to restore the light of those joyful mornings. But neither is it concerned with the average phenomena of opinion, with the dull grey of what everyone at a particular period might repeat. What it seeks [...] is not to draw up a list of founding saints; it is to uncover the regularity of a discursive practice. A practice that is in operation, in the same way, in the work of their predecessors; a practice that takes account in their work not only of the most original affirmations (those that no one else dreamt of before them), but also of those that they borrowed, even copied, from their predecessors.“<sup>84</sup>

Ein weiteres zentrales Konzept in Foucaults Werk ist das *Subjekt*. Wie er in seinem Essay „The Subject and Power“ aus dem Jahr 1982 deutlich ausdrückte: „it is not power but the subject which is the general theme of my research.“<sup>85</sup> Was macht nach Foucault Individuen, wie die Frauen und Männer, die 1989 für amerikanische Medien über China berichteten, oder die Aktivisten, die in Beijing demonstrierten, zu Subjekten? Es ist die Form der Macht, die das Individuum charakterisiert, ihm seine Identität verleiht und ihm die Herrschaft jener Wahrheit auferlegt, die es anerkennen muss und die andere in ihm erkennen.<sup>86</sup> Im Einklang mit Foucaults Werk werden daher die verschiedenen in dieser Arbeit untersuchten Akteure als Subjekte konzeptualisiert, um ihre Abhängigkeit von ihrer eigenen Identität als westliche Journalisten, chinesische Intellektuelle (*zhishijfenzi* 知识分子) oder Mitarbeiter der VOA in die Analyse integrieren zu können.

Die für diese Arbeit ausgewählten Quellen orientieren sich an den zentralen Subjekten, die sich in dem untersuchten Diskurs engagierten. Dabei handelt es sich um die „Voice of America“ (VOA), den „BBC Chinese Service“ des britischen „BBC World Service“, die chinesischen Aktivisten, die westliche Presse und die chinesische Regierung. Die

---

<sup>84</sup> Ebd., S. 111.

<sup>85</sup> Foucault 1982, S. 777.

<sup>86</sup> Ebd.

Untersuchung der Rolle der „Voice of America“ basiert auf Anhörungen vor dem US-Kongress, in denen sich das US-Repräsentantenhaus gezielt mit der Frage nach den möglichen Verwicklung des Senders in den Unruhen in China beschäftigte. Diese Anhörungen lassen wichtige Erkenntnisse über die Arbeitsweise der VOA und die politischen Ziele ihrer Berichterstattung nach China zu. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden mit einer Studie von He Zhou und Zhu Jianhua abgestützt, denen es gelang, Zugang in das Archiv der VOA zu erhalten und dort Abschriften der Radiosendungen nach China zu untersuchen. Der Untersuchung der Berichterstattung des „BBC Chinese Service“ liegen Abschriften der Sendungen nach China auf Chinesisch und Englisch zugrunde, die im *BBC Written Archive* in Reading auf Mikrofiche zugänglich sind. Diese werden mit der offiziellen Selbstdarstellung des „BBC World Service“ kontextualisiert, die eine aufschlussreiche Quelle für das Selbstverständnis und die Zielsetzungen der Auslandsdienste der BBC bietet.

Die Diskursanalyse, die in Kapitel 4 im Zentrum dieser Arbeit steht, kontrastiert die Darstellung der verschiedenen Subjekte. Die Forderungen der chinesischen Aktivisten des Jahres 1989 lassen sich Flugblättern, Wandpostern (*dazibao* 大字报), öffentlichen Reden und Interviews mit der ausländischen Presse entnehmen. Diese wurden nach der Niederschlagung der Proteste von Unterstützern der Bewegung in einer ganzen Reihe von Quelleneditionen gesammelt und publiziert. Die Quellenanalyse basiert auf der unter dem Pseudonym „Han Minzhu“ herausgegebenen Dokumentensammlung „Cries for Democracy“,<sup>87</sup> ebenso wie auf der vom Hamburger Institut für Asienkunde editierten Quellensammlung „Studentenprotest und Repression in China April - Juni 1989“<sup>88</sup> und der Dokumentenzusammenstellung „China’s Search for Democracy. The Student and the Mass Movement of 1989“ des Fairbank Center for East Asian Research der Harvard University.<sup>89</sup> Darüber wird „*Xue Wo Zhonghua* 血沃中華 [China in Blut getränkt]“ untersucht, eine im Juni 1989 in Hongkong herausgegebene Sammlung von Schlüsseltexten.<sup>90</sup> Die Argumentation wird mit Interviews mit Mitgliedern und

---

<sup>87</sup> Han Minzhu: *Cries for Democracy. Writings and Speeches from the 1989 Chinese Democracy Movement*, Princeton 1990.

<sup>88</sup> Peter Schier/Ruth Cremerius/Doris Fischer (Hrsg.): *Studentenprotest und Repression in China April - Juni 1989. Dokumente, Analyse, Chronologie*, Hamburg 1991.

<sup>89</sup> Suzanne Ogden et al.: *China’s Search for Democracy. The Student and the Mass Movement of 1989*, Armonk 1992.

<sup>90</sup> He Zhizhou 何芝洲 (Hrsg.): *Xue wo zhonghua* 血沃中華 [China in Blut getränkt], Hongkong 1989, herausgegeben von *Xianggang Xinyidai wenhua xiehui* 香港新一代文化协会 [Kulturverein Neue Generation Hongkong].

Führungsfiguren der „Chinese Democratic Party“ (CDP) abgerundet, die ich im Oktober 2010 in New York City führte.

Die Sichtweise der chinesischen Regierung lässt sich Artikeln aus der *Renmin Ribao* entnehmen, der Tageszeitung, die als ihr offizielles Sprachrohr fungiert. Darüber hinaus übersetzte der „Foreign Broadcast Information Service“ (FBIS) des amerikanischen Geheimdienst CIA interne und öffentliche Reden, ebenso wie Abschriften von Fernsehsendungen in der Form eines *Daily Report China* ins Englische. Dieser *Daily Report* wurde täglich an die verschiedenen Auslandbüros des CIA verteilt, mit der Auflage, ihn lediglich für den internen Gebrauch zu nutzen. Die mittlerweile für die Öffentlichkeit freigegebenen FBIS-Berichte sind über die Datenbank der Library of Congress in Washington, D.C. zugänglich und bilden zudem die Grundlage für die Untersuchung der chinesischen Medienberichterstattung über die Reformen in der UdSSR ab 1985. Da auch der CIA an der Art und Weise, wie in China über die Sowjetunion berichtet wurde, interessiert war, bieten die *Daily Reports* einen Querschnitt über die Informationen, die ein chinesischer Leser den chinesischen Medien über Gorbatschows Reformen entnehmen konnte. Alle Quellen, die in dieser Arbeit mit „FBIS“ abgekürzt werden, stammen aus dem „Daily Report China“ des *Foreign Broadcast Information Service* des CIA. Das Kürzel „CH“ deutet dabei an, dass es sich um einen Artikel auf Chinesisch, das Kürzel „EN“ dass es sich um einen englischen Bericht handelt.

Für die auf Mikrofiche vorliegenden Abschriften der Sendungen des „Chinese Service“ der BBC nach China wird die jeweilige Abkürzung der BBC benutzt, beispielsweise „James Miles, ‚Dispatch from Peking‘, BBC XN10 0522 15/05/98“. Dieser Kurzform lässt sich der Name des Autors (James Miles) der Titel des Beitrags („Dispatch from Peking“), der Beginn der Sendung (05:22 GMT) sowie ihr Datum (15. Mai 1989) entnehmen.

Für die Analyse der westlichen Medienberichterstattung greift diese Arbeit auf die *New York Times*, die *Washington Post*, den *Christian Science Monitor* und das *Wall Street Journal* zurück. Diese wurden ausgewählt, um ein möglichst breites politisches Spektrum der Berichterstattung über China abdecken zu können. Die *New York Times* ist eher demokratisch orientiert, während die republikanisch ausgerichtete *Washington Post* in ihrer Berichterstattung über China meistens die Interpretation der US-Regierung wiedergab. Das *Wall Street Journal* betonte ökonomische Aspekte, während der *Christian Science Monitor* eine „special interest“-Publikation war, die der China-Berichterstattung traditionell eine wichtige Rolle einräumte. Die Untersuchung konzentriert sich auf die

Berichterstattung der vier Tageszeitungen über die Proteste in China Ende Dezember 1986 und Anfang 1987, ebenso wie über die Demonstrationen, die Mitte April 1989 mit dem Tod des 1987 abgesetzten Generalsekretärs der KPCh Hu Yaobang einsetzten. Entgegen der Annahme, dass die unterschiedlichen Schwerpunkte der Zeitungen zu unterschiedlichen Einschätzungen der Bewegung in China führten, folgten diese sehr ähnlichen Bewertungsmustern, wie Kapitel 4 zeigen wird.

Der vorliegende Text bemüht sich um eine geschlechtergerechte Sprache. An den Demonstrationen in China 1989 waren sowohl junge Frauen, als auch junge Männer beteiligt. Auch bei den Angehörigen des Pressecorps, die über diese berichteten, handelte es sich um Männer und Frauen, wie beispielsweise Vaudine England für die BBC, Claudia Rosset für das *Wall Street Journal* oder Dorothy Gilliam für die *Washington Post*. Sollte die Formulierung diese Realität nicht durchgängig reflektieren, so ist dies keineswegs auf einen gezielten Versuch die weibliche Hälfte der Akteure zu marginalisieren zurückzuführen, sondern vielmehr den genderstereotypischen Beschränkungen der deutschen Sprache geschuldet.

Da diese Arbeit auf Quellenmaterialien in drei verschiedenen Sprachen (Englisch, Chinesisch und Deutsch) zurückgreift, ist es nötig, vorweg die wichtigsten Formalien hinsichtlich der Transkription und Verwendung fremdsprachiger Begriffe zu erläutern.

Für die Umschrift chinesischer Begriffe wird *Hanyu Pinyin* 汉语拼音 verwendet, das offizielle Transkriptionssystem der Volksrepublik China. Chinesische Begriffe werden zudem in Kurzzeichen (*jiǎntǐzì* 简体字) wiedergegeben. Zentrale Begriffe oder Ausdrücke finden sich entweder in Klammern hinter der Übersetzung oder – sollten sie eine gewisse Länge überschreiten – in den Fußnoten. Begriffe aus dem Englischen oder Chinesischen werden im Text kursiv hervorgehoben. Zur besseren Lesbarkeit werden fremdsprachliche Zitate, die keinen vollständigen Satz ergeben, im Textfluss ins Deutsche übersetzt. Längere Zitate werden in der Originalsprache wiedergegeben.



## 2. Globalisierung, soziale Bewegungen und die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit

### 2.1. Globalisierungsprozesse: Ein Definitionsversuch

Soziale Bewegungen unterliegen, wie alle sozialen Handlungen, dem historischen Wandel. Ihre Charakteristika und Organisationsstrukturen werden von äußeren Rahmenbedingungen und kommunikationstechnischen Errungenschaften entscheidend geprägt. Die Demonstrationen in China 1989 stellen hierbei keine Ausnahme dar. Da die 1980er eine Periode des raschen technologischen Fortschrittes und steigender globaler Vernetzungen waren, muss die Bewegung im Kontext jener globalen Transformationsprozesse diskutiert werden, die ihre Kommunikationsformen, Proteststrategien und politischen Ziele maßgeblich beeinflussten. Diese globalen Transformationsprozesse werden in der gegenwärtigen Forschung als „Globalisierung“ beschrieben.<sup>91</sup> Der Begriff ist laut Guidry jedoch sowohl auf der konzeptuellen, als auch auf der empirischen Ebene hochgradig umstritten.<sup>92</sup> Der Terminus kam in den 1990ern *en vogue* und wird mittlerweile nicht nur benutzt, um den Zeitgeist der Wende ins 21. Jahrhundert zu beschreiben, sondern kristallisierte sich darüber hinaus als namensgebend für eine gesamte historische Epoche heraus.<sup>93</sup> Dem umstrittenen Charakter von Globalisierung zum Trotz lässt sich erkennen, dass die meisten wissenschaftlichen Annäherungsversuche an das Thema in Hinblick auf einige zentrale Aspekte übereinstimmen. Dabei handelt es sich vor allem um die Expansion, Konzentration und generelle Beschleunigung globaler Interaktionen. Angesichts der Heterogenität der Prozesse, die unter dem Begriff Globalisierung subsumiert werden, schlägt der Soziologe Gay W. Seidman vor, den Terminus im Plural zu verwenden.<sup>94</sup> Er argumentiert, keine Entwicklung allein könne als Globalisierung bezeichnet werden, da dies der Komplexität des Sachverhaltes nicht gerecht werde. Seidman begründet dies unter anderem mit dem Argument, Globalisierungsprozesse würden Menschen in unterschiedlichen Regionen und unterschiedlichen sozialen Schichten auf völlig verschiedene Weise beeinflussen. Vertreter unterschiedlicher Disziplinen stimmen zudem über einige weitere zentrale Charakteristika überein, beispielsweise die Vorstellung, dass Globalisierung die

---

<sup>91</sup> Zur Einführung in das Thema Globalisierung siehe David Held/Anthony McGrew: *The Global Transformations Reader. An Introduction to the Globalization Debate*, 2. Aufl., Cambridge 2003.

<sup>92</sup> Guidry 2003, S. 2.

<sup>93</sup> Osterhammel/Petersson 2007, S. 7.

<sup>94</sup> Seidman, Gay W.: *Adjusting the Lense: What do Globalizations, Transnationalism, and the anti-Apartheid movement Mean for Social Movement Theory?*, in: Guidry, John A. (Ed.) *Globalizations and Social Movements*, Michigan 2003, S. 340.

Dominanz des Nationalstaates in Frage stelle und somit zu einer Veränderung in der Machtbeziehung zwischen diesen Staaten und den Märkten führe, die sich in den meisten Fällen zu Gunsten der Märkte auswirke.<sup>95</sup> Zum anderen herrscht Konsens über den Einfluss von Globalisierungsprozessen auf kulturelle Faktoren.<sup>96</sup> Kulturelle Globalisierung wird häufig als von einer global operierenden, westlich dominierten Kulturindustrie angetrieben verstanden. Obwohl kulturelle Globalisierung vielfach als eine Entwicklung in Richtung kultureller Homogenisierung kritisiert wurde, stieg die Zahl sozialer Bewegungen, die sich der Verteidigung regionaler Eigenheiten verschrieben, in den letzten Jahrzehnten rapide an.<sup>97</sup> Angesichts dieser auf den ersten Blick häufig widersprüchlichen Entwicklung spricht der Soziologe Roland Robertson von einer „simultanen Universalisierung des Partikularen und Partikularisierung des Universalen“.<sup>98</sup> Um diese inhärenten Widersprüche erfassen zu können, prägte Robertson den Begriff „Glokalisierung“ (*glocalisation*). Dieser impliziert, dass globale Entwicklungen Veränderungen auf der Lokalebene hervorrufen, wo sie jedoch einen gewissen Grad an Anpassung voraussetzen. Für Robertson sind Massenmedien, Fernreisen und global nachgefragte Konsumgüter die treibenden Mechanismen hinter „Glokalisierung“. Diese führe häufig zu „Hybridisierung“, der Amalgamation von bereits existenten kulturellen Elementen mit neuen Komponenten. Im Fall der Demonstrationen in China 1989 ließ sich dies beispielsweise an der Statue der „Göttin der Demokratie“ erkennen, in der sich chinesische Elemente mit politischen Symbolen westlicher Demokratien verbanden.

Der Sozialtheoretiker David Harvey<sup>99</sup> bereicherte die Debatte über Globalisierung um einen weiteren Ansatz. Seinem Verständnis nach handelt es sich bei Globalisierung vor allem um Raum-Zeit-Kompression (*space-time compression*). Dies führt zu dem dritten Aspekt von Globalisierung, über den sich die meisten Theoretiker einig sind: die Verdichtung von Raum und Zeit. Diese resultiere vor allem aus den gesunkenen Kosten für telefonische Kommunikation, ebenso wie der Verbreitung elektronischer

---

<sup>95</sup> Osterhammel/Petersson 2007, S. 11.

<sup>96</sup> Vergleiche hierzu Arjun Appadurai: *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*, Minneapolis 1996; Roland Robertson: *Globalization. Social Theory and Global Culture*, London 1992; Christoph Brumann: *The Anthropological Study of Globalization. Towards an Agenda for the Second Phase*, in: *Anthropos* Bd. 93, 4./6., 1998, S. 495-506 oder John Tomlinson: *Globalization and Cultural Identity*, in: David Held/Anthony McGrew (Hrsg.): *The Global Transformations Reader*, Cambridge 2003, S. 269-278.

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Roland Robertson: *Glocalization. Time-Space and Heterogeneity – Homogeneity*, in: Mike Featherstone, Scott Lash und Roland Robertson (Hrsg.): *Global Modernities*, London 1997, S. 25-45.

<sup>99</sup> David Harvey: *The Condition of Post-Modernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*, Cambridge 1990, S. 260-308.

Nachrichtendienste, wie SMS oder Twitter. Beide Entwicklungen, so die Theorie, führen zu einem erhöhten Empfinden von virtueller Nähe,<sup>100</sup> das in Kombination mit der gesteigerten Geschwindigkeit von Kommunikation die Bedeutung von Ort, Entfernung und Grenzen für viele soziale Beziehungen verringere, wenn nicht gar aufhebe.

Andere Autoren, wie der britische Soziologe Martin Albrows hingegen gehen über die Ebenen von Kultur, Raum oder Märkten hinaus. Albrows versteht Globalisierung vor allem als eine Veränderung des menschlichen Bewusstseins. Seiner Ansicht nach brachten Globalisierungsprozesse einen völlig neuen Orientierungsrahmen (*novel frame of orientation*) hervor, der die Gegenwart von allen vorangegangenen Epochen unterscheidet.<sup>101</sup> Nach Albrows lässt sich Globalisierung somit als ein Prozess der Verstärkung von Reflexivität verstehen, der einer steigenden Zahl an Akteuren globale Interrelationen bewusst mache.<sup>102</sup>

Diese sehr unterschiedlichen Ansätze zum Verständnis von Globalisierungsprozessen verdeutlichen die Heterogenität der wissenschaftlichen Herangehensweise – eine Heterogenität, die sich auch in Versuchen den Beginn von Globalisierung zu datieren niederschlägt.<sup>103</sup> Diese Arbeit bestätigt Jürgen Osterhammels Aussage, es sei „naiv, als

---

<sup>100</sup> Siehe dafür unter anderem Osterhammel/Petersson 2007, S. 12.

<sup>101</sup> Martin Albrows: *Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter*, Frankfurt a. M. 1998.

<sup>102</sup> Ein weiterer Forschungsansatz zur Globalisierung lässt sich im Werk von Manuel Castells finden (*Materials for an Exploratory Theory of the Network Society*, in: *British Journal of Sociology* 51, 2000, S. 5-24), dessen Verständnis von Globalisierung auf der Entstehung einer Netzwerk-Gesellschaft aufbaut. Castells argumentiert, die moderne Computertechnologie habe es den Menschen ermöglicht, ihre sozialen Beziehungen flexibler und unabhängig vom Standort zu gestalten. Große hierarchische oder bürokratische Strukturen würden immer mehr durch informelle, horizontale Netzwerken ersetzt. Dies führe zu einem Wandel der Prinzipien von Machtausübung: Statt Unterdrückung und Ausbeutung, sozialem Oben und Unten und geographischen Zentren und Peripherien versteht er die Welt als ein Netzwerk, in dem Zugehörigkeit oder Ausgeschlossenheit die zentrale Unterscheidung ausmachen. Ein weiterer Komplex an Debatten zum Thema Globalisierung konzentriert sich auf die historische Genese von Globalisierung. David Held zum Beispiel (*Global Transformations. Politics, Economics and Culture*, Cambridge 1999) versteht Globalisierung nicht als ein neues historisches Phänomen, sondern als Ergebnis eines Prozesses, der sich durch die gesamte Geschichte der Menschheit zieht. Er unterscheidet zwischen ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Verbindungen, die aus verschiedenen Motiven etabliert wurden und sich durch diverse Anreize verbreiteten. Daher, so Held, unterscheiden sich die Resultate des Globalisierungsprozesses je nach dem jeweiligen Standort, der Epoche und der sozialen Schicht. Für Held ist Globalisierung somit ein Prozess, der Nationalstaaten, Konzerne und Firmen zwar nicht abschafft, sie aber massiv verändert. Diese Ansicht wird von James Rosenau (*Information Technologies and Global Politics. The changing Scope of Power and Governance*, Albany 2002) und Ian Clark (*Globalization and Fragmentation. International Relations in the Twentieth Century*, Oxford 1997) geteilt, die Globalisierung als ein eher junges Phänomen verstehen, das jedoch von historischen sozialen, ökonomischen und militärischen Prozessen geprägt wird.

<sup>103</sup> Versteht man die Existenz eines funktionsfähigen Weltmarktes, globalen Freihandel und den ungehinderten Fluss an Kapital, in Kombination mit dem Aufstieg multinationaler Konzerne, internationale Arbeitsteilung und ein globales Finanzsystem als wichtigste Kriterien von Globalisierung, so lässt sich der Beginn dieser Prozesse auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts datieren. (Siehe Osterhammel/Petersson 2007, S.15.) Konzentriert man sich allerdings auf kulturelle Aspekte, so manifestierten sich Globalisierungsprozesse in den Bereichen Handel und kultureller Austausch bereits

Historiker zu fragen, ‚wann die Globalisierung begann‘ oder ob es im 18. Jahrhundert bereits Globalisierung gab‘.<sup>104</sup> Stattdessen, so Osterhammel, sei es wesentlich wichtiger den Terminus klar zu definieren. Der vorliegenden Untersuchung liegt ein Verständnis von Globalisierung zugrunde, das sich an den Arbeiten des britischen Soziologen Anthony Giddens orientiert.<sup>105</sup> Dieser versteht Globalisierung als „action at distance“, also die Fähigkeit eines Akteurs an einem Ort durch politische, ökonomische oder mediale Prozesse Einfluss auf Ereignisse an einem anderen Ort auszuüben. Giddens betont in diesem Zusammenhang ebenso wie David Harvey<sup>106</sup> die Bedeutung der Komprimierung von Raum und Zeit durch Kommunikationstechnologien und Transportmittel:

„Globalization is really about the transformation of space and time. I define it as *action at distance*, and relate its intensification over recent years to the emergence of means of instantaneous global communication and mass transportation. Globalization does not only concern the creation of large-scale systems, but also the transformation of local, and even personal, contexts of social experience. Our day-to-day activities are increasingly influenced by events happening on the other side of the world.“<sup>107</sup>

*Action at distance* spielt für die Analyse sozialer Bewegungen eine zentrale Rolle. Am Beispiel der Demonstrationen in China wird in Kapitel 3 und 4 untersucht werden, wie Akteure an weit entfernten Schauplätzen 1989 versuchten, Einfluss auf das Denken und Handeln der chinesischen Aktivisten zu nehmen und wie deren Forderungen genutzt wurden, um den Lesern in den USA beispielsweise die Vorzüge ihres eigenen demokratischen Systems vor Augen zu führen.<sup>108</sup>

---

weitaus früher. André Gunder Frank argumentiert beispielsweise, Europa sei lediglich Teil eines schon seit dem 13. Jahrhundert existierenden Afro-Eurasischen Handelsnetzwerks gewesen, dessen Struktur und Dynamik schließlich globale Ausdehnung erreicht habe (siehe hierzu André Gunder Frank: *ReOrient. Global Economy in the Asian Age*, Berkeley 1998, S. 43). Eine davon stark abweichende Datierung lässt sich im Werk des Journalisten Thomas L. Friedman finden, der Globalisierung in drei Phasen unterteilt und ihren Anfang erst etwa 300 Jahre später in den Entdeckungsreisen Christoph Columbus von 1492 sieht (siehe Thomas L. Friedman: *It's a Flat World, After All*, in: *New York Times Magazine*, 3. April, 2005, <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9F06E7D8153FF930A35757C0A9639C8B63&pagewanted=all> (letzter Zugriff am 15.04.2012).

<sup>104</sup> Osterhammel/Petersson: *Geschichte der Globalisierung*, München 2004, S. 15

<sup>105</sup> Anthony Giddens: *Beyond Left and Right: The Future of Radical Politics*, Stanford 1994.

<sup>106</sup> Vergleiche Harvey 1990, S. 495-506.

<sup>107</sup> Ebd., S. 4f.

<sup>108</sup> Siehe hierzu beispielsweise S. 141 dieser Arbeit.

Gleichgültig wie man Globalisierung definiert, war die Geschichte der globalen Verbundenheit von Eroberung und Ausbeutung, von Gewalt und Blutvergießen geprägt. Es waren nicht die Ideale von Freiheit und Selbstbestimmung, die sich zuerst auf einen globalen Siegeszug begaben, sondern Eroberer und Infektionskrankheiten. Globalisierungsprozesse implizieren keineswegs eine teleologische Entwicklung hin zu einer egalitäreren und gerechteren Welt. Im Gegenteil – in vielen Fällen erschließen sie neue Schauplätze von Dominanz und Unterdrückung. Die Vorstellung globaler Verbundenheit reflektiert in vielen Fällen die Bedürfnisse und Ideale der westlichen Marktwirtschaften. Dies wird häufig durch eine Historiographie verdeckt, die durch Grenzüberschreitungen verursachte Asymmetrien ausblendet und Globalisierungsprozesse als Durchsetzung vermeintlich globaler Werte (wie Demokratie, Kapitalismus oder Menschenrechte) verzerrt.

### **Globalisierung und die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft**

Ein weiterer wichtiger Prozess, der die Welt in den 1980ern entscheidend veränderte, lässt sich im Gegensatz zu Globalisierung klar datieren. Die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft nahm ihren Anfang vor etwa 40 Jahren, als der globale Kapitalismus immer mehr Krisensymptome aufwies. Sie spielt für die Bewegung in China 1989 aus zwei Gründen eine wichtige Rolle: Zum einen führte die Einführung neoliberaler Praktiken in China seit Ende der 1970er zu großen sozialen Veränderungen, die – wie das nächste Kapitel ausführen wird – den Protesten von 1989 den Weg ebneten, zum anderen verstärkte die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft das Interesse westlicher Industrienationen an China als potentiellem Absatzmarkt.

Der Weg in den Neoliberalismus verlief aus heutiger Perspektive keineswegs gradlinig.

„The world“, so schreibt David Harvey, „stumbled toward neoliberalism through a series of gyrations and chaotic motions that eventually converged on the so-called ‘Washington Consensus’ in the 1990s.“<sup>109</sup> Die globale Wirtschaftskrise, die mit dem Öl-Boycott der OPEC 1973 ihren Anfang nahm, stellte aus heutiger Perspektive die Initialzündung für eine umfassende Transformation der Weltwirtschaft und der daran gebundenen Staaten dar.<sup>110</sup> Hohe Defizite in den USA gefährdeten das Vertrauen in den US-Dollar als Leitwährung. Als Konsequenz wurde das Bretton-Woods-System 1973 offiziell aufgegeben und in den meisten Ländern durch freie Wechselkurse ersetzt, was

---

<sup>109</sup> Harvey 2007, S. 27. Der „Washington Consensus“ bezeichnet ein vom IWF und der Weltbank propagiertes Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Erhöhung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstumssteigerung.

<sup>110</sup> Cohen/Centeno 2006, S. 61.

zu einer globalen Liberalisierung des Kapitalflusses führte. Der britische Wirtschaftshistoriker Harold James hält daher fest:

„The 1944 Bretton Woods agreements required the liberalization of payments for goods and services, but there was no equivalent demand to free movements of capital, and the new institutional arrangement assumed that capital movements would be permanently restricted. In fact, however, it was very hard for governments to put such limitations on capital. Offshore markets developed, and eventually, in the early 1970s, large flows of money brought down the Bretton Woods regime.“<sup>111</sup>

Als Reaktion auf den Zusammenbruch des Wechselkurssystems und die Ölkrise Anfang der 1970er gründeten Italien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die USA und Japan die „Gruppe der Sechs“ (*group of six*), auch bekannt als G6, einen Verband, der sich bis heute in seiner auf *group of eight* erweiterten Form als „informeller Zusammenschluss der acht wirtschaftlich und politisch führenden Nationen der Welt“ versteht.<sup>112</sup> Zeitgleich fand das erste Experiment einer neoliberalen Restrukturierung statt: Im Jahr 1973, so Harvey, stürzte General Augusto Pinochet in Chile (mit Hilfe der CIA)<sup>113</sup> den demokratisch gewählten sozialdemokratischen Präsidenten Salvador Allende und „befreite“ den Arbeitsmarkt von regulierenden Kräften wie den chilenischen Gewerkschaften.<sup>114</sup> In der Folgezeit wurde eine Gruppe von US-Ökonomen zur Hilfe gerufen, um die chilenische Wirtschaft zu sanieren. Diese Gruppe, wegen ihrer Anbindung an die neoliberalen Theorien von Milton Friedman<sup>115</sup> in Chicago auch als die „Chicago Boys“ bekannt, gab die natürlichen Ressourcen Chiles zum privaten Abbau frei, privatisierte öffentliche Vermögenswerte und ermöglichte ausländische Direktinvestitionen sowie Freihandel.

### Neoliberaler Wandel und soziale Unzufriedenheit in China

Ab Mitte der 1970er übernahm eine steigende Zahl an Staaten derartige neoliberale Strukturen. 1978 unternahm China im Rahmen der „Reform und Öffnung“ (*gaige kaifang*

---

<sup>111</sup> Harold James: *The Creation and Destruction of Value. The Globalization Cycle*, Cambridge 2009, S. 27.

<sup>112</sup> <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/ThemenAZ/G8Prozess/g-8-2006-08-08-was-ist-die-g-8.html> (letzter Zugriff am 30.1.2012).

<sup>113</sup> Vergleiche Frances Webber: *The Pinochet Case. The Struggle for the Realization of Human Rights*, in: *Journal of Law and Society* 26, No. 4, Dezember 1999, S. 524.

<sup>114</sup> Harvey 2007, S. 27.

<sup>115</sup> Siehe beispielsweise Milton Friedman: *Capitalism and Freedom*, Chicago 2002 [1962] und ders.: *Free to Choose. A Personal Statement*, TV-Serie des US-Senders PBS in 10 Folgen, 1980.

改革开放) erste Schritte, 1979 folgte Großbritannien unter Margaret Thatcher, Indien und Schweden leiteten 1992 neoliberale Maßnahmen ein.<sup>116</sup> Die chinesische Regierung, so die Anthropologin Aiwha Ong, entschied sich jedoch keineswegs bewusst für den Neoliberalismus als Wirtschaftsform. Obwohl sie neoliberale Strategien und Ideen offiziell scharf zurückwies, waren jedoch viele der neu eingeführten Praktiken deutlich von neoliberalen Strategien geprägt.<sup>117</sup> Auf der globalen Ebene wurde die Festsetzung von Wechselkursen, ebenso wie die Einschränkung der Mobilität von Kapital abgeschafft. Nach 1980 wurden unter Führung der USA, mit Unterstützung des „International Monetary Fund“ und der „Weltbank“, immer mehr Entwicklungsländer gezielt zu neoliberalen Reformen gedrängt.<sup>118</sup> Diese „Befreiung“ der nationalen und internationalen Märkte aus staatlicher Kontrolle sollte einem größerem Wirtschaftswachstum, geringerer Inflation, höheren Beschäftigungsraten und dem Abbau von Staatsschulden dienen.<sup>119</sup>

Worin besteht die Verbindung zwischen der Durchsetzung neoliberaler Praktiken und Globalisierungsprozessen? Wie bereits zu Anfang dieses Kapitels diskutiert wurde, lassen sich Globalisierungsprozesse nicht nur auf kultureller und informationstechnologischer Ebene, sondern auch in tiefgreifenden Veränderungen auf der ökonomischen Ebene erkennen. Die Entwicklungsexpertin Taitu Heron erfasst diese Veränderungen vor allem als die Verfestigung eines vom Westen geprägten Entwicklungsmodells.<sup>120</sup> Sie beschreibt Globalisierung als das „neue Telos des Kapitalismus“<sup>121</sup> und versteht Globalisierungsprozesse als eng verbunden mit den Kräften des Imperialismus. Die daraus resultierende Unterdrückung, so Heron, sei zwar nicht neu in ihrer Form, manifestierte sich allerdings in einer bis dahin unbekanntem Weise und werde von einer ideologischen Rechtfertigung der existierenden Ungerechtigkeit begleitet.<sup>122</sup> Die ideologische Meta-Narrative der neoliberalen Globalisierung propagiere, dass Armut und Ungleichheit völlig normale Phänomene seien. Dies zeige sich unter anderem im Bereich

---

<sup>116</sup> Harvey 2007, S. 26.

<sup>117</sup> Ong 2008, S. 4.

<sup>118</sup> Diese neoliberalen Reformen umfassten eine Senkung der Regierungsausgaben, die Kürzung von Sozialleistungen, die Privatisierung staatlicher Unternehmen, eine Lockerung von Handelsbeschränkungen und die Deregulierung der Kapitalmärkte.

<sup>119</sup> Cohen/Centeno 2006, S. 62.

<sup>120</sup> Taitu Heron: Globalization, Neoliberalism and the Exercise of Human Agency, in: *International Journal of Politics, Culture and Society* 20, 2008, S. 86.

<sup>121</sup> Heron 2008, S. 87.

<sup>122</sup> Ebd., S. 86. Vergleiche Mauro F. Guillén: Is Globalization civilizing, destructive or feeble? A Critique of Five Key Debates in the Social Sciences Literature, in: *Annual Review of Sociology* 27, 2001, S. 235-260.

der Entwicklungshilfe,<sup>123</sup> wo sich in den 1990ern mit der „Agenda 21“ die Idee durchsetzte, die Bevölkerung der ärmeren Länder müsse in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen, ohne sich dabei am Standard der Industrienationen zu orientieren. Armut, so das Grundkonzept, solle nicht mehr unbedingt abgeschafft, sondern durch eine Steigerung ökonomischer Produktivität lediglich gelindert werden.<sup>124</sup> Um die offensichtlich bestehenden Ungerechtigkeiten zu rechtfertigen, wurde laut Heron daher bereits im Kontext der imperialistischen Unterwerfung der Welt seit dem späten 15. Jahrhundert ein Gedanke entwickelt, der sich auch in der ökonomischen Rechtfertigung heutiger Globalisierungsprozesse finden lässt. Heron fasst diesen mit den Worten zusammen:

„The road to development must be lead by the West; the pinnacle of civilisation belongs to the West; the West is mandated by God Almighty to determine the rules and principles of living for everyone on the planet; and with this mandate, the rest of the world, especially those representing ‚non-Western‘ civilisations, will only be to grateful to follow this so-called universal truth.“<sup>125</sup>

Die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft resultierte dabei jedoch keineswegs in einer egalitären und gerechteren Welt: Gerard Dumenil und Dominique Levy<sup>126</sup> führen aus, neoliberale Strukturen hätten von Anfang an primär dazu gedient, die Macht der wohlhabendsten Schichten der Bevölkerung zu konsolidieren.

Diese Hypothese bestätigt sich am Beispiel Chinas, wo die ökonomischen Reformen zu einer starken Segmentierung der Bevölkerung führten. Die aus der Implementierung

---

<sup>123</sup> Siehe hierzu James Petras und Henry Veltmeyer: Age of Reverse Aid. Neo-liberalism as Catalyst of Regression, in: *Development and Change* 33, Vol. 2, April 2002, S. 281-293.

<sup>124</sup> Für neoliberales Gedankengut zum Thema Entwicklungshilfe siehe beispielsweise Gavin Chait: Killing the Golden Goose, a lesson in Economic Freedom, <http://www.evancarmichael.com/African-Accounts/1596/Killing-the-Golden-Goose-a-lesson-in-Economic-Freedom.html> (letzter Zugriff am 18.04.2012) und die Publikation der Welt Bank aus der Reihe „Directions in Development“, z.B. Pierella Paci/Marcin Sasin: Making Work Pay in Bangladesh. Employment, Work and Poverty Reduction, Washington, D.C. 2008. Paci und Sasin kommen zu dem Ergebnis, dass eine Linderung von Armut durch die Steigerung der ökonomischen Effizienz erreicht werden kann, beispielsweise: „Most of this poverty reduction [in Bangladesch] has taken place within the economic sectors, rather than being associated with the movement of the poor out of sector where they were“ (Pacu/Sasin 2008, S. 2). Für einen knappen Überblick über Diskurs über globale Ungleichheit nach 1945 siehe Alexander Nützenadel/Daniel Speich: Editorial – global Inequality and Development after 1945, in: *Journal of Global History* 6, 2011, S.1-5.

<sup>125</sup> Heron 2008, S. 88. Heron verweist für diesen Gedanken auch auf Sophie Bessis: Western supremacy. The triumph of an idea?, London 2003, ebenso wie auf Edward Said: Culture and imperialism, 1993, S. 3 und Gilbert Rist: Before thinking about what next: Prerequisites for alternatives, in: *What Next* 1(47), Juni 2006, S. 81.

<sup>126</sup> Gerard Dumenil und Dominique Levy, Neoliberal Dynamics: A new phase?, Manuskript, 2004, zitiert in Harvey 2007, S. 28.



neoliberaler Praktiken resultierende Veränderung der chinesischen Gesellschaft führte zu großer Unzufriedenheit und Unsicherheit besonders in jener sozialen Schicht, die Ende 1986 und dann verstärkt im Frühsommer 1989 auf den Straßen Beijings protestierte. Chinas gebildete Elite empfand sich selbst als deutlicher Verlierer der (neoliberalen) Reformen. Die 1976 von Deng Xiaoping 邓小平 initialisierte Politik der Reform und Öffnung hatte eine Phase des grundlegenden sozio-kulturellen Wandels eingeleitet. Millionen von Chinesen fiel es zunehmend schwer, sich an die sich rapide transformierenden Rahmenbedingungen anzupassen, die häufig vom Abbau staatlicher Sozialleistungen geprägt waren. Zu der von diesen Veränderungen am stärksten betroffenen Gruppe zählten Studenten, Universitätsdozenten und die wachsende Zahl arbeitsloser Jugendlicher. Die Situation wurde dadurch verschärft, dass der soziale Status in der sich rapide wandelnden Gesellschaft immer weniger vom Bildungsstatus abhing. Eine wachsende Personengruppe mit nur wenig oder gar keiner Bildung gelangte innerhalb kürzester Zeit zu großem Reichtum und Prestige. Dies führte, wie Dingxin Zhao beschreibt, insbesondere unter jungen Akademikern zu steigender Unzufriedenheit.<sup>127</sup> Mit den ökonomischen Parametern veränderte sich auch die Struktur der Gesellschaft, die lange Zeit meritokratisch gegliedert gewesen war. Geschäftsleute bereicherten sich zunehmend auf Kosten der weniger einflussreichen Schichten der Bevölkerung und bauten mit fragwürdigen Methoden Finanzimperien auf.<sup>128</sup> Bildung, zuvor Garant für eine Karriere im Staatsdienst, wurde nun häufig durch die richtigen Beziehungen oder Korruption ersetzt. Chinas Akademiker zählten zu den Verlierern der Reform: Im Zuge des ökonomischen Aufbruchs konnte ein Privatunternehmer an einem Tag soviel Gewinn machen wie ein Universitätsprofessor in einem gesamten Monat verdiente. Während sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der gebildeten Elite stetig verschlechterten, gewann laut Zhao das Konzept des „autodidaktischen Experten“ (*zìxué chéngcái* 自学成才) immer mehr an Bedeutung. Eine Vielzahl an Fernsehdokumentationen widmete sich Menschen ohne weiterführenden Bildungsabschluss, denen es dennoch gelungen war, eine wichtige Erfindung zu machen oder eine neue Theorie zu entwickeln, wegen der sie in bedeutende akademische Positionen befördert wurden.<sup>129</sup> Derartige Fälle wurden in großem Stil in den Medien

---

<sup>127</sup> Dingxin Zhao: Reform and Discontent. The Causes of the 1989 Chinese Student Movement, Montreal 1994, S. 9.

<sup>128</sup> Ruth Cherrington: China's Students. The Struggle for Democracy, London 1991, S. 75.

<sup>129</sup> Zhao 1994, S. 165.

propagiert und demoralisierten Studenten ebenso wie etablierte Intellektuelle, die sich den sozialen Aufstieg innerhalb des althergebrachten Systems mühsam erarbeitet hatten. Deng Xiaopings Reformen ließen das Bildungssystem außer Acht. Der Zugang zu den Institutionen höherer Bildung blieb weiterhin stark beschränkt: so wurden von den 2.275.000 Oberstufenabsolventen, die 1987<sup>130</sup> am *gaokao* (高考) teilnahmen, dem Examen, das zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigt, lediglich 617.000 zum Studium zugelassen – eine Handhabung, die von vielen als große Ungerechtigkeit empfunden wurde. Diejenigen, die es trotzdem an eine Universität schafften, mussten feststellen, dass der Lebensstandard der Studierenden sich in den 1980ern dramatisch verschlechterte. Die Mehrheit der Studenten war nicht mehr in der Lage, finanziell für sich selbst aufzukommen und daher, besonders ab Mitte der 1980er, auf Unterstützung durch Familienangehörige angewiesen.<sup>131</sup>

Auch die Aussichten für die Zeit nach dem Studium verdüsterten sich zunehmend, da es jungen Absolventen immer seltener gelang gut bezahlte Anstellungen zu finden, wie der chinesische Soziologe Dingxin Zhao feststellte.<sup>132</sup> Während in den frühen 1980ern die meisten Hochschulabgänger im sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich noch Posten im chinesischen Staatsapparat erhalten hatten, sank die Zahl der verfügbaren Stellen stark. Gleichzeitig stieg die Konkurrenz. In den frühen 1980ern war es nach den Studien von Zhao den meisten Absolventen, die eine politische Karriere anstrebten, noch gelungen, sich durch den Mangel an gut ausgebildetem Personal nach dem Ende der Kulturrevolution gute Positionen mit hohen Aufstiegsmöglichkeiten zu sichern.<sup>133</sup> Diese Situation hatte bereits fünf Jahre später grundlegend verändert, so dass die Selektion auf Basis persönlicher Verbindungen und Bestechung immer mehr an Bedeutung gewann.

Zudem reformierte die Regierung das System, mit dem vakante Stellen an Hochschulabsolventen vermittelt wurden. Obwohl dies unter den Studenten zunächst auf positive Resonanz stieß, waren die meisten nicht darauf vorbereitet, sich selbst eine Anstellung suchen zu müssen. Dadurch, dass der *gaokao* nur die besten Prüflinge eines Jahrgangs zum Universitätsstudium zuließ, blickten die erfolgreichen Kandidaten mit hohen Erwartungen auf ihre zukünftige Karriere. Erwiesen sich diese jedoch als unrealistisch und fanden sich die Absolventen in Positionen an Mittelschulen, in

---

<sup>130</sup> Zahlen zitiert nach Cherrington 1991, S. 71.

<sup>131</sup> Zhao 1994, S. 230.

<sup>132</sup> Dingxin Zhao: *The Power of Tiananmen. State-Society Relations and the 1989 Beijing Student Movement*, Chicago 2001, S. 9.

<sup>133</sup> Zhao 1994, S. 241.

Fabriken in Kleinstädten oder in Behörden niederen Ranges wieder, fühlten sich viele betrogen und begannen den Sinn eines Hochschulabschlusses generell in Frage zu stellen. Zhao kam auf Basis von Interviews zu dem Ergebnis, dass unsichere Zukunftsaussichten in den späten 1980ern einer der Hauptgründe für das Desinteresse einer steigenden Zahl von Studierenden an ihrem Studium waren.<sup>134</sup> Vor diesem Hintergrund scheint es verständlich, dass besonders Chinas Studenten sich von der Modernisierungspolitik enttäuscht zeigten. Petra Krüger betont, dass Chinas gebildete Elite in den 1980ern zu den einkommensschwächsten Gruppen gehörte.<sup>135</sup> Ihre materielle Misere steigerte das Gefühl einer kulturellen Krise und entlud sich in den 1980ern in einer Reihe von Protestbewegungen, die schließlich in den Ereignissen des Jahres 1989 kulminierten.

### Globalisierung und Ideologie

Wie David Harvey betont, spielt der Terminus „Freiheit“, der (wie Kapitel 4 zeigen wird auch in der westlichen Berichterstattung über die Demonstrationen in China 1989 von großer Bedeutung war) eine zentrale Rolle in der Rhetorik des Neoliberalismus.<sup>136</sup> Die Begründer des Neoliberalismus, Milton Friedman, Friedrich Hayek und die Anhänger Leo Strauss', so Harvey, propagierten ihre Vorstellung von menschlicher Würde und Freiheit als „zentrale Werte der Zivilisation“ und argumentierten, diese Freiheit werde nicht nur durch Faschismus, Diktatur und – besonders im Kontext des Kalten Krieges – den Kommunismus bedroht, sondern auch von jeglicher staatlichen Intervention.<sup>137</sup> Daher hoben sie die „Freiheit“ der Märkte und des Handels als Garant für individuelle Freiheiten hervor – ein Gedanke, der laut Harvey seit langem die Haltung der USA zum Rest der Welt prägte. Harvey zufolge bezieht sich diese Rhetorik von Freiheit und Unabhängigkeit vor allem auf *ökonomische* Freiheit, hierbei primär die Aufhebung von Handelsbarrieren.<sup>138</sup> Als Beispiel hierfür verweist er auf den „Präventivkrieg“ der USA gegen den Irak 2003.<sup>139</sup> Die Freiheit, die den Irakern gebracht werden sollte, bestand seiner Einschätzung nach vor allem aus der vollständigen Privatisierung öffentlicher Unternehmen, der Öffnung irakischer Banken für ausländische Kontrolle sowie der Gewährung von Eigentumsrechten an irakischen US-Unternehmen an ausländische

---

<sup>134</sup> Ebd., S. 245.

<sup>135</sup> Krüger 1991, S. 173.

<sup>136</sup> Harvey 2007, S.5.

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> Ebd., S. 25.

<sup>139</sup> Ebd, S. 6.

Firmen. Auch Taitu Heron vertritt ein ähnliches Argument und schlussfolgert, die Ideologen der Globalisierung versprächen zwar ein Leben in Freiheit und Überfluss für alle, die Zukunftsaussichten sähen allerdings – abhängig vom jeweiligen Standort – schlecht aus.<sup>140</sup> Menschen und Orte, so Heron, seien in diesem System letztendlich irrelevant, insofern sie nicht der Akkumulation von Kapital dienten. Darüber hinaus führt Heron aus, die Befürworter des neoliberalen Wandels propagierten durch die Massenmedien den Mythos eines westlichen Lebensstiles, der als das universal erstrebenswerte Ideal einer freien und wohlhabenden Gesellschaft dargestellt werde. Vor diesem Hintergrund betont sie die enge Verbindung zwischen den Prinzipien der Globalisierung und denen des Neoliberalismus:

„Globalization and neoliberalism, being twin processes at both ideological and empirical levels, often overlap in terms of policy prescriptions that dominate the development agenda in this twenty-first century. With its emphasis on economic growth, it becomes evident that social development is not being enhanced; rather human dysfunctionality is increasingly more prevalent.“<sup>141</sup>

Diese von Heron angesprochene „Verstärkung der menschlichen Dysfunktionalität“ ließ sich in den 1980ern auch in China erkennen, wo die gebildete Elite zugunsten einer Ideologie marginalisiert wurde, die die Akkumulation von Reichtum immer mehr als ein gesellschaftliches Ideal propagierte. Die klaren Gewinner der neoliberalen Wende waren die herrschenden Eliten. Besonders in den USA ging die neoliberale Umverteilung von Vermögenswerten mit einer umfassenden öffentlichen Rechtfertigungskampagne einher. Im (überwiegend von diesen Eliten getragenen) Mediendiskurs) wurde propagiert, die Verlierer des neoliberalen Wandels seien letztendlich selbst dafür verantwortlich – durch einen Mangel an Konkurrenzfähigkeit, oder auch durch persönliche, kulturelle und politische Fehler.<sup>142</sup> In den USA und England wurde die Einführung neoliberaler Praktiken von der Oberschicht als großer Erfolg verbucht und schuf in Indien, Russland und China die Voraussetzungen für die Entstehung einer kapitalistischen Oberklasse. In China der 1980er ließ sich der neoliberale Wertewandel an Slogans wie „Reich zu werden ist ruhmreich“ (*zhibu guangrong* 致富光荣) erkennen. Da diese Form des Ruhms jedoch nur einem beschränkten Personenkreis möglich war, wie der parallel dazu verbreitete

---

<sup>140</sup> Heron 2008, S. 90.

<sup>141</sup> Ebd., S. 97.

<sup>142</sup> Harvey 2007, S. 34.

Slogan „Lasst einige zuerst reich werden“ (*rang yibufen ren xian fuqilai* 让一部分人先富起来) verdeutlicht, sahen China in den 1980ern den rasanten Aufstieg von Privatunternehmen sowie einen massiven Wertewandel.

Daher liegt die Vermutung nahe, dass die neoliberale Restrukturierung Chinas in den 1980ern die Identitätskrise der gebildeten Elite (auf die im Verlauf dieses Kapitel noch eingegangen werden wird) verstärkte, wenn nicht sogar hervorbrachte. Wie diese Arbeit zeigen wird, war ein Gefühl der Unzufriedenheit und Verunsicherung eine der treibenden Kräfte hinter den Protesten des Jahres 1989. Aus den Forderungen der Aktivisten, die in Kapitel 4.3. untersucht werden, wird deutlich werden, dass Kürzungen staatlicher Subventionen für Bildung zu schlechteren Lebens- und Arbeitsbedingungen für Akademiker führten. Dies, in Kombination mit dem wachsenden Wettbewerb auf dem nun freien Arbeitsmarkt war ein treibender Motor hinter den Demonstrationen, mit denen Chinas gebildete Elite versuchte, ihre schichtspezifischen Bedürfnisse gegenüber dem Staat durchzusetzen.

## 2.2. *Soft Power*: Propaganda im Zeitalter der Globalisierung

Globalisierungsprozesse, in Kombination mit technischen Neuerungen, veränderten Formen der Machtausübung auf der internationalen Ebene. Eine der wichtigsten Methoden um Akteure im Ausland zu beeinflussen, ist Propaganda. Diese Arbeit untersucht nicht nur den Diskurs innerhalb der Bewegung, sondern auch Versuche von Akteuren jenseits Chinas, diesen zu beeinflussen. Hierbei nimmt Radiopropaganda eine wichtige Position ein. Die Sendungen der „Voice of America“ und des „BBC Chinese Service“ nach China dienten zwar vorgeblich der Vermittlung von Englischkenntnissen, wurden aber, wie Kapitel 3 im Detail behandelt, zur Vermittlung politischer Inhalte und Beeinflussung der Bewegung von 1989 genutzt. Der folgende Abschnitt bietet einen Überblick zum besseren Verständnis von Propaganda und ihrer modernen Erscheinungsformen.

### Propaganda und Radiopropaganda

Der Begriff „Propaganda“, wie er in dieser Arbeit verwendet wird,<sup>143</sup> stammt von Jowell und O'Donnell, die Propaganda als einen systematischen Versuch, „Sichtweisen zu

---

<sup>143</sup> Die inhaltliche Füllung des Begriffs Propaganda variiert in Abhängigkeit von der jeweiligen methodischen Herangehensweise. In Politikwissenschaft wird Propaganda vor allem im Kontext der Totalitarismustheorie verwendet, während sie in der Kommunikationstheorie als eine „besondere Form

formen, Wahrnehmung zu manipulieren und Verhalten zu steuern, um eine Reaktion zu erhalten, die die gewünschte Absicht des Propagandisten fördert“ definieren.<sup>144</sup> Ihre Beschreibung von Propaganda als „systematisch und gezielt“ lässt sich darauf zurückführen, dass Regierungen und Unternehmen spezielle Abteilungen etablieren um diese zu verbreiten. Das Ziel von Propaganda besteht darin, in einer bestimmten Zielgruppe, einen besonderen Bewusstseinszustand hervorzurufen. Dies geschieht in den meisten Fällen durch den Einsatz von Sprache und Bildern, wie zum Beispiel Slogans, Postern, Symbolen und sogar Architektur. Meinungen, Haltungen und Verhalten sind laut Jowett und O'Donnell die vorrangigen Ziele propagandistischer Bestrebungen. Da diese allerdings von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt werden, setzt der erfolgreiche Einsatz von Propaganda detailliertes Wissen über das jeweilige Zielpublikum voraus.

Gelingt dies und erzielt die Propaganda das gewünschte Ergebnis, so profitiere der Sender der Propaganda deutlich mehr als seine Rezipienten. Jowett und O'Donnell betonen jedoch, das Zielpublikum missverstehe dies jedoch häufig: „People in the audience may think the propagandist has their interest at heart, but in fact, the propagandist's motives are selfish ones. Selfish motives are not necessarily negative, and judgement depends on which ideology one supports.“<sup>145</sup> Als Beispiel hierfür führen sie die Sendungen der VOA im Kalten Krieg an, die in den Gesellschaften des Ostblocks bei vielen Hörern auf positive Resonanz stießen und häufig als altruistisch motivierte Aufklärungsversuche wahrgenommen wurden.<sup>146</sup> Die Sendungen der VOA waren jedoch keineswegs altruistisch motiviert, sondern vielmehr ein gezielter Versuch, ein positives Bild der USA und ihrer Alliierten zu vermitteln und die Bürger der kommunistischen Staaten zugunsten der Werte von Demokratie und Kapitalismus zu beeinflussen. Laut Jowett und O'Donnell kann zwischen verschiedenen Formen von Propaganda unterschieden werden, die jedoch überwiegend der Kategorie „aktivierte Ideologie“ angehören. Propaganda kann *agitativ* sein (darauf ausgerichtet, ein Publikum zu einem gewissen Ziel zu motivieren) oder *integrativ* (darauf ausgerichtet, ein Publikum passiv und konform zu halten). Je nach der Quelle und dem Wahrheitsgehalt der jeweiligen

---

der systematisch geplanten Massenkommunikation“ beschrieben wird, die „nicht informieren oder argumentierten, sondern überreden oder überzeugen möchte“ (Thymian Bussemer: Propaganda, Wiesbaden 2008, S. 13). Dazu, schreibt Bussemer, bediene sie sich einer „symbolisch aufgeladenen und ideologiegeprägten (Bild)Sprache, welche die Wirklichkeit verzerrt, da sie entweder Informationen falsch vermittelt oder ganz unterschlägt.“

<sup>144</sup> Jowett und O'Donnell 2006, S. 7.

<sup>145</sup> Ebd., S. 14.

<sup>146</sup> Ebd.

Information, lässt sich zudem zwischen weißer, grauer und schwarzer Propaganda unterscheiden.<sup>147</sup>

Propaganda umfasst ein breites Spektrum an Aussagen, die von einer Wahrheit bis hin zur gezielten Täuschung reichen können. Gleichgültig wie hoch der Wahrheitsgehalt einer propagandistisch eingesetzten Information jedoch ist, so ist sie immer auf ein Medium angewiesen. Kommunikationstechnische Errungenschaften ermöglichen die eine Verbreitung von Propaganda jenseits nationalstaatlicher Grenzen. Die Radiopropaganda oder „Radio-Diplomatie“ der BBC und VOA nach China waren die Folge einer dieser kommunikationstechnischen Errungenschaften. Der erste Radiosender, der zu einem außenpolitischen Instrument avancierte, lässt sich in Russland finden. *Radio Moskau* widmete sich ab 1929 in vier Sprachen der Aufgabe, Werbung für die kommunistische Revolution zu machen.<sup>148</sup> Der erste bekannte Fall, in dem Radiosendungen zur Förderung außenpolitischer Ziele eingesetzt wurde, stammt aus dem Jahr 1926, als Russland von Rumänien die Rückgabe der Region Bessarabien verlangte. Während Russland sich als Pionier im Bereich der „Radio-Diplomatie“ etablierte, konzentrierten andere Nationen (wie Großbritannien, das 1932 seinen „Empire Service“ ins Leben rief) sich noch vor allem darauf, durch das Medium Radio in Kontakt mit ihren Staatsbürgern im Ausland zu treten.

Die Situation veränderte sich Mitte der 1930er, als Italien mit „Radio Bari“ begann Sendungen auf Arabisch in den Mittleren Osten zu senden, in denen die britische Politik in der Region verurteilt wurde.<sup>149</sup> Als Reaktion auf diese propagandistische Offensive

---

<sup>147</sup> Während man unter *weißer Propaganda* eine Botschaft mit einer korrekt identifizierten Quelle und einer akkuraten Botschaft versteht, die darauf zielt Zuhörer, Leser oder Zuschauer davon zu überzeugen, dass der Sender die besten Ideen und politische Ideologie vertritt (Nationalfeierlichkeiten, mit ihrem übertriebenen Patriotismus, lassen sich zum Beispiel in den Bereich der weißen Propaganda einordnen), zeichnet sich *schwarze Propaganda* durch die Angabe falscher Quellen und die Verbreitung klarer Falschinformationen aus. Der Begriff schwarze Propaganda umfasst alle Formen der kreativen Täuschung. Ein Beispiel hierfür sind alle Formen der Desinformation, der gezielten Verbreitung falscher Informationen. Die Desinformation, so Jowett und O'Donnell, werde in vielen Fällen bewusst eingesetzt, um den Gegner zu schwächen. Zu diesem Ziel platzierten sie Journalisten, die eigentlich für die Gegenseite arbeiteten, in Zeitungen (Jowett und O'Donnell 2006, S. 22). Desinformation werde heutzutage von der überwiegenden Mehrheit der Weltmächte angewendet und sei somit Realität in der internationalen Politik.

*Graue Propaganda* hingegen lässt sich zwischen schwarzer und weißer Propaganda einordnen. Man spricht von grauer Propaganda, wenn sich die Quelle einer bestimmten Information nicht eindeutig identifizieren lässt und ihr Wahrheitsgehalt nicht eindeutig bestimmbar ist. Während der Schweinebucht-Invasion in Cuba 1961 zum Beispiel begann die VOA graue Propaganda zu verbreiten, als sie jegliche Beteiligung der USA an der von der CIA durchgeführten Operation abstritt. Auch Konzerne, die Statistiken oder Jahresberichte verzerren, unrealistische Werbung oder Filme, die allein der Produktplatzierung dienen fallen nach Jowett und O'Donnell in den Bereich der grauen Propaganda.

<sup>148</sup> Gary Rawnsley, *Radio Diplomacy and Propaganda: The BBC and VOA in International Politics, 1956-64*, New York 1996, S. 7.

<sup>149</sup> Muhammad I. Ayish: *Foreign Voices as People's Choices. BBC Popularity in the Arab World*, in: *Middle*

startete die BBC am 3. Januar 1938 ihren ersten fremdsprachigen Auslandsdienst in arabischer Sprache. Auch der Anschluss Österreichs an das Dritte Reich wurde von einer großangelegten Propagandainitiative begleitet, die auf das Medium Radio setzte.<sup>150</sup> In Deutschland avancierten besonders die als „Volksempfänger“ deklarierten Radiogeräte zu einem wichtigen Medium der Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie.

Der Höhepunkt der Verbreitung von Propaganda durch Radiosendungen lässt sich in der Periode der Kalten Kriege finden, in den Worten Rawnsleys: „During the Cold War international radio broadcasting made by far its largest contribution to the dissemination of propaganda.“<sup>151</sup> Radiosendungen eigneten sich in den 1980ern besonders gut für die Verbreitung ideologischer Inhalte über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Wie George W. Bush 2002 polemisch verlauten ließ, verfügt das Medium Radio über klare Vorteile, die von der „Voice of America“ strategisch genutzt wurden:

„Throughout its history, the Voice of America has applied the power of technology to the advance of liberty. It has used every means possible – shortwave, television, and now the Internet – to bypass the barriers of tyrants. Radio waves are not hindered by borders.“<sup>152</sup>

Bushs Aussage weist darauf hin, dass sich die Verbreitung ideologischer Inhalte mit den technischen Möglichkeiten stetig verändert. Der erleichterte Zugang zu Kommunikationsnetzwerken (im Falle Chinas in den späten 1980er vor allem Telefongeräte, *dazibao*, Faxmaschinen und ausländische Druckerzeugnisse) führte dazu, dass die Verbreitung von Propaganda immer leichter wurde. Dies rief Gegenmaßnahmen seitens jener hervor, die versuchten, den Fluss von Propaganda einzuschränken: Die Störung von Funksequenzen erwies sich als die effektivste, allerdings auch kostenintensivste Methode. Rawnsley versteht daher das Stören ausländischer Radiosender als ein eigenständiges Mittel der Außenpolitik:

---

*Eastern Studies*, Vol. 27, No. 3, Juli 1991, S. 376.

<sup>150</sup> Zur Schaffung der „Volksgemeinschaft“ durch Radiopropaganda und „Volksempfänger“ siehe David Welch: Nazi Propaganda and the Volksgemeinschaft. Constructing a People’s Community, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 39, No. 2, *Understanding Nazi Germany*, April 2004, S. 219.

<sup>151</sup> Rawnsley 1996, S. 8.

<sup>152</sup> George W. Bush, 2002, zitiert in Alan Heil Jr.: *Voice of America*, New York 2003, S. 466.



„Jamming has itself been used as an instrument of international relations; the subject of frequent diplomatic negotiations during the Cold War, its intensity has reflected the political climate at any one time.“<sup>153</sup>

Am Beispiel der Entrüstung über die Versuche der chinesischen Regierung, den Informationsfluss über die Geschehnisse in Beijing 1989 einzudämmen, wird Kapitel 3 im Detail erläutern, wie politisiert die Radiosendungen ausländischer Medien nach China waren und auf welche Methoden sie zurückgriffen, um das Denken und Handeln der chinesischen Aktivisten zu beeinflussen.

### Propaganda im globalisierten Zeitalter: *Soft Power*

In den Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges veränderten sich die Ziele und Methoden internationaler Politik. Die Supermächte des Kalten Krieges griffen neben den traditionellen Formen der Machtausübung, wie militärischer Gewalt, immer häufiger auf alternative Methoden zurück, um ihren Machtbereich zu stärken oder zu erweitern. Vor diesem Hintergrund argumentierte der Politikwissenschaftler und Regierungsberater Joseph Nye 1990: „In assessing international power today, factors such as technology, education, and economic growth are becoming more important, whereas geography, population, and raw materials are becoming less important.“<sup>154</sup> Die gezielte Ausnutzung dieser Faktoren bezeichnete er als *Soft Power*. Der Begriff *Soft Power* wurde in der Folgezeit immer wieder von Politikwissenschaftlern wie Klas Roggenkamp<sup>155</sup>, Inderjeet Parmar<sup>156</sup> und Yasushi Watanabe<sup>157</sup> aufgenommen, um nur einige Autoren neuerer Publikationen zu nennen.

Nye führte aus, in einem Zeitalter der Atomwaffen und ökonomischer Verflechtungen seien die langfristigen Kosten des Einsatzes militärischer Gewalt schlichtweg unkalkulierbar geworden. Daher sank der politische Wert althergebrachter Machtressourcen. Durch Globalisierungsprozesse und den daraus resultierenden Verlust des Machtmonopols der Nationalstaaten auf der globalen Ebene, so Nye, werde dieser Prozess noch verstärkt. Die Fähigkeit, andere durch subtilere Methoden als Waffengewalt zu beeinflussen, gewänne daher immer mehr an Bedeutung. In einer Welt,

---

<sup>153</sup> Rawnsley 1996, S. 11.

<sup>154</sup> Joseph S. Nye: *Bound to Lead. The changing Nature of American Power*, New York 1990, S. 55.

<sup>155</sup> Klas Roggenkamp: *Konzepte von Soft Power*, Berlin 2008.

<sup>156</sup> Inderjeet Pramar/Michael Cox (Hrsg.): *Soft Power and US Foreign Policy. Theoretical, historical and contemporary Perspectives*, New York 2010.

<sup>157</sup> Yasushi Watanabe: *Soft Power Superpowers. Cultural and National Assets of Japan and the United States*, New York 2008.

in der sich die technischen Entwicklungen überschlugen und die geopolitischen Rahmenbedingungen rasant veränderten, wuchs somit die Bedeutung von *Soft Power* als Form der Machtsicherung.

Joseph Nye verfasste seine Arbeiten zu *Soft Power* vor dem Hintergrund einer Reihe von politischen Umstürzen Ende der 1980er, die in den meisten Fällen (die Proteste in China 1989 bilden hierbei die Ausnahme) zum Sturz der jeweiligen sozialistischen Strukturen geführt hatten und von den USA daher als Sieg für ihre Seite des Kalten Krieges verbucht wurden. Vor diesem Hintergrund begann er nach den Ursachen der Überwindung der UdSSR durch die USA zu suchen und fand diese in *Soft Power*. Um das Jahr 1990, als Nye sein Werk „Bound to Lead“ veröffentlichte, hatten die USA einen Höhepunkt ihres nationalen Selbstwertgefühls erreicht, das seinen Ausdruck in Werken wie Francis Fukuyamas „The End of History“ fand.<sup>158</sup> Der historische Kontext legt daher nahe, dass eines der Hauptmotive von Nyes Beschäftigung mit dem *Soft Power*-Einfluss der USA darin bestand, eine Erklärung für den „Sieg“ der USA im Kalten Krieg ohne den direkten Einsatz von Waffengewalt zu finden.

Die USA verstanden sich selbst als mächtigsten Vertreter von *Soft Power* – eine Einschätzung, die auch von Journalisten und Wissenschaftlern jenseits der Vereinigten Staaten geteilt wird.<sup>159</sup> So schrieb der deutsche Publizist Josef Joffe 1997:

„Unlike centuries past, when war was a great arbiter, today the most interesting types of power do not come out of the barrel of a gun. Today there is a much bigger payoff in ‘getting others to want what you want,’ and that has to do with cultural attraction and ideology and agenda [...]. On that gaming table, China, Russia and Japan, even the West Europeans, cannot match the pile of chips held by the United States.“<sup>160</sup>

Was verleitet Analysten, wie auch politische Akteure, zu der Annahme, dass ausgerechnet die USA ein besonders hohes Maß an *Soft Power* besäßen? Joffe erklärte dies damit, dass sich Elemente amerikanischer Populärkultur an allen Orten der Welt finden ließen – gleichgültig, welche Haltung die jeweilige Regierung gegenüber den

---

<sup>158</sup> Francis Fukuyama: *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

<sup>159</sup> In den Augen der USA profitierten allerdings auch andere Länder, wie zum Beispiel die Sowjetunion, von *Soft Power*-Faktoren – die kommunistische Ideologie zum Beispiel wurde als ein wichtiges Instrument von *Soft Power* angesehen.

<sup>160</sup> Josef Joffe: *America the Inescapable*, in: *Portland Oregonian*, 22. Juni 1997, S. D1. Es ist hierbei allerdings nicht klar, ob Joffe Mao Zedong mit Absicht zitierte. Mao hatte 1964 in Kapitel 2 des Roten Buchs, der sog. „Mao-Bibel“ postuliert: *qianggan zhi limian chu zhenquan* 枪杆子里面出政权 [politische Macht kommt aus dem Waffenlauf].

Vereinigten Staaten einnahme. Er bezeichnete dieses Phänomen als das 'HHMMS'-Syndrom, das „Harvard und Hollywood, McDonald's und Microsoft Syndrom“, seiner Ansicht nach eine mächtige und verführerische Mischung aus *Soft Power*-Werkzeugen.<sup>161</sup> Trotz der unterschiedlichen Attraktivität dieser einzelnen Aspekte US-amerikanischer Populärkultur in verschiedenen Regionen der Welt, wird diese immer wieder für kulturelle Diplomatie instrumentalisiert, wie unter anderem aus den Arbeiten von Richard T. Arndt<sup>162</sup>, Jan Melissen<sup>163</sup> oder Taylor und Snow<sup>164</sup> hervorgeht. Obwohl Nye einräumte, dass Populärkultur einen gewissen Grad an Trivialität beinhalte, postulierte er dennoch, ein nationalstaatlicher Akteur, der auch populäre Kanäle der Kommunikation nutze, habe mehr Möglichkeiten seine Botschaft zu vermitteln und dadurch die Vorlieben anderer zu beeinflussen.

Wie lässt sich *Soft Power* ausüben? Aus Nyes Arbeiten wird deutlich, dass zwei Faktoren von besonderer Bedeutung sind: Glaubwürdigkeit und kulturelle Anziehung. Glaubwürdigkeit, so Nye, ist ein essentieller Faktor um die politischen Chancen des Informationszeitalters als Quelle von *Soft Power* nutzen zu können. Der Ruf einer bestimmten Quelle oder eines politischen Akteurs ist wichtiger als jemals zuvor, so dass sich die Stärkung oder Diskreditierung einer Reputation zu einem der zentralen Austragungsorte politischer Konflikte entwickelt habe.<sup>165</sup> Dieser Kampf um die Deutungshoheit spielte auch im Diskurs über die Bewegung in China 1989 eine zentrale Rolle, wie Kapitel 4 zeigen wird.

Aktuelle Arbeiten betonen die Rolle des Empfängers im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit einer Information.<sup>166</sup> Ob ein Sachverhalt als glaubwürdig oder nicht angesehen wird, liegt im Auge des Betrachters, da Glaubwürdigkeit nicht in der Quelle selbst ruht, sondern dieser erst durch das Publikum entgegengebracht werden muss. Um *Soft Power* auszuüben ist es demnach von größter Wichtigkeit, nicht nur ausreichend Expertise zu besitzen, sondern auch das nötige Vertrauen entgegen gebracht zu bekommen, um Glaubwürdigkeit auf einer transnationalen Ebene etablieren zu

---

<sup>161</sup> Josef Joffe, Who's Afraid of Mr. Big?, in: *The National Interest*, Nr. 64, Sommer 2001, S. 45, oder [http://findarticles.com/p/articles/mi\\_m2751/is\\_2001\\_Summer/ai\\_76560814/?tag=content;col1](http://findarticles.com/p/articles/mi_m2751/is_2001_Summer/ai_76560814/?tag=content;col1) (letzter Zugriff am 23.06.2012). „Harvard“ steht in Joffes Akronym für intellektuelle Kraft, „Hollywood“ für Überlegenheit im Bereich Populärkultur, „McDonald's“ für US-Dominanz im Hinblick auf beliebte Fast-Food Ketten und „Microsoft“ für technologische Überlegenheit.

<sup>162</sup> Richard T. Arndt: *The First Resort of Kings. US Cultural Diplomacy in the 20th Century*, Washington, D.C. 2004.

<sup>163</sup> Jan Melissen: *The New Public Diplomacy. Soft Power in International Relation*, New York 2005.

<sup>164</sup> Nancy Snow/Phillip M. Taylor: *The Routledge Handbook of Public Diplomacy*, New York 2008.

<sup>165</sup> Nye 1990, S. 89.

<sup>166</sup> Robert H. Gass/John S. Seiter: *Credibility and Public Diplomacy*, in: *Routledge Handbook of Public Diplomacy*, 2008, S. 155.

können.<sup>167</sup> Daher investieren politische Akteure viel Aufwand und große finanzielle Mittel, um ihre eigene Glaubwürdigkeit (oftmals zu Lasten ihrer politischen Opponenten) zu erhöhen.

Dies wirft die Frage nach dem Verhältnis zwischen Propaganda und *Soft Power* auf. Betrachtet man das „Routledge Handbook of Public Diplomacy“, so fällt auf, wie unterschiedlich einzelne Beiträge die Termini von einander abgrenzen. Philip M. Taylor beispielsweise verwendet in seinem Artikel „Rethinking Public Diplomacy“ die Begriffe Public Diplomacy und *Soft Power* ausschließlich für westliche Akteure, während er der Seite der politischen Opponenten den Terminus Propaganda zuweist. Er schlussfolgert:

„[T]he real difference between terrorist propaganda and the western approach to information operations, psychological operations, public diplomacy, and public affairs (the four ‘pillars’ of strategic communications) lies in the emphasis given to a long-term approach to achieving their retrospective vision in the information age.“<sup>168</sup>

Für Michael Vlahos hingegen scheint es keine derartige ideologische Differenzierung zu geben. Er setzt die Begriffe gleich und argumentiert vielmehr „‘Public diplomacy’ – or ‘propaganda’ or ‘strategic communication’ – is essential daily business in regime politics“.<sup>169</sup> Dieser Sichtweise schließt sich auch diese Arbeit an. Die Versuche der BBC und der VOA die Studenten durch die gezielte Verbreitung kultureller Werte zu beeinflussen, ebenso wie die Betonung der Bedeutung von *Soft Power* für die Entstehung der Bewegung durch die US-Medien zeigt, dass *Soft Power* 1989 vor allem in der Form kultureller Propaganda ausgeübt wurde. Im Hinblick auf die Berichterstattung der VOA und des „BBC Chinese Service“ ist die Bezeichnung „kulturelle Propaganda“ durchaus gerechtfertigt, da *Soft Power* hier als eine einseitige Form der politischen Kommunikation ausgeübt wurde, die allein der Beeinflussung des Verhaltens der chinesischen Rezipienten diene. Der australische Politikwissenschaftler John S. Dryzek beschreibt den dieser politischen Praxis inhärenten Widerspruch mit den Worten:

„A still more fundamental problem with the idea of ‘soft power’ is that it works best to the degree that the rest of the world is a tabula rasa in discourse terms.

---

<sup>167</sup> Ebd., S. 158.

<sup>168</sup> Philip M. Taylor: Public Diplomacy and Strategic Communication, in: Snow 2008, S. 12-19.

<sup>169</sup> Michael Vlahos: Public Diplomacy as Loss of World Authority, in: Snow 2008, S. 24-39, S. 27.

The imagery involves dissemination of US values, norms, and viewpoints, too. The ‘war of ideas’ metaphor at least recognizes that there are other powerful points of view, though only in terms of opponents that need to be defeated. ‘Soft Power’ looks like it takes the view of other actors seriously because it recognizes the need to work with them. However, there are limits to how seriously these other points of view can be taken before the whole idea of soft power dissolves.<sup>170</sup>

Das hier evidente Verständnis von Soft Power deckt sich mit Michel Foucaults Arbeiten zu Macht. Wie dieser 1982 darlegte, ist die Ausübung von Macht keineswegs nur ein Prozess, der zwischen individuellen oder kollektiven Partnern stattfindet. Stattdessen, so Foucault, sei Macht eine Methode um diese durch bestimmte Handlungen zu verändern. „Power“, so Foucault, „exists only when it is put into action“.<sup>171</sup>

Dryzeks Analyse verweist darüber hinaus auf den zweiten Eckpfeiler von Nyes Vorstellung von *Soft Power* – kulturelle Anziehung. Nye argumentierte, die Fähigkeit eines Akteurs *Soft Power* auszuüben, könne durch kulturelle und ideologische Faktoren gesteigert werden.<sup>172</sup> Seinem Verständnis nach könne es einem Nationalstaat gelingen die Weltpolitik nach eigenen Wünschen zu beeinflussen, wenn andere Staaten ihm folgten oder einen Zustand akzeptierten, der zu dem gleichen Effekt führe.<sup>173</sup> Legitimiere ein Akteur den eigenen Machtanspruch in den Augen anderer, so Nye, führe dies zu geringerem Widerstand gegenüber seinen politischen Wünschen.<sup>174</sup> Dies geschehe besonders auf der Ebene der Populärkultur – eine Vorstellung, die beispielsweise von dem kanadischen Journalisten und Politologen Matthew Fraser aufgenommen wurde, der Populärkultur als das „faszinierendste und umstrittenste Instrument amerikanischer Soft Power“ bezeichnete.<sup>175</sup>

Die Vorstellung amerikanische Populärkultur habe einen bedeutenden Einfluss auf das politische Handeln von Akteuren im Ausland, lässt sich auch in den Anhörungen des US-Kongresses über die Rolle der „Voice of America“ in den Ereignissen in China 1989

---

<sup>170</sup> John S. Dryzek: Transnational Democracy in an Insecure World, in: *International Political Science Review* 27, No. 2, April 2006, S. 111.

<sup>171</sup> Foucault 1982, S. 788.

<sup>172</sup> Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die unsichtbaren Machtressourcen, die zur Beeinflussung anderer Länder genutzt werden, keineswegs auf die Bereiche Ideologie und Kultur beschränkt sind, sondern sich auch in Institutionen wie dem IMF oder dem International Criminal Court (ICC) finden lassen.

<sup>173</sup> Nye 1990, S. 76.

<sup>174</sup> Nye 1990, S. 77.

<sup>175</sup> Matthew Fraser: American Pop Culture as Soft Power. Movies and Broadcasting, in: Watanabe 2008, S. 172.

nachweisen. In diesen Anhörungen betonten die Verantwortlichen immer wieder die Bedeutung des Fulbright-Programms, ebenso wie die Beeinflussung der chinesischen Studenten durch die Radioprogramme der VOA. Wie im Laufe dieser Arbeit nachgewiesen werden wird, avancierte die Kontroverse um den *Soft Power*-Einfluss der USA auf die chinesischen Aktivisten zu einem der wichtigsten Konfliktpunkte im Diskurs über die Bewegung.

Die Entstehung von *Soft Power* aus kultureller Anziehung, so muss jedoch festgehalten werden, ist häufig eher ein soziales oder ökonomisches Nebenprodukt, als das Ergebnis gezielter Einflussnahme durch eine Regierung.<sup>176</sup> Daher schlussfolgert Fraser:

„Whatever its appeal, pop culture does not produce measurable effects, let alone desired outcomes, where it is consumed around the world. Specifically, it cannot be demonstrated that the extension of pop culture – whether the export of Hollywood movies or the global popularity of Anglo-American pop songs – mobilizes action that promotes the conditions for pluralism, freedom of expression, and democracy.“<sup>177</sup>

Auf Basis von Nyes Konzept und den Aktivitäten der VOA und des „BBC Chinese Service“ argumentiert diese Arbeit, dass es sich bei *Soft Power* vor allem um eine Anpassung klassischer Propaganda-Methoden an eine sich globalisierende Welt handelt. Im internationalen System von 1989, in dem der Fluss von Informationen durch die Verbreitung von Radio- und Faxgeräten, durch Flugreisen, Sprachkenntnisse und Fernsehberichte nur noch schwerlich unterbunden werden konnte, stießen althergebrachte Formen schwarzer und grauer Propaganda an ihre Grenzen. Daher verließen sich nationalstaatliche Akteure auf subtilere Formen der Machtausübung, um Akteure im Ausland in Richtung ihrer politischen Ziele beeinflussen zu können.

### 2.3. Die Effekte von Globalisierung auf soziale Bewegungen

Globalisierungsprozesse wirken sich jedoch nicht nur auf Formen der politischen Einflussnahme aus, sondern führen auch zu Veränderungen im Selbstverständnis und Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zeichnete sich ab, dass soziale Bewegungen zunehmend von Ereignissen geprägt werden, die in großer räumlicher Entfernung stattfinden. Anthony Giddens

---

<sup>176</sup> Nye 1990, S. 93.

<sup>177</sup> Fraser 2008, S. 172.

führt dies auf „worldwide social relations which link distinct localities in such a way that local happenings are shaped by events occurring miles away and vice versa“<sup>178</sup> zurück – also auf die Entstehung und Intensivierung sozialer Beziehungen durch Globalisierungsprozesse. Die technische Revolution der 1980er führte zu einer raschen Abfolge von Innovationen im Bereich von Ökonomie, Kultur und Politik. Dies intensivierte nach Roland Robertson nicht nur globale Interdependenzen, sondern weckte zudem ein Bewusstsein für das globale Ganze.<sup>179</sup> Im Hinblick auf das politische System impliziert Globalisierung demnach primär eine

„intensification in the cross-national spread of political conflicts, the transnational political relations, the role of international relations and supranational political institutions and the relevance of international issues in national politics.“<sup>180</sup>

Wie Seidman ausführt, bedeutete diese Entwicklung für den Handlungsspielraum sozialer Bewegungen vor allem, dass Aktivisten neben ihren nationalen Zielgruppen auch ein globales Publikum zu berücksichtigen begannen.<sup>181</sup>

Gegenwärtige Forschungsperspektiven verorten die Ursprünge und Konsequenzen sozialer Handlungen zunehmend jenseits der Grenzen des Nationalstaates. Globalisierungsprozesse machen den Nationalstaat jedoch keineswegs irrelevant, sondern führen laut Guidry vielmehr zu einer veränderten Wahrnehmung von Nationen, Staaten und Kulturen.<sup>182</sup> Der Fluss materieller und immaterieller Aspekte über Grenzen hinweg gewinnt immer mehr an Bedeutung – dieser Prozess wird durch Entwicklungen in den Bereichen Transport und Kommunikationstechnologie verstärkt, die (wie bereits beschrieben) zu einer veränderten Wahrnehmung von Entfernungen geführt haben.<sup>183</sup> Darüber hinaus wird er durch die Entwicklung von Kommunikationsmedien unterstützt, deren Referenzrahmen und Sendebereich sich auf immer größere Regionen des Globus ausdehnten. Diese Medien stellen, wie von Arjun Appadurai aufgezeigt, zudem eine

---

<sup>178</sup> Anthony Giddens: *The Consequences of Modernity*, Cambridge 1990, S. 64.

<sup>179</sup> Roland Robertson: *Globalization. Social Theory and Global Culture*, London 1992.

<sup>180</sup> Della Porta/Kriesi 1999, S.4.

<sup>181</sup> Gary W. Seidman: *Adjusting the Lense. What do Globalizations, Transnationalism, and the anti-Apartheid movement Mean for Social Movement Theory*, in: John A. Guidry (Hrsg.), *Globalizations and Social Movements*, Michigan 2003, S. 345.

<sup>182</sup> Guidry 2003, S. vii.

<sup>183</sup> Zur *space-time compression* siehe Harvey 1990, S. 495-506, zum Thema *action at distance* siehe Giddens 1994 S. 4.

wichtige Ressource für die Bildung transnationaler epistemischer Gemeinschaften von Immigranten oder Aktivisten dar.<sup>184</sup>

Globalisierungsprozesse bieten sozialen Bewegungen nach Guidry widersprüchliche Möglichkeiten. Auf der einen Seite reduziert Globalisierung die Möglichkeiten eines Staates, Probleme innerhalb der eigenen Grenzen zu beheben, wodurch sich soziale Bewegungen von ihrer gewohnten Ausgangsposition (in der sie von einer lokalen Basis ausgehend Beschwerden gegen einen Nationalstaat erheben) entfernen.<sup>185</sup> Auf der anderen Seite bieten Globalisierungsprozesse sozialen Bewegungen neue Optionen und Ressourcen zur Beeinflussung sowohl staatlicher als auch nicht-staatlicher Akteure. Somit lässt sich Globalisierung als eine neue Gelegenheits-Struktur (*opportunity structure*) für soziale Bewegungen verstehen. Obwohl unbestreitbar ist, dass Globalisierungsprozesse starke Einflüsse auf soziale Bewegungen ausüben, wirft Sidney Tarrow dennoch die Frage auf, ob sich die Verbreitung transnationaler Bewegungen mit der Verbreitung neuer Technologien und moderner Kommunikationsstrategien hinreichend erklären lässt.<sup>186</sup> Soziale Bewegungen überschritten bereits vor der Verbreitung des Internets und des Fernflugverkehrs nationale Grenzen: Ein Beispiel hierfür ist die Verbreitung von Religionen über nationalstaatliche Grenzen – von Osten nach Westen und Westen nach Osten, wie Susanne Rudolphs betont.<sup>187</sup> Auch transnationalen Verfechtern der Abschaffung von Sklaverei, nationalistischer Ideen oder weiblicher Selbstbestimmung gelang es, jenseits staatlicher Grenzen Unterstützer zu mobilisieren. Gleiches gilt für politische Bewegungen: Die Revolutionen des 19. Jahrhunderts, so Flemming Mikkelsen, führten zu Reaktionen in anderen Ländern – ebenso wie europäische Streikwellen und Protestzyklen, die von internationalen Trends beeinflusst wurden.<sup>188</sup> Um die konkreten Auswirkungen von Globalisierungseffekten auf soziale Bewegungen zu beschreiben, lassen sich mehrere Modelle nutzen, auf die im Folgenden eingegangen wird. Diese Modelle werden in Kapitel 4 von Bedeutung sein, wo ich am Beispiel der Demonstrationen in China zeigen werde, dass sie allein nicht ausreichen, um die komplexen Interaktionsprozesse zwischen sozialen Bewegungen zu erfassen. Stattdessen, so wird in Kapitel 4 argumentiert, lässt sich aus dem Diskurs über

---

<sup>184</sup> Arjun Appadurai: *Modernity at Large*, Minneapolis 2008 [1996].

<sup>185</sup> John A. Guidry et al. (Hrsg.), *Globalizations and Social Movements*, Michigan 2003, S. 1.

<sup>186</sup> Sidney G. Tarrow: *Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge 1998, S. 182.

<sup>187</sup> Susanne Hoeber Rudolph: *Religion, State and Transnational Civil Society*, in: Dies./James Piscatori (Hrsg.), *Transnational Religion and Fading States*, Boulder 1997.

<sup>188</sup> Siehe Flemming Mikkelsen: *Contention and Social Movements in Denmark in a Transnational Perspective*, Vortrag, präsentiert im Rahmen der „Second European Conference on Social Movements“, University of the Basque Country, Bilbao, Juli 1996.



ausländische Einflüsse erkennen, dass diese Modelle kombiniert werden müssen, um die Dynamiken sozialer Bewegungen zu beschreiben. In der chinesischen Bewegung von 1989 lassen sich sowohl Aspekte von *Diffusion*, als auch *cross-fertilization* feststellen. In der Berichterstattung der USA über die Ereignisse klingt das *Hierarchische Modell* an und die Referenzen der Aktivisten zu Ereignissen im Ausland lassen sich mit dem *Barriere-Modell* erfassen. Auf diese geht der folgende Abschnitt im Detail ein.

## Diffusion

Diffusion ist eine Methode zur Beschreibung der Effekte von Globalisierungsprozessen auf nationale Mobilisierung.<sup>189</sup> Della Porta und Kriesi unterscheiden dabei zwischen *direkten* und *indirekten* Diffusionskanälen. *Direkte Diffusion* setzt, wie Strang und Meyer zeigen, direkte Verbindungen (formeller oder informeller Natur) voraus, *indirekte Diffusion* hingegen basiert auf dem Transfer von Informationen durch Massenmedien und kulturelle Verbindungen.<sup>190</sup> Im Kontext dieser Arbeit lässt sich die Interaktion zwischen chinesischen Studierenden im Ausland und ihren einheimischen KommilitonInnen als *direkte Diffusion* beschreiben, ihre Lektüre von Zeitungen oder ihr Einschalten der VOA hingegen als *indirekte Diffusion*. Globalisierungsprozesse verstärken die Dichte beider Typen. Vor allem Ideen und kollektive Handlungsmodelle (*collective action models*) können auf indirekte Art verbreitet werden. Diffusion, sei sie formell oder informell, ist mehr als lediglich die passive Rezeption von Ideen oder Missständen, die anderswo kritisiert werden: Diffusion setzt, wie Della Porta illustriert, nicht nur eine aktive Selektion auf der Seite der Adaptierenden voraus, sondern auch das aktive Handeln jener, die eine bestimmte Idee oder ein kollektives Handlungsmodell verbreiten möchten.<sup>191</sup> Ein Beispiel hierfür sind die amerikanische und die britische Regierung, die durch ihre Sendungen ins Ausland demokratische Werte propagieren und Informationen über anti-kommunistische Aufstände verbreiten wollten. Rituale, Praktiken, Symbole oder Taktiken werden jedoch normalerweise nicht als Gesamtpaket importiert, sondern an die jeweilige soziale, politische und kulturelle Umgebung angepasst. Diesem Argument folgend stellt Della Porta fest: „Active framing is at work during the whole process of cross-national diffusion“.<sup>192</sup> Protestierende, so Della Porta, müssen somit nicht ihr gesamtes Repertoire an Proteststrategien für jeden Konflikt von Grund auf neu

---

<sup>189</sup> Della Porta/Kriesi 2009, S. 6.

<sup>190</sup> Siehe David Strang/John W. Meyer: Institutional Conditions for Diffusion, in: *Theory and Society* 22, 1992, S. 487-511.

<sup>191</sup> Della Porta/Kriesi 1999, S. 9.

<sup>192</sup> Ebd., S. 10.

entwickeln. Sie finden ihre Inspirationsquellen häufig in Ideen und Taktiken, die bereits von anderen sozialen Akteuren an anderen Orten angewendet wurden. Es diffundieren sowohl inhaltliche Argumente, als auch strukturelle Methoden der Verbreitung.

Im Falle der Ereignisse in China 1989 führte die Frage nach diesen Inspirationsquellen zu einem ideologisch überzeichneten Konflikt um die „Natur“ der Bewegung, der in Kapitel 4 noch ausführlich behandelt werden wird. Aus dem in dieser Arbeit behandelten Fallbeispiel wird deutlich, dass soziale Bewegungen auf globalisierte Themen (in diesem Fall zum Beispiel Demokratie) zurückgreifen, um ihre Gegner auf der Lokalebene zu delegitimieren und die Identität der Aktivisten im Einklang mit international verständlichen Werten zu definieren. Aktivisten sprechen durch die Verwendung universell verständlicher Konzepte und Symbole an (wie die Statue der „Göttin der Demokratie“, die im Mai 1989 von Aktivisten auf dem Tian’anmen-Platz errichtet wurde) ein internationales Publikum und verweisen auf internationale Normen um lokale Praktiken zu verändern.<sup>193</sup>

### Hierarchische Modelle und Nachbarschaftsmodelle

Die Interaktion zwischen sozialen Bewegungen in verschiedenen Ländern erfolgt keineswegs einseitig, sondern geschieht häufig in zwei oder sogar noch mehr Richtungen. Daher scheint es Della Porta angebracht, diese Prozesse eher als gegenseitige Befruchtung (*cross-fertilization*), denn als Kolonialisierung (*colonization*) zu konzeptualisieren.<sup>194</sup> Ein Beispiel dafür, wie die soziale Bewegung in China andere Bewegungen beeinflusste, ließ sich im Herbst 1989 in der DDR finden, als sich die Staatsführung gegen die „chinesische Lösung“ entschied.<sup>195</sup>

Ideen bezüglich der organisatorischen Strukturen, Strategien und Zielsetzungen sozialer Bewegungen bewegen sich von einem Ort an den anderen, vom *Zentrum* der Wallersteinschen Terminologie in die *Peripherie* und in vielen Fällen auch anders herum.<sup>196</sup>

Die Vorteile dieser transnationalen Diffusionsmechanismen für soziale Bewegungen sollten nicht unterschätzt werden: Laut Seidman sind Ideen, finanzielle Ressourcen und sogar internationale Beobachter zu einem integralen Teil des Protest-Repertoires geworden, auf das Aktivisten rund um den Erdball zurückgreifen können.<sup>197</sup>

---

<sup>193</sup> Seidmann 2003, S. 353.

<sup>194</sup> Della Porta 1999, S. 6.

<sup>195</sup> Zur „chinesischen Lösung“ siehe Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 2. Aufl., München 2009, S. 339f und 389f.

<sup>196</sup> Della Porta/Kriesie 1999, S. 8.

<sup>197</sup> Seidman 2003, S. 345.

In diesem Zusammenhang stellt sich eine wichtige Frage: Unter welchen Bedingungen werden welche Ideen von welchen Akteuren aufgenommen? In der Forschungsliteratur dominieren zwei Modelle zu ihrer Beantwortung: hierarchische Modelle (*hierarchical models*) und Nachbarschaftsmodelle (*proximity models*).<sup>198</sup>

*Hierarchische Modelle* postulieren, dass Akteure sich von den jeweils größten oder am weitesten entwickelten Einheiten inspirieren lassen. Ein Phänomen wie sozialer Protest verbreitet sich nach diesen Modellen von den größeren/entwickelten zu den kleineren/weniger entwickelten Einheiten. Diese Art der Argumentation lässt sich auch in vielen westlichen Medienberichten über die chinesische „Demokratie-Bewegung“ 1989 finden, die besonders die USA als das wichtigste Vorbild für die Proteste in China darstellten. Die Frage, welche Einheit „weiter entwickelt“ ist, ist jedoch hochgradig subjektiv. Überzeugender im Kontext dieser Arbeit sind infolgedessen *Nachbarschaftsmodelle*, die räumliche Nähe oder kulturelle Ähnlichkeit in den Vordergrund stellen. Die inhaltliche Übereinstimmung zwischen den Forderungen der chinesischen Demonstranten und den Reformen in der Sowjetunion, die beide im Rahmen des sozialistischen Systems angesiedelt waren, kann als Beispiel für diese Form der Mobilisierung gelten. Auf welche Form sich Proteste auch verbreiten, Della Porta und Krisie stellen fest, dass Diffusionsprozesse über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu steigenden Ähnlichkeiten in der globalen Protestumgebung führen.<sup>199</sup>

### Das Barriere-Modell

Ein weiterer Effekt von Globalisierung auf soziale Bewegungen lässt sich in der steigenden Bedeutung der internationalen Umgebung für nationale soziale Bewegungen finden. Ein Ansatz, der die Rolle internationaler Beschränkungen für politische Mobilisierung analysiert, ist das Barriere-Modell (*barrier Modell*) des Politikwissenschaftlers Gary Goertz.<sup>200</sup> Goertz untersuchte soziale Bewegungen in verschiedenen Ländern, in denen von außen Druck auf die jeweilige nationale Regierung ausgeübt wurde. Bei der Quelle dieses externen Druckes konnte es sich um eine Supermacht, eine Kolonialmacht oder schlichtweg einen dominanten regionalen Akteur handeln. Auf Basis seiner Forschung kam Goertz zu dem Ergebnis, dass Veränderungen im internationalen System internationale Beschränkungen aufheben und sozialen Bewegungen neue Handlungsoptionen bieten können. Wenn die Barriere an Stärke

---

<sup>198</sup>Siehe David Collier/Richard E. Messick: Prerequisites versus Diffusion. Testing Alternative Explanations of Social Security Adoption, in: *American Political Science Review* 69, 1975, S. 1299-1315.

<sup>199</sup> Della Porta/Krisie 1999, S. 7.

<sup>200</sup> Gary Goertz: *Context of International Politics*, Cambridge 1994.

verliert und sich das Wissen über diesen Auflösungsprozess verbreitet, kann dies zur Formierung sozialer Bewegungen in einzelnen Ländern führen, die den Druck auf die Barriere weiter verstärken. Der Erfolg dieser Art von Initial-Bewegungen hilft Bewegungen in anderen Ländern zu mobilisieren und bietet diesen Vorbilder. Goertz überprüfte sein Modell unter anderem an den Ereignissen in Osteuropa zwischen 1945 und 1989, als Moskau diese Art von Barriere darstellte.<sup>201</sup> Er führt aus:

„But not only do nations learn about new possibilities, or that previous costs have been dramatically lowered, but what nations and peoples desire also changes. This can be seen [...] by examining the countries that test the barrier when it is strong and those that adopt the behavior once critical mass has been achieved. In the case of Eastern Europe it is countries like Poland, Czechoslovakia, and Hungary that revolted first, then countries like Yugoslavia, Bulgaria, and Albania joined the parade [...]. These latter countries had little or no experience with democracy and little experience with anti-communist movements.“<sup>202</sup>

Auf Basis seiner Untersuchung schlussfolgerte Goertz, die Barriere blockiere Staaten, diese lernten dessen ungeachtet voneinander. Staaten würden die Stärke der Barriere immer wieder austesten und ihr Verhalten anpassen, sollte sich ihr Wissen über die Barriere verändern.<sup>203</sup> Die Möglichkeit, der Zusammenbruch der 1989 noch von Moskau dargestellten Barriere könne auch in China zu ähnlichen Entwicklungen – oder sogar dem Ausbruch der „polnischen Krankheit“<sup>204</sup> führen – sorgte besonders innerhalb der chinesischen Führungsspitze für große Sorge, wie Kapitel 4 noch zeigen wird.

#### 2.4. Die Entstehung einer „transnationalen Öffentlichkeit“

Die im letzten Abschnitt beschriebenen Modelle versuchen die Interaktion zwischen sozialen Bewegungen zu erfassen. Diese Arbeit geht jedoch einen Schritt weiter und

---

<sup>201</sup> Ebd., S. 137-70.

<sup>202</sup> Ebd., S. 102.

<sup>203</sup> Vergleiche Ebd., S. 103.

<sup>204</sup> Der Ausdruck „polnische Krankheit“ lässt sich auf Erich Honecker zurückführen, der Breshnev während der Solidarnosc-Bewegung warnte „Unsere Bürger können die Ereignisse in Polen im Westfernsehen verfolgen. Revisionistische Kräfte [in der DDR] verweisen oft auf das neue polnische Modell des Sozialismus, das auf andere Länder übertragen werden kann. Wir können die Möglichkeit, dass sich die neue polnische Krankheit ausbreitet, nicht länger außer Acht lassen.“ Zitiert nach Mark Kramer: Das Verhalten der UdSSR und des Warschauer Paktes in der Polnischen Krise 1980/81, in: Torsten Diedrich/Walter Süß (Hrsg.), *Militär und Staatsicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten*, Berlin 2010, S. 173.

argumentiert, dass für den Diskurs der Bewegung in China 1989 nicht nur das Wissen über die Aktivitäten anderer sozialer Bewegungen von Bedeutung war, sondern dass auch Kenntnisse über Ideen, politische Ideale und alternative Lebensstile eine gewichtige Rolle spielten. Dieses Wissen, so legt die Diskursanalyse nahe, gelangte vorrangig über die transnationale Öffentlichkeit (*transnational public sphere*) nach China.

Globalisierungsprozesse können nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch politische Ideen über nationalstaatliche Grenzen hinweg in der transnationalen Öffentlichkeit verbinden. Nach dem Politikwissenschaftler John A. Guidry kann diese als ein Raum verstanden werden, in dem die Bewohner entfernter Orte, ebenso wie die Mitglieder transnationaler Körperschaften (Organisationen oder Konzerne) Diskurse prägen, die sich jenseits nationaler Grenzen auswirken.<sup>205</sup> Sie ist, wie Guidry beschreibt, somit ein realer wie auch konzeptioneller Raum, in dem soziale Bewegungen interagieren, einander Konkurrenz machen und von einander lernen.<sup>206</sup>

Aus der historischen Perspektive ist diese Form von Öffentlichkeit jedoch kein neues Phänomen. Der Soziologe Craig Calhoun weist darauf hin, dass sich eine europäische Öffentlichkeit bereits vor der Aufklärung nachweisen ließe, da der Massendruck Informationen einem breiteren Publikum zugänglich gemacht habe.<sup>207</sup> Die daraus resultierenden „imagined communities“ aus Druckerzeugnissen<sup>208</sup> verschafften einer begrenzten Zahl von Akteuren Zugang zu einer Öffentlichkeit, die im Umkreis der Höfe der internationalen Diplomatie entstand. Mit einem zunehmenden Maß an Globalisierung entfernte sich diese jedoch von den Nationalstaaten.

Guidry stellt fest dass sich die Aktivisten sozialer Bewegungen, egal wo sie sind, an den Handlungen anderer sozialer Bewegungen orientieren.<sup>209</sup> Diese Praktiken, argumentiert er, werden durch die komplexe Wirkungsweise der transnationalen Öffentlichkeit vermittelt. Interaktionsprozesse schlagen sich in einer Vielzahl lokaler Umsetzungen nieder, die sich weit entfernt von dem Ursprungsdiskurs oder der Ursprungspraktik manifestieren können. Auch dies bestätigt sich am Beispiel Chinas, wo der wachsende Informationsfluss über das Leben außerhalb des Landes seit dem Ende der Ära Mao innerhalb der gebildeten Elite zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der chinesischen Kultur und Gesellschaft führte.

---

<sup>205</sup> Guidry 2003, S. 6.

<sup>206</sup> Ebd., S. 3.

<sup>207</sup> Craig Calhoun: *Critical Social Theory*, London 1995, S. 264-65.

<sup>208</sup> Vergleiche Benedict Anderson: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983.

<sup>209</sup> Guidry/Kennedy/Zald 2003, S. 27.

Es gelangten jedoch nicht nur Informationen über alternative Lebensstile nach China – die Aktivisten konnten der chinesischen Presseberichterstattung auch Informationen über die Aktivitäten sozialer Bewegungen in anderen Teilen der Welt entnehmen. Deng Xiaoping konnte nicht voraussehen, welche Folgen die Öffnung Chinas auf die Bevölkerung haben würde. Die Auswirkungen von Ereignissen jenseits der Grenzen Chinas beschränkte sich keineswegs nur auf jene, die ausländische Freunde hatten oder ein Auslandsstudium absolvierten: Erfahrungen und Wertvorstellungen wurden auch innerhalb Chinas weitervermittelt. Perry Link hält zudem fest, ausländische Filme und Fernsehsendungen verstärkten den Eindruck, China sei im Vergleich zum westlichen Ausland und den chinesischen Gesellschaften in Taiwan, Hongkong und Singapur wesentlich schlechter gestellt.<sup>210</sup>

Die Interaktionsprozesse zwischen der transnationalen und der lokalen Öffentlichkeit sind hochgradig komplex. Die transnationale Öffentlichkeit besteht laut Guidry aus wesentlich mehr Netzwerken oder Öffentlichkeiten, als der Begriff der einen, singulären transnationalen Öffentlichkeit eigentlich andeutet.<sup>211</sup> Um dieser Vielschichtigkeit gerecht zu werden, sollte Öffentlichkeit daher im Plural konzeptualisiert werden. Dieses Argument wird von Peter Dahlgren untermauert, der ausführt:

„The term ‚public sphere‘ is most often used in the singular form, but sociological realism points to the plural. In large-scale differentiated late modern societies, not least in the context of nation states permeated by globalization, we have to understand the public sphere as constituting many different spaces.“<sup>212</sup>

Globalisierungsprozesse führen überdies zu einer Expansion der transnationalen Öffentlichkeit. Dies lässt sich beispielsweise daran erkennen, dass lokale Bewegungen potentiell immer global sind, da sie auch Akteure einbeziehen können, die sich in weiter Entfernung vom eigentlichen Austragungsort des Konfliktes befinden. Bewegungen und Ereignisse an anderen Orten können herangezogen werden, um die Situation im eigenen Land zu benennen oder in den Kontext eines größeren Problems einzubetten.

Guidry hebt hervor, dass die Kommunikationsnetzwerke, die die transnationale Öffentlichkeit konstituieren, im Gegensatz zu Habermas Vorstellung von Öffentlichkeit

---

<sup>210</sup> Link 1993, S. 52.

<sup>211</sup> Guidry/Kennedy/Zald 2003, S. 10.

<sup>212</sup> Peter Dahlgren: The Internet, Public Spheres, and Political Communication. Dispersion and Deliberation, in: *Political Communications* 22, 2005, S. 148.

in ihrem Ursprung und ihrer Konsumtion von asymmetrischen Strukturen geprägt.<sup>213</sup> Öffentlichkeiten sind nach Guidry, gleichgültig ob national oder transnational, unberechenbar und schließen die Möglichkeit von Gewalt oder „Un-Zivilgesellschaft“ (*uncivil society*) mitnichten aus.<sup>214</sup> Sie basieren auf systematischer Exklusion und einer Spaltung zwischen jenen, die gehört werden und jenen, deren Stimmen marginalisiert werden.<sup>215</sup> Vor diesem Hintergrund kritisiert Nancy Fraser, dass Habermas die Öffentlichkeit idealisiere.<sup>216</sup> Auf Basis der Arbeiten von Joan Landes, Mary Ryan und Geoff Eley zeigt sie auf, wie bestimmte Gruppen hinsichtlich ihres Geschlechts oder der Formation neuer sozialer Klassen vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen werden.<sup>217</sup> Laut Fraser konstituieren diese Gruppen subalterne Öffentlichkeiten: „The history records that members of subordinated social groups – women, workers, peoples of color, and gays and lesbians – have repeatedly found it advantageous to constitute alternative publics.“<sup>218</sup> Ein ähnliches Argument wird von Gu und Goldman vorgebracht, die einwenden, Habermas’ Vorstellung einer rational-kritischen Öffentlichkeit sei zu wertbehaftet, um als Paradigma für empirische Studien über das China des späten 20. Jahrhunderts genutzt werden zu können.<sup>219</sup>

Somit ist Habermas’ Konzept der Untersuchung einer modernen, post-bourgeoisien Öffentlichkeit sowohl im Hinblick auf die Vorstellung einer einzigen Öffentlichkeit, als auch deren mutmaßlich egalitäre Natur, nicht mehr angemessen. Folglich entfernt sich das Konzept der transnationalen Öffentlichkeit von der Vorstellung der egalitären, demokratischen Öffentlichkeit. Dass dies durchaus gerechtfertigt ist, lässt sich auch am Beispiel China erkennen. Die Bewegung des Jahres 1989 war nicht nur von einem hochgradig elitären Verständnis von Demokratie geprägt, sondern schloss überdies die weniger gebildeten Schichten der Gesellschaft systematisch vom Diskurs aus. Die häufig asymmetrischen Strukturen der transnationalen Öffentlichkeit bedeuten jedoch nicht, dass Bewegungen mit demokratischen Aspirationen diese nicht für ihre Zwecke nutzen

---

<sup>213</sup> Zu Habermas’ Verständnis von Öffentlichkeit siehe Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt 1990 [1962].

<sup>214</sup> John Keane: *Reflections on Violence*, London 1996.

<sup>215</sup> Guidry/Kennedy/Zald 2003, S. 10.

<sup>216</sup> Nancy Fraser: *Rethinking the Public Sphere. A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy*, in: *Social Text*, No. 25/26 (1990), S. 56-80, S. 60.

<sup>217</sup> Joan Landes: *Women and the Public Sphere in the Age of the French Revolution*, Ithaca 1988; Geoff Eley: *Nations, Publics, and Political Cultures. Placing Habermas in the Nineteenth Century*, in: Craig Calhoun (Hrsg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge 1992. Vergleiche Mary Ryan: *Women in Public. Between Banners and Ballots 1825-1880*, Baltimore 1990, und dies.: *Gender and Public Access. Women’s Politics in Nineteenth Century America*, in Craig Calhoun (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge 1992.

<sup>218</sup> Fraser 1990, S. 67.

<sup>219</sup> Edward Gu/Merle Goldman (Hrsg.): *Chinese Intellectuals Between State and Market*, London 2004, S. 9.

können. So setzten die osteuropäischen Aktivisten des Jahres 1989 auf die transnationale Öffentlichkeit, um die Reichweite ihrer Bewegung durch Verweise auf erfolgreiche Proteste in anderen Ländern zu vergrößern und repressive Taktiken vor den Augen der Weltöffentlichkeit anzuprangern.<sup>220</sup> Die Ereignisse in Ungarn 1956, ebenso wie die militärische Niederschlagung der Demonstrationen in Beijing 1989 illustrieren indessen, dass die gezielte Globalisierung einer sozialen Bewegung allein noch nicht deren Erfolg garantiert. Die transnationale Öffentlichkeit bietet jedoch gerade Gesellschaften mit einem hochgradig zensierten öffentlichen Diskurs einen alternativen Austragungsort von Konflikten. Sie gibt sozialen Bewegungen einen Raum, in dem sich Organisationsformen und Taktiken kollektiver Handlungen über den gesamten Globus verbreiten können. Dabei ist sie stark auf Kommunikationstechnologien angewiesen, die dem historischen Wandel unterliegen. Während es im Jahr 1989 in China noch vor allem Zeitungen, Telefongeräte und Faxverbindungen waren, über die Ereignisse und Protestaufrufe verbreitet wurden, so organisierten sich die Aktivisten der arabischen Welt im Frühjahr 2011 beispielsweise über Mobilfunk und soziale Medien des Web 2.0, wie Facebook oder Twitter.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die transnationale Öffentlichkeit für lokale Akteure ein Konfliktschauplatz, ebenso wie eine Quelle neuer Ideen, Ressourcen und Unterstützung ist. Sie ist gleichzeitig national und transnational und zwingt Aktivisten dazu parallel in beiden Sphären zu handeln und diese beiden Identitäten simultan strategisch einzusetzen.<sup>221</sup> Diese simultane Interaktion mit mehreren Adressatengruppen prägte 1989 das Handlungsrepertoire der Aktivisten in Beijing, die für verschiedene Zielgruppen verschiedene politische Symbole und Botschaften verwendeten. Guidry hält fest, dass die transnationale Öffentlichkeit von grundlegender Bedeutung für soziale Bewegungen ist<sup>222</sup> – eine Aussage, die sich auch in den Ergebnissen dieser Arbeit bestätigt sieht. Sie lässt sich als ein Medium verstehen, durch das Formen kollektiver Handlungen und das Repertoire sozialer Bewegungen modularisiert und somit an weit entfernte Orte übertragen werden können.<sup>223</sup> In diesem Zusammenhang ist die Rolle kultureller Aspekte nicht zu unterschätzen: Kultur formt und stellt Ressourcen für die Mobilisierung von Bewegungen bereit.<sup>224</sup> Ein Beispiel

---

<sup>220</sup> Anthony Oberschall: Opportunities and Framing in the Eastern European Revolts of 1989, in: Doug MacAdam et al. (Hrsg.), *Comparative Perspectives on Social Movements*, Cambridge 1996, S. 93-121.

<sup>221</sup> Seidmann 2003, S. 347.

<sup>222</sup> Guidry/Kennedy/Zald 2003, S. 11.

<sup>223</sup> Tarrow 1997, S. 6.

<sup>224</sup> Guidry/Kennedy/Zald 2003, S. 25.



hierfür ist die kulturell verankerte Identität der konfuzianischen Gelehrten des kaiserlichen China als Fürsprecher des Volkes und Kritiker der Regierung, auf die die chinesischen Aktivisten 1989 gezielt zurückgriffen, um weitere Teile der chinesischen Bevölkerung für ihre Sache zu gewinnen und ihre politischen Ziele als patriotisch kennzuzeichnen.

### **Kontakt mit dem Ausland und kulturelle Krise**

Das steigende Wissen über das Leben jenseits Chinas ließ das Land in den Augen vieler Aktivisten rückständig und unterentwickelt erscheinen. Während manche die Ursachen hierfür in Chinas kultureller Tradition und Fehlentwicklungen des politischen Systems zu finden glaubten, verstanden andere gerade das *Ende* der traditionellen Kultur durch die Invasion der Westmächte in den Opiumkriegen (1839-42 und 1856-60) und den Untergang der Qing-Dynastie 1911 als wahre Ursachen des Verfalls.<sup>225</sup> In den 1980ern begannen immer mehr chinesische Intellektuelle damit, sich der Situation ihres Heimatlandes aus einer globalen Perspektive anzunähern. Dies wurde dadurch verstärkt, dass es in den 1980ern, zum ersten Mal seit der kommunistischen „Befreiung“ (*jiefang* 解放) von 1949, möglich war, in größerem Umfang auf ausländische Medien zuzugreifen und in persönlichen Kontakt mit Westlern und Überseechinesen (*huaqiao* 华侨) zu treten. Da Deng Xiaopings Reformprogramm eine Öffnung zum Westen voraussetzte,<sup>226</sup> konnten seit 1978 immer mehr chinesischen Staatsangehörige ins Ausland zu reisen. Gleichzeitig durfte eine steigende Zahl an Übersee-Chinesen und Ausländern das Land besuchen, das sich während der letzten Jahrzehnte größtenteils von der Außenwelt abgeschottet hatte. Darüber hinaus expandierte durch den steigenden Lebensstandard und die Bedürfnisse der neu implementierten Marktwirtschaft auch der binnenländische Tourismus. Im Rahmen dieser Veränderungen traten nicht nur die verschiedenen Regionen Chinas in engeren Kontakt, sondern es gelante auch eine steigende Zahl an westlichen Experten und Studenten nach China, getrieben von der Hoffnung auf lukrative Geschäfte oder aus akademischem Interesse. Der Zustrom ausländischer Touristen konzentrierte sich dabei auf Beijing und Shanghai – allein in Beijing stieg die Zahl ausländischer Touristen innerhalb von vier Jahren von anfänglich 52.050 (1984) auf 86.480 Personen (1988) an.<sup>227</sup> Neben dem Austausch an Personen verstärkte sich in den 1980ern auch der Informationsfluss nach und aus China. Die Radiosendungen der

---

<sup>225</sup> Calhoun 1994, S. 17.

<sup>226</sup> Zhao 1994, S. 283.

<sup>227</sup> Zahlen nach China Statistical Yearbook, mehrere Bände, 1984-88.

„Voice of America“ (VOA) und der „British Broadcasting Company“ (BBC) wurden ab 1979 nicht länger als imperialistische Propaganda eingestuft, so dass die Bevölkerung die Sendungen nun täglich hören und dadurch ihre Englischkenntnisse verbessern konnte.<sup>228</sup>

### Chinesische Studenten im Ausland

Zeitgleich wuchs in den späten 1980ern die Zahl der chinesischen Studenten und Akademiker, die ins Ausland gingen. Zwischen 1978 und 1989 nahmen etwa 90.000 Chinesen ein Studium oder eine Lehrtätigkeit im Ausland auf, die meisten davon in den Vereinigten Staaten. Mehr als 60.000 von diesen gelangten im Rahmen des offiziellen Programmes der chinesischen Regierung ins Ausland, während die Übrigen ihren Aufenthalt selbstständig organisierten.<sup>229</sup>

Im Zuge der Reformperiode ermöglichte der chinesische Staat Studierenden und WissenschaftlerInnen gezielt den Bildungserwerb im Ausland, um China die nötige Expertise zu verschaffen, die es international wieder wettbewerbsfähig machen sollte. Eine der umfassendsten Studien über chinesische Studenten in den USA wurde von Leo Orleans für die US-Regierung angefertigt. Die Entscheidung Studenten und Wissenschaftler ins Ausland zu schicken wurde im Juni 1987 gefällt. Orleans zeigt, dass die erste Gruppe chinesischer Akademiker, die in den späten 1970ern und frühen 1980ern außerhalb Chinas studierte, überwiegend aus Wissenschaftlern und Experten der Altersgruppe 40+ bestand.<sup>230</sup> Laut Orleans befanden sich unter den 2.230 Personen, die 1978 und 1979 in alle Welt entsandt wurden, lediglich 420 Studenten in den unteren Semestern. Orleans kommt zu dem Ergebnis, dass der Entsendung von Akademikern ins Ausland in den frühen Jahren keine gezielte Politik zugrunde lag, sondern dass die VR China anstrebte, so vielen Studenten wie möglich ein Auslandsstudium zu ermöglichen. Dies führte dazu, dass China in den 1980ern zu dem Land mit der größten

---

<sup>228</sup> Zhongyang xuanchuanbu guanyu shouting „Meiguo zhi yin“ huayu guangbo zhong yingyu jiaoxue jiemu ji shifou keyi xiang „Meiguo zhi yin“ zhu Xianggang banshi jigou bansuo yingyu jiaocai deng wenti de tongzhi, Zhongxuan fa wen (1979) 1 hao (1979 nian 1 yue 5 ri) 中央宣传部关于收听《美国之音》华语广播中英语教学节目及是否可以向《美国之音》驻香港办事机构函索英语教材等问题的通知, 中宣发文(979)1号(1979年1月5日) [Verlautbarung der Zentralen Propagandaabteilung zum Empfang von chinesischesprachigen Englischlernsendungen der VOA und zur Frage, ob vom Hongkonger Büro der VOA Materialien zum Englisch-Studium angefordert werden dürfen, Veröffentlichung der Propagandaabteilung (1979) Nr. 1 (5.1.1979)], in: Dang de xuanchuan gongzuo wenjian xuanbian (1976-1982) 党的宣传工作文件选编(1976-1982) [Auswahl an Dokumenten zur Propagandaarbeit der Partei], Beijing 1994, S. 667-668.

<sup>229</sup> Zahlen nach Li Tieying 李铁映: Guanyu woguo jiaoyu gongzuo ruogan wenti de huibao 关于我国教育工作若干问题的汇报 [Ein Bericht über diverse Erziehungsprobleme in unserem Land], in: Renmin Ribao (People's Daily), Übersee-Ausgabe, 03.01.1990.

<sup>230</sup> Leo Orleans: Chinese Students in America. Policies, Issues and Numbers, Washington, D.C. 1988, verfasst für das Committee on Scholarly Communication with the People's Republic of China, S. 22.

Zahl an Studenten und Wissenschaftlern avancierte, die in einem sozialistischen Land jemals ins Ausland gedurft hatten.<sup>231</sup>

Da eine große Zahl an Chinesen bereits in den USA ansässig war, bot sich für viele der privat finanzierten Studenten ein Studium in den Vereinigten Staaten an. Obwohl es für chinesische Studenten wesentlich einfacher war, ein Visum für Kanada oder einige der europäischen Länder zu erhalten, stieg daher die Zahl derer, die auf offiziellem Weg in die USA gingen, von 2.124 Personen im Jahr 1980 bis zum Jahr 1986 auf 6.380 an.<sup>232</sup>

Ein Visum zu erhalten stellte jedoch gerade für die privat finanzierten Studenten eine große Herausforderung dar. Allein 1986 lehnten die amerikanischen Konsulate und Botschaften in China über 50% der Anträge auf Erteilung eines F-1 Visums mit dem Argument ab, die Finanzierung des Studenten sei nicht gesichert oder es bestünde sogar der Verdacht eines Immigrationswunsches.<sup>233</sup> Laut dem Sinologen Perry Link entwickelten daher Studenten, die dauerhaft in die USA auszuwandern wollten, komplexe Strategien, um an die sogenannten *Green Cards* zu kommen. Neben dem standardisierten Weg (der darin bestand eine Festanstellung zu finden, die zum Erhalt einer *Green Card* berechtigte) versuchten viele Chinesen AmerikanerInnen zu heiraten oder eine *Green Card* auf dem Schwarzmarkt zu kaufen.<sup>234</sup> Besonders die privat finanzierten Studierenden waren für den chinesischen Staat ein Faktor der Unsicherheit, da sie auf der einen Seite eine hochkarätige Ausbildung genossen von der China nach ihrer Rückkehr profitieren könnte, sich jedoch viele von ihnen im Laufe ihres Studiums dazu entschieden, nicht in die Volksrepublik zurückzukehren.<sup>235</sup>

Für die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit unter der gebildeten Elite waren vor allem die Rückkehrer von Bedeutung, die Erfahrungen mit alternativen Lebensstilen zurück nach China brachten. Das Studium im Ausland erwies sich für viele jedoch nicht unbedingt als Vorteil. Zum einen konnten sie häufig ihre jenseits Chinas erworbenen Fähigkeiten wegen unpassender Anstellungen oder rückständiger Arbeitsbedingungen nicht anwenden, auf der anderen Seite stießen sie auf Probleme bei der Wiedereingliederung in die chinesische Arbeitswelt.<sup>236</sup> Eine große Zahl der Rückkehrer

---

<sup>231</sup> Xinshu Zhao/Yu Xie: Western Influence on (People's Republic of China) Chinese Students in the United States, in: *Comparative Education Review* 36 (No. 4, November 1992), S. 510.

<sup>232</sup> People's Republic of China Yearbook 1987, S. 465, zitiert nach Orleans 1988, S. 80.

<sup>233</sup> Orleans 1988, S. 40.

<sup>234</sup> Link 1993, S. 244.

<sup>235</sup> Die meisten der chinesischen Studenten in den USA stammten aus den urbanen Zentren entlang der Küste, wobei Studentinnen unterrepräsentiert waren: 1985 zum Beispiel waren lediglich 20% der offiziell geförderten Studenten weiblich, während der Anteil unter den privat finanzierten immerhin 41% betrug, siehe Link 1993, S. 244.

<sup>236</sup> Link 1993, S. 245.

gab ab, sie würden zwar von manchen ihrer Kollegen für ihre im Ausland erworbenen Fähigkeiten bewundert, manche Kollegen, denen ähnliche Chancen verwehrt geblieben waren, begegneten ihnen jedoch mit blanker Missgunst. So gibt auch Perry Link die Erfahrungen eines jungen Chemikers wieder, der in den USA promoviert hatte und ihm im Interview zu verstehen gab:

„What I didn't expect were the jealousies among my colleagues. They always asked my help in setting up experiments, but constantly talked behind my back [...]. From that day, I never could feel at home in my work unit. It's strange, but I didn't even feel entirely Chinese. They regarded me as part American, and I started to feel that way myself. That's funny, because when I was in America, I always felt very Chinese; now back in China, I feel part American. [...] I felt less strange, though, when I began to talk to a few other returned students. I learned that others had the same problems of 'the halo effect', the jealousies, and the sense of being a misfit.“<sup>237</sup>

Die Zahl der Rückkehrer stieg in den 1980ern stetig an. 1984 waren es bereits mehrere Zehntausende.<sup>238</sup> Während in den späten 1970ern vor allem ältere Wissenschaftler und Experten, die anschließend wieder an ihre angestammten Arbeitsplätze zurückkehrten, ins Ausland entsendet worden waren, so handelte es sich seit Mitte der 1980er vor allem um jüngere Studenten, deren Karriere in China noch völlig offen war.<sup>239</sup> Dies führte zu einer Vielzahl von Problemen. Etwa 20% der Rückkehrer klagten darüber, dass sie nicht in der Lage seien, ihre Kenntnisse in den Positionen, die ihnen in China zugewiesen wurden, zur Anwendung zu bringen. Andere beschwerten sich darüber, dass sie ihre Forschungsthemen nicht länger selbst aussuchen können. Auch der im Vergleich zum Westen sehr geringe Lohn sorgte für große Unzufriedenheit. Ein weiteres Problem stellten die Beförderungspraktiken der chinesischen Arbeitgeber dar: Häufig wurden ältere Angestellte schneller befördert als junge, gleichgültig wie hoch deren Expertise war. So stellten die Rückkehrer auch für ihre Arbeitgeber nicht nur eine Chance, sondern auch ein Problem dar, wie es der Leiter eines Polytechnischen Institutes im Interview ausdrückte:

---

<sup>237</sup> Ebd., S. 246.

<sup>238</sup> Orleans 1988, S. 62.

<sup>239</sup> Ebd.

„They [die Rückkehrer] are full of bright ideas (...) but they have forgotten – or never knew – how hard it is to make any changes under our system. How, for example, do you get people to work eight hours a day? Some people in my institute come to work at ten, leave at three, and have a lunch break in between. But if the leader complains, he might offend them, and they will do even less. They have ‘iron rice bowls’ [job security].“<sup>240</sup>

Diese Anpassungsschwierigkeiten mögen auch ein Grund dafür gewesen sein, dass Studenten mit einem Abschluss im Ausland in den frühen 1980ern als „neue Elite“ und „künftige Führungspersonen“ gelobt, jedoch besonders nach dem Frühsommer 1989 als Quelle politischer Unruhe verunglimpft wurden.<sup>241</sup>

Eine Studie zur Frage nach den Auswirkungen eines Auslandsaufenthaltes auf die Weltanschauung chinesischer Studierender und Forschender liegt von Xinshu Zhao und Yu Xie<sup>242</sup> vor. Zhao und Xie versuchten durch Fragebögen zu ermitteln, ob ein Aufenthalt in den USA die Haltung der Studenten zur offiziellen Ideologie der Volksrepublik maßgeblich veränderte. Auf Basis ihrer Befragungen kamen sie zu dem Ergebnis, dass sich die Dauer des Aufenthaltes in der Einstellung der befragten Personen zur offiziellen Politik der chinesischen Regierung nicht maßgeblich auswirkte, das Alter der Studenten indessen eine gewisse Rolle spielte. Durch die rapiden Veränderungen, denen China im Rahmen der Öffnungsperiode unterworfen war, veränderten sich die Lebensumstände der verschiedenen Jahrgänge an den Universitäten so stark, dass Studenten mit nur einem Jahr Altersunterschied einen Generationenunterschied zueinander feststellten.<sup>243</sup>

### „Soziale Fieber“

Die Öffnung Chinas und das über die transnationale Öffentlichkeit vermittelte Wissen über alternative Lebensstile veränderte die chinesische Gesellschaft. Der wachsende Informationsfluss über die Welt jenseits des Landes, in Kombination mit einer spürbaren Lockerung der bis dahin allumfassenden Kontrolle der KPCh, führte zur Koexistenz von diametral entgegengesetzten Lebensstilen und Wertvorstellungen. Die Transformation von Staat, Wirtschaft und dem normativen System stellte althergebrachte Lebensweisen in Frage und erschütterte das Fundament der

---

<sup>240</sup> Interview mit anonymer Person, zitiert nach Link 1993, S. 64.

<sup>241</sup> Zhao/Xie 1992, S. 509.

<sup>242</sup> Zhou He/Jianhua Zhu, The ‘Voice of America’ and China: Zeroing in on Tiananmen Square, in: *Journalism Monographs* 143, Columbia 1994.

<sup>243</sup> Link 1993, S. 22 und S. 237-243.

Gesellschaft. Die Suche nach einer Neudefinition Chinas in einem globalen Zeitalter manifestierte sich in einer Reihe sogenannter „sozialer Fieber“ (*shehui re* 社会热). Der Begriff „soziales Fieber“ bezeichnet das Phänomen, dass ein vergleichsweise großer Teil der Gesellschaft sich plötzlich fieberhaft für eine bestimmte Theorie, kulturelle Praxis oder einen spezifischen Lebensstil zu interessieren begann. Diese Fieber deckten ein breites Spektrum an Aspekten aus dem Bereich der Wirtschaft, Elite- oder Popkultur ab, wie zum Beispiel eine sprunghafte Begeisterung für die westliche Kultur, massive Kritik an der chinesischen Kultur oder ein plötzlich aufkeimendes Interesse an der traditionellen chinesischen Kultur.<sup>244</sup>

An den chinesischen Universitäten verbreitete sich 1988 das „Konferenzfieber“. Die *Beijing Daxue* (Peking Universität), an der jeden Tag mehrere Konferenzen stattfanden, spielte hierbei eine wichtige Rolle.<sup>245</sup> Da die Teilnehmerzahlen an den regulären Lehrveranstaltungen rückläufig waren, dienten diese Konferenzen als eine alternative Quelle des Wissenserwerbs. Besonders für Studenten im sozialwissenschaftlichen Bereich ersetzten die Vorträge, die in vielen Fällen sehr direkt und politisch provokant waren, die regulären Kurse. Die politischen Konsequenzen dieser Fieber sollten dabei nicht unterschätzt werden: Der Soziologe Dingxin Zhao sieht auf Basis seiner Umfragen einen direkten Zusammenhang zwischen der Konferenzteilnahme von Studierenden und ihren Aktivitäten während der Bewegung 1989.<sup>246</sup>

Diskussionen über die kulturelle Identität Chinas waren jedoch nicht nur auf die Geisteswissenschaften beschränkt, sondern erstreckten sich auf alle Bereiche des intellektuellen Lebens: Dichter und Philosophen suchten nach der „Essenz“ des chinesischen Volkes, Ökonomen und Techniker führten hitzige Debatten über Chinas klassische Kultur.<sup>247</sup> Auch jenseits der Universitäten kam es zu Diskussionen, da die Tragödien der kommunistischen Ära, wie der „Große Sprung nach vorn“ (1958-61), die Kampagne gegen „Rechtsabweichler“ (1975) sowie die „zehn verlorenen Jahre“ der Kulturrevolution (1966-76) alle Schichten der chinesischen Gesellschaft in

---

<sup>244</sup> Während des Reportage-Fiebers zum Beispiel begann eine große Zahl an Personen plötzlich Reportage-Romane zu lesen – ein Genre, das Nachrichtenberichterstattung mit den stilistischen Mitteln eines Romans kombinierte. Die Themen dieser Reportagen reichten sozialer Mobilität, dem „brain drain“, Demographie, Urbanisierung, Ehe und Geschichte bis hin zu den Problemen der Ein-Kind-Familien (Zhao 1994, S. 178). Ein Beispiel für diesen Schreibstil ist Jia Lushengs Reportage *Gaibang Piaoliuji* 丐帮漂流记 [Eine Gruppe Vagabunden] für die sich der Autor als Bettler verkleidete und mehrere Monate mit einer Gruppe Vagabunden verbrachte. (Jia Lusheng 贾鲁生: *Gaibang Piaoliuji* 丐帮漂流记 [A band of Wandering Beggars], in: *Shensheng Yousi - Dangdai Zhongguo Xinchao Qishilu* 神圣忧思 - 当代中国新潮启示录 [The Holy Concerns- Inspirations from Modern China New Thinking], Beijing 1988, S. 97-148.

<sup>245</sup> Zhao 1994, S. 192.

<sup>246</sup> Ebd.

<sup>247</sup> Calhoun 1994, S. 18.

Mitleidenschaft gezogen hatten. Während auf der einen Seite besonders in den urbanen Küstenregionen die Interaktion mit dem Ausland zunahm und vermehrt Aspekte westlicher Kulturen nach China gelangten, kam es auf der anderen Seite zu einer Wiederbelebung traditioneller kultureller Praktiken. Dazu zählte beispielsweise eine Renaissance der traditionellen Feste, die in der maoistischen Ära entweder abgeschafft oder scharf kritisiert worden waren.<sup>248</sup>

Die durch rivalisierende soziale und kulturelle Normen gestiftete Verwirrung kulminierte in der Fernsehserie „Flusselegie“ (*Heshang* 河殇), einer scharfen Abrechnung mit Chinas traditioneller Kultur. *Heshang* wurde in mehreren Episoden auf dem staatlichen Fernsehsender CCTV ausgestrahlt und führte zu einer großen Kontroverse, die sich nicht nur auf intellektuelle Kreise erstreckte, sondern auch die Kommunistische Partei und sogar chinesische Gemeinden in Übersee erfasste.<sup>249</sup> Die Autoren der Serie Su Xiaokang und Wang Luxiang argumentierten, Chinas nach innen gerichtete Zivilisation habe zu Konservatismus, Ignoranz und Rückständigkeit geführt.<sup>250</sup> Sie benutzten das allmähliche Versiegen des Gelben Flusses (*Huanghe* 黄河), häufig als „Wiege der chinesischen Zivilisation“ bezeichnet, als Metapher für den schleichenden Untergang der chinesischen Kultur. *Heshang* übte auch aus dem Grund, dass die Serie zum ersten Mal modernes Fernsehen mit Journalismus, Geschichte, Kunstgeschichte und sozialwissenschaftlichen Konzepten verband, einen derart starken Einfluss auf das chinesische Publikum aus. Die Autoren kombinierten ein breites Spektrum westlicher Theorien, wie Wittfogels Theorie der hydraulischen Gesellschaft, Hegels These, die landbasierte chinesische Zivilisation führe unvermeidbar zu konservativem Denken und die Überzeugung des britischen Historikers Toynbees, letztendlich würde sich lediglich die „christliche Zivilisation“ durchsetzen können. Was konnte China noch retten? Die Antwort der Autoren war ebenso simpel wie radikal: die völlige Zerstörung der traditionellen kulturellen Struktur und die Entwicklung eines „demokratischen und wissenschaftlichen Geistes“.<sup>251</sup> Obwohl viele Zuschauer der oft unkritischen Adaption

---

<sup>248</sup> Zhao 1994, S. 97. Hierzu gehörten beispielsweise das Laternenfest (*Yuanxiaojie* 元宵节) oder das Fest der Liebenden (*Qixijie* 七夕节).

<sup>249</sup> Liu, Jun: Restless Chinese Nationalist Currents in 1980s and the 1990s. A Comparative Reading of River Elegy and China Can Say No, in: C. X. George Wie/Xiaoyuan Liu (Hrsg.), *Chinese Nationalism in Perspective: Historical and Recent Cases*, Westport 2001, S. 217.

<sup>250</sup> Das Skript verfassten der bekannte Journalist Su Xiaokang und Wang Luxiang, Dozent an der Beijing Normal University, zusammen mit den Intellektuellen Li Yining und Jin Guantao.

<sup>251</sup> Übersetzung der Abschrift von *Heshang* durch Frederick Wakeman, in: Ogden 1992, S. 44.

partiell veralteter westlicher Theorien skeptisch gegenüberstanden, waren die Einschaltquoten unter Studenten und etablierten Denkern außergewöhnlich hoch.<sup>252</sup>

Obschon die traditionelle chinesische Kultur das eigentliche Kritikobjekt der TV-Serie war, stellte diese dennoch implizit auch die Herrschaft der KPCh in Frage, da ihre Autoren offen die Kulturrevolution und die Raffgier der Kader kritisierten. Diese Provokation sollte nicht ohne Folgen bleiben: Bereits im Oktober 1988 kritisierten konservative Parteiführer die Mini-Serie wegen „völliger Verwestlichung“ und verboten die Ausstrahlung im November.<sup>253</sup> Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989 wurde *Heshang* offiziell wegen „Beschmutzung des Sozialismus“ und der „Verbreitung bourgeoiser Ideen“ verurteilt und Kopien der TV-Serie im Sommer symbolisch unter Dampfwalzen zermahlen.

### **Entwicklung der Medienlandschaft und Journalismus-Reform**

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der zur Genese einer transnationalen Öffentlichkeit unter Chinas gebildeter Elite beitrug, war die Reform der chinesischen Medienlandschaft. Diese setzte mit der Reform- und Öffnungspolitik ein und führte nicht nur zu quantitativen Veränderung des Mediensystems sondern durch eine Verbesserung der journalistischen Ausbildung auch zu deren Professionalisierung. Da ab Mitte der 1980er eine Vielzahl an Informationen über das Leben im Ausland über die chinesische Presse zugänglich war, vergrößerte sich das Wissen der Bevölkerung. Es entstanden neue Diskurse mit einem transkulturellen Referenzrahmen. Besonders die spürbare Lockerung der staatlichen Kontrolle über die Medien zwischen 1987 und 1989 führte zu einer neuen Offenheit in der Berichterstattung und ließ Journalisten Forderungen nach mehr Pressefreiheit erheben.

Seit dem Beginn der ökonomischen Reformen waren die chinesischen Medien tiefgreifenden Veränderungen unterzogen worden, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Das Mediensystem expandierte rasch – Radio und Fernsehsender, kommerzielle wie auch politische Zeitungen boomten. Abgesehen von der gestiegenen Dichte an Informationen vergrößerte sich auch das Wissen über das Leben im Ausland und Ereignisse von internationaler Bedeutung. Im Zuge der Expansion des Mediensystems wuchs nicht nur die Zahl der Parteipublikationen, sondern auch die der themenbezogenen Zeitungen und Zeitschriften, die von Regierungsbehörden, Unternehmen und anderen sozialen oder politischen Organisationen herausgegeben

---

<sup>252</sup> Zhao 1994, S. 186.

<sup>253</sup> Link 1993, S. 157.



wurden. Diese richteten sich an ein breites Spektrum von Lesern: Manche sprachen Arbeiter an, andere Bauern, Frauen, Polizisten, Studenten, Angehörige der nationalen Minderheiten oder englischsprachige Leser.<sup>254</sup> Wieder andere konzentrierten sich auf spezielle Themen, wie Gesundheit, Erziehung, Kultur, Sport oder die Umwelt. Seit Mitte der 1980er waren diese Druckerzeugnisse den offiziellen Parteipublikationen zahlenmäßig deutlich überlegen. Dennoch dominierten die Parteipublikationen die Presselandschaft weiterhin hinsichtlich Umfang und Regelmäßigkeit des Erscheinens, wie auch der Zahl ihrer Mitarbeiter.<sup>255</sup>

In den späten 1980ern hatte sich das chinesische Mediennetzwerk zu einem hochkomplexen System entwickelt. Die Nachrichtenagentur *Xinhua* (新华) war mit Zweigstellen in allen Provinzen und über 90 Auslandsvertretungen zur größten Nachrichtenagentur aufgestiegen und versorgte zudem eine exklusive Gruppe an Partei- und Regierungsbeamten mit Übersetzungen aus ausländischen Medien. Die Tageszeitung *Renmin Ribao* 人民日报, der Radiosender *Central People's Radio* (CPR) und der Fernsehsender *China Central Television* (CCTV) waren die wichtigsten Parteiorgane. Diese wurden durch weitere Publikationen ergänzt, wie die *Guangmin Daily* (die ursprünglich von den „Demokratischen Parteien“<sup>256</sup> veröffentlicht worden war, sich allerdings zum Parteiorgan für die gebildete Elite gewandelt hatte) oder auch *Reference News* (*Cankao Xiaoxi* 参考消息), eine Publikation, die sich auf übersetztes Material ausländischer Nachrichtenagenturen konzentrierte. Trotz des quantitativen Wandels bestimmten *Xinhua*, *Renmin Ribao*, CPR und CCTV nach wie vor den Tenor der Berichterstattung: Die Darstellungen von *Xinhua* über Ereignisse auf dem nationalen wie auch internationalen Level wurden von Publikationen im ganzen Land übernommen – darüber hinaus vermittelte *Xinhua* auch häufig wichtige Leitartikel aus der *Renmin Ribao* im Radio oder Fernsehen weiter. Dieser Mechanismus lässt sich auch an der offiziellen Darstellung der Demonstrationen in den chinesischen Medien erkennen. Ein Leitartikel in der *Renmin Ribao*, der nach der Niederschlagung der Proteste Anfang Juni 1989 die offizielle Lesart der Ereignisse als „konter-revolutionären Aufstand“ festlegte, wurde in der Folgezeit in vielen anderen Medien inhaltlich reproduziert.

---

<sup>254</sup> Zhao 1998, S. 17.

<sup>255</sup> Ebd.

<sup>256</sup> Neben der KPCh existieren in China noch weitere acht legale Parteien, die unter dem Sammelbegriff „Demokratische Parteien“ aufgeführt werden. Diese bilden jedoch keineswegs eine Opposition, sondern werden (marginal) in den politischen Prozess integriert. Zur Rolle dieser „Demokratischen Parteien“ vergleiche William A. Joseph: *Politics in China. An Introduction*, Oxford 2010, S. 166.

Trotz offensichtlicher Beschränkungen zeichnete sich die chinesische Medienberichterstattung Ende der 1980er durch ein bisher ungekanntes Maß an Offenheit aus. Diese war besonders seit 1987 spürbar und umso ungewohnter, als dass die KPCh seit der Gründung der Volksrepublik 1949 alle Druckerzeugnisse, die in China verbreitet wurden, einem strikten Kontrollsystem unterworfen hatte.<sup>257</sup> Die Medienpolitik der chinesischen Regierung orientierte sich dabei am „Partei-Prinzip“,<sup>258</sup> ebenso wie an der „Sprachrohr-Theorie“ (*houshelun* 喉舌论).<sup>259</sup> Die kommunistische Partei verstand die Rolle der Medien nach dem Prinzip der „Massenlinie“. Diese politische Theorie postulierte als eines ihrer Grundprinzipien: „take the ideas of the masses (scattered and unsystematic ideas) and concentrate them (through study turn them into concentrated and systematic ideas), then go the masses and propagate and explain these ideas until the masses embraces them as their own“.<sup>260</sup> Das Volk galt demnach als Rohmaterial für den politischen Entscheidungsprozess, obwohl es in diesem selbst keine aktive Rolle spielte. Dem Konzept der Massenlinie zufolge war die Entscheidungsfindung alleinige Aufgabe der Partei, die sich aus den weitsichtigsten Angehörigen des Volkes zusammensetzen und daher in dessen Interesse handeln sollte. Zeitungen dienten in diesem System dazu, die Kommunikation innerhalb des Volkes ermöglichen, wobei es der Partei oblag zu entscheiden, welche Inhalte geteilt werden sollten und wie diese anhand der ideologischen Richtlinien zu bewerten seien. Im Verständnis der Massenlinie hatten Journalisten eine Schlüsselposition zwischen dem Volk und der Partei inne. Ihre Arbeit sollte die Meinung, Sorgen und Wünsche des Volkes widerspiegeln, oder, wie Andrew Nathan es ausdrückte: „Media are an

---

<sup>257</sup> Der dieser politischen Praxis zugrunde liegende Grundsatz lässt sich auf Lenin zurückführen, der postulierte dass die Parteizeitungen als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator instrumentalisiert werden sollte. Lenin forderte 1905: „Newspapers must become the organs of the various party organisations, and their writers must by all means become members of these organisations. Publishing and distributing centres, book-shops and reading-rooms, libraries and similar establishments must all be under party control. The organised socialist proletariat must keep an eye on all this work, supervise it in its entirety, and, from beginning to end, without any exception, infuse into it the life-stream of the living proletarian cause [...]“, zitiert nach V.I. Lenin: Party Organization and Party Literature, in: *Novaya Zhizn* No. 12, 13. November 1905, Nachdruck in Vladimir Illyich Lenin: On Literature and Art, Moskau 1967, S. 22.

<sup>258</sup> Das „Parteiprinzip“ (*dangxing yuanze* 党性原则) wird in chinesischen Journalismus-Lehrbüchern normalerweise als aus drei Basiskomponenten zusammengesetzt beschrieben: Erstens müssen die Medien die ideologischen Richtlinien der Partei als ihre eigenen akzeptieren, zweitens das Programm der Partei propagieren und drittens die Führung der Partei akzeptieren und sich an ihre organisatorischen Prinzipien und Presseregeln halten.

<sup>259</sup> Zur „Sprachrohr-Theorie“ (*houshelun* 喉舌论) siehe Zhao 1998, S. 19.

<sup>260</sup> Mao Zedong: Some Questions Concerning Methods of Leadership, 1. Juni 1943, in: *Selected Works*, Vol. III, S. 119, zitiert nach Zhao 1998, S. 24.

instrument to propagate the Party's policies and directives, to persuade people about the correctness of a policy and to tell them the good results of a particular policy“.<sup>261</sup>

In der Reformperiode verstand die KPCh die chinesischen Medien weiterhin als Sprachrohr ihrer politischen Interessen. Die Zielsetzung hatte sich dabei jedoch verändert: Die Partei bestand nicht länger auf einer Funktion der Medien als Instrumente des Klassenkampfes, sondern nutzte sie zunehmend zum ökonomischen und kulturellen Aufbau.<sup>262</sup> Der neue Fokus auf Modernisierung, in Kombination mit der Beförderung von Intellektuellen in die Reihen der „Arbeiterklasse“, wurde auch im Journalismus reflektiert.<sup>263</sup> Hu Yaobang bestätigte dennoch die Sprachrohrtheorie im April 1985 erneut. Der Politiker warnte, die Presse solle sozialen Problemen und Kontroversen keine übermäßige Aufmerksamkeit schenken – zu diesem Zweck sollten nicht mehr als 20% der Nachrichten negativ sein.<sup>264</sup> Für die journalistische Praxis bedeutete dies, dass es Schriftstellern theoretisch gestattet war, ihre Themen unabhängig zu wählen, während von Journalisten jedoch erwartet wurde, sich streng an die offiziellen Richtlinien zu halten.<sup>265</sup>

Die jeweils zuständigen Propaganda-Abteilungen waren nicht zwangsläufig die höchste Autorität in Bezug auf Medienregulation, besonders sensible Themen unterlagen der direkten Aufsicht der zuständigen Parteisekretäre auf jeder Ebene.<sup>266</sup> Zu bedeutenden Anlässen griffen Parteiführer auch direkt in die Veröffentlichung von Nachrichten und Leitartikeln ein, wie im Fall des Leitartikels in der *Renmin Ribao* vom 26. April 1989, der angeblich von hohen Kadern verfasst worden war. Aber auch wenn Regierungsbeamte nicht direkt in die journalistische Arbeit eingriffen, so überwachte die Partei alle Medieninhalte mit großer Sorgfalt. Diese Aufgabe oblag einem Team von erfahrenen Parteiideologen, die auch die Aufsicht über nicht-Partei Publikationen innehatten, wie zum Beispiel den *World Economic Herald*.<sup>267</sup>

---

<sup>261</sup> Zhao 1998, S. 26.

<sup>262</sup> Ebd., S. 34.

<sup>263</sup> Judy Polumbaum: The Tribulations of China's Journalists after a Decade of Reform, in: Chin-Chuan Lee (Hrsg.), *Voices of China. The Interplay of Politics and Journalism*, New York 1990, S. 40.

<sup>264</sup> Judy Polumbaum verweist hierfür auf Hu Yaobang: Party's Journalism Work, (Polumbaum 1990, S. 41).

<sup>265</sup> Zhao 1998, S. 20. Die jeweiligen Richtlinien konnten Parteibeschlüssen und Direktiven, wie auch internationalen Bulletins, wie zum Beispiel *Xuanchuan Dongtai* 宣传动态 [Propaganda Trend], oder den Reden und inoffiziellen Bemerkungen führender Kader entnommen werden.

<sup>266</sup> Zhao 1998, S. 21.

<sup>267</sup> Der *World Economic Herald* (*Shijie Jingji Daobao* 世界经济导报) ist vielleicht der bekannteste Fall, in dem ein Magazin mit thematischem Schwerpunkt zur Schließung gezwungen wurde – nach Yuezhi Zhao illustrierte das Schicksal des *Heralds* die monopolistische Kontrolle der Partei über die Medien, was zeigt, dass diese Publikationen nicht als eine unabhängige Öffentlichkeit missverstanden werden sollten. (Zhao 1998, S. 22)

Trotz massiver quantitativer Veränderungen spielten die Propagandadirektiven der KPCh in den späten 1980ern nach wie vor eine bedeutende Rolle. In vielen Fällen wurde die zuvor politische Propaganda schlichtweg durch Propaganda für die ökonomischen Reformen ersetzt. Dies sollte sich erst in der zweiten Hälfte der 1980er ändern, als die Medienreform eine neue Ebene erreichte. Vor allem die Jahre 1986-88 waren eine Periode der ideologischen Gärung mit rivalisierenden Richtlinien: 1986 zum Beispiel gestattete die Partei die öffentliche Diskussion von Themen, die nur ein Jahr zuvor von Hu Yaobang 胡耀邦 explizit untersagt worden war.<sup>268</sup>

Nach intensiven Diskussionen innerhalb der Parteiführung wurde die Vorstellung einer Rolle der Presse als Sprachrohr der Partei fallengelassen und durch „politische Transparenz“ (*zhengzhi touming* 政治透明) ersetzt, einen Begriff, der Assoziationen an Glasnost weckte. Dies sollte einen offeneren Regierungsstil ermutigen und den politischen Prozess für das Volk leichter verständlich machen. In diesem Zusammenhang schlug der Generalsekretär der KPCh Zhao Ziyang 赵紫阳 drei Richtlinien für die Pressearbeit vor: Erstens sollte die Partei „durch die öffentliche Meinung überwacht werden“ (*yulun jian du* 舆论监督), zweitens sollten die Partei und Regierung das Volk über bedeutende Ereignisse informieren (*zhongda qingkuang rang renmin zhidao* 重大情况让人民知道) und drittens sollte der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, an der Diskussion wichtiger Themen teilzuhaben (*zhongda wenti jing renmin taolun* 重大问题经人民讨论).<sup>269</sup>

In den Jahren 1987 und 1988 lockerte die Partei ihre bis dahin rigide Kontrolle der Medien spürbar. Die Zahl an Berichten, in denen die Arbeit der Behörden und Verfehlungen einzelner Kader kritisiert wurden, stieg in diesem Zeitraum stetig an. Journalisten wurden ermutigt Problemen auf den Grund zu gehen und direkt vom jeweiligen Ort des Geschehens zu berichten, anstatt sich in ihren Artikeln lediglich auf Pressemitteilungen der Regierung zu stützen.<sup>270</sup> Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt zu Beginn des Jahres 1989. Vor dem Hintergrund der großen Veränderungen, die die Reformen im Bereich der Medien bewirkt hatten, begannen Journalisten ihre Rolle in der Berichterstattung ebenso wie die strukturellen Rahmenbedingungen der Themenauswahl kritisch zu hinterfragen. Dies kulminierte in einer Bewegung für Journalismus-Reform (*xinwen gaige yundong* 新闻改革运动).<sup>271</sup> Die

---

<sup>268</sup> Zhao 1998, S. 34.

<sup>269</sup> Ebd., S. 36.

<sup>270</sup> Ebd., S. 34.

<sup>271</sup> Polunin 1990, S. 37.

wachsende Unzufriedenheit unter Chinas Journalisten in der Reformperiode führte dazu, dass zum Zeitpunkt der ersten Demonstrationen im April 1989 viele Journalisten bereit waren, mit propagandistischen Konventionen zu brechen. Bereits im Vorfeld der Bewegung stellten daher die ersten die „Sprachrohrtheorie“ in Frage und setzten sich für mehr Pressefreiheit ein.

Ein weiterer Faktor, der Forderungen nach einer fundamentalen Reform der chinesischen Medienlandschaft verstärkte, war der steigende Einfluss westlicher Medien. Nachdem die journalistische Ausbildung in den frühen 1980ern ausgebaut worden war, begann eine Generation von besser ausgebildeten, skeptischeren und deutlich jüngeren Journalisten die Reihen des Pressekorps aufzufüllen. Darüber hinaus ermöglichte die Politik der „offenen Tür“ die verstärkte Rezeption westlicher theoretischer Konzepte in den Lehrbüchern angehender Journalisten an den Universitäten.<sup>272</sup> Auch der Kontakt mit ausländischen Korrespondenten führte dazu, dass eine steigende Zahl chinesischer Journalisten begann, die Methoden und Beschränkungen, denen sie bei ihrer Arbeit unterworfen waren, in Frage zu stellen.

### Zusammenfassung

Dieses Kapitel diente dazu, die für das Verständnis des Diskurses der 1989er-Bewegung nötigen Prozesse und Entwicklungen auf einer globalen Ebene darzustellen. Dafür bot es zunächst einen Überblick über die aktuelle Forschung zum Thema Globalisierung und kontextualisierte diese anschließend anhand der Bereiche, in denen sich Globalisierungsprozesse auf die Bewegung in China 1989, ebenso wie auf den Diskurs über die Bewegung auswirkten.

Hierbei handelte es sich um die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft in den 1970ern, die nicht nur das Interesse des Westens an China als Absatzmarkt verstärkte, sondern durch die „Reform- und Öffnungspolitik“ auch innerhalb der chinesischen Gesellschaft selbst zu einem umfassenden sozio-ökonomischen Strukturwandel führte.

Die neoliberale Restrukturierung ging vor allem in den USA mit einer politischen Kampagne einher, die Ideale von Freiheit und Selbstbestimmung in den Vordergrund rückte. Bei der Version von „Freiheit“, die als zentraler Wert propagiert wurde, handelt es sich indes vor allem um Freiheit der Märkte und des Handels. Darüber hinaus propagieren die Befürworter des neoliberalen Wandels durch die Massenmedien den

---

<sup>272</sup> Siehe Won Ho Chang: Mass Media in China. The History and the Future, Ames 1989.

Mythos eines westlichen Lebensstiles, der als das global erstrebenswerte Idealbild einer freien und wohlhabenden Gesellschaft präsentiert wird.

Globalisierungsprozesse führten zu veränderten Formen der Machtausübung auf der internationalen Ebene. Joseph Nye argumentierte 1990, altgediente Machtquellen, wie Geographie, Bevölkerung und Rohstoffe verlören in einem Zeitalter der wachsenden Verflechtung immer mehr an Bedeutung, während Aspekte wie kulturelle Anziehung oder die gezielte Verbreitung bestimmter Ideologien an Bedeutung gewannen. Diese neuen Machtquellen fasste er unter dem Begriff *Soft Power* zusammen. Wie in Kapitel 4 am Beispiel der Sendungen der VOA und des „BBC Chinese Service“ gezeigt werden wird, lässt sich *Soft Power* als eine Form der kulturellen Propaganda verstehen, die den Rahmenbedingungen einer globalisierten Welt mit komplexen Informationsflüssen angepasst ist.

Globalisierungsprozesse wirken sich ferner auf die Organisationsstrukturen und das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen aus. Sozialwissenschaftler versuchen diese Effekte auf Aktivisten an geographisch entfernten Orten mit Modellen wie dem Barriere-Modell (Gary Goertz), hierarchischen und Nachbarschaftsmodellen (Collier/Messick) oder Prozessen wie Diffusion erfassen. Am Beispiel der Bewegung in China 1989 lässt sich jedoch zeigen, dass diese Modelle allein nicht ausreichen, um den Fluss von Ideen nach China und von China zurück in die Welt zu erfassen. Stattdessen, so zeigte dieses Kapitel, ist das Konzept der transnationalen Öffentlichkeit ergiebiger um die komplexen Dynamiken des Diskurses zu erfassen. Nach John A. Guidry kann die transnationale Öffentlichkeit als ein Raum verstanden werden, in dem die Bewohner entfernter Orte Diskurse prägen, die sich jenseits nationaler Grenzen auswirken. Sie bietet somit einen ebenso realen als auch konzeptionellen Raum, in dem soziale Bewegungen interagieren, einander Konkurrenz machen und von einander lernen.

Auf diesen Erkenntnissen aufbauend ging dieses Kapitel anschließend auf die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit unter Chinas gebildeter Elite im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik seit den späten 1970ern ein. Diese speiste sich aus mehreren Prozessen. Durch den sozio-kulturellen Strukturwandel der chinesischen Gesellschaft wuchs besonders unter Chinas gebildeter Elite ein Gefühl der Unzufriedenheit und Unsicherheit. China erschien vielen, besonders im Vergleich zur sogenannten westlichen Welt, rückständig und unterentwickelt. Das daraus resultierende Gefühl der kulturellen Verunsicherung manifestierte sich in sogenannten „sozialen Fiebern“ und fand seinen

vorläufigen Höhepunkt 1988 in der kontroversen Fernseh-Serie *Heshang* (Fluss Elegie), einer scharfen Abrechnung mit Chinas traditioneller Kultur.

Das Wissen über alternative Lebensstile und Ereignisse von globaler Bedeutung wuchs insbesondere durch die steigenden Zahlen chinesischer Studenten im Ausland sowie den wachsenden Strom von Ausländern nach China. Dabei spielten keineswegs nur die westlichen Industrienationen, sondern auch die chinesischen Gesellschaften in Hongkong, Taiwan und Singapur eine wichtige Rolle. Die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit wurde darüber hinaus von qualitativen, wie auch quantitativen Veränderungen in der chinesischen Medienlandschaft vorangetrieben. Obwohl die KPCh an der „Sprachrohr-Funktion“ der Medien festhielt und diese zur Verbreitung ihrer politischen Ziele und Richtlinien instrumentalisierte, lockerte sie ihre Kontrolle in den Jahren 1987 und 1988 spürbar. Dies führte sowohl dazu, dass es Journalisten immer mehr möglich war über Missstände zu berichten, wie auch zu einem stetig globaler werdenden Referenzrahmen der chinesischen Medien. In dieser transnationalen Öffentlichkeit konkurrierten nicht nur alternative Lebensstile und kulturelle Werte miteinander – sie avancierte auch zu dem Raum, in dem verschiedene Akteure versuchten, Einfluss auf die chinesischen Aktivisten zu nehmen und die Bewegung in Richtung ihrer eigenen politischen Vorstellungen zu beeinflussen. Einen Überblick über diese verschiedenen Subjekte, ihre politischen Ziele und Strukturen, bietet das folgende Kapitel.

### 3. Zentrale Subjekte des Diskurses

Das vorangegangene Kapitel konzentrierte sich auf die Einflüsse von Globalisierungsprozessen auf soziale Bewegungen, wie auch die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit im China der Reformperiode. Der nun folgende Abschnitt geht darauf aufbauend auf einige der wichtigsten *Subjekte* im Foucaultschen Sinn ein, die sich in dieser transnationalen Öffentlichkeit engagierten und den Diskurs über die Rolle ausländischer Einflüsse entscheidend prägten. Nach Michel Foucault bezieht sich der Terminus *Subjekt* nicht nur auf Individuen/Gruppen, die anderen Individuen/Gruppen unterworfen oder von diesen abhängig sind, sondern auch auf all jene, die durch ihr Bewusstsein oder ihr Wissen über sich selbst an ihre eigene Identität gebunden sind. Subjektivität kann demnach als diejenige Form von Macht verstanden werden, die das Individuum charakterisiert, ihm Identität verleiht und sein Verständnis

von Wahrheit prägt. Im Kontext dieser Arbeit handelt es sich hierbei zum einen um die chinesischen Aktivisten des Jahres 1989, deren politische Handlungen vor einem bestimmten sozio-historischen Hintergrund verstanden werden müssen, zum anderen um die Radiosender „Voice of America“ (VOA) und den „BBC Chinese Service“. Zunächst wird gezeigt werden, dass sowohl die VOA als auch der „BBC Chinese Service“ als *Soft Power*-Instrumente konzipiert wurden, um das Denken und Handeln von Akteuren im Ausland zu beeinflussen. Wie dies in den Sendungen konkret geschah, wird Gegenstand von Kapitel 4 sein, das die Inhalte der Berichterstattung untersucht.

Der zweite Teil dieses Kapitels wird sich anschließend den studentischen Aktivisten in China widmen, die 1989 die wichtigste Zielgruppe der Sendungen der VOA und BBC darstellten. Neben den Aktivisten wird abschließend noch eine weitere Gruppe vorgestellt, deren Stimmen im Diskurs innerhalb der Bewegung zwar marginalisiert wurden, die dessen ungeachtet besonders von den ausländischen Medien immer wieder prominent hervorgehoben wurde: die chinesischen Arbeiter.

Im Vorfeld ist jedoch eine wichtige Frage zu klären: Was machte die Sendungen der VOA und der BBC nach China Ende der 1980er vergleichbar? Es ist zum einen die Beobachtung, dass beide Sender von den chinesischen Aktivisten miteinander assoziiert wurden. So schrieb zum Beispiel der Dissident Li Lu in seinem autobiographischen Werk „Moving the Mountain“ über den 15. April 1989, an dem Gorbatschow in Beijing in Beijing eintraf:

„Clearly something great was going to happen. We must be prepared to take the next step. The whole country now looked to Beijing. I asked my most reliable friends to establish an instant communication with the students there via fax, telephone and computer. Other friends listened to the BBC and Voice of America (VOA) every day; they summarized news reports on posters and put them up.“<sup>273</sup>

Obwohl die chinesische Regierung vor allem die VOA immer wieder rhetorisch attackierte, wurden beide Sender nicht nur von chinesischen Aktivisten, sondern auch westlichen Beobachtern, wie beispielsweise dem Sinologen Perry Link, in einem

---

<sup>273</sup> Li 1990, S. 108. Dies bestätigt auch, dass die Studenten 1989 die Sendungen der VOA und BBC nicht nur direkt einschalteten, sondern auch Abschriften der Nachrichteninhalte verfassten und weiter verteilten.



Atemzug genannt.<sup>274</sup> Ein weiteres Argument für die Vergleichbarkeit der VOA und BBC ist, dass beide Sender auf der einen Seite von den Demonstranten gepriesen, auf der anderen von der chinesischen Regierung der Anstiftung zum Aufruhr beschuldigt wurden. So verkündete der Bürgermeister von Beijing, Chen Xitong 陈希同, kurz nach der Niederschlagung der Proteste im Juni 1989 mit deutlichem Bezug auf die beiden Sender:

„Some political forces from the West always attempt to make socialist countries, including China, give up the socialist road and put them on course of capitalism – this is long-term, fundamental strategy. [...] Launching the turmoil, including creating a public opinion, distorting facts and spreading rumors bore salient feature of support by coordinated action at home and abroad.“<sup>275</sup>

Dies legt eine Vergleichbarkeit der Aktivitäten, wie auch der Rezeption der VOA und BBC in China Ende der 1980er nahe. Die folgenden Seiten werden zeigen, dass sich diese Vergleichbarkeit jedoch über diese Ebenen hinaus erstreckte und beide Sender als *Soft Power*-Instrumente des Kalten Krieges verstanden werden können, die versuchten Aktivisten im Ausland über die transnationale Öffentlichkeit zu beeinflussen.

### 3.1. *Soft Power*-Instrumente des Kalten Krieges

#### Der „BBC World Service“

Die Anfänge der *British Broadcasting Corporation* (BBC) lassen sich in das Jahr 1920 zurückverfolgen, als britische Radiohersteller den ersten Rundfunksender etablierten – in der Hoffnung, dadurch den Verkauf von Radioempfängern ankurbeln zu können.<sup>276</sup> Die britische Regierung erkannte schnell das Potential des neuen Mediums und wandelte die bis dahin in privatem Besitz befindliche „British Broadcasting Corporation“ in eine öffentliche Anstalt um. Diese stellte sie unter die Führung eines *board of governors*, dessen Mitglieder direkt von der Regierung ernannt wurden. Die ersten Sendungen ins Ausland

---

<sup>274</sup> Perry Link beschreibt zum Beispiel, wie die Nachricht darüber, dass der chinesische Staat Fang Lizhi daran hinderte an einem Bankett in der amerikanischen Botschaft in Beijing teilzunehmen, über die VOA in alle Welt verbreitet wurde, siehe Link 1992, S. 35.

<sup>275</sup> Chen Xitong: Bericht vor dem Nationalen Parteikongress über „Die Niederschlagung der Konterrevolutionären Rebellion“. In: *Xinhua* 4. Juni 1989, Übersetzung durch den Foreign Broadcast Information Service (FBIS) am 6. Juli 1989, S. 20-36.

<sup>276</sup> John Downey: The United Kingdom, in: Leen d’Haenens/Frieda Saey (Hrsg.), *Western Broadcast Models. Structure, Conduct and Performance*, Berlin 2007, S. 319.

erfolgten 1932 durch den „BBC Empire Service“, dessen Programme sich vor allem an britische Staatsbürger in den entfernten Regionen des Kolonialreiches richteten. Die Epoche des Zweiten Weltkrieges führte zu einschneidenden Veränderungen in der Struktur und Mission der BBC: Je mehr Länder in den Krieg verwickelt wurden, desto mehr fremdsprachliche Sendungen wurden initiiert. Hand in Hand mit der Expansion der Sendereichweite ging der Ausbau des technischen Equipments – um ein größeres Publikum erreichen zu können, errichtete die BBC eine steigende Zahl an Sendestationen in Großbritannien, ebenso wie im Ausland.<sup>277</sup>

Die BBC sendete jedoch nicht nur in immer mehr Länder, sondern lauschte auch. Zum Abhören ausländischer Nachrichtensendungen wurde in den 1930ern eine eigene Abteilung etabliert: der „BBC Monitoring Service“, der zunächst die Aufgabe hatte, der Propaganda der italienischen und deutschen Sender entgegenzuwirken. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs weitete das britische Informationsministerium den Aufgabenbereich des „Monitoring Service“ aus, so dass dieser immer mehr Radiosender im Ausland abhören und deren Inhalte aufzeichnen konnte. Bis heute kooperiert er mit seinem amerikanischen Pendant, dem „Foreign Broadcast Information Service“ (FBIS). Berichte des „Monitoring Service“ werden nicht nur an Behörden der britischen Regierung, sondern über den FBIS überdies an Regierungsbehörden in den USA weitergegeben.<sup>278</sup>

Bis Kriegsende 1945 stieg die BBC zum international größten Radiosender auf und sendete Programme in 45 Sprachen in alle Welt.<sup>279</sup> Zu Kriegszeiten propagierte der „European Service“ der BBC nicht nur eine „Politik der Aufrichtigkeit“, sondern unterstützte nach eigenen Angaben auch Widerstandskämpfer in Europa durch die Übermittlung kodierter Nachrichten.<sup>280</sup>

Die Beziehung zwischen der britischen Regierung und der BBC wurde 1946 von der Labour-Regierung unter Clement Atlee in einem „Broadcasting White Paper“ festgelegt. Dieses besagt in Grundzügen, dass die Auslandsdienste (*External Services*) der BBC unabhängig handeln dürften, ihre Programme allerdings in Übereinstimmung mit den Zielen der britischen Außenpolitik gestalten sollen. Auf dieser Basis nahm die britische

---

<sup>277</sup> Zu Beginn des Krieges nutzte die BBC lediglich eine Sendestation in Daventry. Um ein stärkeres Signal nach Deutschland senden zu können wurde ein weiterer Transmitter auf Spurn Head errichtet. Neben dem Deutschen Reich wurden auch die Sendungen in den indischen Subkontinent, den Großbritannien als Kolonialmacht dominierte, verstärkt.

<sup>278</sup> Rawnsley 1996, S. 3.

<sup>279</sup> [http://www.bbc.co.uk/worldservice/history/story/2007/02/070122\\_html\\_40s.shtml](http://www.bbc.co.uk/worldservice/history/story/2007/02/070122_html_40s.shtml) (letzter Zugriff am 17.12.2010).

<sup>280</sup> Diese Botschaften, wie zum Beispiel „*Mademoiselle caresse le nez de son chien*“ erschienen gewöhnlichen Hörern als eine sinnlose Aneinanderreihung von Worten. Sie konnten allerdings von bestimmten Widerstandsgruppen und ihren britischen Kontakten in den Sondereinheiten (SOEs) dechiffriert werden.

Regierung – obwohl sie die theoretische Unabhängigkeit der Auslandsdienste bestätigte – durch die Zuteilung von Finanzmitteln immer wieder Einfluss auf die Sendungen der BBC ins Ausland. Dies führte wiederholt zu Spannungen zwischen der Rundfunkanstalt und der britischen Regierung, da die BBC Forderungen, ihre Berichterstattung in Übersee solle die jeweilige außenpolitische Linie reflektieren, immer wieder als mit ihrer Ethik unvereinbar zurückwies.<sup>281</sup>

Der jeweilige geopolitische status quo schlug sich in der Schwerpunktsetzung der BBC deutlich nieder. Besonders in Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten wurden Sendungen in jene Regionen der Welt eingestellt, in denen Großbritannien keine aktuellen außenpolitischen Interessen verfolgte. Das britische Außenministerium veranlasste die BBC von Zeit zu Zeit dazu, gezielte Sendungen in eine bestimmte Region aufzunehmen, wie zum Beispiel im Frühling 1946 nach Russland. Nach dem Verständnis der BBC sollte das dorthin gesendete Programm allerdings keineswegs als außenpolitische Maßnahme verstanden werden, sondern als eine „dispassionate presentation of the facts, both of world events and of British and world opinion about the Soviet Government and its policy“.<sup>282</sup>

Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges und als Konsequenz finanzieller Engpässe wurden die Sendungen nach Westeuropa drastisch reduziert. Der „BBC World Service“ bemühte sich jedoch weiterhin darum, eine internationale Reputation als unparteiischer Berichterstatter zu etablieren.<sup>283</sup> Das Vertrauen der Hörer zu gewinnen wurde zu einer der höchsten Prioritäten der Sendungen ins Ausland. So brüstete sich der „BBC World Service“ noch 2011 damit, dass ein Reporter der britischen Zeitung *The Guardian* dem Sender 1975 in Hinblick auf seine Sendungen während des Vietnamkrieges eine „godlike authority on both sides of the conflict“ zuschrieb. Diese rhetorisch aufgeladene Selbstdarstellung des „BBC World Service“ illustriert ein weiteres Mal die Masternarrative der BBC, die versuchte, sich als ideologisch neutraler Akteur in internationalen Konfliktsituationen zu etablieren. In starkem Kontrast zu dieser Narrative wurde der „BBC World Service“ jedoch immer wieder systematisch zur

---

<sup>281</sup> Rawnsley 1996, S. 12.

<sup>282</sup> [http://www.bbc.co.uk/worldservice/history/story/2007/02/070122\\_html\\_40s.shtml](http://www.bbc.co.uk/worldservice/history/story/2007/02/070122_html_40s.shtml) (letzter Zugriff am 17.12.2010).

<sup>283</sup> Einer der Fälle in dem dies gelang, war der Krieg zwischen Westpakistan und bengalischen Nationalisten 1971, aus dem Bangladesch als unabhängiger Staat hervorgehen sollte. Während der neun Monate des sogenannten „Befreiungskrieges“ wurden Nachrichten und Analysen britischer Journalisten übersetzt und auf Bangla gesendet. Obwohl die pakistanische Armee das Einschalten der BBC unter Strafe stellte, erreichte deren Berichterstattung über den Kriegsverlauf ein großes Publikum. Die BBC rühmt sich damit, dass ihre Sendungen in Bangladesch so beliebt waren, dass sogar ein Markt in Pabna im Norden des Landes nach der BBC benannt wurde.

Erreichung außenpolitischer Ziele instrumentalisiert. Das dieser politischen Praktik zugrundeliegende Verständnis von Radiopropaganda fasste der damalige BBC Direktor Oliver Whitley 1970 in folgender Aussage zusammen:

„The main value of the External Services is not that they may help to sell tractors or nuclear reactors, nor even that they so influence people in other countries, nobles or mobs, as to be more amenable to British diplomacy or foreign policy. Their main value is that because they effectively represent and communicate this British propensity for truthfulness or the adherence to their individual right to the perception of reality, they help to increase the instability of political systems based on the total inversion of morality and reality for ideological purposes.“<sup>284</sup>

Whitley Aussage widerspricht zwar der offiziellen Rhetorik der BBC, deckt sich jedoch mit der politischen Praxis der Sendungen der BBC ins Ausland. Ein Beispiel hierfür bietet der Konflikt um die ehemalige britische Kolonie Südrhodesien, das heutige Simbabwe. Als die rhodische Regierung unter Ian Smith 1965 unilateral ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erklärte, begann die BBC umgehend damit, Sondersendungen nach Rhodesien auszustrahlen – mit dem expliziten Ziel, den Rhodesiern zu beweisen, wie sehr sie dieser Schritt in der globalen öffentlichen Meinung isoliere.

Wie stark der „World Service“ von außenpolitischen Erwägungen dominiert wurde, illustriert ferner der „Duncan Report on Overseas Representation“, dessen Autoren 1977 vorschlugen, die Sendungen der BBC auf jene Regionen der Welt zu konzentrieren, in denen „Informationsfreiheit“ nicht gegeben war. Dies bedeutete im Endeffekt, dass alle Sendungen nach Nordamerika, Australien, Neuseeland und Europa (abgesehen von jenen europäischen Ländern, die zum kommunistischen Block gehörten) sowie nach Japan, Burma und Somalia eingestellt werden sollten. Der Duncan Report unterteilte die Welt in Regionen mit besonders hoher Priorität für die Verbreitung dessen, was die BBC als „Freiheit“ und „Wahrheit“ verstand. Er kann infolgedessen als eine ideologische Landkarte all jener Regionen verstanden werden, deren politische Destabilisierung dem Interesse der britischen Regierung dienen würde. Der Duncan

---

<sup>284</sup> Oliver Whitley, Managing Director der BBC External Services, 1970, [http://www.bbc.co.uk/worldservice/history/story/2007/02/070122\\_html\\_70s.shtml](http://www.bbc.co.uk/worldservice/history/story/2007/02/070122_html_70s.shtml); auch zitiert in: Grahame Danby/Gavin Thompson: BBC World Service, verfasst von der „Home Affairs Section of the British Parliament“, Standard Note SN/HA/5969, 17. Mai 2011, [www.parliament.uk/briefing-papers/SN05969.pdf](http://www.parliament.uk/briefing-papers/SN05969.pdf) (letzter Zugriff am 15.04.2012).

Report löste zudem eine kontroverse Debatte über Großbritanniens post-koloniale Rolle in der Welt aus.<sup>285</sup> Das britische „Overseas Development Institute“ kritisierte in Reaktion auf den Bericht, Großbritannien müsse gerade nach dem Verlust seines Status als Kolonialmacht seine Präsenz im Ausland verstärken. Das Institut mahnte, der Duncan Report

„underestimates both the importance of that influence and the future importance of two-thirds of the world's consumers in what is unhappily termed the ‘Outer Area’. Just because the influence of metropolitan Britain is less than it was fifty years ago, the need for representation overseas is surely greater, not less.“<sup>286</sup>

Wie veränderte sich die Handhabung von Radiopropaganda in der hier angesprochenen Periode seit dem Zweiten Weltkrieg? Eine Antwort lässt sich in der Selbstdarstellung des „BBC World Service“ finden. Mit Beginn des Kalten Krieges betonte dieser stetig die Rolle seiner Sendungen in anti-kommunistischen Revolten und sozialen Bewegungen. Wie Rawnsley feststellt, bot der Ungarische Volksaufstand von 1956 der britischen Regierung die willkommene Chance, ihre Propaganda-Instrumente im neuen Kontext des Kalten Krieges zu erproben<sup>287</sup> und bewies die Bedeutung von Radio-Propaganda auf der internationalen Ebene.<sup>288</sup> So führt der „World Service“ noch heute in seinem Internetauftritt aus:

„The BBC’s role in broadcasting to Hungary was acknowledged by Budapest Radio on the day before Soviet tanks moved in. It offered its thanks for the BBC’s ‘objective information about the people’s struggle’. As refugees fled Hungary, a survey suggested that 90 per cent of them considered the BBC to be the most reliable outside broadcaster in Hungary – even though Voice of America and Radio Free Europe had more listeners there.“<sup>289</sup>

Diese Aussage weist zudem auf das unterschwellige Konkurrenzverhältnis zwischen dem „BBC World Service“ und seinem US-amerikanischen Mitstreiter VOA im Wettbewerb um die öffentliche Meinung im Ausland hin. Dieses ließ sich unter anderem daran

---

<sup>285</sup> Andrew Shonfield: The Duncan Report and Its Critics , in: *International Affairs* (Royal Institute of International Affairs 1944-), Vol. 46, No. 2, April 1970, S. 247-268.

<sup>286</sup> Pressemitteilung vom 5. August 1969: „Comment by Overseas Development Institute on the Duncan Report“ (Report of the Review Committee on Overseas Representation 1968-1969, Cmnd 4107).

<sup>287</sup> Rawnsley 1996, S. 106.

<sup>288</sup> Ebd., S. 107.

<sup>289</sup> [http://www.bbc.co.uk/worldservice/history/story/2007/02/070122\\_html\\_50s.shtml](http://www.bbc.co.uk/worldservice/history/story/2007/02/070122_html_50s.shtml) (letzter Zugriff am 15.04.2012).

erkennen, dass der „World Service“ darauf besteht, eine Vorbildfunktion für die Programmstruktur seiner amerikanischen Konkurrenz gehabt zu haben. Die BBC gab an, die VOA habe ein Team in die Zentrale in London geschickt um die Methoden der BBC zu studieren und anschließend begonnen, wie der „BBC World Service“ einen sogenannten *credibility item* (einen selbstkritischen Kommentar über die eigene Regierung) in ihre Nachrichtensendungen nach Übersee einzubauen. Dieser *credibility item* diene bei beiden Sendern dazu, eine kritisch-investigative Haltung auch gegenüber der eigenen Regierung zur Schau zu stellen.

Ein weiteres Beispiel für den gezielten Einsatz von Radiopropaganda lässt sich im Jahr 1982 während des Falklandkriegs zwischen Großbritannien und Argentinien finden. Vor dem Hintergrund der bewaffneten Auseinandersetzung um die Falkland-Inseln (Malwinen) übernahm das britische Verteidigungsministerium eine der Kurzwellenfrequenzen und strahlte auf 9,71 MHz „Radio Atlantico del Sur“ aus. Dessen Sendungen richteten sich an die argentinische Garnison und dienten der Unterwanderung deren Moral.

Diese Aktivitäten der BBC im Ausland, gleichgültig ob ihre Auswirkungen auf Fakten basieren oder vom „World Service“ aus propagandistischen Gründen überzeichnet wurden, führten häufig zu massiver Kritik seitens der betroffenen politischen Machthaber. Die Regierungen der Länder, in die die BBC sendete, feindeten den Sender immer wieder stark an – eine Tatsache, die der „World Service“ offen einräumte und rhetorisch instrumentalisierte, um die ideologischen Effekte seiner Sendungen zu unterstreichen. Der Schah des Iran Mohammad Reza Shah Pahlavi widersetzte sich der BBC beispielsweise in einem „langwierigen Kampf“, um den Ausdruck des „World Service“ zu benutzen. Der Schah beschuldigte den Auslandsdienst der BBC seinen Vater Schah Reza Pahlavi diskreditiert und somit zu dessen Sturz im Jahre 1941 beigetragen zu haben. Als er 1987 den religiösen Führer Ayatollah Khomeini des Landes verwies, stieß dieser in seinem Exil in Paris auf großes westliches Medieninteresse. Die iranische Regierung bezichtigte daraufhin die BBC, ein Sprachrohr Khomeinis zu sein und Unruhe im Iran zu stiften. Diese Art von Anschuldigungen muss auf Seiten der Verantwortlichen der BBC den Eindruck erweckt haben, dass die Aktivitäten des Senders in der Tat einen nachhaltigen und greifbaren Effekt hatten und daher außenpolitisch instrumentalisiert werden konnten.<sup>290</sup>

---

<sup>290</sup> Noch Jahrzehnte nach den Ereignissen in Iran betonten westliche Medien weiterhin die Rolle der Sendungen der BBC bei der Destabilisierung unliebsamer politischer Akteure – diesmal standen jedoch die Fernsehberichte der BBC im Vordergrund. So schrieb *Der Spiegel* am 18.6.2009: „Programm gegen die

Schlussfolgernd lässt sich somit festhalten: Als ein Produkt propagandistischer Bestrebungen des Zweiten Weltkrieges arbeitete der „BBC World Service“ in der Nachkriegszeit daran, sich einen Ruf als „objektiver Träger von Wahrheit“ zu etablieren. Beispiele für die Versuche des Senders durch *Soft Power* Einfluss auf Geschehnisse im Ausland auszuüben, lassen sich in der Berichterstattung nach Ungarn und Vietnam finden. Ereignisse wie der ungarische Volksaufstand von 1956 oder der Vietnamkrieg in den frühen 1970ern wurden überdies gezielt genutzt, um die vermeintlich neutrale Haltung des Senders zu unterstreichen. Nichtsdestotrotz dominierten außenpolitische Erwägungen die Sendungen des „World Service“, was sich besonders in Konfliktsituation zeigte. Nach der unilateralen Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens oder während des Konflikts um die Falkland-Inseln wurden die Sendungen des „World Service“ gezielt eingesetzt, um die öffentliche Meinung der Bevölkerung im Ausland zugunsten britischer Interessen zu manipulieren. Der „BBC World Service“ stellte sich dennoch als eine von der britischen Außenpolitik unabhängige Instanz dar, die sich allein an den Objektivität von „Wahrheit“ und „Freiheit“ orientierte. Nach dem Fall der Sowjetunion brüstete sich die BBC damit, eine führende Rolle in den Ereignissen und sozialen Bewegungen, die zum Ende der UdSSR führten, gespielt zu haben.

In den späten 1980ern baute der „BBC World Service“ seine Reichweite deutlich aus. Um eine größere Zahl an Hörern zu erreichen, errichtete die BBC 1987 eine Sendestation in Hongkong, wodurch das Signal verbessert wurde und immer mehr Regionen im chinesischen Inland erreicht werden konnten. Dies führte zu einem starken Anstieg der Zuhörer. 1989 sendete die BBC ihren „Chinese Service“ auf 9.725 MHz (32 Meter Band), 11.955 MHz (25 Meter Band) und 21.550 MHz (13 Meter Band) nach Südchina und Südostasien sowie auf 7.180 MHz (41 Meter Band) und 15.280 MHz (19 Meter Band) nach Nord- und Zentralchina. Das Programm auf Mandarin (*putonghua* 普通话) beinhaltete internationale Nachrichten, Englischlektionen und tägliche Sondersendungen. Ein weiteres 15-minütiges Programm mit dem Titel „Welt-Funk“ (*Shijie dianxun* 世界电讯) widmete sich aktuellen Ereignissen. Das Morgenprogramm begann um 06:15 Uhr Beijing Sommerzeit mit den Nachrichten, auf die das Programm über aktuelle Ereignisse und eine kurze Englischlektion folgten. Die erste Abendübertragung auf Chinesisch begann um 19:00 Uhr mit den Nachrichten.

---

Jubel-Perser: Störsender gegen das Regime: Im Politdrama von Teheran wird Persian TV zu einem wichtigen Player. Das erst fünf Monate alte Programm sendet aus den Londoner BBC-Studios die heißeste Ware nach Iran, die es dort gerade gibt - vertrauenswürdige Nachrichten.“ Siehe Carsten Volkery, Programm gegen die Jubel-Perser, in: *Der Spiegel*, 18.06.2009, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,631136,00.html>, (letzter Zugriff am 17.02.2012).

Anschließend sendete der „Chinese Service“ eine Sondersendung (häufig zu kulturellen Themen, wie Kunst oder Popmusik) und die Weltnachrichten. Die letzte Übertragung auf Chinesisch erfolgte in der gleichen Struktur um 21:00 Uhr. In der Zwischenzeit sendete die BBC mehrere Stunden Nachrichten und andere Programme auf Englisch ebenso bis zu sechs Englischlektionen pro Tag.

Im Jahre 2012 wird der „BBC World Service“ weiterhin vom Commonwealth Office der britischen Regierung finanziert. Trotzdem gibt der „World Service“ an, politisch unabhängig zu sein. Die Zahl der Zuhörer weltweit ist seit den 1980ern weiterhin stark angestiegen – 2007 erreichte die BBC in 43 verschiedenen Sprachen ein globales Publikum von etwa 150 Millionen Menschen.<sup>291</sup>

### Die „Voice of America“ (VOA)

Im Gegensatz zum „BBC World Service“ nahm die VOA ihre Arbeit erst 1942 auf, 56 Tage nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor. Der Radiosender, der als das offizielle Sprachrohr der US-amerikanischen Regierung etabliert wurde, strahlte seine erste Sendung am 1. Februar 1942 aus. Diese richtete sich, wie auch die Sendungen der BBC im Zweiten Weltkrieg, vorrangig an ein europäisches Publikum.<sup>292</sup> Im Gegensatz zum „BBC World Service“, der aus der Tradition der Sendungen des „Empire Service“ in entfernte Regionen des britischen Kolonialreichs hervorgegangen war, wurde die VOA bereits von Anfang an als Propagandainstrument genutzt.<sup>293</sup> Mit dem Angriff auf Pearl Harbor und der Kriegserklärung Deutschlands erkannten die Vereinigten Staaten die Notwendigkeit, sich als Quelle unparteiischer Informationen darzustellen, um die Bevölkerung auf Seiten ihrer Kriegsgegner besser beeinflussen zu können. Daher begann bereits die erste Sendung der VOA mit den Worten: „Daily at this time we shall speak to you about America and the war. The news may be good or bad. We shall tell you the truth.“<sup>294</sup> Dies illustriert, dass der Topos „Wahrheit“ auch in den Radiosendungen der VOA bereits von Anfang an eine grundlegende Rolle spielte und darüber hinaus als wichtigstes Motiv für die Einrichtung des Senders präsentiert wurde. So zitiert die VOA ihren ersten Direktor, John Houseman, mit den Worten:

---

<sup>291</sup> Downey 2007, S. 323.

<sup>292</sup> Die offizielle Darstellung der Geschichte der VOA ist auf <http://www.insidevoa.com/about/history/a-13-34-Beginning-of-an-American-Voice-111602684.html> zugänglich (letzter Zugriff am 26.05.2011).

<sup>293</sup> Rawnsley 1996, S. 13.

<sup>294</sup> Zitiert in K.L. Adelman: Speaking of America. Public Diplomacy in Our Time, in: *Foreign Affairs* 59, 1981, S. 920.



„We went on the air... with no name, out of a cramped studio, on borrowed transmitters, with absolutely no direction from anyone as to what we should broadcast other than the truth.“<sup>295</sup>

Dies zeigt, dass die Rhetorik von Freiheit schon lange bevor Joseph Nye den Terminus *Soft Power* prägte, als wichtige Methode zur Einflussnahme auf Adressaten im Ausland erkannt und eingesetzt wurde. Sowohl die BBC als auch die VOA bemühten sich darum, eine Reputation als Verbreiter von Wahrheit zu etablieren, um andere Akteure zur friedlichen Kooperation zu bewegen.<sup>296</sup> Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellten Stimmen innerhalb der US-Regierung die Notwendigkeit der Unterhaltung eines Außenpropaganda-Instrument wie der VOA in Frage.<sup>297</sup> Die Entwicklung des Kalten Krieges führte jedoch dazu, dass diese Kritiker verstummten und sich der vermeintlichen Notwendigkeit beugten, das „Containment“ der UdSSR auch durch Radiowellen zu betreiben.

Auf institutioneller Ebene war die „Voice of America“ (VOA) bis 1999 ein Teil der „United States Information Agency“ (USIA), die nach dem Ende des Kalten Krieges aufgelöst wurde. Die USIA beschrieb sich selbst als eine „unabhängige Behörde der Außenpolitik“, die die amerikanische Politik „durch ein breit gefächertes Übersee-Informationsprogramm erklärt und unterstützt.“<sup>298</sup> Nach eigenen Angaben unterhielt sie 190 Zweigstellen in 142 Ländern, um durch „erzieherische und kulturelle Aktivitäten das gegenseitige Verständnis zwischen den USA und anderen Nationen zu fördern.“ Im Februar 1999 arbeiteten 6.352 Angestellte für die USIA, von denen 904 dem diplomatischen Dienst angehörten und 2.521 vor Ort im Ausland angeworben worden waren. In den USA hatte die USIA 2.927 Angestellte im öffentlichen Dienst, von denen 1.822 im Bereich des internationalen Rundfunks und 1.105 an Bildungs- und Informationsprogrammen arbeiteten. Darüber hinaus oblag der USIA die Kontrolle über die Bildungs- und Kulturaustauschprogramme der USA, von denen das Fulbright Programm, das sich auf über 125 Länder erstreckt, wohl das bekannteste ist. Die USIA lud jedes Jahr über 2.400 ausländische politische Führer und Experten in die Vereinigten Staaten ein. Neben den Sendungen der VOA war die Behörde auch für die Sendungen von *Radio Martí* und *TV Martí* und *Worldnet Television* zuständig, ebenso für *Radio Free*

---

<sup>295</sup> Die VOA zitierte John Hausman häufig mit dieser Aussage, unter anderem auf ihrer Website. Siehe den Artikel „The Beginning: An American Voice Greet the World“, <http://www.insidevoa.com/content/a-13-34-beginning-of-an-american-voice-111602684/177526.html> (letzter Zugriff am 13.05.2012).

<sup>296</sup> Robert H. Gass/John S. Seiter: *Credibility and Public Diplomacy*, in: Snow 2008, S. 158.

<sup>297</sup> Rawnsley 1996, S. 14.

<sup>298</sup> <http://dosfan.lib.uic.edu/usia/usiahome/factshe.html> (letzter Zugriff am 18.10.2011).

*Europe* und *Radio Free Asia*. Die VOA allein strahlte jede Woche 660 Stunden an Programm in 53 Sprachen aus. *Worldnet* richtete sich durch die US-Botschaften und ausländische Kabelanbieter an Millionen von Zuschauern weltweit.

Als ein Organ der USIA hatte die VOA eine dreifache Mission: Sie sollte nicht nur für mehr Zustimmung zur Außenpolitik der USA sorgen, sondern auch kulturelle Informationen und faktennahe Nachrichten vermitteln.<sup>299</sup> Ihre Berichterstattung wurde von drei Instanzen geleitet: dem State Department und seinen untergeordneten Behörden, dem politischen Büro der USIA sowie den internen Richtlinien der VOA. Darüber hinaus unterlagen die Lokalbüros der Kontrolle der jeweiligen ausländischen Behörden und der öffentlichen Meinung der Lokalbevölkerung. Somit stand die VOA vor der Herausforderung, es simultan den lokalen Regierungen, den US-Behörden und dem ausländischen Zielpublikum recht zu machen. Der Politikwissenschaftler Robert Holt weist die von der USIA und VOA verbreitete Vorstellung zurück, die Tätigkeit beider Organe habe primär dazu gedient, das Image der USA im Ausland zu verbessern oder die politischen Handlungen der Supermacht zu erklären. Holt schlussfolgert vielmehr, das Hauptziel der USIA habe darin bestanden, die politischen Entscheidungen ausländischer Akteure derart zu beeinflussen, dass die USA ihre außenpolitischen Ziele besser durchsetzen konnten.<sup>300</sup>

Holts Untersuchung deutet darauf hin, dass die USIA (und die ihr untergeordnete VOA) voranging als Werkzeug zur Ausübung von *Soft Power* konzipiert und genutzt wurden. Eine der wichtigsten Methoden hierbei war das sogenannte *cross-reporting*, die detaillierte Berichterstattung über Ereignisse aus einer bestimmten Gegend in andere Regionen, in denen diese als Vorbild oder abschreckendes Beispiel präsentiert wurden.<sup>301</sup> Die Strategie des *cross-reporting* diente zu Zeiten des Kalten Krieges insbesondere der Verbreitung von Informationen über Aufstände und Unruhen innerhalb des Kommunistischen Blocks. Die Nachrichtenberichterstattung der VOA wurde immer wieder durch Interviews mit Oppositionsführern, Künstlern und Intellektuellen im Exil (wie Andrej Sacharow, Václav Havel, Alexander Solzhenitsyn oder Lech Walesa) ergänzt. Angeblich diente dies, wie der ehemalige VOA Direktor Alan Heil noch 2010 bekräftigte, jedoch keineswegs der gezielten Unterstützung sozialer Bewegungen gegen die Herrschaft Moskaus, sondern

---

<sup>299</sup> He/Zhu 1994, S. 5.

<sup>300</sup> Robert Holt: A New Approach to Political Communication, in: J.B. Whitton (Hrsg.), *Propaganda and the Cold War*, Connecticut 1963, S. 44, zitiert nach Rawnsley 1996, S. 8.

<sup>301</sup> Zum *cross-reporting* siehe Alan Heil Jr.: The Voice of America: A brief Cold War History, in: A. Ross Johnson/R. Eugene Parta (Hrsg.): *Cold War Broadcasting. Impact on the Soviet Union and Eastern Europe*, New York 2010, S. 26.

basierte lediglich auf dem „commitment to candid, complete informational broadcasting“ der VOA.<sup>302</sup> Heil betonte, die Funktion des Senders bestünde darin, „Amerika zu reflektieren“ und erklärte seinen Fokus auf Widerstandsbewegungen innerhalb der UdSSR mit den Worten: „Ferment for change within the Soviet Union and former Warsaw Pact countries was a matter of interest not only within Eastern Europe and the Soviet Union but to VOA’s worldwide audience“.<sup>303</sup>

Der Wandel der VOA von einem klassischen Propaganda-Medium hin zu einem *Soft Power*-Medium, das auf subtilere Formen der Einflussnahme setzte, lässt sich besonders anhand ihrer Sendungen nach China nachvollziehen. In den 1950ern waren die meisten Berichte noch offen parteiisch, was die chinesische Regierung wiederholt zu ideologischen Gegenangriffen motivierte. 1951 stellte diese das Einschalten von VOA-Frequenzen sogar unter Strafe: Personen, die VOA hörten, wurden als „Kollaborateure des Imperialismus und Vaterlandsverräter“ (*goujie diguo zhubuyi beipan zunguo zhe* 勾结帝国主义背叛祖国者) verunglimpft und mit lebenslanger Haft oder sogar dem Tod bedroht (*chu sixing huo wuqi tuxing* 处死刑或无期徒刑).<sup>304</sup> Darüber hinaus begann die chinesische Regierung das Signal der VOA zu stören, so dass es nur noch von Haushalten, die über Kurzwellenempfänger mit besonders langen Antennen verfügten, empfangen werden konnte. Wegen der unverhüllten antikommunistischen Propaganda der VOA und der Tatsache, dass die KPCh das Einschalten des Senders unter Strafe stellte, blieben die Sendungen nach China zwischen 1944 und 1966 (gemessen an der Zahl der Leserreaktionen in Form von Briefen oder Anrufen) jedoch noch ohne größeren Erfolg. Dies änderte sich erst 1966, als das Programm zugunsten einer vertrauenserweckenderen Berichterstattung modifiziert wurde.<sup>305</sup>

Zwischen 1966 und 1978 führte das Zusammenspiel mehrerer Faktoren zu einem Anstieg an chinesischen Hörern. Zum einen hatte die VOA, wie bereits erwähnt, begonnen eine subtilere Form von Propaganda auszustrahlen, zum anderen trieb die zunehmende Verbreitung von Transistorradios die Hörerzahlen in die Höhe. In einem Zeitraum von lediglich 16 Jahren (1964-80) stieg die Gesamtzahl der Radioempfänger in

---

<sup>302</sup> Heil 2010, S. 26.

<sup>303</sup> Ebd.

<sup>304</sup> *Zhonghua renmin gongheguo chengzhi fangeming tiaoli* 中华人民共和国惩治反革命条例 [Verordnungen der Volksrepublik China zur Bestrafung von Konterrevolutionären] vom 22.02.1951, Artikel 3, veröffentlicht in: *Renmin Ribao* 人民日报, 22.02.1951.

<sup>305</sup> He/Zhu 1994, S. 2.

China von 11,5 Millionen auf 119,1 Millionen.<sup>306</sup> Während 1980 pro 100 Einwohner lediglich 12,1 Radiogeräte verfügbar waren, erhöhte sich diese Zahl bis 1989 auf 23,9 Geräte pro 100 Personen. Darüber hinaus weckte auch die diplomatische Annäherung zwischen China und den USA das Interesse wachsender Teile der Bevölkerung an der VOA als alternativer Informationsquelle und Möglichkeit zum Spracherwerb. Auf Basis einer internen USIA-Richtlinie, aus der später die offizielle Charta der VOA<sup>307</sup> hervorgehen sollte, verbesserte sich der Inhalt der Sendungen, die Berichterstattung wurde verständlicher und ausgewogener. Besonders während der Kulturrevolution (1966-76) wuchs die Attraktivität der VOA in China, da sie sich als eine der verlässlicheren Informationsquellen herauskristallisierte. Dies wurde von den Verantwortlichen in Washington D.C. als großer Erfolg dargestellt. So brüstete sich der VOA Direktor Richard W. Carlson damit:<sup>308</sup>

„I might say that there was a saying very common in China during the cruelest years of the Cultural Revolution, when everything was shut down and libraries were closed and books were burned. And it was that there is no school open in China except the Voice of America.“<sup>309</sup>

Diese überzeichnete Äußerung mag auch von dem Bestreben motiviert gewesen sein, die Existenz der VOA 1989 vor dem Hintergrund finanzieller Einsparungen als einen Teil der USIA zu rechtfertigen.

Der gesamte Diskurs über die VOA, sowohl in den USA als auch den chinesischen Medien, war und ist stark von propagandistischen Elementen durchzogen. Während der Kulturrevolution hatte die VOA in der Tat den strategischen Vorteil ihre chinesischen Hörer mit Informationen versorgen zu können, die diesen über die normalen Kanäle

---

<sup>306</sup> Zahlen nach Paul Siu-nam Lee: Mass Communication and National Development in China. Media Roles Reconsidered, in: *Journal of Communications* 44 (3), Sommer 1994, S. 26. Lee beruft sich für die Zahlen vor 1980 auf Erhebungen der Vereinten Nationen.

<sup>307</sup> Die VOA Charta ist unter <http://www.insidevoa.com/about/voa-charter-code/> zugänglich (letzter Zugriff am 15.04.2012).

<sup>308</sup> Richard W. Carlson war während der letzten sechs Jahre des Kalten Krieges (1985-91) Direktor der VOA und somit der am längsten amtierende Direktor in der 50jährigen Geschichte des Senders. Darüber hinaus fielen auch die Sendungen von Radio Martí nach Cuba und alle Sendungen der US Regierung ins Ausland, sowie der USIA Film und TV Service in seine Verantwortung. Vier Jahre lang war er zudem Mitglied der US-Delegation zu den jährlichen Informationsgesprächen zwischen der USA und der UdSSR. In dieser Periode leitete er offizielle Missionen in die VR China und die UdSSR. Carlson sagte dutzende Mal vor verschiedenen Kongress Komitees aus, unter anderem vor dem Senate Foreign Relations Committee und dem House Foreign Relations Committee.

<sup>309</sup> U.S. Government Printing Office (Hrsg.): „The Role of the United States Embassy and the Voice of America in the Recent China Uprising“, Anhörungen vor dem „Subcommittee on International Operations of the Committee on Foreign Affairs“, US Repräsentantenhaus, 101. Kongress, 1. Sitzung, 15. Juni 1989, S. 42.

nicht zugänglich waren. So wurde zum Beispiel die Nachricht vom Tod Lin Biaos 林彪 in einem VOA-Bericht bekannt gegeben, noch bevor die staatlichen Medien die Bevölkerung darüber in Kenntnis setzten.<sup>310</sup> Somit scheint Carlsons Argument – trotz seiner überspitzten Darstellung der Rolle der VOA – einen gewissen Wahrheitsgehalt gehabt zu haben.

1987 hob die chinesische Regierung das Störsignal auf und gab die Frequenzen der VOA frei, wodurch viele Chinesen den Eindruck erhielten, dass die Programme der VOA zu hören nun nicht nur legal war, sondern auch indirekt von der chinesischen Regierung ermutigt wurde.<sup>311</sup> Diesem Wandel lag eine politische Direktive der zentralen Propagandaabteilung der KPCh (*zhongyang xuanchuan bu* 中央宣传部) vom 5. Januar 1979 zugrunde, nach der die VOA in den letzten Jahren weniger „anti-China“-Propaganda ausgestrahlt hatte und sich insgesamt weniger in chinesische Belange einmischen würde. Daher solle dem Volk die Möglichkeit geboten werden, seine Fremdsprachenkenntnisse „zum Wohle der sozialistischen Modernisierung zu steigern“, weswegen das Einschalten der VOA zwar geduldet, allerdings nicht explizit ermutigt werden sollte.<sup>312</sup>

Auch der steigende Informationshunger in der Reformperiode mag zum rapiden Anstieg der Hörerzahlen beigetragen haben, die nach 1978 die Millionengrenze überschritt. Im gleichen Jahr stellte Fox Butterfield (der erste China-Korrespondent der *New York Times*) fest, dass heutzutage beinahe jeder in China die VOA höre.<sup>313</sup> Im Frühjahr 1987, kurze Zeit nach den Studentenprotesten im Dezember des Vorjahres, führte die Fakultät für Journalismus der *Beijing Daxue* eine Umfrage unter beinahe 2.000 Studenten an verschiedenen chinesischen Universitäten durch.<sup>314</sup> In der darauf aufbauenden Studie kamen die Forscher zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Studenten, die VOA hörten, während der Proteste stark angestiegen sei. Während vor den Demonstrationen lediglich 4% der Studenten täglich VOA gehört hätten (10% aller Studenten gaben dabei an

---

<sup>310</sup> He/Zhu 1994 S. 4.

<sup>311</sup> Green 1988, S. 95.

<sup>312</sup> Im Originalwortlaut: 群众收听《美国之音》的英语教学节目，主要是出自为实现社会主义现代化掌握外语知识的愿望，因此，应该允许收听，但不提倡。Titel des Dokuments: *Zhongyang xuanchuanbu guanyu shouting „Meiguo zhi yin“ huayu guangbo zhong yingyu jiaoxue jiemu ji shifou keyi xiang „Meiguo zhi yin“ zhu Xianggang banshi jigou hansuo yingyu jiaocai deng wenti de tongzhi*, *Zhongxuan fa wen (979) 1 hao (1979 nian 1 yue 5 ri)* 中央宣传部关于收听《美国之音》华语广播中英语教学节目及是否可以向《美国之音》驻香港办事机构函索英语教材等问题的通知，中宣发文（979）1号（1979年1月5日）[Verlautbarung der Zentralen Propagandaabteilung zum Empfang von chinesischsprachigen Englischlernsendungen der VOA und zur Frage, ob vom Hongkonger Büro der VOA Materialien zum Englisch-Studium angefordert werden dürfen, Veröffentlichung der Propagandaabteilung (979) Nr. 1 (5.1.1979)], in: *Dang de xuanchuan gongzuo wenjian xuanbian (1976-1982)* 党的宣传工作文件选编（1976-1982）[Auswahl an Dokumenten zur Propagandaarbeit der Partei], Beijing 1994, S. 667-668.

<sup>313</sup> Zitiert nach Green 1988, S. 95.

<sup>314</sup> He/Zhu, S. 4.

häufig VOA zu hören und 30% gelegentlich), sei die Zahl der täglichen Hörer auf dem Höhepunkt der Proteste auf 6% (und die derjenigen, die angaben den Sender häufig einzuschalten auf 21%) gestiegen. Die Zahl derer, die aussagten niemals VOA zu hören, sei hingegen von 57% auf 45% gesunken.

1989 hatte die VOA eine Gesamtzahl von 2.787 Angestellten, von denen 1.972 in den USA tätig waren und weitere 815 in Zweigstellen weltweit arbeiteten.<sup>315</sup> Die meisten von diesen hatten eine Ausbildung als professionelle Journalisten.<sup>316</sup> Im China-Büro der VOA arbeiteten insgesamt 41 Redakteure, Produzenten, Ansager und Übersetzer, von denen mehr als die Hälfte aus Taiwan und Hongkong stammte. Die andere Hälfte der Mitarbeiter setzte sich überwiegend aus jungen Leuten aus der VR China zusammen, die in den USA ausgebildet und nach ihrem Abschluss von der VOA rekrutiert worden waren.<sup>317</sup> Im Verlauf der Ereignisse im Frühsommer 1989 wurden zudem immer mehr VOA-Angestellte in China und den USA in die Berichterstattung involviert. Spätestens seit der zweiten Maihälfte 1989 war ein Großteil der Mitarbeiter weltweit in die Berichterstattung über China eingebunden. Wie der VOA Direktor Carlson angab, arbeiteten „etwa 3000 Personen rund um die Uhr.“<sup>318</sup> Carlson führte des Weiteren aus:

„Their efforts have been tireless and they have kept tens of millions of Chinese listeners truthfully informed about events in their own backyards, and almost as importantly, informed about the reactions of the rest of the world to what is going on in China.“<sup>319</sup>

Auch an dieser Stelle wird deutlich, welche Rolle das *cross-reporting* von Ereignissen in bestimmten Regionen in der Berichterstattung der VOA spielte. Die Tatsache, dass derart viele Angestellte der Nachrichtenberichterstattung über die Demonstrationen in China zugeteilt wurden, illustriert zudem die Bedeutung der Ereignisse in China für die amerikanische Außenpropaganda.

1989 strahlte die VOA ihre Sendungen nach China in Mandarin und Kantonesisch ebenso wie Englisch aus. Mit einer Gesamtsendezeit auf Mandarin von 8,5 Stunden konzentrierten sich die Sendungen darauf, die chinesische Bevölkerung in ihrer Muttersprache zu erreichen. Kantonesische Programme, die nach Südchina gesendet

---

<sup>315</sup> Flugblatt „Facts about VOA“ der VOA, Oktober 1989.

<sup>316</sup> He/Zhu 1994, S. 4.

<sup>317</sup> Ebd., S. 5, unter Verweis auf Interviews mit Angestellten der VOA im China-Büro Ende 1989.

<sup>318</sup> Carlson, Congress Hearing 1989, S. 38.

<sup>319</sup> Ebd., S. 39.

wurden, liefen hingegen nur 30 Minuten täglich.<sup>320</sup> Die übrigen Programme zum Spracherwerb wurden täglich acht Stunden lang auf Englisch ausgestrahlt – diese richteten sich jedoch nicht an ein spezifisch chinesisches Publikum, sondern an die gesamte ostasiatische Region.

Eine genaue Einschätzung der Hörerzahlen der VOA in China ist mit Schwierigkeiten verbunden: Nach offiziellen Angaben des Senders belief sich die Hörerschaft zu normalen Zeiten auf etwa 60 Millionen. Die Verantwortlichen der VOA gaben jedoch an, die VOA habe sich zum Höhepunkt der Proteste 1989 von einer täglichen Informationsquelle in eine „intellektuelle Lebensader für ein ganzes Volk“ gewandelt,<sup>321</sup> wodurch die Zahl der Zuhörer auf 100 Millionen oder sogar noch mehr angestiegen sei. Da diese Angaben von der VOA selbst kommen, die gute Gründe hatte ihre eigene Rolle als so groß wie möglich darzustellen, sollten sie jedoch mit Vorsicht betrachtet werden – besonders, da eine genaue Einschätzung der Effizienz des Signals in einigen Teilen Westchinas durch die enorme Weite des Landes schwer möglich war. Darüber hinaus war es dem Sender schlichtweg unmöglich technisches Personal in diese Regionen zu entsenden, um die Kurzwellenfrequenzen zu prüfen.<sup>322</sup> Es ist daher nur gesichert, dass die VOA im Juni 1989 auf zwölf Kurzwellenfrequenzen und einer Mittelwellenfrequenz von den Philippinen nach China sendete, wobei sie ein potentiell Publikum von über 400 Millionen Menschen über dem Alter von 15 Jahren anvisierte.

Die „Voice of America“ war jedoch nicht die einzige transnational agierende Radiostation, die China ins Visier nahm. Besonders im Süden des Landes waren taiwanesischen Sender relativ populär, zudem sendete die BBC 2,5 Stunden pro Tag über Transmitter in Hongkong. Auch die „Deutsche Welle“ strahlte Sendungen auf Chinesisch und Deutsch nach China aus. Unter den asiatischen Sendern waren „Radio Korea“ sechs Stunden und die „Voice of Vietnam“ fünf Stunden täglich auf Chinesisch auf Sendung. „North Korea Radio“ berichtete für 3,5 Stunden am Tag aus, dicht gefolgt von „Radio Japan“ mit drei Stunden. „Radio Moskau“ zeigte mit 24 Stunden täglicher Sendungen eine besonders starke Präsenz. Neben Russen, Asiaten und Europäern sendete auch die „Voice of Australia“ 4,5 Stunden täglich auf Chinesisch.

Angesichts der großen Bevölkerung Chinas und der Konkurrenz durch andere Sender forderten Stimmen innerhalb der US-Regierung 1989, der Einfluss der VOA über Asien

---

<sup>320</sup> Carlson hingegen gab zur Aussage, dass die VOA pro Tag zwei Stunden auf Kantonesisch sendete, siehe Congress Hearing 1989 S. 51.

<sup>321</sup> Congress Hearing 1989, S. 39.

<sup>322</sup> Ebd., S. 51.

müsse deutlich ausgebaut werden. Der hawaiianische Abgeordnete Eni Faleomavaega begründete dies mit dem Argument:

„62 percent of the world’s population is in Asia Pacific. So now we’re coming with a real serious situation. You’ve indicated earlier that perhaps a 100 million listening audience with the VOA out of what, 1,5 billion [sic!] people living in China? And given a percentage basis, do you think that adequate VOA services have been provided thus far and giving the kind of assistance that is really addressing this public policy through communication [...] we really are not prepared to give the kind of services that perhaps VOA could give as compared to what it’s been doing in Europe for the past several years.“<sup>323</sup>

Faleomavaega Aussage verweist auch auf finanzielle Aspekte, die 1989 im amerikanischen Diskurs über die VOA eine tragende Rolle spielten: Vertreter der Führungsetage des Senders und der US-Regierung versuchten mit dem Argument, die VOA sei von zentraler Wichtigkeit für die US-Außenpolitik, mehr finanzielle Mittel für den Sender zu erhalten. Auch Faleomavaegas Forderung nach einer Ausweitung des Sendebereichs lässt sich als Versuch die Existenz der VOA zu rechtfertigen verstehen, da die VOA zu keinem Zeitpunkt beabsichtigte, die gesamte chinesische Bevölkerung zu erreichen. Ihre Sendungen richteten sich 1989 keineswegs an die Gesamtheit von 1.127 Milliarden Chinesen,<sup>324</sup> sondern primär an die kleine Gruppe der gebildeten, jungen und urbanen Elite der Küstenregionen. Vor dem Hintergrund finanzieller Einsparungen unter dem USIA-Direktor Charles Z. Wick versuchte die VOA 1989 verzweifelt die ideologische Wirksamkeit ihrer Mission unter Beweis zu stellen. In dieser Situation kamen die Demonstrationen in China, die in den US-Medien als direkte Konsequenz amerikanischen *Soft Power*-Einflusses dargestellt wurden, gerade richtig. Wie He und Zhu feststellten:

„The Chinese pro-democracy movement provided just the right type of conflict – dramatic, theatrical, echoing American ideals, and, most importantly, occurring in a geopolitically important country where the VOA was serving as a primary source of non-official information.“<sup>325</sup>

---

<sup>323</sup> Congress Hearing 1989, S.53.

<sup>324</sup> Zahl nach <http://www.chinability.com/Population.htm> (letzter Zugriff am 04.05.2012).

<sup>325</sup> He/Zhu 1994, S.6.



Doch nicht nur hinsichtlich der Demonstrationen in China 1989, sondern auch in Bezug auf den Niedergang der UdSSR, schrieb die VOA sich selbst große Bedeutung zu. So verwies ihr ehemaliger Direktor Alan Heil für eine Erklärung, warum der Westen den Kalten Krieg hatte „gewinnen“ konnte, auf den ehemaligen Reuters-Manager Michael Nelson. Dieser hatte 1997 erläutert, wie sich die USA seiner Ansicht nach im Kalten durchsetzen konnten: „Not by the use of arms. Weapons did not breach the Iron Curtain. The Western invasion was by radio, which was mightier than the sword.“<sup>326</sup> Nelson führte weiter aus: „The first impulses for reform were in the Soviet Union itself, in a society that could no longer tolerate the lack of freedom... Whence came the knowledge of freedom? It came from the radios, the BBC, RFF/RL and VOA.“<sup>327</sup> Neben Heil und Nelson, die beide hohe Positionen innerhalb des US-amerikanischen Medienestablishments innehatten, ließ sich dieses Argument auch in der regierungsnahen *Washington Post* finden. Die Journalistin Blaine Harden schrieb bereits am 28. Dezember 1989 über die Situation in Rumänien:

„The people here were supposed to have been in the dark. [...] But shortwave foreign broadcasts, including those of the Voice of America and Radio Free Europe, as well as British, German and French stations, helped to undermine the Orwellian repression.“<sup>328</sup>

Mit dem gleichen Eifer, mit dem die VOA ihre Aktivitäten in China als Ursache für die Entstehung der Proteste darstellte, verurteilte die chinesische Regierung eben diese Sendungen. Insbesondere nach der Niederschlagung der Bewegung am 4. Juni 1989 ging die chinesische Führung zum polemischen Gegenangriff über. So bezichtigte der Bürgermeister von Beijing, Chen Xitong, Anfang Juni 1989 die VOA der Verbreitung von Gerüchten und Unruhestiftung. In seiner Rede über die „Bezwingung der konter-revolutionären Rebellion“ prangerte er an:

„Western news agencies showed unusual zeal, VOA in particular aired news in three programs everyday for a total of more than ten hours beamed to the

---

<sup>326</sup> Michael Nelson: *War of Black Heavens. The Battles of Western Broadcasting in the Cold War*, Syracuse 1997, S. xiii, zitiert in Heil 2010, S. 39.

<sup>327</sup> Ebd.

<sup>328</sup> Blaine Harden: *Shortwave Radio shaped the Revolution*, in: *Washington Post*, 29. Dezember 1989, S. A1, zitiert in Heil 2010, S. 44.

Chinese mainland, spreading rumors, stirring up trouble and adding fuel to the turmoil.“<sup>329</sup>

Chen war jedoch keineswegs der erste hohe Kader, der eine Verbindung zwischen den Sendungen ausländischer Radiosender und der Entstehung von studentischen Demonstrationen zog. Bereits Anfang 1987, nach der massiven Welle an Studentendemonstrationen in Shanghai, wurde die VOA zum vorrangigen Ziel ideologischer Gegenangriffe der KPCh, als die staatlichen chinesischen Medien die VOA für ihre „anfachende“ Berichterstattung über die Unruhen kritisierten.<sup>330</sup>

Einer der schärfsten Artikel gegen die VOA wurde am 12. Juni 1989 in der *Renmin Ribao* veröffentlicht. In diesem wurde die VOA der Verbreitung von Lügen sowie des Verrats an ihren eigenen Grundsätzen der aufrichtigen Berichterstattung beschuldigt:

„Seit Mitte April hat „Voice of America“ [*meiguo zhi yin* 美国之音] gegenüber den Unruhen und konter-revolutionären Krawallen [*fangeming dongluan* 反革命暴乱] in der chinesischen Hauptstadt Peking ungewöhnlich großes Interesse an den Tag gelegt. Täglich werden in drei Sendungen insgesamt über 10 Stunden dafür aufgebracht, unermüdlich darüber zu plappern. Schade nur, dass man bereits mit ein wenig Nachdenken bemerkt, dass die Berichte der VOA substanzlos sind. Abgesehen von den reißerischen, aufrührerischen, aggressiven und verletzenden Äußerungen, kann man wirklich sagen, dass das Erfinden von Lügen und Gerüchten, um das Volk in die Irre zu führen, einen erschreckenden Höhepunkt erreicht hat. Für eine offizielle Medieninstitution, die sich „objektive, gerechte Berichterstattung“ [*keguan gongzheng baodao* 客观公正报道] und die „Einhaltung der Presseethik“ [*keshou xinwen daode* 恪守新闻道德] auf die Fahnen schreibt, ist eine solche Vorstellung äußerst unwürdig. [...] Aber die VOA, die auf Lügengeschichten angewiesen ist, überlebt keinen Tag, ohne weiter Gerüchte zu verbreiten. Wir werden schon hören, welche Lügen sie als nächstes erfinden wird.“<sup>331</sup>

---

<sup>329</sup> Chen Xitong, Bericht vor dem Nationalen Parteikongress über „Die Niederschlagung der Konterrevolutionären Rebellion“ nach der militärischen Niederschlagung der Proteste am 4. Juni 1989 in *Xinhua*, Übersetzung durch den Foreign Broadcast Information Service (FBIS) am 6. Juli 1989, S. 20-36, im Original: 一些西方通讯社表现了异乎寻常的热心，特别是“美国之音”，每天用三种节目，花十多个小时，向中国大陆进行喋喋不休的报道，造谣惑众，煽风点火，为这场动乱推波助澜。

<sup>330</sup> Hongkong *South China Morning Post* auf Englisch, 27.01.1987, S. 12., in: FBIS 04.02.1987.

<sup>331</sup> Artikel *Meiguo zhi yin de bu guangcai xingjing* 《美国之音》的不光彩行径 [Unehrenhaftes Verhalten der VOA], in *Renmin Ribao* 人民日报, 12.06.1989. Im Original-Wortlaut: 4月中旬以来，对中国首都北京发生的动乱和反革命暴乱，《美国之音》表现了异乎寻常的热心。每天用三种节目，花十多个小时，进行喋喋不休的报道。可惜的是，人们只要稍加琢磨，就发现，《美国之音》的报道，实在经不住推敲。且把

### 3.2. Die chinesischen Aktivisten

Das wichtigste Publikum der VOA und der BBC in China waren 1989 die Aktivisten, die in steigender Zahl gegen die Regierung aufbegehrten. Bei diesen handelte es sich überwiegend um Studenten, die sich selbst jedoch häufig als *zhishifenzhi* 知识分子 verstanden, was in etwa mit *Intellektuelle* übersetzt werden kann. Viele Äußerungen und Verhaltensweisen der Aktivisten 1989 lassen sich ohne den soziokulturellen Hintergrund dieser Schicht der chinesischen Bevölkerung nicht ohne weiteres nachvollziehen. Dazu zählt beispielsweise ihre Selbstdarstellung als Fürsprecher des Volkes oder Retter Chinas, ebenso wie ihre wiederholten Forderungen nach einer Rücknahme früherer Kampagnen gegen Intellektuelle.<sup>332</sup>

Da mit den Begriffen „Studenten“ und „Intellektuelle“ im deutschen Sprachraum zwei unterschiedliche soziale Gruppen beschrieben werden, ist es an dieser Stelle zunächst nötig, auf das chinesische Verständnis von Intellektuellen oder *zhishifenzhi* einzugehen. Es handelt sich um ein soziologisches Konstrukt, das sich sowohl in seiner Begrifflichkeit wie auch seiner historischen Genese von der heutzutage in Westeuropa vorherrschenden Definition der/des Intellektuellen unterscheidet. Das europäische Verständnis von Intellektuellen lässt sich auf die französische Dreyfus-Affäre zurückführen und ist somit ein Konzept des späten 19. Jahrhunderts. Am 15. Oktober 1894 wurde Alfred Dreyfus, ein Infanterie-Offizier der französischen Armee, verhaftet und des Hochverrats beschuldigt.<sup>333</sup> Die Anklage lautete auf Spionage für den Feind, Deutschland. Als der Prozess jedoch zeigte, dass diese Anschuldigungen lediglich auf dürftigen Indizien basierten, begannen die französischen Schriftsteller Emile Zola, André Gide, Marcel Proust und Anatole France sich im öffentlichen Raum politisch zu engagieren und für die Freilassung des jüdischen Offiziers einzusetzen. Der Journalist und Politiker Georges Clemenceau bezeichnete sie in einem Artikel aus dem Jahre 1898 als „Intellektuelle“ und prägte somit den Terminus in seiner modernen Verwendung.<sup>334</sup> Basierend auf diesen Ursprüngen definiert der britische Politikwissenschaftler Jeremy Jennings Intellektuelle

---

那些挑拨、煽动、攻击、中伤的言论放在一边，暂且不论，仅就编织谎言、造谣惑众这一条来说，真可以说达到了登峰造极、令人吃惊的地步。对一个一向标榜“客观公正报道”、“恪守新闻道德”的官方传播机构来说，这种表演，是太不光彩了。[...]《美国之音》造的谣是实在太多了，表演也够充分了，为北京发生的反革命暴乱推波助澜也真够卖力气了。现在，北京的秩序正在恢复，人心日趋稳定，《美国之音》也该休息一下了。不过，靠造谣过日子的《美国之音》如果不造谣，那是一天也混不下去的。下一步它还会编造出什么谎言，我们等着听吧。

<sup>332</sup> Zu den Forderungen der chinesischen Aktivisten des Jahres siehe S. 165-182 dieser Arbeit.

<sup>333</sup> David Drake: *French Intellectuals and Politics from the Dreyfus Affair to the Occupation*, Basingstoke 2005, S. 25.

<sup>334</sup> Zur Prägung des Begriffs Intellektuelle durch George Clemenceau siehe Stefan Collini: *Absent Minds. Intellectuals in Britain*, Oxford 2006, S. 20f.

vor allem über ihre Einmischung in die Politik.<sup>335</sup> Dieser Ansatz ist jedoch umstritten: So bemängelt beispielsweise der Soziologe M. Rainer Lepsius die soziale Heterogenität der Intellektuellen, die sich durch ihre ambivalente Stellung der soziologischen Analyse entziehen.<sup>336</sup> Da diese weder über Kriterien wie Herkunft oder Besitz, noch Einkommen und Berufstätigkeit eindeutig bestimmbar seien, versteht Lepsius sie als eine Gruppe, die sich vor allem über ihre Moral und eine Verpflichtung auf kulturelle Werte definiert.

In der westlichen Soziologie dominieren drei Ansätze zum sozialen Verständnis von Intellektuellen.<sup>337</sup> Während Pierre Bourdieu sie als Klasse an sich behandelt,<sup>338</sup> versteht Michel Foucault<sup>339</sup> Intellektuelle als klassengebunden und betrachtet sie primär als Repräsentanten ihrer ursprünglichen sozialen Gruppe. Karl Mannheim wiederum hält fest, Intellektuelle seien relativ klassenlos, sozial geradezu freischwebend und somit in der Lage aus „überperspektivischer Synthese“ das Allgemeinwohl zu formulieren.<sup>340</sup> Da es somit scheint, dass Intellektuelle weder über Herkunft, noch sozialen Status oder Beruf eindeutig zu bestimmen sind, schlussfolgern Kurzman und Owens, es sei unergiebig zu untersuchen, wie Intellektuelle sich selbst definieren. Interessanter sei vielmehr die Frage, wie sie in bestimmten historischen Situationen von anderen definiert würden.<sup>341</sup>

Wendet man diesen Ansatz auf China an, so zeigt sich, dass im China der 1980er eine weitaus größere Gruppe von Personen als Intellektuelle (*zhibishifenzhi* 知识分子) bezeichnet wurde, als der mitteleuropäische Gebrauch des Terminus zulässt. Diese Gruppe umfasste per definitionem nicht nur etablierte Geistes- und Naturwissenschaftler, sondern bereits Absolventen der Oberstufe (*gaozhong* 高中). Prinzipiell, so der Sinologe Perry Link, ließen sich jedoch auch im chinesischen System Differenzierungen nachweisen. So würde der Terminus *zhibishifenzhi* in der Regel für Personen innerhalb des höheren Bildungssystems genutzt, während Hochschullehrer und Experten in Forschungsinstituten, Krankenhäusern, Museen oder Verlagen als *gaoji zhibishifenzhi* 高级知

---

<sup>335</sup> Jeremy Jennings/Tony Kemp-Welch: The Century of Intellectuals. From the Dreyfus Affair to Salman Rushdie, in: Ebd. (Hrsg.), *Intellectuals in Politics. From the Dreyfus Affair to Salman Rushdie*, London 1997, S.7.

<sup>336</sup> M. Rainer Lepsius, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: *Interessen, Ideen und Institutionen*, 1990 S. 272.

<sup>337</sup> Charles Kurzman/Lynn Owens; The Sociology of Intellectuals, in: *Annual Review of Sociology* 28, 2002, S. 63.

<sup>338</sup> Pierre Bourdieu: Practical Reason. On the Theory of Action, Stanford 1988, unter anderem S. 3, S. 7.

<sup>339</sup> Gilles Deleuze/Michel Foucault: Intellectuals and Power, in: D. F. Bouchard (Hrsg.), *Language, Counter-Memory, Practice: Selected Essays and Interviews*, Ithaca 1977, S. 113-138.

<sup>340</sup> Lepsius 1990, S. 272

<sup>341</sup> Kurzman/Owens 2002, S. 80.

识分子 („fortgeschrittene Intellektuelle“) bezeichnet würden.<sup>342</sup> Im Alltagsleben, so Link, werde zwischen diesen beiden Gruppen sprachlich jedoch kaum differenziert. Je nach Definition beläuft sich der Anteil der chinesischen Intellektuellen an der Gesamtbevölkerung somit auf 1% bis 5%, oder, in realen Zahlen, auf den unteren zweistelligen Millionenbereich. Die heterogene Struktur all jener, die als „Intellektuelle“ bezeichnet wurden, manifestierte sich 1989 beispielsweise in dem oft weit auseinanderklaffenden Bildungsniveau der Demonstranten, wie auch der inhaltlichen Heterogenität ihrer politischen Ziele.

Versucht man Chinas Intellektuelle auf institutioneller Ebene zu erfassen, so bietet sich dafür am ehesten Antonio Gramscis Konzept der „organischen Intellektuellen“ an.<sup>343</sup> Gramscis Ansatz betont die Verbindung zwischen der gebildeten Elite und der herrschenden Klasse:

„Thus there are historically formed specialised categories for the exercise of the intellectual function. They are formed in connection with all social groups, but especially in connection with the more important, and they undergo more extensive and complex elaboration in connection with the dominant social group.“<sup>344</sup>

Die Gelehrten des kaiserlichen Chinas standen, ebenso wie ihre Nachfolger in der Volksrepublik, überwiegend im Dienste der herrschenden Klasse. Seit der Gründung der Volksrepublik erwartete die KPCh von der gebildeten Elite die Bedürfnisse der Massen zu artikulieren, die das ungebildete Volk in Worte zu fassen nicht in der Lage sei. Daher scheint es berechtigt, Chinas *zhishifenzhi* als „organisch“ im Sinne Gramscis zu beschreiben. Dieses Argument wird auch von dem Soziologen Hao Zhidong unterstützt, der betont:

„Intellectuals were part of every ruling class in China’s history, from feudal kings and emperors down to Communist and Guomindang regimes. That is what they were taught to do. The calling thus produced the organic intellectuals. We call

---

<sup>342</sup> Link 1993, S. 14.

<sup>343</sup> Antonio Gramsci: Selections from the Prison Notebooks of Antonio Gramsci, übersetzt von Quintin Hoare und Geoffrey Nowell Smith, e-book, London 1999, auf Basis der Edition London 1971, S. 12. <http://www.walkingbutterfly.com/wp-content/uploads/2010/12/gramsci-prison-notebooks-vol1.pdf> (letzter Zugriff am 14.04.2012). Für eine detaillierte Beschreibung des Konzepts der organischen Intellektuellen siehe Kapitel 1.1, besonders S. 134-148.

<sup>344</sup> Gramsci 1999, S. 142.

them ‘organic intellectuals’ because they served an authority, whether the court or the Party, but in many ways they resembled the Jacobins in the sense that they did have some power, though not the ultimate power of the emperor. Their bureaucratic positions entrusted them with the power to administer local and departmental affairs, although it was the emperor or the Party Central Committee who had the final say.<sup>345</sup>

Obwohl die Integration von Intellektuellen in den Staatsdienst keineswegs ein auf China beschränktes Phänomen ist, führte die chinesische Tradition von Gelehrten-Beamten (*shi daifu* 士大夫) zu einer starken Kontrolle der Intellektuellen im Hinblick auf Ideologie, Verwaltung und soziale Koordination.<sup>346</sup>

Im Falle Chinas kam es zu einer starken Verbindung zwischen der gebildeten Elite und nationalistisch verbrämten Vorstellungen vom Wohlergehen Chinas, die sich auch in den Äußerungen der Aktivisten des Jahres 1989 erkennen lässt. Spätestens seit der „Selbststärkungsbewegung“ Ende des 19. Jahrhunderts fühlte sich die chinesische Intelligenz der Rettung des Landes (*jiu guo* 救国) verpflichtet – ein Topos, der auch in ihren politischen Forderungen 1989 eine wichtige Rolle spielen sollte. Der Aufstieg der Kommunistischen Partei anfang des 20. Jahrhunderts stieß unter den diesem Ziel verpflichteten Denkern auf unterschiedliche Reaktionen. Während manchen der Marxismus seit den 1920ern zunehmend attraktiv schien,<sup>347</sup> wahrten andere ihre kritische Distanz und plädierten für eine Neugestaltung des politischen Systems nach dem Vorbild demokratischer Staaten wie Frankreich oder der USA.<sup>348</sup> Viele hielten den Marxismus für unvereinbar mit der konfuzianischen Tradition, die sie als Essenz von Chinas nationaler Identität identifizierten. Ihre skeptische Haltung wurde durch den systemimmanenten anti-Intellektualismus der marxistischen Gesellschaftsordnung verschärft, der die Position der Intellektuellen innerhalb der Gesellschaft in Frage stellte. Diese Befürchtungen sollten sich als berechtigt erweisen: Als die Kommunisten 1949 den Bürgerkrieg (1927-1949) gewannen und Mao Zedong (1893-1976) am 1. Oktober die Volksrepublik China ausrief, änderte sich die Situation der Intellektuellen dramatisch. Hatten sie im kaiserlichen China automatisch zur Oberschicht gehört, so rangierten sie in der neuen sozialistischen Ordnung nun noch unterhalb von Arbeitern und Bauern.

---

<sup>345</sup> Hao Zhidong: *Intellectuals at a Crossroads. The Changing Politics of China's Knowledge Workers*, Albany 2003, S. 15.

<sup>346</sup> Gu/Goldman 2004, S. 7.

<sup>347</sup> Brunhild Staiger (Hrsg.), *Das große China-Lexikon*, Darmstadt 2003, S. 336.

<sup>348</sup> Cheng Chu-yuan: *Behind the Tian'anmen Massacre. Social, Political, and Economic Ferment in China*, Oxford 1990, S.77.

Trotzdem fühlten sich auch die Intellektuellen der sozialistischen Ära, wie ihre Vorgänger des kaiserlichen Chinas, nicht nur dazu verpflichtet dem Staat zu dienen, sondern auch zu protestieren, wenn dieser von seinen Prinzipien abwich.<sup>349</sup> Daher war das Verhältnis zwischen dem chinesischen Staat und seiner intellektuellen Elite gekennzeichnet von Perioden der Repression und Entspannung, die oft in kürzester Zeit aufeinander folgten. Dieses Phänomen war bereits in einem frühen Entwicklungsstadium der KPCh erkennbar – mit Beginn der maoistischen Herrschaft standen Chinas Intellektuelle kontinuierlich unter dem Verdacht bourgeoiser Orientierung und wurden von der politischen Führung mit Misstrauen beäugt. Die Ausnahme stellten die Intellektuellen „innerhalb des Systems“ (*tizhinei zhibishifenzi* 体制内知识分子) dar, die als „Kultur-Kader“ in den sozialistischen Staat integriert wurden. Obwohl die Mehrheit der chinesischen Intellektuellen in Politikforschungsinstituten, akademischen Institutionen und Universitäten angestellt war und sich somit theoretisch auch *innerhalb* des Systems befand, fiel nur eine Minderheit in die Kategorie *tizhinei zhibishifenzi*. Die anderen wurden im chinesischen System der Rubrik Staatskader (*guojia ganbu* 国家干部) zugeordnet.<sup>350</sup>

Mao Zedong war überzeugt, nützliches Wissen sei nicht in Büchern zu finden, sondern müsse in der Praxis erworben werden,<sup>351</sup> eine Haltung, die den Umgang der frühen VR China mit ihrer gebildeten Elite maßgeblich prägen sollte. Deren hauptsächliche Funktion sollte in Anlehnung an das Sowjet-Vorbild darin bestehen, der Kommunistischen Partei bei der Transformation der menschlichen Seele gemäß Parteirichtlinien zu helfen. Daher betrachtete die KPCh Intellektuelle und deren Arbeit vorrangig als Medium zur Realisierung ihrer politischen Ziele.<sup>352</sup> Dies führte dazu, dass der Enthusiasmus vieler Intellektueller für den Marxismus schnell abklang. Wegen ihrer urbanen Herkunft waren sie der Parteiführung zunehmend ein Dorn im Auge – bereits in den frühen 1950ern wurden sie systematischen Umerziehungsversuchen unterzogen. Das kommunistische China erklärte das einfache Volk zum heroischen Vorbild: Arbeiter, Bauern und Soldaten (*gong nong bing* 工农兵) wurden zum Kern der Gesellschaft stilisiert. Die Kampagnen gegen Hu Feng 胡风 oder Hu Shi 胡适 in den frühen 1950ern

---

<sup>349</sup> Ebd., S. 219.

<sup>350</sup> Gu/Goldman 2004, S. 7.

<sup>351</sup> Ebd., S.78.

<sup>352</sup> Merle Goldman: The Party and the Intellectuals, in: John King Fairbank (Hrsg.), *The Cambridge History of China, Bd. 14: The People's Republic Part 1*, Cambridge 1987, S. 212.

verdeutlichten, dass intellektuelle Autonomie nicht mehr geduldet wurde.<sup>353</sup> Das Vorgehen der Partei war dabei allerdings alles andere als einheitlich: Besonders in der maoistischen Ära changierte der Umgang der Partei mit den Intellektuellen zwischen Versuchen diese zu integrieren und systematischer Repression. Dies manifestierte sich beispielsweise in der „Hundert Blumen Bewegung“ (*baibua yundong* 百花运动) zwischen 1956 und 1957. Vor dem Hintergrund der Unruhen in Polen und Ungarn initiierte die Führungsspitze der KPCh 1956 eine Reinigungs-Kampagne, in der die Öffentlichkeit dazu ermutigt wurde, die Partei zu kritisieren, um somit den Widerspruch zwischen ihr und dem Volk aufzulösen.<sup>354</sup> Trotz Einwänden des damaligen Vizevorsitzenden der KPCh Liu Shaoqi 刘少奇, der existierende Widersprüche durch eine gerechtere Verteilung ökonomischer Ressourcen beheben wollte, bestanden Mao Zedong und seine Anhänger darauf, dass besonders nicht-Partei Mitglieder und Intellektuelle ihre Kritik frei äußern sollten. Als diese Kritik nach anfänglicher Zurückhaltung der Intellektuellen Überhand zu nehmen drohte, kehrte Mao (mit der Unterstützung von Deng Xiaoping und anderen Mitgliedern der Führungsspitze) die Bewegung in eine scharfe Kampagne gegen all jene um, die es gewagt hatten sich kritisch zu äußern. Viele revolutionäre Schriftsteller, wie Ding Ling 丁玲, Wang Meng 王蒙 und Liu Binyan 刘宾雁 wurden 1957 plötzlich als Rechtsabweichler geschmäht. In der anschließenden „anti-Rechts-Bewegung“ (*fanyou yundong* 反右运动) wurde insgesamt etwa 552.877 Intellektuelle, Kader, Industrielle und Studenten als „Rechtsabweichler“ gebrandmarkt, viele davon zu Haftstrafen verurteilt, oder zur Zwangsarbeit in Fabriken oder aufs Land geschickt.<sup>355</sup> Diesem Verhalten lag das Problem zugrunde, dass die KPCh in Bezug auf die Intellektuellen häufig zwei widersprüchliche Ziele verfolgte. Auf der einen Seite versuchte sie, die Intelligenz zu ideologischer Konformität zu zwingen, auf der anderen sie zu kreativer Produktivität zu animieren um die Modernisierung des Landes voranzutreiben.<sup>356</sup> Der Umgang mit Kritik korrelierte mit dieser Dynamik: Während die Intellektuellen zu einer Optimierung des sozialistischen Systems durch konstruktive Kritik beitragen sollten, wurde diese brutal unterdrückt, sobald sie überhandnahm. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Rücknahme politischer

---

<sup>353</sup> Zur Kampagne gegen Hu Feng und Chinas gesamte gebildete Elite 1955 vergleiche Andrew Endrey: Hu Feng. Return of the Counter-Revolutionary, in: *Journal of Chinese Affairs* 5, Januar 1981, S. 73-90.

<sup>354</sup> Hao 2003, S. 83.

<sup>355</sup> Ebd., S. 86. Zahlen nach Zhang Dake 张大可: *Fanyou he Wenge quijian de zhongguo zhishifenzij* 反右和文革期间的中国知识分子 [Chinas Intellektuelle während der Anti-Rechts-Bewegung und der Kulturrevolution], in: Jia Chun Zeng 贾春增 (Hrsg.), *zhishifenzij yu zhongguo shehui biange* 知识分子与中国社会变革 [Intellektuelle und Reform in der chinesischen Gesellschaft], Beijing 1996, S. 155.

<sup>356</sup> Meiru Liu: *Intellectual Dissidents in China*, Lewiston 2001, S. 81.



Kampagnen und die Rehabilitierung all jener, die in ihrem Verlauf zu Unrecht verurteilt worden waren, eine Kernforderung der Aktivisten des Jahres 1989 war.

Während der Kulturrevolution (1966-67) erreichte das Vorgehen gegen die intellektuelle Elite ungekannte Dimensionen:<sup>357</sup> Lehrer, Schriftsteller und auch Kader aller Ränge wurden vor allem in der ersten Phase der Ereignisse von den „Roten Garden“ (*hongweibing* 红卫兵), die sich überwiegend aus der urbanen, gebildeten Jugend im Alter von neun bis achtzehn Jahren zusammensetzten, öffentlich gedemütigt.<sup>358</sup> Viele Schriftsteller (wie Lao She 老舍) oder Wissenschaftler (wie Liang Sicheng 梁思成) wurden in dieser Phase zu Tode gefoltert oder in den Suizid getrieben.<sup>359</sup> Das Bildungssystem kollabierte, die meisten Universitäten wurden für mehrere Jahre geschlossen.<sup>360</sup> Die Kulturrevolution hinterließ soziopolitische Verheerung von derartiger Tiefe, dass der Sinologe Paul Clark die Ereignisse auch mehr als 30 Jahre nach ihrem Ende als „the biggest non-wartime, concentrated social upheaval in world history“<sup>361</sup> bezeichnete. Sie erschütterte das Vertrauen der Intellektuellen in die kommunistische Partei und führte zu einer weitverbreiteten Desillusionierung. Das Vorgehen des chinesischen Staates gegen die Intelligenz scheint allerdings auch ein Faktor gewesen zu sein, der zu einem gewissen Zusammenhalt innerhalb einer sonst sehr heterogenen Gruppe führte: In Zeiten politischer Repression oder öffentlicher Kritik an einer bestimmten Person ließ unter den *zhishijfenzi* eine stärkere Loyalität zu einander erkennen, als in den relativ liberalen Perioden. Link führt dies auf ein „kollektives Gefühl der Schikane durch den Staat“ zurück.<sup>362</sup>

In den politisch relativ liberalen 1980ern gewährte die Partei den Intellektuellen im Zuge der ökonomischen Reformen etwas mehr Freiraum. Mit dem Wandel der Gesellschaft kam es in der Ära Deng Xiaoping zu einer Pluralisierung der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten: Seit den frühen 1980ern rekrutierten sich die sozialen Aufsteiger vor allem aus Händlern und Unternehmern. Wie bereits in Kapitel 2 beschrieben, führte dies zu einem rapiden sozialen Wandel, der tiefgreifende Konsequenzen für das Selbstverständnis der chinesischen Intellektuellen haben sollte. Die soziopolitischen Veränderungen in der Reform- und Öffnungsperiode trugen auch dazu bei, dass sich

---

<sup>357</sup> Für die kulturelle Dimension der „Kultur“-Revolution siehe Paul Clark: *The Chinese Cultural Revolution. A History*, Cambridge 2008.

<sup>358</sup> John King Fairbank/Merle Goldman: *China. A new History*, Cambridge 1998, S. 392.

<sup>359</sup> Ebd.

<sup>360</sup> Zu den Verheerung im Bildungssystem durch die Kulturrevolution siehe Harry Harding: *The Chinese State in Crisis*, in: Fairbank 1991, S. 107-200.

<sup>361</sup> Clark 1998, S. 1.

<sup>362</sup> Link 1993, S. 237.

Chinas Intellektuelle in den 1980ern immer mehr differenzierten. Laut Links Interviews verliefen die größten Brüche dabei allerdings nicht zwischen hohem und niedrigem Einkommen oder Fachrichtungen, sondern zwischen verschiedenen Generationen.<sup>363</sup>

Eine weitere Gruppe, auf die an dieser Stelle eingegangen werden muss, sind die chinesischen Arbeiter. Obwohl diese von den überwiegend studentischen Aktivisten systematisch aus der Führung der Bewegung ausgeschlossen wurden, zeugen viele westliche Zeitungsartikel jedoch von einem starken Interesse an dieser Gruppe. Dieses mag zu einem Großteil der polnischen Solidarnosc-Bewegung geschuldet gewesen sein, die bei vielen westlichen Beobachtern den Eindruck erweckte, organisierte Arbeiterunruhen könnten auch in China maßgeblich zur Destabilisierung der sozialistischen Herrschaft beitragen. Im Laufe der Demonstrationen im Frühjahr 1989 begannen die chinesischen Arbeiter sich in der „Beijing Workers’ Autonomous Federation“ (*gongzilian* 工自联) zu organisieren. Diese geriet allerdings erst nach dem 30. Mai 1989 in den Fokus der internationalen Presse, als ihre Mitglieder öffentlich gegen die Inhaftierung dreier Kollegen protestierten. Nach der Analyse der Sinologen Andrew Walder und Gong Xiaoxia sollte die Rolle von *gongzilian* nicht unterschätzt werden, da sie „die Entstehung einer neuen Spezies des politischen Protestes in der Volksrepublik“<sup>364</sup> markierte und somit eine Alternative zum traditionellen Modell intellektuellen Protests bot. Die Anführer und beinahe 3000 Mitglieder<sup>365</sup> der *gongzilian* setzten sich laut Walder und Gong „beinahe einheitlich aus gewöhnlichen jungen Arbeitern mit wenig Bildung

---

<sup>363</sup> Ebd. Dabei handelte es sich jedoch nicht um Geburtsjahrgänge, sondern die formativen Jahre der Sozialisierung im 20. Jahrhundert. Die *älteste Generation* bestand aus jenen, die ihre prägende Phase vor 1949 durchlebten und durch ihre Erfahrungen mit der heroisch verkörperten Frühphase der kommunistischen Bewegung patriotische Ressentiments hegten. Darüber hinaus hatten sich viele auf mühsamem Weg Zugang zu Bildungsinstitutionen erkämpft, weswegen sie ihre jüngeren Kollegen um deren einfacheren Zugang zu Wissen und Bildung beneideten. Die *mittlere Generation* hingegen war maßgeblich von den 1950ern geprägt worden, einer Periode, in der China sich eng am Vorbild der Sowjetunion orientierte. Dies führte dazu, dass viele Intellektuelle dieser Periode nur im marxistisch-Leninistischen Kanon ausgebildet und anschließend je nach aktuellem Bedarf an verschiedene Arbeitsstellen verteilt worden waren. Die *jüngere Generation* umfasste all jene, deren Ausbildung durch die Kulturrevolution zu einem abrupten Ende gekommen war. Ihre Grundhaltung zeichnete sich vor allem durch ein grundlegendes Desinteresse am politischen Geschehen aus. Zudem ließ sich noch eine *jüngste Generation* beschreiben, deren Angehörige in den späten 1980ern etwa zwischen 16 und 24 Jahre alt waren und in der Umbruchsphase der 1980er sozialisiert worden waren. Die meisten von diesen hatten die Kulturrevolution nur als Kleinkinder erlebt. In vielen Fällen bestanden ihre Ideale darin im Ausland zu studieren und möglichst viel Geld zu verdienen – ihre Haltung zu China ließ sich als „post-zynischer Nihilismus“ beschreiben, viele sahen ihr Land als ein sinkendes Schiff an, das man am besten durch ein Studium im Ausland verließ (Link 1993, S. 107). Diese Einstellung manifestierte sich in den späten 1980ern durch die Besessenheit vieler Studenten den TOEFL-Test für Englisch als Fremdsprache zu bestehen, ebenso wie in ihren verzweifelten Versuchen an ausländische Visa und Studienplätze zu gelangen.

<sup>364</sup> Andrew G. Walder/Xiaoxia Gong: Workers in the Tiananmen Protests. The Politics of the Beijing Workers’ Autonomous Federation, in: *The Australian Journal of Chinese Affairs* (29), 1993, S. 1-29.

<sup>365</sup> Zahlen nach Jeanne L. Wilson: The Polish Lesson. China and Poland 1980-1990, in: *Studies in Comparative Communism* (23), 1990, S. 273.

und so gut wie keiner Erfahrung mit sozialen Bewegungen“ zusammen.<sup>366</sup> Sie verliehen ihrer Solidarität mit den Studenten in offenen Briefen Ausdruck, in denen sie ihr Mitgefühl bekundeten: „For various reasons, we, the working class, still cannot go out onto the streets to shout slogans and carry out an overall strike like you students. However, our hearts are linked, our views are the same.“<sup>367</sup>

Die Forderungen der Arbeiter unterschieden sich in einigen wichtigen Aspekten von denen der Studenten – sie konzentrierten sich beispielsweise stärker auf das Recht, die eigenen Interessen vertreten zu dürfen, als auf konkrete politische Veränderungen. Verlangten die Arbeiter dennoch konkrete Veränderungen, so bezogen sich diese überwiegend auf Preisstabilisierung, das Recht auf freie Berufswahl oder die Offenlegung des Einkommens hoher Kader. Da sich dies keineswegs mit den politischen Prioritäten der Studenten deckte, fühlten sich die Arbeiter von den Aktivisten zunehmend vernachlässigt und begannen, diese als zu selbstfixiert zu kritisieren. In einem offenen Brief vom April 1989 mahnte daher einer der Arbeiter die Aktivisten:

„First of all, do not [over]emphasize the treatment of intellectuals and the higher education budget; do not be impractical in your cry for democracy, for this would affect the relationship between the students and the workers and peasants.“<sup>368</sup>

*Gongzilian* war jedoch nicht die einzige Organisation, die jenseits der Sphäre der gebildeten Elite entstand. Das gemeine Volk Beijings (*laobaixing* 老百姓) stellte eine Streikwache der Arbeiter auf (*gongren jiucha dui* 工人纠察队), ebenso wie vier „Todesmut-Brigaden“ (*gansi dui* 敢死队), um die demonstrierenden Studenten zu beschützen und der Volksbefreiungsarmee (PLA) durch Straßenblockaden das Vordringen auf den Tian'anmen-Platz zu erschweren.

Obwohl die Aktivisten erfolgreich die Beteiligung anderer sozialer Schichten an der Führung der Bewegung verhinderten, waren es dennoch die Arbeiter und *laobaixing*, die den höchsten Preis für ihr Aufbegehren gegen den chinesischen Staat zahlen sollten. Möglicherweise auch vor dem Hintergrund der Furcht einer Vereinigung von Arbeitern

---

<sup>366</sup> Walder 1993.

<sup>367</sup> „A Beijing Workers' Open Letter to the Students“, Aril 23, 1989, unterschrieben mit „A worker in Beijing“, in: Ogden 1992, S. 107-108, übersetzt aus 十月评论四月学运特版 *Shiyue pinglun sijue teban*, [Sonderausgabe der Oktober Review über die Studentenbewegung vom April], Hongkong, 4. Mai 1989, S. 10.

<sup>368</sup> „Letter to the Students“, 28.04.1989, unterschrieben mit „ein Arbeiter“, in Ogden 1992, S. 137-138.

und Intellektuellen im Solidarnosc-Stil ging die chinesische Regierung mit voller Gewalt gegen die Arbeiter vor: Die Zelte der *gongzilian* auf dem Tian'anmen-Platz waren die ersten, die in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989 von den Panzern der PLA zerstört wurden, die Führer der *gongzilian* gehörten zu den ersten Personen, die in den Wochen nach der Niederschlagung der Proteste verhaftet, verhört und hingerichtet wurden. Vor diesem Hintergrund kommt der Menschenrechtsexperte Robin Munro zu dem Ergebnis, dass im Juni 1989 in der Tat ein Massaker stattfand, „but not in Tiananmen Square, and not predominantly of students. The great majority of those who died [...] were workers, or laobaixing [...] and they died mainly on the approach roads in western Beijing.“<sup>369</sup>

Obwohl all diese Gruppen in der Entwicklung der Ereignisse eine gewichtige Rolle spielten, wurden sie im westlichen Mediendiskurs über die Bewegung zugunsten der Elite der studentischen Aktivisten vernachlässigt, die durch ihr Bildungsniveau, Englischkenntnisse und strategisches Vorgehen einen besseren Zugang zu westlichen Journalisten und Wissenschaftlern hatte und somit den Diskurs monopolisierte. Chinas Arbeiter kamen in den untersuchten Zeitungsberichten kaum zu Wort, Aufmerksamkeit wurde ihnen lediglich als Rohmaterial für einen möglichen organisierten Aufstand im Stil Solidarnosc zu teil.

## Zusammenfassung

Aufbauend auf Kapitel 2, das die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen auf soziale Bewegungen, ebenso wie *Soft Power* als eine Propagandaform im Zeitalter der Globalisierung diskutierte, ging dieses Kapitel auf zwei der wichtigsten Subjekte im Diskurs über die Rolle ausländischer Einflüsse auf die Bewegung in China 1989 ein.

Dabei handelte es sich zum einen um die überwiegend studentischen Aktivisten, die sich im chinesischen Kontext als *zhishifenzhi* (Intellektuelle) verstanden, zum anderen um die Radiosender „Voice of America“ (VOA) und den „Chinese Service“ der britischen BBC. Da die Aktivitäten und Aussagen dieser Subjekte im Jahr 1989 ohne den breiteren Referenzrahmen ihrer Geschichte, politischen Ziele und ideologischen Prämissen nicht ohne weiteres nachvollziehbar sind, konzentrierte sich dieses Kapitel auf die zum Verständnis des Diskurses nötigen Machtstrukturen und kulturgeschichtlichen Wurzeln. Sowohl die „Voice of America“, als auch die BBC, wurden bereits im zweiten Weltkrieg zur Verbreitung von Radiopropaganda instrumentalisiert. Während die BBC mit ihrem

---

<sup>369</sup> Robin Munro: Remembering Tiananmen Square: Who died in Beijing, and why, in: *The Nation Magazine*, 1990, abgedruckt in Ogden 1992, S. 393-394.

„Empire Service“ aus Kolonialzeiten auch auf Berichterstattung in Friedenszeiten zurückblicken konnte, wurde die VOA erst mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg etabliert, was nach Kriegsende zu Kontroversen über die Notwendigkeit von Radiopropaganda führte. Nach 1945 und besonders mit der Verschärfung des Kalten Krieges veränderte sich die Schwerpunktsetzung der beiden Sender. Sendungen, die sich vor allem an ein europäisches Publikum gerichtet hatten, wurden nun sukzessive eingestellt, während gleichzeitig die Radiopräsenz in der UdSSR und Osteuropa massiv ausgebaut wurde. Neben quantitativen Veränderungen kam es auch zu qualitativen Reformen: So sah die VOA in ihren Sendungen nach China zunehmend von offener anti-kommunistischer Propaganda ab und konzentrierte sich nach *Soft Power*-Grundsätzen auf subtilere Formen der Einflussnahme. Diese Einflussversuche kollidierten jedoch häufig mit journalistischen Idealen. Besonders die Auslandsdienste der BBC standen in einem Spannungsverhältnis zur britischen Regierung, die den Sender immer wieder dazu veranlasste, Sendungen aus außenpolitischen Erwägungen in bestimmte Regionen aufzunehmen. Angeblich sollten diese jedoch nicht als Sprachrohr der britischen Regierung dienen, sondern – wie es der Direktor der Auslandsdienste der BBC Oliver Whitley ausdrückte – der gezielten Destabilisierung von ausländischen Regierungen, die die „Wahrheit verzerrten“.

Die Arbeitsweise beider Sender legt nahe, dass das sogenannte *cross-reporting* eine der wichtigsten Methoden war, um dieses Ziel zu erreichen: Durch die gezielte Weiterverbreitung von Informationen über soziale Bewegungen und Unruhen versuchten sie Einfluss auf das Zielpublikum in bestimmten Regionen zu nehmen. Um *Soft Power* auf Akteure im Ausland ausüben zu können, bemühten sich beide Radiosender darum, eine Reputation als unparteiische Verbreiter der Wahrheit zu etablieren. Seit 1989 betonten sie nicht nur die Wirkung der von ihnen verbreiteten Radio-Propaganda auf soziale Bewegungen in Osteuropa, sondern stellten ihre Aktivitäten als eine der wichtigsten Ursachen des Niedergangs der UdSSR dar. So sprach der ehemalige Reuters-Manager Michael Nelson beispielsweise noch 2010 von einer „westlichen Invasion durch das Radio“, die Ende der 1980er das „Wissen über die Freiheit“ verbreitet habe.

Diese Form der Ausübung von *Soft Power* stieß in den Zielregionen der Sendungen der VOA und BBC immer wieder auf scharfe Kritik. Auch in China ging die chinesische Regierung bereits im Zusammenhang mit den Demonstrationen vom Dezember 1986 zur rhetorischen Gegenoffensive gegen die Sendungen der VOA über. Besonders nach der militärischen Niederschlagung der Proteste vom 4. Juni 1989 wurde die VOA in

offiziellen Verlautbarungen der Verbreitung von Lügen und des Anheizens der „konterrevolutionären Krawalle“ in Beijing beschuldigt.

Die Aktivisten, die in Beijing auf die Straße gingen, stellten im Frühjahr 1989 die wichtigste Zielgruppe der Sendungen der VOA und der BBC dar. Diese wurden in der westlichen Presse zwar meistens als „Studenten“ bezeichnet, verstanden sich im chinesischen Kontext allerdings als *zhishifenzhi*, was in etwa mit „Intellektuelle“ übersetzt werden kann. In China wurde der Terminus *zhishifenzhi* in den 1980ern prinzipiell für jeden verwendet, der die letzten drei Schuljahre absolviert hatte. Viele Forderungen der Aktivisten 1989 müssen vor dem Hintergrund des Verhältnisses zwischen dem chinesischen Staat und seiner gebildeten Elite verstanden werden, das seit Gründung der Volksrepublik 1949 starken Schwankungen unterworfen gewesen war. In den 1980ern kam es durch die sozio-kulturellen Veränderungen der Reform- und Öffnungsperiode zu einer steigenden Differenzierung innerhalb jener Gruppe, die sich selbst als *zhishifenzhi* verstand. Dies schlug sich im Diskurs der Bewegung 1989 beispielsweise in einem inhaltlich hochgradig heterogenen Spektrum an politischen Ideen und Forderungen nieder.

Da vor allem *zhishifenzhi* die englische Sprache beherrschten, standen diese während des gesamten Zeitraums der Demonstrationen im Fokus der ausländischen Medienberichterstattung und monopolisierten den Diskurs der Bewegung. Dennoch begegneten viele ausländische Journalisten auch den chinesischen Arbeitern, die sich in der unabhängigen Vereinigung *gongzilian* zusammenschlossen, mit großem Interesse. Wie die im nächsten Kapitel vorgenommene Analyse nahelegt, war die Fokussierung westlicher Journalisten auf die chinesischen Arbeiter vor allem von der Hoffnung geleitet, in Beijing der Geburtsstunde einer chinesischen Version der polnischen Solidarnosc-Bewegungen beiwohnen zu können.

## 4. Analyse: Der Diskurs über die Rolle ausländischer Einflüsse

### 4.1. Überblick über die Proteste 1986/87 und 1989

Nach einer Periode relativer Ruhe und intellektueller Liberalisierung seit dem Ende der Kulturrevolution 1976, brachen im Dezember 1986 Unruhen unter Studenten und etablierten Intellektuellen aus. Die größten spontanen Demonstrationen seit der Kulturrevolution entstanden diesmal allerdings nicht in Beijing, sondern an den Provinzuniversitäten.<sup>370</sup> Als Zentrum der Proteste kristallisierte sich ab Mitte Dezember Shanghai heraus, wo etablierte Intellektuelle wie Fang Lizhi 方励之 vor großem Publikum Vorträge über Demokratie und die Notwendigkeit intellektueller Entwicklung hielten. Am 19. Dezember zogen über 6.000 Studenten durch die Straßen Shanghais, skandierten Parolen wie „Lang lebe die Demokratie!“ und sangen die Internationale. In ganz China kam es zu ähnlichen Protesten, lediglich in der Hauptstadt blieb es uncharakteristisch ruhig. Den Protesten schien keine klare Ideologie zugrunde zu liegen, auch brachten sie keine zentrale Führung hervor. Eine Umfrage unter den Studenten ergab, dass ihre Vorstellungen von Demokratie größtenteils die staatliche Interpretation von Demokratie, wie den „Demokratischen Zentralismus“ oder die „Massenlinie“, reflektierten.<sup>371</sup>

Nachdem die Studenten eine Woche lang Shanghai mehr oder weniger unter Kontrolle gehabt hatten, ebten die Demonstrationen wieder ab. In diesem Moment jedoch begannen die Studenten der Hauptstadt auf die Straßen zu strömen. Sie erhoben ihre Stimmen für Demokratie und unabhängige Studentenvereinigungen – Forderungen, die die Parteiführung am 26. Dezember dazu veranlasste, Aufmärsche auf das Stadtzentrum Beijings zu begrenzen und das öffentliche Anbringen der *dazibao* genannten Wandposter erneut zu verbieten. Ein Artikel in der *Renmin Ribao* 人民日报 diffamierte die Proteste am 25. Dezember als „undemokratisch“, setzte die Studenten mit den „Roten Garden“ (*hongweibing* 红卫兵) der Kulturrevolution gleich und bezichtigte sie der Verursachung von Chaos (*da luan* 打乱).

Chaos (*luan* 乱) spielt im chinesischen Kontext eine komplexe Rolle: Die Sorge vor einem Ausbruch dieser Art von Unruhe gilt als einer der fünf Grundpfeiler der

---

<sup>370</sup> Cherrington 1991, S. 84.

<sup>371</sup> Umfrage nach Zheng 2004, S. 36.

politischen Kultur des Landes.<sup>372</sup> Wie der Politikwissenschaftler Lucien Pye ausführt, wird Chaos bis heute mit einem eklatanten Versagen der Regierung assoziiert, da Unruhe und Unzufriedenheit auf das Versagen deren Autorität zurückgeführt werden – laut Pye ein Gedanke, der sich auf die konfuzianische Philosophie zurückführen ließe. Die Aufrechterhaltung der politischen Ordnung, ebenso wie die energische Bekämpfung aller Faktoren, die diese gefährden könnten, gilt als primäre Aufgabe der politischen Führung.<sup>373</sup> Die Wahrung von Stabilität hat somit eine legitimierende Funktion. Das Heraufbeschwören von Chaos wurde in der Geschichte der VR China jedoch auch strategisch genutzt: Besonders Mao tendierte dazu, die grundlegende Angst vor *luan* für politische Ziele zu instrumentalisieren, indem er bewusst Konflikte schürte, um seine politischen Gegner einzuschüchtern und zum Einlenken zu bewegen.<sup>374</sup> Im Zuge des innenpolitischen Richtungskampfes der Kulturrevolution erreichte das von ihm lancierte Chaos bis dahin ungekannte Dimensionen. Als Konsequenz aus diesen traumatischen Ereignissen war das politische Handeln von Maos Nachfolgern Deng Xiaoping und Jiang Zemin 江泽民 geprägt von einer Übersensibilität gegenüber allem, was auch nur entfernt mit *luan* assoziiert werden konnte.

1986 bereiteten die Aktivisten, erzürnt durch den Vorwurf Chaos zu verursachen, am 29. Dezember einen Vorstoß auf den Tian'anmen-Platz vor, wo sie bei eisigen Temperaturen stundenlang ausharrten. Einem zum Platz abkommandierten Regiment der Polizei gelang es trotz des Einsatzes von Wasserwerfern nicht, sie daran zu hindern. Diese Eskalation führte zu innerparteilichen Konsequenzen: Nachdem die Studenten sich wieder an die Universitäten zurückgezogen hatten, wurde Hu Yaobang, Vertreter des liberalen Flügels der Parteiführung, Fürsprecher der Studenten und einstiger Protegé Deng Xiaopings, seines Postens enthoben und durch Zhao Ziyang 赵紫阳 ersetzt. Hu, der wegen seiner moderaten Haltung unter den Aktivisten eine gewisse Popularität genoss, sollte nicht mehr lange zu leben haben. Sein Tod im Folgejahr würde den Studenten den formalen Anlass bieten, sich wieder gegen die Regierung zu erheben – diesmal jedoch in weitaus größerer Zahl und mit dramatischeren Konsequenzen.

Das Jahr 1989 war für China ein Jahr besonderer Jubiläen. Nicht nur jährte sich die „Vierte-Mai-Bewegung“ von 1919 zum 70. Mal und feierte die Volksrepublik China ihr 40-jähriges Jubiläum, sondern es wurde auch der Wiederaufnahme offizieller

---

<sup>372</sup> Zur kulturhistorischen Bedeutung von *luan* siehe Lucien Pye: *The Spirit of Chinese Politics*, Cambridge 1992, S. 5f, zu den Grundpfeilern der politischen Kultur siehe ders.: *Politische Kultur*, in: Staiger 2003, S. 567-570.

<sup>373</sup> Ebd.

<sup>374</sup> Staiger 2003, S. 569.



diplomatischer Beziehungen zu den USA zehn Jahre zuvor gedacht. Im Namen der Modernisierung und des wissenschaftlichen Fortschritts traten bekannte Wissenschaftler und Schriftsteller wie Fang Lizhi und Bei Dao 北島 für das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie höhere Investitionen in den Bildungssektor ein. Auch auf politischer Ebene hofften sie auf ein Zeichen seitens der Regierung und forderten die Amnestierung des Dissidenten Wei Jingsheng, der seit mehr als zehn Jahren für seine Aktivitäten während der „Democracy-Wall-Bewegung“ in Gefangenschaft war.

Die Atmosphäre im Frühjahr 1989 war voller Spannungen, als Hu Yaobang, der fallengelassene Protegé Deng Xiaopings, am 15. April 1989 überraschend einem Herzanfall erlag. Hu hatte als Generalsekretär der KPCh vorgestanden, bis man ihn zum Sündenbock für die außer Kontrolle geratenen Studentendemonstrationen von 1986/87 gemacht, all seiner Ämter enthoben und zu einer demütigenden Selbstkritik gezwungen hatte. Der plötzliche Tod des Politikers veranlasste die Studenten in Beijing zu spontanen Trauerkundgebungen und bot ihnen darüber hinaus einen Anlass, die Regierung zu wirtschaftlichen und demokratischen Reformen zu drängen. Am 17. April hielten sie auf dem Tian'anmen-Platz eine Kundgebung ab, der sich tausende Studenten verschiedener Universitäten der Hauptstadt anschlossen. Trotz des Verbotes von 1980 tauchten in ganz Beijing an Mauern und Kreuzungen wieder *dazibao* auf, die voll des Lobes für Hu Yaobang und seinen Einsatz für Reformen waren. Wie bereits bei vorangegangenen Bewegungen griffen die Demonstrationen rasch von der Hauptstadt auf Shanghai und andere Städte über. Am 18. April organisierten die Studenten ein „Sit-in“ auf dem Tian'anmen-Platz, am Abend des gleichen Tages versammelten sie sich vor der Parteizentrale der KPCh im Bezirk *Zhongnanhai* 中南海 sowie den Privatvillen der Parteiführung – eine in der Volksrepublik noch nie dagewesene Provokation.

Die Regierung reagierte entsprechend und untersagte weitere Demonstrationen, der 22. April wurde zum offiziellen Trauertag für Hu Yaobang bestimmt. In der gleichen Verlautbarung kündigte die Partei die Sperrung des Tian'anmen-Platzes an, angeblich um das Verkehrsaufkommen während der Trauerfeiern zu minimieren.<sup>375</sup> Begräbnis-Zeremonien, besonders jene für reiche und mächtige Personen, wurden in China häufig zu Schlüsselmomenten öffentlicher Rituale.<sup>376</sup> Vor diesem kulturellen Hintergrund bestand besonders bei Gedenkzeremonien für Politiker immer die Gefahr, dass andere Gruppen das Ritual an sich rissen und das „Drehbuch des politischen Theaters“, wie

---

<sup>375</sup> Zhao 2001, S. 150.

<sup>376</sup> Esherick/Wasserstrom 1990, S. 33.

von Esherick und Wasserstrom beschrieben, radikal abänderten.<sup>377</sup> Ein Beispiel hierfür war das Qingming-Fest kurz nach dem Tod Zhou Enlais 周恩来 gewesen, das von tausenden Bürgern Beijings zu spontanen Sympathiekundgebungen für Zhou und Angriffe gegen die „Viererbande“<sup>378</sup> genutzt worden. Esherick und Wasserstrom schlussfolgern daher:

„The April 22 funeral march in memory of Hu Yaobang was a classical example of students usurping a state ritual, improvising upon an official script to make it serve subversive ends.“<sup>379</sup>

Die chinesische Regierung erkannte diese Gefahr und wies die Polizei an, die Demonstrationen aufzulösen. Bevor dies jedoch gelang, hatten die Aktivisten den Platz bereits besetzt und mit einer friedlichen Großkundgebung begonnen. In deren Verlauf knieten mehrere Studentenvertreter, in theatralischer Anlehnung an die Riten der Qing-Dynastie, auf den Stufen der Großen Halle des Volkes nieder und baten den Ministerpräsidenten Li Peng 李鵬 herauszukommen und mit ihnen in Dialog zu treten.

Nachdem die Regierung dieses und alle folgenden Gesprächsangebote ignoriert hatte, riefen die Demonstranten am 24. April zu einem Massenboykott der Vorlesungen auf, dem sich ein Großteil der Studierenden anschloss. Die Situation verschärfte sich, als am 26. April in der *Renmin Ribao* ein Artikel erschien, der die Bewegung als „geplante Verschwörung einer kleinen Gruppe“<sup>380</sup> bezeichnete, die versuche „unter dem Deckmantel der Demokratie einen Aufstand gegen die Regierung“ zu inszenieren. Das Ziel der Aktivisten, so der Artikel, sei der Sturz der Führung der KPCh und die Zerstörung des sozialistischen Systems. Der Artikel verdeutlichte unmissverständlich, dass weitere Proteste nicht geduldet werden würden. Diese explizite Warnung erzielte jedoch nicht die von der KPCh gewünschte Wirkung, sondern führte vielmehr dazu, dass die Studenten sich missverstanden fühlten und ihre Forderungen einen stetig

---

<sup>377</sup> Ebd.

<sup>378</sup> Die „Viererbande“ bestand aus Yao Wenyan, Zhang Chunqiao, Wang Hongwen und Maos Witwe Jiang Qing. Im Oktober 1976 wurden die vier verhaftet und der Inszenierung der Kulturrevolution angeklagt. Das staatliche Fernsehen übertrug den Prozess und die anschließende Verurteilung 1980 landesweit.

<sup>379</sup> Wasserstrom 1990, S. 33. Für eine weitere Analyse des Zusammenhanges zwischen Begräbnisritualen und politischen Unruhen siehe A.P. Cheater: Death Ritual as political Trickster in the People's Republic of China“, in: *Australian Journal of Chinese Affairs* Nr. 26, Juli 1991. Cheater führt an, dass die modernen Begräbnisriten für Spitzenpolitiker den traditionellen Symbolismus substantiell manipulieren, um damit eine kulturelle Kontinuität zwischen dem kaiserlichen China und der Volksrepublik herzustellen (Cheater 1991, S. 97).

<sup>380</sup> Auszüge aus dem Artikel vom 26. April in Han 1992, S. 83-85.

wütenderen Ton annahmen. Die Versammlungen und Demonstrationen wuchsen mit jedem Tag, die politischen Forderungen der Aktivisten reichten immer weiter – der chinesischen Regierung jedoch waren in dieser Situation die Hände gebunden, da jedes gewaltsame Einschreiten zum Jahrestag der „Vierten-Mai-Bewegung“ 1919 unliebsame Erinnerungen an die Ära der Warlords heraufbeschworen hätte.

Der Jahrestag verging ohne Zwischenfälle, obwohl die Demonstrationen in Beijing, an denen sich über 100.000 Menschen beteiligten, die Kundgebungen von 1919 bereits weit in den Schatten stellten. Am Folgetag wurde der Unterricht an allen Universitäten, abgesehen von der *Beida* (Peking Universität) und der *Beijing Shifan Daxue* (Beijing Normal University), wieder aufgenommen. Als das Interesse an den Protesten abflaute, entwickelte sich die Führung der Bewegung zu einem Problem. Innerhalb der Studentenschaft kam es zu einer Fragmentierung in verschiedene Gruppierungen,<sup>381</sup> die nur widerwillig kooperationsbereit waren. Beunruhigt von dieser Entwicklung erkannten die Aktivisten, dass die Regierung auf Zeit spielte, und entschieden sich für drastischere Maßnahmen: Ein großangelegter Hungerstreik sollte die Bewegung wieder vereinen und ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen. Am 13. Mai quartierten sich die ersten 300 Hungerstreikenden auf dem Tian’anmen-Platz ein, um medienwirksam die Nahrungsaufnahmen zu verweigern.

Obwohl die Protestbewegung mittlerweile auf Städte in ganz China übergegriffen hatte,<sup>382</sup> konzentrierte sich der Blick der Weltöffentlichkeit auf Beijing – besonders, da Michail Gorbatschow, Generalsekretär der sowjetischen Kommunistischen Partei, im Mai in der chinesischen Hauptstadt erwartet wurde. Der Gipfel mit Deng Xiaoping sollte das Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und China beenden, das 33 Jahre zuvor mit Chruschtschows „Geheimrede“ gegen Stalin begonnen hatte.

Der Tian’anmen-Platz hatte sich inzwischen in ein riesiges Behelfslager verwandelt, auf dem 3.000 Hungerstreikende (begleitet von zehntausenden Kommilitonen, Besuchern und sympathisierenden Bürgern Beijings) kampierten. Angesichts der Unnachgiebigkeit der Protestierenden musste die Staatsführung die geplanten Feierlichkeiten zu Ehren Gorbatschows absagen oder an andere Orte verlegen. Obwohl der Generalsekretär der KPCh Zhao Ziyang sich sowohl innerhalb der Parteiführung, als auch persönlich vor den Studenten um eine Deeskalation bemühte, begannen die Aktivisten Forderungen

---

<sup>381</sup> Zur Aufsplitterung der Studenten in die „Dialogdelegationsgruppe“, die „Unabhängige Studentenunion Beijings“ und die Gruppe der Radikalen siehe Zhao 2001, S. 159f.

<sup>382</sup> Offiziellen Statistiken zufolge kam es in über 80 Städten zu Protesten, in die über 600 Universitäten verwickelt waren, mit einer Beteiligung von mehr als 2,8 Millionen Studenten, vergleiche Cheng 1990, S. 129.

nach dem Rücktritt von Deng Xiaoping und Li Peng zu erheben. Li lud die Führungsspitze der Studenten zu einem Gespräch ein, das allerdings das gegenseitige Unverständnis lediglich weiter vertiefte.

Mittlerweile schlossen sich auch Bevölkerungsschichten jenseits der Universitäten den Protestierenden an: Je länger der Hungerstreik dauerte, je mehr vor Erschöpfung zusammengebrochene Studenten in die umliegenden Krankenhäuser eingeliefert wurden und je länger die Regierung die Forderungen der jungen Leute ignorierte, desto mehr Freunde, Verwandte und Schaulustige strömten auf den Platz. Am 17. Mai überschritt die Zahl der Demonstranten auf dem Tian'anmen-Platz und in den anliegenden Straßen zum ersten Mal die Millionengrenze.

Auch bei einem weiteren Treffen zwischen Premierminister Li Peng und den Organisatoren des Hungerstreiks kam es zu keinerlei Verständigung. Li ging nicht auf die politischen Forderungen der Aktivisten ein und war lediglich daran interessiert, den Hungerstreik schnellstmöglich zu beenden. Am 19. Mai begab sich auch Zhao Ziyang auf den Platz und drängte die Studenten den Tränen nahe diesen zu räumen. Zusätzliche Spannungen verursachte das Gerücht, die Regierung werde in Kürze das Kriegsrecht verhängen. Dieses erwies sich am Folgetag als Tatsache, als Li Peng gemeinsam mit Staatspräsident Yang Shangkun 杨尚昆 den Ausnahmezustand verkündete und den in Beijing stationierten Einheiten der Volksbefreiungsarmee (VBA) befahl, den Platz zu räumen. Angesichts dieser Verschärfung solidarisierten sich die Arbeiter der Hauptstadt mit den Streikenden, um ein Vordringen der Truppen bis ins Herz der Hauptstadt zu verhindern. Auch andere Einwohner Beijings versuchten, die Armee durch das hektische Errichten provisorischer Blockaden aus allen greifbaren Materialien (wie Mülltonnen, Bussen und Abwasserrohren) zu stoppen. Obwohl ihre Taktik auch kleinere Sabotageakte (wie das Ablassen von Luft aus den Reifen der Militärfahrzeuge) einschloss, versuchten die Menschen auf den Straßen die eindringende Armee überwiegend mit rhetorischen Waffen zu schlagen: Vielerorts kam es zu hitzigen Diskussionen zwischen Soldaten und Stadtbewohnern, die versuchten, die Truppen davon abzuhalten den Ausnahmezustand durchzusetzen und auf ihre Mitbürger zu schießen. Da sich Partei und Heeresführung nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen konnten, griffen die circa 15.000 größtenteils unbewaffneten Soldaten<sup>383</sup> nicht hart durch – besonders, da die aufgebrachten Bewohner Beijings ihnen vielerorts quantitativ überlegen waren. Einige von diesen organisierten sich in sogenannten „Todesmut-

---

<sup>383</sup> Zahlen nach Zhao 2001, S. 184.

Brigaden“ (*gansidui* 敢死队), kleinen primitiv bewaffneten Einheiten mit dem Ziel, die Soldaten der VBA von einem Einmarsch in die Hauptstadt abzuhalten.<sup>384</sup>

Aufgeschreckt vom drohenden Scheitern der Militäraktion plädierte Deng Xiaoping für ein hartes Durchgreifen und setzte sich dafür ein, erfahrene und ortsfremde Truppen in die Hauptstadt einmarschieren zu lassen. Dem moderaten Parteiflügel um Zhao Ziyang gelang es nicht, sich gegen die Hardliner durchzusetzen. Inzwischen türmten sich auf dem Tian'anmen-Platz Dreck und Unrat. Angesichts der Menschenmassen, die unter hygienisch grenzwertigen Bedingungen hausten, stellte die Ausbreitung von Seuchen eine realistische Gefahr dar. Ermüdet setzte sich ein wachsender Teil der Aktivisten für die Räumung des Platzes ein und drängte ihre Kommilitonen dazu, an die Universitäten zurückzukehren. Als die Bewegung endgültig einzuschlafen drohte, versuchte eine Gruppe von Kunststudenten ihr mit der Errichtung einer Statue der „Göttin der Demokratie“ (*minzhu nüshen* 民主女神) neues Leben einzuhauchen.

Die Regierung hatte dem Treiben der Studenten nun bereits sieben Wochen zugesehen. Als die Nacht sich am 3. Juni über die Stadt gesenkt hatte, schlug die chinesische Führung mit voller Gewalt zurück. Die Truppen, die nun in Beijing einmarschierten, bestanden aus Soldaten der exzellent ausgerüsteten 27. Armee und anderen, Deng loyal ergebenen Einheiten. Verstärkung erhielten sie von weiteren Kräften, die bereits seit dem 26. Mai in Zivil in die Stadt geschleust worden waren.

Auch wenn viele Augenzeugen die Ereignisse der Nacht in stark von einander abweichenden Versionen schildern, so stimmen die meisten Berichte jedoch in den zentralen Punkten überein: Von Osten und Westen stießen Einheiten des Militärs über den breiten Chang'an-Boulevard auf den Tian'anmen-Platz vor und schossen auf ihrem Vormarsch mit Schnellfeuerwaffen wahllos in die Menge am Straßenrand. Der Sinologe Jonathan Spence schildert die Ereignisse der Nacht des 3. Juni und der folgenden Morgenstunden wie folgt:

„In den frühen Morgenstunden des 4. Juni riegelten die Truppen sämtliche Zufahrtswege zum Tian'anmen-Platz ab und schalteten alle Straßenlampen aus. Nach langen, quälenden Debatten entschlossen sich die restlichen Studenten und Demonstranten zum Abzug. Als sie, verdreckt, aber in geordneter Formation, das Feld räumten, setzten die Truppen zum Sturm an. Panzer überrollten das Camp und zermalmten die Freiheitsstatue, und dann brach in Peking ein wüstes

---

<sup>384</sup> Kelliher 1993, S. 387.

Chaos aus, ein grausiges Gemetzel, in dessen Verlauf das Militär Studenten und Bürger in der Umgebung des Platzes und in anderen Teilen der Stadt gnadenlos niederschloß. Schreie gelten durch die Nacht, Flammen loderten aus Trümmerhaufen und verzehrten von selbstgebastelten Bomben getroffene Armeelastwagen und Tanks. Die Krankenhäuser konnten die Massen der Toten und Verletzten nicht fassen und erhielten für zivile Opfer häufig Behandlungsverbot. Auch Soldaten der VBA kamen um, manch einer grausam massakriert von den wutentbrannten Massen, vor deren Augen kurz zuvor unbewaffnete Demonstranten niedergemäht worden waren.<sup>385</sup>

Viele Soldaten berichteten davon, bereits in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni Opfer von Gewalt seitens der Bewohner Beijings geworden zu sein. Da die meisten Berichterstattenden sehr kritisch gegenüber der Verhängung des Kriegsrechts waren, wurden Ausschreitungen seitens der Bevölkerung jedoch häufig übergangen.<sup>386</sup> Das wahre Ausmaß der Gewalt lässt sich bis heute nur schwer abschätzen, da die Regierung eine totale Nachrichtensperre verhängte: Journalisten aus dem Ausland durften weder Interviews aufzeichnen, noch fotografieren und auch die Satellitenverbindungen nach außen waren kurzzeitig unterbrochen. Auch bezüglich der Opferzahlen gibt es keine Gewissheit – die Zahl der getöteten Zivilisten ging wohl in die Hunderte, die der Verletzten in die Tausende.

In den Tagen und Wochen nach der militärischen Niederschlagung ging die Parteiführung auf zwei Ebenen gegen die politischen Unruhen vor. Zum einen lancierte sie in der staatlichen Presse eine großangelegte Kampagne gegen „Konterrevolutionäre“ und „Rowdys“, die für die Demonstrationen verantwortlich gemacht wurden, zum anderen eröffnete sie systematisch die Jagd auf Anführer und Unterstützer der Proteste. Obwohl es vielen Demonstranten gelang unterzutauchen, sich wochenlang der Verhaftung zu entziehen oder ins Ausland abzusetzen, wurden Tausende festgenommen und verhört. In vielen Fällen konnten die Demonstranten erst durch die Berichterstattung westlicher Kamerateams identifiziert und belangt werden.<sup>387</sup> Menschenrechtsgruppen schätzen, dass in den Wochen nach der Niederschlagung 20.000 bis 40.000 Menschen inhaftiert wurden, Regierungsquellen bestätigen 2.000 Verhaftungen allein im Juni und Juli 1989.<sup>388</sup>

---

<sup>385</sup> Spence 2001, S. 869f.

<sup>386</sup> Zhao 2001, S. 201.

<sup>387</sup> Cheng 1990, S. 141.

<sup>388</sup> Han 1992, S. 372.

Auch innerhalb der Führungsspitze der KPCh sollte die Protestbewegung Konsequenzen haben. Die Suche nach einem Sündenbock führte dazu, dass Zhao Ziyang (wie bereits Dengs vorangegangener potentieller Nachfolger Hu Yaobang) seines Amtes enthoben und aus der Partei ausgeschlossen wurde. Jiang Zemin, dem es trotz großer Demonstrationen in Shanghai gelungen war, die Proteste weitgehend zu unterdrücken, übernahm dessen Position als Vorsitzender der KPCh.

Während die meisten Studenten und Intellektuellen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, mussten die an den Protesten beteiligten Arbeiter noch drakonischere Strafen erleiden: Alle 40 offiziell bestätigten Exekutionen wurden an ihnen vollstreckt. Die brutale Antwort der Regierung auf das Aufbegehren der Arbeiter muss vor dem sozialen Hintergrund der 1980er gesehen werden: Die Reformen der Ära Deng hatten auch unter Chinas Arbeitern zu großen ökonomischen Unsicherheiten geführt, so dass sie zur unzufriedensten Gruppe unter den Han-Chinesen avanciert waren.<sup>389</sup> Im Kontext des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Osteuropa fürchtete die KPCh den Ausbruch der so genannten „polnischen Krankheit“, die Entstehung einer autonomen Arbeitermassenbewegung mit dem Ziel eines politischen Umsturzes.<sup>390</sup> Um dies bereits im Ansatz zu verhindern, statuierte die Parteispitze an den Arbeitern nicht nur ein Exempel, sondern untersagte mit sofortiger Wirkung auch die Bildung jeglicher autonomen Arbeitergewerkschaften. Die Protestbewegung fand ihr offizielles Ende mit einer Rede, die Deng am 9. Juni vor Offizieren der VBA hielt. Darin bezeichnete er die Proteste als „konterrevolutionäre Rebellion“ – ein Vergehen, auf das nach dem chinesischen Strafrecht die Todesstrafe stand.<sup>391</sup>

Diese kurze Zusammenfassung der Ereignisse dient als Hintergrund für den folgenden Teil dieser Arbeit, der untersucht, wie sich der Diskurs über die Rolle ausländischer Einflüsse auf die Demonstrationen im Frühjahr 1989 in Abhängigkeit von bestimmten Phasen und Schlüsselereignissen veränderte.

---

<sup>389</sup> Kelliher 1993, S. 387.

<sup>390</sup> Siehe hierzu auch Jeanne L. Wilson: The Polish Lesson. China and Poland 1980-1990, in: *Studies in Comparative Communism*, XXIII, 3/4 Herbst/Winter 1990, S. 259-79.

<sup>391</sup> Artikel 103 des chinesischen Strafgesetzes vom 7. Juli 1979 besagt, dass „konterrevolutionäre Vergehen besonderer Abscheulichkeit“ mit dem Tode bestraft werden. Bei konterrevolutionären Vergehen handelt es sich um Handlungen mit der Absicht, die Diktatur des Proletariats oder das sozialistische System zu stürzen, im Originalwortlaut: 第一百零三条: 本章上述反革命罪行中, 除第九十八条、第九十九条、第一百零二条外, 对国家和人民危害特别严重、情节特别恶劣的, 可以判处死刑。Siehe *Zhonghua renmin gongheguo xingfa (yijiuqijiu nian qi yue yi ridi wu jie quanguo renmin daibiao dabui di er ci huiyi tongguo)* 中华人民共和国刑法 (一九七九年七月一日第五届全国人民代表大会第二次会议通过) [Strafrecht der Volksrepublik China (verabschiedet am 1.7.1979 von der Zweiten Tagung des Fünften Nationalen Volkskongresses)].

## 4.2. Phasen des Diskurses

Der folgende Abschnitt widmet sich den verschiedenen Phasen des Diskurses über die Bewegung 1989 aus der Perspektive westlicher Medien. Die Analyse basiert auf der Berichterstattung der *New York Times*, der *Washington Post*, des *Christian Science Monitors* und des *Wall Street Journals* in den USA, ebenso wie den Sendungen der „Voice of America“ (VOA) und des „Chinese Service“ der BBC nach China. Methodisch lehnt sich das Kapitel an die Foucaultsche Diskursanalyse an, nach der die einzelne *Aussage* als kleinste Einheit des Diskurses zu verstehen ist. Laut Foucault steht jede Aussage in einer diskursiven Beziehung zu einem ganzen Aussagenfeld, das in den einzelnen Aussagen beständig aktualisiert wird. Das folgende Kapitel konzentriert sich daher nicht auf die Frage nach dem Wahrheitsgehalt einzelner Aussagen der westlichen Medien oder der Aktivisten – stattdessen untersucht es die Regelmäßigkeit der diskursiven Praxis und beantwortet die Frage, welche Akteure 1989 unter welchen Umständen und zu welchem Zweck auf bestimmte Aussagen zurückgriffen. Wie die folgende Analyse zeigen wird, war die Darstellung der Ereignisse in der westlichen Presse keineswegs statisch. Auch wenn sich bestimmte Topoi in der Berichterstattung durchgehend nachgewiesen werden können (wie beispielsweise der „Demokratie-Bewegungs“-Charakter der Demonstrationen), lassen sich verschiedene Phasen der Berichterstattung ausmachen. Diese können auf Schlüsselereignisse zurückgeführt werden, wie den Besuch Gorbatschows in Beijing Mitte Mai 1989, die Verhängung des Kriegsrechts über die chinesische Hauptstadt oder die militärische Niederschlagung der Proteste in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989. Die sich verändernde Schwerpunktsetzung illustriert, wie bestimmte Ereignisse zur Erreichung politischer Ziele instrumentalisiert wurden. Dazu gehörte die Etablierung von Glaubwürdigkeit auf Kosten der chinesischen Presse oder die Betonung der Übel kommunistischer Systeme, um den Lesern in den USA die Überlegenheit des demokratischen Systems zu demonstrieren. Bevor dieses Kapitel auf den Diskurs über ausländische Einflüsse eingeht, ist es daher nötig, diese Phasen zu beschreiben.

### Frühphase (Dezember 1986 bis 13. Mai 1989)

#### *„Nichts als Lügen“: Propaganda in den chinesischen Medien*

Bereits in der Berichterstattung über die Demonstrationen in Shanghai zur Jahreswende 1986/87 widmeten die für dieses Kapitel untersuchten US-Tageszeitungen der



chinesischen Berichterstattung große Aufmerksamkeit. Die Darstellung der chinesischen Presse war überwiegend negativ und darauf ausgerichtet, die chinesischen Medien inhaltlich zu diskreditieren. So war die propagandistische Instrumentalisierung der chinesischen Medien durch die kommunistische Obrigkeit einer der am häufigsten wiederholten Topoi, der sich in allen vier Zeitungen finden lässt. Bereits in der Berichterstattung über die Proteste im Dezember 1986 und Januar 1987 betonten die untersuchten US-Zeitungen, die chinesischen Medien würden hinsichtlich der Demonstrationen hauptsächlich zwei Strategien verfolgen: sie entweder totzuschweigen oder, wo dies nicht mehr möglich sei, gezielt zu diffamieren. Am 22.12.1986 berichtete die *New York Times*, die chinesischen Medien täten sich darin hervor, den Charakter sowie die Motive der Demonstranten zu verunglimpfen.<sup>392</sup> Am folgenden Tag schrieb die *New York Times*, die *Renmin Ribao* habe in einem Leitartikel die Politik der chinesischen Regierung mit dem Argument verteidigt, der Lebensstandard in China habe sich doch offensichtlich verbessert und die KPCh sei durchaus offen für Anregungen und Kritik, verteidigt. Die *New York Times* betonte allerdings, die Aktivisten würden dies als „Unsinn, Lügen und Verzerrung“ erkennen.<sup>393</sup> Auch die *Washington Post* äußerte sich zur chinesischen Berichterstattung und bezeichnete die *Renmin Ribao* als eine „autoritative Zeitung“, in der allerdings die erste Reaktion der höchsten Ebenen der KPCh auf die Ereignisse abzulesen sei.<sup>394</sup> Die *Washington Post* führte aus, die chinesische Regierung reagiere mit großer Sorge auf die Proteste und habe als Reaktion auf die Ereignisse mit einer „Medien-Kampagne gegen westliche demokratische Konzepte“ begonnen.<sup>395</sup>

Ein weiterer roter Faden in der Berichterstattung war die Beschreibung eines grundsätzlichen Misstrauens, das die Chinesen – laut den US-Korrespondenten – ihren Medien entgegenbrachten. So zitierte die *Washington Post* am 27. April 1989 eine „Frau mittleren Alters“ mit den Worten „Students are speaking the truth. I don't like reading the paper – it is lies. We know that.“<sup>396</sup> Die *New York Times* gab in einem ähnlichen Argument Studenten in China mit der Aussage wieder, die *Renmin Ribao* betrüge die Menschen und mache „schwarz aus weiß“.<sup>397</sup> Wie den US-Medien zu entnehmen war, bestehe die Funktion der chinesischen Medien keineswegs darin, offen und

---

<sup>392</sup> NYT, Edward A. Gargan, „China denounces Student Protests as ‚Illegal Acts‘, 22.12.1986, S. A1.

<sup>393</sup> Ders.: „Warnings by Chinese Police cool Protest by Students“, 23.12.1986, S. A1.

<sup>394</sup> WP, Southerland, 24.12.1986, S. A1.

<sup>395</sup> WP, Southerland, 31.12.1986, S. A14.

<sup>396</sup> WP, Southerland, 27.04.1989, S. A25.

<sup>397</sup> NYT, Sherryl WuDunn, „1,000 Chinese Journalists call for Greater Freedom of the Press“, 10.05.1989, S. A8.

wahrheitsgetreu über die Bewegung zu berichten, sondern vielmehr darin, die Demonstranten vor den Konsequenzen ihres Handelns zu warnen. So ermahnte die *Renmin Ribao* laut der *New York Times* diejenigen, die von der Politik der kommunistischen Partei abwichen davor, ihre „eigenen bitteren Früchte“ essen zu müssen.<sup>398</sup> Die *New York Times* führte bereits im Dezember 1976 aus, die chinesische Presse laste den Aktivisten massive Verkehrsstörungen im Alltag Shanghais an. Zudem würden diese als aggressiv und aufständisch beschrieben, ähnlich wie die „Roten Garden“ der Kulturrevolution.<sup>399</sup> Laut der *New York Times* war es den Studenten nicht gestattet, sich in der Form von Gegendarstellungen gegen diese Angriffe zu verteidigen. Die *New York Times* relativierte diese Einschüchterungsversuche seitens der chinesischen Regierung jedoch mit der Aussage, weder Drohungen noch Diffamierungen könnten die Aktivisten von ihren Protesten abbringen.

Ein weiterer wiederkehrender Topos war die „öffentliche Meinung“ (*public opinion*). Bereits Ende 1986 schrieb der *Christian Science Monitor*, die chinesische Regierung mobilisiere die öffentliche Meinung gegen die Studentenproteste.<sup>400</sup> Diese Kritik an der chinesischen Propaganda (die allerdings erst im Juli 1989 in mehreren US-Medien auch als solche bezeichnet werden sollte) ließ sich bereits in der Berichterstattung über die Ereignisse im Frühsommer 1986 finden. Am 1. Juni 1989 bezeichnete die *Washington Post* den Konflikt mit den chinesischen Medien als eine „Schlacht um die öffentliche Meinung“ und behauptete, die chinesische Regierung greife auf „Public Relations-Taktiken“ zurück, inszeniere „anti-Chaos“-Demonstrationen in den Außenbezirken Beijings und habe zudem Plakate gegen „bourgeoise Liberalisierung“ an für Ausländer sichtbaren Stellen aufgehängt.<sup>401</sup> Zudem führte die *New York Times* aus, die chinesischen Behörden hätten absichtlich wichtige Transportwege für Nahrungsmittel nach Beijing unterbrochen, um das Volk gegen die Studenten aufzubringen und diese somit von potentiellen Unterstützern zu isolieren. Laut der US-Presse seien sich die chinesischen Demonstranten dieser Praktiken bewusst und prangerten sie auf ihren *dazibao* an.

Bereits Anfang Januar 1987 hatte der *Christian Science Monitor* berichtet, dass die Diskussionen über politische Reformen in China durch eine landesweite Propaganda-Kampagne gegen westliche Ideen, wie Demokratie und Kapitalismus, beendet worden

---

<sup>398</sup> NYT, Edward A. Gargan, „China’s Unhappy Chosen“, 26.12.1986, S. A1.

<sup>399</sup> NYT, Edward A. Gargan, „Shanghai, where Protest is a Tradition“, 27.12.1986, S. 4.

<sup>400</sup> CSM, Julian Baum, „China treads lightly with Protestors“, 22.12.1986, S. 7.

<sup>401</sup> WP, Jav Mathews, „China Mounts PR Offensive against Protest“, 01.06.1989, S. A27.

seien.<sup>402</sup> Eine wichtige Rolle spielten in diesem Zusammenhang anti-westliche Ressentiments seitens der chinesischen Medien, die in der westlichen Presse immer wieder hervorgehoben wurden: In den Frühjahrsmonaten des Jahres 1987 konnte man den untersuchten US-Zeitungen beispielsweise entnehmen, die chinesischen Aktivisten würden in der staatlichen chinesischen Presse der „Leichtgläubigkeit gegenüber westlichen politischen Ideen“ und „unwissenschaftlicher Vergleiche zwischen China und dem Westen“ beschuldigt. Um dies zu unterdrücken, sei das „ideologische Training“ an Universitäten und Fabriken verstärkt worden.<sup>403</sup>

Der sich bereits im Zuge der Demonstrationen 1986/87 abzeichnende Konflikt um die Deutungshoheit über die Demonstrationen zwischen den chinesischen und den amerikanischen Medien setzte sich im Jahr 1989 fort. In der Frühphase der US-Berichterstattung über die Proteste 1989 stand die Glaubwürdigkeit der chinesischen Presse weiterhin im Mittelpunkt. Bereits in der zweiten Aprilhälfte 1989 betonten die untersuchten Zeitungen, dass sich das chinesische Volk gegen Chinas kontrollierte Presse auflehne. Die *New York Times* führte aus, dass nach dem Verbot des Magazins *World Economic Herald* Ende April 1989 zehntausende Studenten den Unterricht boykottieren würden, um mehr Demokratie und eine freiere Presse zu erstreiten.<sup>404</sup> Die Zeitung berichtete ausführlich darüber, dass über 1.000 Journalisten, nachdem ihre Demonstration in den staatlichen Medien ignoriert worden war, eine Petition unterzeichnet hätten, in der sie mehr Unabhängigkeit für die Presse verlangten, ebenso wie eine akkurate Berichterstattung über die Demonstrationen.<sup>405</sup> Zudem zitierte die *New York Times* Li Datong 李大同, den Herausgeber der *China Youth News* (*Zhongguo qingnian bao* 中国青年报) mit den Worten:

„The reason that we are calling for such a dialogue [mit der chinesischen Regierung] is that our press coverage has attracted criticism at home and abroad. We think that the press in Beijing has failed to be comprehensive and fair in its coverage. And we think this is the direct result of our current press system.“<sup>406</sup>

---

<sup>402</sup> CSM, Julian Baum, „Peking’s Action, Silence fuel Speculation on Hu, 16.01.1987, S.1.

<sup>403</sup> CSM, Julian Baum, „China Crackdown reaches deeper“, 06.03.1987, S.1.

<sup>404</sup> NYT, Kristof, „100,000 defy a Ban on Protests in Beijing to demand more Democracy“, 22.04.1989, S. 1.

<sup>405</sup> NYT, WuDunn, 10.05.1989, S. A8.

<sup>406</sup> Ebd.

Ein weiterer roter Faden der Berichterstattung war die Betonung von Schikanen, denen sich westliche Reporter in China ausgesetzt sahen. Bereits im Januar 1987 berichtete der *Christian Science Monitor*, westliche Journalisten und Diplomaten stünden unter immer stärkerer Beobachtung des chinesischen Ministerium für Staatssicherheit.<sup>407</sup> Die Telefone vieler Ausländer in China würden nun stärker abgehört werden als vor den Protesten und ihre Post werde regelmäßig geöffnet. Diese striktere Handhabung gehe Hand in Hand mit vermehrter Kritik an der ausländischen Berichterstattung in den chinesischen Medien.

Warum fixierte sich die US-Presse derart auf die Glaubwürdigkeit der chinesischen Medien? Glaubwürdigkeit, wie bereits in Kapitel 2 ausführlich behandelt, ist ein zentraler Faktor in der Ausübung von *Soft Power*. Um *Soft Power*-Ressourcen effektiv nutzen zu können, muss einer Quelle genug Vertrauen entgegengebracht werden.<sup>408</sup> Daher investieren politische Akteure viel Energie und hohe Geldsummen, um ihre Glaubwürdigkeit auf Kosten ihrer politischen Opponenten zu stärken. Forderungen nach mehr Pressefreiheit in China fungierten für die US-Medien demnach auf der einen Seite als Mechanismus, um die *Soft Power* der USA zu stärken, dienten auf der anderen Seite aber auch dazu, dem amerikanischen Publikum die Errungenschaften ihre eigenen politischen Systems zu demonstrieren. In vielen Artikeln übten die untersuchten Zeitungen massive Kritik an der Berichterstattung der chinesischen Medien.

Betrachtet man die politische Funktion von Forderungen nach Pressefreiheit, so argumentiert der Linguist und Philosoph Noam Chomsky, dass es bei dieser Art von Forderungen vor allem um die Freiheit der (westlichen) Presse im Sinne der Politik zu fungieren ginge.<sup>409</sup> Während in den westlichen Medien vor allem das Interesse der ökonomischen und politischen Eliten propagiert würde seien in der Auslandsberichterstattung während des Kalten Krieges vor allem die vermeintlichen Opfer in den kommunistischen Staaten, denen die in den Medien vielgerühmten Werte wie Meinungs- und Pressefreiheit verwehrt blieben, in den Vordergrund gerückt worden.<sup>410</sup> Chomskys Beobachtung lässt sich auch auf China übertragen, wo Pressefreiheit 1989 auf der einen Seite als ein zentrales Dogma amerikanischer Werte

---

<sup>407</sup> CSM, Baum, „Peking’s strikter eye on foreigner makes Chinese a little wary, too“, 01.05.1987, S.1.

<sup>408</sup> Robert H. Gass and John S. Seiter, *Credibility and Public Diplomacy*, in: *Routledge Handbook of Public Diplomacy*, 2008, S. 155.

<sup>409</sup> Chomsky 1988, S. 297.

<sup>410</sup> Laut Chomsky wurde die Verteufelung der kommunistischen Machthaber auch genutzt, um die Verwicklung der USA in militärische Konflikte zu rechtfertigen. Hierzu zählt das militärische Engagement in Zentralamerika, das von einer propagandistisch motivierten Verdammung der Verbrechen der Roten Khmer in Kambodscha in den US-Medien vorbereitet wurde (Chomsky 1988, S. 301).

und universales Recht dargestellt wurde, während auf der anderen Seite das Bedürfnis der Chinesen nach der Gewährung der gleichen Rechten hervorgehoben wurde. Diese Art der Argumentation zieht sich, wie die folgenden Abschnitte noch zeigen werden, durch die gesamte Berichterstattung der US-Medien über die Bewegung in China 1989.

### **Der Besuch Gorbatschows in Beijing (13. Mai bis 18. Mai 1989)**

Während die Demonstrationen in China in ihrer Frühphase von Mitte April bis Mitte Mai 1989 in den US-Medien noch eine eher nebensächliche Rolle gespielt hatten, änderte sich dies mit dem Eintreffen des sowjetischen Staatsoberhauptes Mikhail Gorbatschow in Beijing. Gorbatschows Besuch war für die Entwicklung der Bewegung von großer Bedeutung, da er durch den großangelegten Hungerstreik, der parallel auf dem Tian'anmen-Platz stattfand, den Druck auf chinesische Regierung erhöhte. Darüber hinaus zog der Hungerstreik immer mehr Studierende von Universitäten jenseits Beijings an, wodurch sich die Dynamik der Bewegung veränderte.<sup>411</sup> Auch trafen hunderte ausländische Journalisten in Beijing ein, um über den Staatsbesuch zu berichten, stellten jedoch rasch die Demonstrationen in den Fokus ihrer Berichte.

Um eine möglichst umfassende Analyse der Berichterstattung über den Staatsbesuch vornehmen zu können, konzentriert sich der folgende Abschnitt auf die Sendungen des „BBC Chinese Service“ auf Mandarin und Englisch.

### *Framing des Gipfels durch den „BBC Chinese Service“*

#### *13. Mai 1989*

Die erste Sendung des „BBC Chinese Service“, die sich im Detail mit dem bevorstehenden Gipfel beschäftigte, wurde am 13. Mai 1989 ausgestrahlt. Bereits im Vorfeld des Ereignisses sendete die BBC ein Interview mit Malcom Haslett, einem BBC-Spezialisten für außenpolitische Fragen. Dieses beschäftigte sich mit der Frage, ob Gorbatschows Besuch in Beijing als erfolgreicher Versuch der Sowjetunion „sich selbst als Führungsmacht der kommunistischen Welt zu re-etablieren“, verstanden werden müsse.<sup>412</sup> Auf die Frage nach den Zielen der Zusammenkunft zitierte Haslett den sowjetischen Außenminister Eduard Shevardnaze mit der Aussage, es gehe bei dem

---

<sup>411</sup> Studenten von jenseits Beijing schlossen sich in der Vereinigung *waigaojian* 外高连 zusammen (Calhoun 1994, S. 103). Sie spielten – bis auf den Aktivisten Li Lu – in der Führung der Bewegung jedoch lediglich eine marginale Rolle (Ebd., S.75) und bildeten daher eine separate Untergruppe innerhalb der Bewegung (Ebd., S. 185).

<sup>412</sup> Malcom Haslett, „What Gorbachev wants from Beijing“, BBC TC 1123 13/05/89.

Gipfel vor allem um die Aufgaben von Perestroika und Modernisierung in beiden Ländern, wie auch eine „Verstärkung des kreativen Potential des Sozialismus“. Der BBC-Experte verwies darauf, dass China nach dem Abtritt Maos von der politischen Bühne mit substantiellen Reformen begonnen habe und dadurch zeigen wolle, dass „der Sozialismus immer noch eine brauchbare Kraft sei, die der Menschheit viel zu bieten habe“.

### *15. Mai 1989*

Mikhail Gorbatschow kam am Nachmittag des 15. Mai in Beijing an. Nachdem sich große Menschenmengen vor der Großen Halle des Volkes versammelt hatten, beschloss die Führung der KPCh kein Risiko einzugehen und verlegte die Willkommenszeremonie direkt auf den Flugplatz. Im Anschluss wurde Gorbatschow in das Gästehaus für bedeutende Staatsgäste eskortiert. In der Berichterstattung des „Chinese Service“ wurde den Demonstrationen bereits seit Beginn des Staatsbesuchs große Aufmerksamkeit gewidmet. Direkt im Anschluss an die Verkündigung von Gorbatschows Ankunft ging bereits der erste Bericht auf die „Studentendemonstrationen für mehr Demokratie und politische Reformen“ ein. Ein BBC-Korrespondent bezeichnete die Proteste als „den bemerkenswertesten Akt des Widerstandes in China in den letzten Jahren“, ein anderer nannte sie „eine der bemerkenswertesten Entwicklungen in Chinas innenpolitischer Landschaft sei dem Ende der Kulturrevolution 1976.“<sup>413</sup>

Das die Demonstrationen begleitende Polizeiaufgebot wurde von den Korrespondenten zwar erwähnt, allerdings als keine direkte Bedrohung für die Demonstranten dargestellt. Die Radiosendungen bezeichneten Gorbatschows Besuch in China als eine der wichtigsten diplomatischen Veränderung der Weltpolitik der letzten Jahre. Dabei betonte die BBC insbesondere den Enthusiasmus, den die Demonstranten Gorbatschow entgegenbrachten, und bezeichnete den Sowjetführer als einen „Helden“ der Demonstranten. Die Verlegung der Willkommenszeremonie wurde als direkte Folge der Besetzung des Tian’anmen-Platzes dargestellt – eine der Sendungen führte zudem aus, die Studenten hätten ein Banner hochgehalten, auf dem auf Russisch und Chinesisch „Demokratie – unser gemeinsamer Traum“ zu lesen gewesen sei.

Am ersten Tag des Gipfels strahlte der „BBC Chinese Service“ ein Interview mit Gennady Gerasimov, dem Sprecher des sowjetischen Außenministeriums aus. Jeremy Harris, der Journalist, der das Interview führte, legte besonderen Wert auf die Frage nach

---

<sup>413</sup> James Miles, „Dispatch from Peking“, BBC XN10 0522 15/05/98.

der sowjetischen Reaktion auf den „Aufruhr“ in China und dessen Konsequenzen für den Gipfel.<sup>414</sup> Gerasimov versuchte die Bedeutung der Demonstrationen herunterzuspielen und verwies auf darauf, dass es auch in der Sowjetunion zu Unruhen käme. Darüber hinaus betonte er, der Gipfel stehe in keinerlei Verbindung zu den chinesischen Studenten. Der Repräsentant des sowjetischen Außenministeriums verwies darüber hinaus auf die Rolle der westlichen Medien und legte dar, die Darstellung des Gipfels in der Presse sei grundlegend für dessen Erfolg. Von den Demonstranten versuchte er sich durch die Aussage zu distanzieren, dass die Sowjetunion die Proteste als eine „interne Angelegenheit“ betrachte, die in keiner Beziehung zu den sino-sowjetischen Beziehungen stehe. Als Harris darauf bestand, dass die chinesischen Studenten Gorbatschow persönlich treffen wollten, hielt Gerasimov sich bedeckt und erwiderte, Gorbatschow beabsichtige sich an die chinesische Öffentlichkeit zu wenden und werde damit *alle* Schichten der Gesellschaft, auch die Demonstranten, ansprechen. Da auch in diesem Interview deutlich wurde, dass der „BBC Chinese Service“ den Demonstrationen mehr Interesse entgegenbrachte als dem eigentlichen Staatsbesuch, setzte sich Gerasimov gegen diese mediale Vernachlässigung zur Wehr. Im Verlauf des Interviews kritisierte er:

„We waited for this visit for thirty years, and we want the improvement of our relations and now students want to steal the headlines. You cannot compare these two things [...].“<sup>415</sup>

Auch in späteren Berichten des gleichen Tages über den Gipfel legte der „Chinese Service“ einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die historische Bedeutung der Proteste und berichtete im Detail über die „bemerkenswerte Herausforderung der Regierung durch die Massen“.<sup>416</sup> Die Demonstrationen wurden als größter und mächtigster Akt des Widerstandes in Zuge der „pro-Demokratie Unruhen“ der letzten Monate portraitiert.<sup>417</sup> In seiner Berichterstattung stellte der „BBC Chinese Service“ immer wieder eine direkte Verbindung zwischen den Reformen in der Sowjetunion und den Forderungen der Studenten nach politischen Reformen her. So hoben die Berichte Ereignisse, wie dass eine Gruppe von Aktivisten ein Bild Gorbatschows mit dem Slogan „Dieser Mann respektiert die Demokratie“ hochhielt, besonders hervor. Auch den Anhängern der

---

<sup>414</sup> Jeremy Harris, „Interview with Gennady Gerasimov/Corrections“, BBC XP2 1317 15/05/89.

<sup>415</sup> Ebd.

<sup>416</sup> James Miles, „Dispatch from Peking“, BBC XN 1312 15/05/89.

<sup>417</sup> Ebd., BBC XN49 1601 15/05/89.

Bewegung wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Die BBC betonte, die Demonstrationen würden nicht nur von Studenten getragen, sondern erhielten auch Zulauf von weiteren Gruppen, wie Lehrern, Arbeitern und diversen führenden Intellektuellen.

*16. Mai 1989*

Am ersten Tag der eigentlichen Gespräche zwischen Gorbatschow und der chinesischen Führungsspitze berichtete der „BBC Chinese Service“ im Detail über das Treffen in der „Großen Halle des Volkes“, wo mit einem Handschlag zwischen den Führern beider Länder die 30 Jahre andauernde Spaltung symbolisch ihr Ende fand. Aus der Berichterstattung des „Chinese Service“ sticht besonders die kontrastreiche Gegenüberstellung der beiden Staatsmänner hervor. Während der „BBC Chinese Service“ Gorbatschow auf der einen Seite meistens als „lächelnd“ und „aufmerksam“ beschrieb, berichtete er auf der anderen Seite, Deng Xiaoping könne nur undeutlich sprechen und erwecke insgesamt den Eindruck altersbedingter Schwäche. „Chinesische Beobachter“, so ein Radiobericht, „werden betroffen darüber sein, wie zerbrechlich Mr. Deng nun wirkt“. <sup>418</sup> Deng Xiaoping (der trotz der Darstellung der BBC noch weitere acht Jahre leben sollte) wurde auch in vielen anderen Berichten als ein „alternder Staatsälterer“ beschrieben, der „adrett aber zerbrechlich“ wirke. Gorbatschow hingegen war laut der BBC „jung und energetisch“ und behielt seine Geschwindigkeit bei, „als sein betagter chinesischer Gastgeber ihn langsam zu einem Paar großer Sessel führte“. Der Reporter merkte an, der Kontrast zwischen dem „achtzigjährigen chinesischen Führer“ und seinem 26 Jahre jüngeren sowjetischen Gast sei „nicht zu übersehen“ und werde auch von den Massen vor der Großen Halle des Volkes bemerkt: <sup>419</sup>

„To the demonstrators it was not just the physical contrast between the two leaders that was obvious. Many of them say that Deng is not only too old, but also too wary of democracy while Mr. Gorbachev they regard as the champion of liberal reform.“<sup>420</sup>

Ein weiterer Report des gleichen Tages spekulierte, Deng halte diesen Gipfel vor allem ab, da seine politische Karriere sich dem Ende nähere und ein Treffen mit Gorbatschow einen krönenden Abschluss bilde. In den Augen der Studenten, so die BBC, gehe Deng

---

<sup>418</sup> Mark Brayne BBC XN10 0513 16/05/89.

<sup>419</sup> Jeremy Barris/James Miles „Dispatch from Peking“, BBC XN12 0646 16/05/89.

<sup>420</sup> Ebd.



den politischen Wandel zu zaghaft an. Gorbatschow hingegen böte ihnen ein besseres Vorbild für konkrete politische Veränderungen.

Um seine Glaubwürdigkeit und vermeintliche Neutralität zu betonen, sendete der „BBC Chinese Service“ regelmäßig Interviews mit Personen, die als Experten für ein bestimmtes Thema vorgestellt wurden. Dabei handelte es sich in den meisten Fällen um Politiker, Auslandskorrespondenten oder Wissenschaftler. In einem Interview mit Prof. William Wallace (1926-2011) vom Institut für Sowjet-Studien der Glasgow University<sup>421</sup> versuchte ein BBC-Korrespondent Gründe für die „tiefe Verehrung“ zu finden, die Gorbatschow von den chinesischen Studenten entgegengebracht werde. Der Journalist fragte suggestiv, ob das Vorbild Perestroika auch China etwas zu bieten habe. Obwohl Prof. Wallace dies im Prinzip bejahte, mahnte er dennoch zur Vorsicht und erklärte, die Studenten nutzten Gorbatschow vor allem als ein Druckmittel gegen ihre eigene Regierung, da er in der UdSSR offene Diskussion angeregt und „eine Art von Wahlen“ abgehalten habe. Die Berichterstattung des „BBC Chinese Service“ legt nahe, dass die Person Gorbatschow zum einen genutzt wurde, um den chinesischen Hörern die Schwäche und Rückständigkeit ihrer eigenen politischen Führung vor Augen zu halten. Zum anderen fühlte die BBC sich jedoch veranlasst, den Einfluss der UdSSR herunterzuspielen. Wallace kritisierte die Aktivisten dafür, gerade Gorbatschow als Vorbild für Demokratisierung zu nutzen. Der „BBC World Service“ zitierte ihn mit den Worten „I think the Chinese students will probably have to be reminded of the fact that Mr. Gorbachev is not an unlimited democrat, and he’s sometimes pretty tough, for example with people in Georgia or Armenia or Azerbaijan“. Wallace vermutete darüber hinaus, Gorbatschow werde den direkten Kontakt mit den Demonstranten vermeiden, damit kein chinesischer Besucher in der UdSSR im Gegenzug auf den Gedanken käme, die dortigen Probleme mit Minderheiten auszunutzen.<sup>422</sup>

---

<sup>421</sup> William Wallace, geboren in Glasgow 1926, war einer der wichtigsten Sowjet-Experten und insbesondere in den 1990ern häufig im Radio und in Zeitungen anzutreffen, wo er aktuelle Ereignisse kommentierte. Wallace war seit 1967 Foundation Professor of History an der „New University of Ulster“ in Coleraine und seit Mitte der 1970er Direktor des „Institute of Soviet and East European Studies“. In der letzten Phase des Kalten Krieges kommentierte er häufig aktuelle Entwicklungen in den Nachrichten und politischen Programmen der BBC.

<sup>422</sup> Wallace bezieht sich hier auf die Aufstände osteuropäischer Minderheiten in den späten 1980ern. 1988 gelangten Informationen über mehrere Unruhen in die internationale Presse, darunter Rassenunruhen in Alma Ata, der Hauptstadt der zentralasiatischen Republik Kasachstan, eine Mahnwache von Tartaren auf dem Roten Platz in Moskau, die in ihr ethnisches Heimatland zurückkehren wollten, wie auch Proteste mit hunderten Demonstranten in den baltischen Republiken Lettland, Litauen und Estland. Wallace argumentierte, dass die UdSSR (vor allem auch vor dem Hintergrund des Aufstandes in Tibet im März 1989, der mit großer Gewalt unterdrückt worden war) sich aus Chinas innenpolitischen Belangen heraushalten, damit Beijing im Gegenzug nicht die Unterdrückung von Minderheiten in der UdSSR anprangern würde.

Am Abend berichtete die BBC im Detail über die Verhandlungen des Tages. In diesem Zusammenhang bot Dengs Alter ein weiteres Mal Anlass für kritische Bemerkungen: „Mr. Deng is old, and the protesters who have disrupted the Soviet leader’s schedule are questioning his performance and wisdom.“<sup>423</sup> Ein später ausgestrahlter Kommentar zu den Beziehungen zwischen den drei Großmächten USA, UdSSR und China endete mit einem verstörenden Ausblick, der sich nur wenige Wochen später bewahrheiten sollte:

„Both leaders [Gorbatschow und Deng Xiaoping] have promised their people better things, in due course. But what if things do not go as well as expected and people get tired of waiting? It is at that point that leaders who wish to stay in power start feeling the need for some scapegoat or ideological enemy – internal or external.“<sup>424</sup>

Trotz dieser düster dargestellten Aussichten, bemühte sich der „BBC Chinese Service“ darum, den Aktivisten ein Gefühl der Zuversicht und Sicherheit zu vermitteln. Dafür betonte der Sender beispielsweise, die Demonstranten hätten Beijing „ohne Zweifel in den Händen“ und die wenigen Polizisten, die sich blicken ließen, jubelten ihnen entweder zu oder schlossen sich ihnen sogar an. Darüber hinaus zitierte die BBC Demonstranten mit der Aussage, die Armee hätte wissen lassen, sie werde – selbst wenn sie den Befehl einzugreifen erhielte – nicht gegen die Studenten vorgehen. Diese offensichtlichen Versuche der BBC, die Demonstranten in ihrer Konfrontation mit der chinesischen Regierung zu unterstützen, ziehen sich wie ein roter Faden durch die Berichterstattung der in diesem Kapitel untersuchten Radiosendungen.

#### *17. Mai 1989*

Eine weitere Methode, die Aktivisten zu bestärken, bestand in der Ausstrahlung eines Pressespiegels. Dafür fasste der „Chinese Service“ wohlwollende Artikel aus britischen Zeitungen über die Demonstrationen zusammen. Die in Hongkong ansässige BBC-Asienexpertin Vaudine England berichtete, jede ernstzunehmende britische Zeitung thematisiere die Ereignisse in China auf der ersten Seite. Die Pressespiegel-Sendung vom 17. Mai betonte, der Tenor der Berichte über die Ereignisse in China sei „ohne jeden Zweifel enthusiastisch und von Bewunderung geprägt“ und Gorbatschow und seine „Charme-Offensive“ würden in China zum ersten Mal überhaupt neben einem anderen

---

<sup>423</sup> Ebd.

<sup>424</sup> Tim Luard, „Newscopy from Beijing“, BBC XN 47 1472 16/05/89.

Ereignis verblissen. George Walden vom *Daily Telegraph* wurde mit der Aussage wiedergegeben, in England müsse man wegen all der Superlative in China nach Luft schnappen.<sup>425</sup> Laut Vaudine England würden in der britischen Medienberichterstattung besonders die organisatorischen Fähigkeiten der Studenten gepriesen, ebenso wie ihr großer Rückhalt in der Bevölkerung. Die Journalistin berichtete, die britischen Medien konzentrierten sich auf drei Themen: Deng Xiaopings wachsende Verwundbarkeit und sein Verlust an Glaubwürdigkeit, die Ambivalenz der Briten, die auf der einen Seite den Studenten zujubelten, auf der andern Seite aber stillschweigend die Unterwanderung von Demokratie in Hongkong akzeptierten und abschließend, als das dominante Thema, der Mut und die Tapferkeit der Studenten in „Chinas friedlicher Revolution“. Was den Mut der Studenten anging, verwies Vaudine England zudem auf den *Daily Telegraph*, der die Entschlossenheit der chinesischen Studenten mit der Rolle westlicher Studenten im Prozess des politischen Wandels verglichen hatte und betonte, ökonomische Reformen könnten ohne umfassende politische Reformen nicht gelingen. Das Beispiel Europas im 18. Jahrhundert, wie auch im Russlands im späten 19. Jahrhunderts habe verdeutlicht, dass „ökonomische Weiterentwicklung ausnahmslos zu Druck nach mehr Demokratie“ führte.

Auch am dritten Tag des Gipfels konzentrierte sich die Berichterstattung auf die wachsende Anziehungskraft und politische Macht der Demonstranten. Der „BBC Chinese Service“ behauptete, was als reiner Studentenprotest begonnen hätte, erstrecke sich nun auf alle Schichten der Gesellschaft, Regierungsangestellte und Kader der KPCh eingeschlossen. Auch in diesem Kontext spielte die soziale Ausbreitung der Demonstrationen eine zentrale Rolle. Der „Chinese Service“ legte einen Schwerpunkt auf die steigende Zahl von Personen jenseits der Universitäten, die sich den Protesten angeschlossen hätten, und mutmaßte, die Bewegung könne über die Kontrolle der Studenten hinauswachsen. Auch wurden die Demonstrationen als eine wesentlich größere Variante der „People Power Revolution“ bezeichnet, die 1986 auf den Philippinen zum Sturz von Ferdinand Marcos<sup>426</sup> geführt hatte.<sup>427</sup> Allerdings, so der

---

<sup>425</sup> Vaudine England, „Press Review in China/Far Eastern Topical Talk“ BBC RGZ 1148 17/05 89.

<sup>426</sup> Ferdinand Emmanuel Edralin Marcos (1917–1989) war von 1965 bis 1986 der 10. Präsident der Philippinen und maßgeblich an der Ermordung seines stärksten politischen Widersachers Benigno Aquino Jr. beteiligt. Dies führte zur „People Power Revolution“ im Februar 1986, die mit der Exilierung Marcos nach Hawaii endete. In der Revolution spielte Cory Aquino (1922-2009), Benigno Aquinos erste Frau, eine zentrale Rolle. Cory Aquino war führend an der Restauration demokratischer Strukturen beteiligt und wurde nach der Revolution als erste Frau in den ersten demokratischen Wahlen zur 11. Präsidentin der Philippinen gewählt.

<sup>427</sup> Marc Brayne, BBC XN97/1907 17/05/89. Im Original: „This is a Chinese version, only far bigger of the people’s power revolution that in 1986 saw the overthrow of Ferdinand Marcos in the Philippines and

Radiobericht, fehle es in Beijing an einer prominenten Führungsfigur, die die Regierungsgewalt übernehmen könne. Daher blieben die Forderungen nach Demokratie, Freiheit und der Abdankung alternder Führer ungebündelt, oder in den Worten des „Far Eastern Topical Talk“, der am Folgetag ausgestrahlt wurde:

„If a people power revolution is sweeping China, it lacks two of the important elements that led to the success of similar movements in the Philippines in 1986 and South Korea in 1987: there is no single concession the government can make to please the protesters. And there is no organized opposition waiting to step in. China is in uncharted territory – not just in its own long history, but in the history of popular insurrections anywhere.“<sup>428</sup>

Auch die Berichte über Gorbatschows abschließende Pressekonferenz in Beijing vor seiner Abreise nach Shanghai standen völlig im Zeichen der Demonstrationen. Der „BBC Chinese Service“ berichtete über ein Interview mit Gorbatschow im chinesischen Fernsehen, in dem dieser den Studenten zu Geduld geraten und sie darüber hinaus ermahnt habe, nicht nach mehr zu streben, als in diesem Moment möglich sei.

Der BBC-Korrespondent Jeremy Harris drückte sein Erstaunen darüber aus, wie Gorbatschow, ein „world statesman with an enviable reputation for his ability to steal the limelight wherever he goes“,<sup>429</sup> von den chinesischen Aktivisten derart in den Schatten gestellt werden konnte. Der sowjetische Generalsekretär, so Harris, wurde ein Opfer seiner eigenen Macht als Symbol der politischen Erneuerung und zu einem Katalysator für eine bereits abklingende Kampagne. Was die Rolle der internationalen Presse in der Bewegung angeht, halte vor allem die Anwesenheit des internationalen Pressekorps die chinesische Polizei von einem gewaltsamen Eingreifen ab. Diese Pressepräsenz, in Kombination mit der vermeintlichen Weigerung des Militärs einzugreifen und dem wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen die Regierung, führte laut der BBC dazu, dass die chinesische Regierung die Proteste nicht mit Gewalt beenden könne. Wie Harris darlegte, bliebe der Führung der KPCh daher nichts Anderes übrig, als eine versöhnliche Haltung gegenüber den Demonstranten einzunehmen.<sup>430</sup>

---

the installation of Cory Aquino. The problem here in Peking is that these students, these demonstrators, these people – workers, intellectuals, officials from the government – are demanding democracy.“

<sup>428</sup> Lang, „Far Eastern Topical Talk“, BBC RG 1 1112 18/05/89.

<sup>429</sup> Mark Brayne with James Miles and Jeremy Harris, BBC XN97 1907 17/05/89.

<sup>430</sup> Ebd.

Am 17. Mai hielt Gorbatschow eine Rede vor chinesischen Intellektuellen in der „Großen Halle des Volkes“ in Beijing, in der er sich auf die Überwindung von Grenzen konzentrierte. Der Bericht des „Chinese Service“ hob hervor, die Bedeutung dieser Rede liege nicht in den Details, sondern in der Tatsache, dass er in diesem historischen Moment über die Überwindung von Barrieren spreche. Dies sei, so betonte der Sender,

„the sort of typical Gorbachev performance that does create a new atmosphere, even if few concrete issues are actually settled during his summit meetings. And, even though his talk about ‘borders of peace’ sounded fanciful and idealistic, it was precisely this rhetoric that established Gorbachev in the minds of the Chinese students as a representative of change and modernization.“<sup>431</sup>

In einer Passage, die im Originalmanuskript durchgestrichen wurde, betonte der „Chinese Service“ den Einfluss Gorbatschows auf die Ereignisse in China und die politische Führung des Landes noch stärker:

„There were signs in the statements of Chinese leaders this week that they are being forced by the pressure of their own public opinion to adopt some of Gorbachovian phraseology like glasnost and perestroika in order to overcome their own political crisis.“<sup>432</sup>

Es ist möglich, dass dieser Abschnitt aus politischen Gründen aus dem Manuskript gestrichen wurde, um die Rolle Gorbatschows nicht zu stark zu betonen. Geleitet von dem Prinzip „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ instrumentalisierte der „BBC Chinese Service“ die Person Gorbatschow gegen die chinesische Führungsspitze, versuchte allerdings gleichzeitig den Eindruck zu vermeiden, man sympathisiere mit dem Sowjetführer.

#### 18. Mai 1989

Am letzten Tag von Gorbatschows Aufenthalt in China berichtete der „BBC World Service“ ebenso enthusiastisch über die Studentenproteste, wie in den Tagen zuvor. Auch an diesem Tag strahlte der Sender einen Pressespiegel aus. Dieser gab unter anderem die Einschätzung der *Financial Times* wieder, die Demonstranten hätten Beijing

---

<sup>431</sup> Malcolm Haslett, „Gorbachov’s Chinese Detente“, BBC TB4 1252 17/05/89.

<sup>432</sup> Ebd.

in „Chaos und wohlwollende Anarchie“ gestürzt. Die *Financial Times* betonte, an diesem Tag hätten sich zum ersten Mal ebensoviele Arbeiter wie Studenten an den Demonstrationen beteiligt – eine Aussage, die ein weiteres Mal die Rolle der chinesischen Arbeiter überhöhte. Laut dem *Daily Telegraph* sprach großer Mut aus den Handlungen der Studenten, die nicht davor zurückschreckten ihre politischen Führer öffentlich zu demütigen. Der *Guardian* ging noch einen Schritt weiter und sah China am Rande einer friedlichen Volksrevolution.<sup>433</sup> Der *Independent* stellte fest, die Studenten würden Gorbatschows Namen nutzen, um ihren eigenen Forderungen nach Demokratie Nachdruck zu verleihen, wodurch sein Besuch zu einem diplomatischen Minenfeld werde. Der Sowjetführer nutze dennoch „Geschick und samtene Diskretion“ um seine Sympathie für die „inoffizielle Reformbewegung“ auszudrücken.<sup>434</sup>

Eine besondere Rolle spielte der Topos des „Gesichtsverlusts“ der chinesischen Führung. Der „BBC World Service“ berichtete, nicht nur die chinesische Regierung, sondern auch die sowjetischen Medien hätten sich peinlich berührt darüber gezeigt, dass die Demonstranten Gorbatschow in den Schatten stellten. Obwohl die sowjetischen Medien versuchten, ihn „in Wort und Bild“ so gut wie möglich darzustellen, sei diesen dennoch die Möglichkeit versagt geblieben, ihn in direktem Kontakt mit dem gewöhnlichen Volk zu zeigen. Der Bericht drückte Verständnis für die Entscheidung der chinesischen Regierung aus, Gorbatschow zu isolieren – nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern auch aus politischen Motiven, da ein Treffen zwischen dem sowjetischen Staatsmann und den Menschenmassen in der gegenwärtigen Stimmung zu „noch offeneren Demonstration gegen die chinesische Führung“ führen könne.<sup>435</sup>

Die Radiosendungen akzentuierten kontinuierlich die Macht des chinesischen Volkes. So sprach der „BBC Chinese Service“ von einem „Gärungsprozess“ auf den Straßen von Beijing“, der Gorbatschow die Tatsache ins Bewusstsein rufen müsste, dass „das einfache Volk, einmal erweckt, eine respekteinflößende Macht“ entwickeln könne, die in China sogar „die Fundamente des 40 Jahre bestehenden politischen Systems“ erschüttern würde. Gorbatschow, so die BBC, könne sich in der UdSSR mit ähnlichen Problemen konfrontiert sehen, da er versuche „das einfache Volk zu mobilisieren, um das Sowjet-System aus seinen vielen Jahren des Terrors zu befreien.“ Wie die kürzlich in der UdSSR abgehaltenen Wahlen gezeigt hätten, lehne das Volk am stärksten diejenigen Kandidaten ab, die der 71 Jahre alten politischen Ordnung am nächsten stünden. Dies

---

<sup>433</sup> Wie Woi, „Press Review“, BBC C20 0233 18/05/89.

<sup>434</sup> Ebd.

<sup>435</sup> TB1 1015 18/05/89.

sorge unter der sowjetischen Führung für große Sorge, die durchaus begründet sei, sollte auch das Volk der UdSSR „seine politischen Muskeln auf den Straßen spielen lassen.“

Am letzten Tag des Gipfels machte Gorbatschow auf dem Rückweg nach Moskau in Shanghai Zwischenstation. Die Radioberichte der BBC betonten, auch diese chinesische Großstadt sei „fest im Griff von großen, aber gutmütigen Studentenprotesten“. Daher ende der Staatsbesuch, wie er begonnen habe: „unterbrochen und in den Schatten gestellt.“<sup>436</sup>

Bei der Analyse der BBC Berichterstattung zeigt sich, wie negativ der Sender die Haltung der chinesischen Regierung gegenüber den Studenten darstellte – besonders Li Peng wurde wiederholt als ablehnend und kompromissunwillig dargestellt. So berichtete der „World Service“:

„grimfaced, the prime minister [Li Peng] told the demonstrators that Peking had fallen into anarchy – [...] ‘we must defend our socialist system’ he said, adding ‘I don’t care whether you’re happy to hear this or not.’“<sup>437</sup>

Dies ist nur ein Beispiel für die negative Beschreibung der chinesischen Führungsspitze durch den „BBC Chinese Service“. Zumindest für den analysierten Zeitraum des sino-sowjetischen Gipfels vermittelten die Sendungen den Eindruck, dass die Sympathien der BBC deutlich bei den chinesischen Aktivisten lagen. Obwohl an dieser Stelle lediglich die Sendungen von fünf Tagen untersucht wurden, ermöglicht die inhaltliche Analyse Einblicke in die Art, wie der Sender Gorbatschow, die Aktivisten und die chinesische Regierung darstellte. Es lässt sich festhalten, dass die Radiosendungen von politisch motivierten Frames geprägt waren, von denen im hier untersuchten Zeitraum des sino-sowjetischen Gipfels vier besonders häufig wiederholt wurden:

1) *Politische Instrumentalisierung Gorbatschows*. Die Sendungen des „Chinese Service“ zeichneten ein spezifisches Bild von Gorbatschow. Der Sowjetführer wurde zwar auf der einen Seite als eine Quelle der Inspiration und „Held der Demokratie“ für die Studenten und ihren Kampf für „mehr Freiheit und Demokratie“ präsentiert, auf der anderen Seite war die BBC allerdings darauf bedacht, den Eindruck zu vermeiden, sie würden mit kommunistischen Machthabern sympathisieren. Aus diesem Grund wurden Experten herangezogen, die die chinesischen Aktivisten aus einer vermeintlich neutralen Perspektive zur Vorsicht mahnten, da Gorbatschow keineswegs ein *echter* Demokrat sei.

---

<sup>436</sup> Wei Woi, „Press Review“, BBC C20 0233 18/05/89.

<sup>437</sup> Mark Brayne, „News Copy from Peking“, BBC XN24 1014 18/05/89.

Darüber hinaus wurde angedeutet, die Studenten verwiesen in der Öffentlichkeit lediglich auf Gorbatschow, um den Druck auf ihre eigene Regierung zu erhöhen.

2) *Schwäche Deng Xiaopings*. In der Berichterstattung des „BBC Chinese Service“ fällt die hochgradig polarisierende Beschreibung der beiden am Gipfel beteiligten politischen Führer auf. Besonders im Vergleich zu Gorbatschow wurde Deng Xiaoping als alt, zerbrechlich und zu ängstlich um ernsthafte Reformen zu initiieren portraitiert. Die BBC deutete an, der sino-sowjetische Gipfel sei das letzte große Ereignis seiner politischen Karriere und der chinesische Staatsmann werde im Anschluss daran abdanken. Besonders im direkten Vergleich zu Gorbatschow wurde Deng als Vertreter einer ausgedienten Generation politischer Führer dargestellt.

3) *Macht der Bewegung*. Der „BBC Chinese Service“ versuchte die Aktivisten durch die Wiederholung bestimmter Aussagen zu ermutigen. Dazu gehörte die Behauptung, die „pro-Demokratie“-Bewegung sei ausgesprochen stark und von globaler Bedeutung, während die chinesische Regierung gleichzeitig als schwach, zerbrechlich und überkommen dargestellt wurde. Zudem suggerierten die Berichte, das chinesische Militär und die Polizei würden nicht eingreifen und die Präsenz der ausländischen Medien in Beijing werde eine militärische Niederschlagung verhindern. Der „Chinese Service“ wurde nicht müde, die Macht des einfachen Volkes zu betonen. Dies geschah wiederholt mit Radioberichten, die hervorhoben, die Studenten hätten die chinesische Hauptstadt übernommen, den Zeitplan des Gipfels verschoben und der Regierung einen massiven Gesichtsverlust verursacht. Die Demonstrationen wurden als „Erschütterung der Fundamente des chinesischen sozialistischen Systems“ dargestellt, die China an den Rand einer „People Power Revolution“ brächte. Laut dem „BBC World Service“ waren die Demonstrationen das direkte Ergebnis der ökonomischen Reformen, die unweigerlich zu Forderungen nach mehr Demokratie führten.

4) *Stärkung und Schutz durch die ausländische Presse*. Der „BBC Chinese Service“ versuchte den Aktivisten durch die detaillierte Beschreibung der Sympathie, die ihnen im Westen entgegengebracht wurde, ein Gefühl von Bedeutung und Stärke zu vermitteln. Dafür strahlte der Sender Pressespiegel aus, in denen britische Zeitungen mit ausschließlich positiven Ansichten über die Ereignisse in China wiedergegeben wurden. Es fällt hierbei besonders auf, dass der Chinese Service die Bewegung nicht im Kontext anderer sozialistischer Reformbewegungen darstellte, sondern die Ereignisse in Bewegungen jenseits des Ostblocks einordnete, wie die „People Power Revolution“ auf den Philippinen 1986.



### *Parallelen zur Darstellung in US-Tageszeitungen*

Vergleicht man die Berichterstattung des „BBC Chinese Service“ über den sino-sowjetischen Gipfel in Beijing mit der Darstellung des Ereignisses in US-Tagezeitungen wie der *New York Times*, der *Washington Post*, dem *Wall Street Journal* oder dem *Christian Science Monitor*, so lassen sich starke Parallelen erkennen. Auch in diesen Printmedien war der Einfluss Gorbatschows auf die chinesischen Aktivisten ein wichtiges Thema. Auf der einen Seite beschrieben die untersuchten Zeitungsberichte die immense Sympathie, die die chinesischen Aktivisten dem sowjetischen Generalsekretär entgegenbrachten. Auf der anderen Seite betonten die Artikel jedoch, die Studenten seien nicht wirklich am sowjetischen System interessiert und betrachteten Gorbatschow lediglich als Mittel zum Zweck in ihrem Streben nach Demokratie. Diese Interpretation deckt sich mit derjenigen des „BBC Chinese Service“. So schrieb die *Washington Post* Mitte Mai 1989, zehntausende Studenten hätten den sowjetischen Politiker als einen „Helden der Demokratie“ begrüßt und würden seine Präsenz in Beijing nutzen, „um Forderungen nach einer Öffnung Chinas zu unterstützen“.<sup>438</sup> Obwohl die Aktivisten „wiederholt Glasnost und Gorbatschow erwähnten“, diene dies jedoch lediglich dazu „ihre eigenen, traditionell gesinnten Führer zu kritisieren“.<sup>439</sup>

Gleiches gilt für das *Wall Street Journal*, das darlegte, die Studenten verehrten Gorbatschow „als einen Retter, um damit implizit Chinas Mangel an politischen Reformen zu kritisieren“.<sup>440</sup> Daher gäben viele Aktivisten „neuerliche Reformen in der Sowjetunion, zum Beispiel Wahlen und eine immer freiere Presse“ als wichtigstes Vorbild für ihre Proteste an.

Der *Christian Science Monitor* nannte Gorbatschow die „vielleicht am meisten inspirierende Figur für die Demokratie-Bewegung“.<sup>441</sup> Der *Christian Science Monitor* wich am stärksten von der Darstellung der anderen Zeitungen ab und berichtete, die Aktivisten hätten eine „starke Kampagne für Demokratie unter sozialistischer Herrschaft“ gestartet. Die anderen untersuchten Publikationen hingegen betonten kontinuierlich, die Demonstranten würden sich keinesfalls am sowjetischen Modell orientieren und sich lediglich aus taktischen Gründen auf Gorbatschow berufen. Aus vielen Artikeln sprach die Überzeugung, China löse sich mit diesen Demonstrationen endgültig vom Kommunismus. Wie es das *Wall Street Journal* ausdrückte: „Clearly, China has reached its

---

<sup>438</sup> WP, 17.05.1989, S. A22.

<sup>439</sup> WP, Jim Hoagland, 19.05.1989, S. A35.

<sup>440</sup> WSJ, Ignatius, 15.05.1989, S. A6.

<sup>441</sup> CSM, James L. Tyson, 15.05.1989, S.6.

day of reckoning with Communism.“<sup>442</sup> Die Geschehnisse in Beijing zeigten, dass China durchaus bereit für eine Demokratie sei – insbesondere, da die Aktivisten keinerlei Interesse an der kommunistischen Welt an den Tag legen würden:

„For models of government, the Chinese no longer give even a passing glance to the orthodox communist world. China’s sidelong interest in Michail Gorbachev stems from the hope that he might find a way to abandon the Marxist Modell.“<sup>443</sup>

Die *Washington Post* zog auch Mitglieder der chinesischen Gemeinde in den USA heran, um diese vermeintliche Orientierung am Vorbild westlicher Demokratie zu untermauern. Die Zeitung zitierte einen Interviewpartner in Washington, D.C. mit der Aussage: „I don’t think communism is right for China. I’d like to see China a democracy and I think they (the students) do, too.“<sup>444</sup>

Die meisten Artikel versuchten, die Proteste in China als an demokratischen Idealen orientiert darzustellen. Zudem waren sie von dem Bestreben gekennzeichnet, die Rolle Gorbatschows herunterzuspielen. Dennoch konnten die westlichen Journalisten nicht umhin, die Effekte seiner Anwesenheit in Beijing zu bemerken. Hunderte Studenten, so der *Christian Science Monitor*, hätten in der sowjetischen Botschaft eine Petition abgegeben, in der sie Gorbatschow baten, an der Universität zu sprechen. Darüber hinaus würden sie auf Bannern *glasnost* verlangen.<sup>445</sup> Die Studenten, schrieb die *Washington Post*, machten aus Gorbatschow einen „Löwen der Demokratie“ (*lion of democracy*) und Gorbatschow scheine in dieser Rolle aufzugehen.<sup>446</sup> Diese Verehrung würde allerdings nicht nur seitens der chinesischen Führung, sondern auch in Moskau mit Besorgnis beobachtet. Der sino-sowjetische Gipfel müsse sich die internationale Aufmerksamkeit mit den Studenten teilen und das chinesische Volk, das „immer weniger Toleranz für die marxistische Ideologie“ habe<sup>447</sup>, hielte auf dem Tian’anmen-Platz „seinen eigenen historischen

---

<sup>442</sup> WSJ, Claudia Rosett, 22.05.1989, S. A14.

<sup>443</sup> Ebd.

<sup>444</sup> WP, Michael Dobbs, 19.05.1989, S. A1.

<sup>445</sup> Referenzen zu Glasnost lassen sich auch im Jahre 2012 noch in der Medienberichterstattung über China finden. So berichtete die Huffington Post am 24.4.2012 über die Bo Xilai-Affäre unter dem Titel „Bo Xilai Revelations are Chinese Glasnost“, [http://www.huffingtonpost.com/nathan-gardels/bo-xilais-revelations-are\\_b\\_1449414.html](http://www.huffingtonpost.com/nathan-gardels/bo-xilais-revelations-are_b_1449414.html) (letzter Zugriff am 25.4.2012).

<sup>446</sup> WP, 21.05.1989, S. C6.

<sup>447</sup> WSJ, 10.05.1989, Claudia Rosett, S. A19.

Gipfel“ ab.<sup>448</sup> Die Demonstranten hätten genug von einer kommunistischen Regierung, die China „40 Jahre lang das 20. Jahrhundert verwehrt“ habe.<sup>449</sup>

Die US-Presse spekulierte des Weiteren über die möglichen Konsequenzen der Proteste auf die Situation in der Sowjetunion. Vize-Präsident Dan Quayle wurde mit der Aussage wiedergegeben, die „pro-Demokratie-Bewegung“ könne sich auch auf die Sowjetunion ausweiten und Gorbatschow dort langfristige Probleme verschaffen.<sup>450</sup> Da Gorbatschow jedoch versuche, nicht die gleichen Kräfte zu erwecken, „die er vielleicht in China zu entfachen mitgeholfen hat“, würden seine Bemerkungen zu Demokratie und Freiheit in der sowjetischen Presse heruntergespielt werden. Dennoch sei sich Gorbatschow „der Macht von Freiheit und Demokratie und der Ereignisse in China bestens bewusst“. Daher beobachte er die Entwicklung „ohne Zweifel mit Sorge“. Gorbatschows Reformen, so der *Christian Science Monitor*, hätten eines der „bemerkenswertesten Phänomene der gegenwärtigen Politik“ hervorgebracht – sie inspirierten „eine Serie von Revolten gegen das System, das ihn und andere Führer der kommunistischen Welt hervorgebracht hat“.<sup>451</sup> Die politischen Führer Chinas und der UdSSR müssten sich daher im Endeffekt den „unwiderstehlichen Kräften der Reformen“ beugen.<sup>452</sup>

Während des Gipfels hoben die untersuchten Zeitungen, wie auch die BBC, besonders die vermeintlich schützende Funktion der ausländischen Medienpräsenz in Beijing hervor: „Mr. Gorbachev’s retinue of television cameras and world press provided a vehicle to deliver the message. Most important, the publicity accompanying the summit offered some protection against army action.“<sup>453</sup> In diesem Zusammenhang wurde immer wieder betont, dass die Demonstranten bewusst den Kontakt mit den ausländischen Journalisten suchten. So stellte der *New York Times* Korrespondent Richard Bernstein Ende Mai fest:

„But even experts who have closely watched developments in China have been surprised by the apparent skills and maturity of the current protesters, including their use of English, both in interviews with American television networks and on protests banners, signaling an ability to appeal to international public opinion.“<sup>454</sup>

---

<sup>448</sup> WSJ, 18.05.1989, S. A16.

<sup>449</sup> WSJ, 18.05.1989, S. A16.

<sup>450</sup> WSJ, Gerald F. Seib, Michael McQueen, 23.05.1989, S. A6

<sup>451</sup> CSM, Paul Quinn-Judge, 17.05.1989, S. 3.

<sup>452</sup> CSM, Tyson, 16.05.1989, S. 3.

<sup>453</sup> WSJ, Claudia Rosett, 22.05.1989, S. A14.

<sup>454</sup> NYT, Richard Bernstein, 22.05.1989, S. A12.

Ein anderer Artikel betonte, die Studenten seien sich ihres globalen Publikums bewusst, wodurch ihre Proteste mit den Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg in Chicago 1968 vergleichbar seien. Zudem seien viele Banner auf Englisch verfasst, was als ein klarer Appell an ein westliches Publikum zu verstehen sei. Auch würden viele der Aktivisten gutes Englisch sprechen, bereitwillig Interviews geben oder den Journalisten erklären, welche Demonstranten Studenten von außerhalb, Hungerstreikende oder Medizinstudenten seien.<sup>455</sup> Die Kamerateams, die eigentlich nach Beijing gekommen waren, um über Gorbachovs Besuch in China zu berichten, stellten laut der *Washington Post* ein Kommunikationsnetzwerk bereit, das sich im Endeffekt als weitaus nützlicher und schützender für die Studenten erwies, als der eigentliche Besuch des Sowjet-Führers.

#### *Kriegsrecht (20. Mai bis 3. Juni 1989)*

Die Periode nach dem Ende des sino-sowjetischen Gipfels war geprägt von steigender Entrüstung der ausländischen Korrespondenten in Beijing über Einschränkungen ihrer Pressefreiheit. Die Verhängung des Kriegsrechts über Beijing am 20. Mai 1989 führte nicht nur zu einer veränderten Organisationsstruktur der Bewegung,<sup>456</sup> sondern auch zu steigender Mobilisierung der Bevölkerung Beijings durch die Arbeitervereinigung *gongzilian*.<sup>457</sup> Ausländische Beobachter sahen sich von der verschärften Situation direkt betroffen. Wie die *New York Times* berichtete, durften ausländische Journalisten nun weder auf den Straßen, noch in Regierungsgebäuden und Fabriken Interviews führen oder filmen.<sup>458</sup> Besondere Empörung rief das Verbot von live-Fernsehberichterstattung hervor. Dies betraf die Nachrichtensender NBC, CBS und ABC News. Wie die *New York Times* ausführte, zeige dies den Willen der chinesischen Regierung, sich mit dem Ende des Gipfels der unliebsamen westlichen Presse in Beijing zu entledigen. Das *Wall Street Journal* schlussfolgerte in diesem Zusammenhang, das Verhalten der chinesischen Regierung vermittele den Bürgern der USA einen guten Eindruck davon, wie es sich anfühle, von einer „totalitären Regierung herumgeschubst zu werden“.<sup>459</sup> Aus vielen Artikeln sprach die Überzeugung, dass China in den 1980ern kein isoliertes Reich der Mitte mehr sei, da Deng es irreversibel zu einem Teil der internationalen Gemeinschaft

---

<sup>455</sup> NYT, Reuven Frank, 04.06.1989, S. H27.

<sup>456</sup> Die sich unter anderem in der Gründung des „Hauptquartiers zur Verteidigung des Tian’anmen-Platzes“ manifestierte, siehe Tony Saich: The Rise and Fall of the Beijing People’s Movement, in: *The Australian Journal of Chinese Affairs* 24, Juli 1990, S. 194.

<sup>457</sup> Walder/Gong 1993, S. 3.

<sup>458</sup> NYT, Kristof, 20.05.1989, S. 1.

<sup>459</sup> WSJ, Melanie Kirkpatrick, 26.05.1989, S. A9.

gemacht habe. China, so das Argument, sei nun abhängig von ausländischen Investitionen, technischer Expertise und dem Vertrauen des Westens. Wie es die *New York Times* ausdrückte: „Today the world does care about tyranny in China, and China has to care what the world thinks. It is no longer the Middle Kingdom, isolated and self-sufficient.“<sup>460</sup> Auch das *Wall Street Journal* betonte, durch die moderne Telekommunikationstechnologie könne sich China höchstens für einige Stunden „vor den Augen der Welt verstecken“. Die Unterbrechung der Satellitenverbindungen nach außen sei daher lediglich eine Unannehmlichkeit, die sich durch die Verbreitung von Nachrichten durch Videobänder schnell umgehen ließe.<sup>461</sup>

Die Empörung westlicher Medien steigerte sich Anfang Juni 1989, als die chinesische Regierung weitere Restriktionen verkündete. Laut einem Korrespondenten der *New York Times* bedeutete dies, dass ausländische Journalisten im Endeffekt nicht mehr über die „Demokratiebewegung“ berichten dürften.<sup>462</sup> Der „Club der Auslandskorrespondenten“ verurteilte dieses Vorgehen, ebenso wie Drohungen gegen den BBC-Reporter James Miles (der laut der *Washington Post* gewarnt worden sei, nicht weiter über die Proteste zu berichten),<sup>463</sup> als einen „verachtenswerten Fall von Pressezensur und Schikane“, der in starkem Widerspruch zu Chinas Öffnungspolitik stehe.

#### *Nach der militärischen Niederschlagung (4. Juni 1989)*

Nach der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989, in der die chinesische Regierung den Protesten auf dem Tian’anmen-Platz ein gewaltsames Ende setzte, verschärfte sich der Ton der Berichterstattung über die Ereignisse deutlich. Besonders das Ansehen Deng Xiaopings, der 1986 noch vom *Times Magazine* zum „Mann des Jahres“ gekürt worden war, sank dramatisch. Obwohl die *New York Times* sich bereits im Kontext der Demonstrationen von 1986/87 kritisch gegenüber Deng geäußert hatte,<sup>464</sup> zeugten viele Artikel von verhaltenem Optimismus über den chinesischen Spitzenpolitiker. Die Sinologin Merle Goldman zum Beispiel hatte Anfang 1987 in der Zeitung versichert, Deng setze sich seit dem Frühling 1986 neben ökonomischen Reformen auch für

---

<sup>460</sup> NYT, Anthony Lewis, „Thunder Out of China“, 21.05.1989, S. E27.

<sup>461</sup> WSJ, Melanie Kirkpatrick, „TV: Transponding to and from China“, 26.05.1989, S. A9.

<sup>462</sup> NYT, Kristof, „Beijing tightens Press Restrictions“, 02.06.1989, S. A8.

<sup>463</sup> WP, Jay Mathews, 02.06.1989, S. A1.

<sup>464</sup> Deng Xiaoping wurde dafür kritisiert, dass er während der „Democracy Wall Bewegung“ zunächst eine „kurze Explosion freien politischen Ausdrucks“ zugelassen habe, dann aber schnell seine Meinung änderte, die Bewegung „rücksichtslos unterdrücken“ und die Anführer wegen „gegenrevolutionärer Aktivitäten“ einsperren ließ (siehe NYT, Gargan, 26.12.1986, S. A1.)

politische Reformen ein.<sup>465</sup> Diese seien bisher allerdings vom konservativen Flügel der Partei verhindert worden.

Die kritische Haltung der *New York Times* gegenüber Deng manifestierte sich 1989 bereits Ende Mai, als die Zeitung explizit mahnte, viele Personen außerhalb Chinas hielten Deng fälschlicherweise für einen Liberalen. Der 84-jährige, so die *New York Times*, sei allerdings ein „komplexer und widersprüchlicher“ Charakter, der nie einen Hehl daraus gemacht habe, dass er „bereit sei, alles zu tun für das, was er als Ordnung bezeichnet“.<sup>466</sup> Jenseits Chinas würden Dengs Vorgeschichte und seine enge Verbindung zur Armee oft vergessen werden – diese seien jedoch das eigentliche Fundament seiner Macht. Darüber hinaus habe Deng bereits in der Vergangenheit seine Abneigung gegen Dissens gezeigt: Er sei nicht nur an der Niederschlagung der „Hundert-Blumen-Bewegung“ von 1956 beteiligt gewesen, sondern hege seit der Kulturrevolution 1966-76 zudem ein starkes Misstrauen gegenüber jeder abweichenden politischen Meinung. Deng, der „Architekt der Modernisierung Chinas“, habe somit bereits in der Vergangenheit demonstriert, dass er bereits die „kleinste Unabhängigkeit“ selbst unter seinen Protegés als Auftakt zu „Chaos“ verstehe.<sup>467</sup> Viele Berichte beschrieben die militärische Niederschlagung der Proteste auf dem Tian’anmen-Platz als den Moment, in dem die kommunistische Führung ihren „Schafspelz“ abgeworfen habe. In einer „einzigen Nacht der Brutalität“, so das *Wall Street Journal*, hätten China Führer damit begonnen, ein „Jahrzehnt des harterkämpften Fortschrittes“ zunichte zu machen.<sup>468</sup> Chinas alternde Führung habe auf die „alten, harten Methoden Maos“ zurückgegriffen und die Armee eingesetzt. Dies zeige das „wahre Gesicht“ der chinesischen Führung und Deng und Li Peng würden wohl als die „größten Verbrecher“ in die chinesische Geschichte eingehen.<sup>469</sup> Deng selbst, der das Land einst auf einen „mutigen Reformkurs“ gebracht habe, wiederhole nun Aufrufe zum Angriff gegen „bourgeoise Liberalisierung“, laut dem *Wall Street Journal* das Synonym für „demokratische Reformen und freie Meinungsäußerung westlichen Stils“. Was vor sechs Wochen mit Forderungen nach „etwas mehr Freiheit“ begonnen habe, hätte nun seinen Höhepunkt in einer „Demonstration staatlicher Gewalt gefunden, die beinahe in einer Reihe mit den großen Grausamkeiten der Maoistischen Herrschaft“ stehe. Sollte Chinas „demokratische

---

<sup>465</sup> NYT, Merle Goldman, 01.01.1987, S. 27.

<sup>466</sup> NYT, Fox Butterfield, 21.05.1989, S.20.

<sup>467</sup> WSJ, James P. Sterba, 30.05.1989, S. A1.

<sup>468</sup> WSJ, Sterba/Ignatius/Greenberger, „Class Struggle. China’s Harsh Actions Threaten to Set Back 10-Year Reform Drive. Suspicions of Westernization Are Ascendant, and Army Has a Political Role Again“, 05.06.1989, S. A1.

<sup>469</sup> Ebd.

Erhebung“ auch nicht erfolgreich gewesen sein, so habe sie doch zumindest das „wahre Gesicht der Kommunistischen Partei Chinas“ offenbart: „With this slaughter, China’s communist government has uncloaked itself before the world.“<sup>470</sup> Das *Wall Street Journal* schrieb, der Mai des Jahres 1989 habe ursprünglich eine „Zeit des Triumphs für Chinas Despoten“ sein sollen, die „der Welt so gerne ein semi-zivilisiertes Gesicht“ zeigten, für das sie „Kredite, Entwicklungshilfe und ein Minimum an internationalem Respekt eingesackt“ hätten.<sup>471</sup> Dengs Entscheidung gegen die Studenten vorzugehen wurde von der *New York Times* als „dumm“ bezeichnet, sein Schicksal als „tragischer als das von Chiang Kaishek“.<sup>472</sup> Er könne, so der Artikel, nun nirgendwohin mehr fliehen und habe zudem niemandem, der ihm noch folge. Die Verhaftung von hunderten Aktivisten werfe fundamentale Fragen über seine Machtbasis und seinen Charakter auf.<sup>473</sup>

Aus den vier untersuchten Zeitungen sticht besonders das Framing der Ereignisse im Kontext des europäischen Faschismus hervor. Nach dem 4. Juni 1989 griffen viele Journalisten auf Vergleiche zum „Dritten Reich“ zurück um ihrer Empörung über das Verhalten der chinesischen Regierung Ausdruck zu verleihen. Die *New York Times* berichtete am Tag nach der militärischen Niederschlagung, Chinesen in den USA hätten die politische Führung der Volksrepublik mit Hitler verglichen, die chinesische Flagge mit Hakenkreuzen bemalt und Poster von Deng Xiaoping und Li Peng in Uniformen der Faschisten angefertigt.<sup>474</sup> Mit Bezug auf die Niederschlagung der Protestbewegung fiel zudem der Begriff Holocaust.<sup>475</sup> Als sich in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989 „zehntausende Soldaten“ dem Tian’anmen-Platz näherten, hätten die „wütenden Massen“ diesen laut dem *Wall Street Journal* „Faschisten!“ entgegengeschrien.<sup>476</sup>

Nach dem gewaltsamen Ende der Bewegung nahmen viele Artikel eine starke Aufspaltung zwischen den studentischen Aktivisten und der chinesischen Regierung vor. Die Aktivisten wurden als moralisch, zivilisiert und aufgeschlossen gegenüber US-Werten dargestellt, wohingegen die Führungsspitze der Volksrepublik als barbarisch, rückständig und gewalttätig verurteilt wurde.

In allen vier untersuchten Zeitungen ließen sich nun Erklärungsversuche für die zuvor häufig euphorische Darstellung der Erfolgsaussichten der Bewegung finden. Die *New*

---

<sup>470</sup> WSJ, Claudia Rosset, 05.06.1989, S. A14.

<sup>471</sup> Im Originalwortlaut: „This May was to have been a time of triumphs for China’s despots, who like to present a semi-civilized face to the world, for which they reap loans, aid and a modicum of international respect“, zitiert nach Ebd.

<sup>472</sup> NYT, 22.05.1989, Fox Butterfield, S. A10.

<sup>473</sup> NYT, Fox Butterfield, 11.06.1989, S. E1.

<sup>474</sup> NYT, 05.06.1989, Robert McFadden, S. A12.

<sup>475</sup> NYT, Salisbury, 13.06.1989, S. A27.

<sup>476</sup> WSJ, 05.06.1989, S. A1.

*York Times* begründete ihre (nun offensichtlich gescheiterte) Hoffnung auf einen Systemwechsel in China mit dem Argument, die (amerikanische) Außenwelt sei fixiert auf scheinbare Öffnungsphänomene, wie die Verbreitung von „Coca Cola“ oder der Fast-Food-Kette „Kentucky Fried Chicken“ gewesen, während hinter dieser pro-westlichen Fassade die Hardliner mehrere Jahre lang ihre Vertreter in Spitzenpositionen gebracht hätten.<sup>477</sup> Der Westen habe die Stärke dieser Hardliner komplett unterschätzt. Das Bild eines liberalen und aufgeschlossenen Chinas, so das Argument, sei auch dadurch zustande gekommen, dass westliche Journalisten vornehmlich mit einer bestimmten Schicht der chinesischen Gesellschaft in Kontakt getreten wären:

„The orthodox Chinese Communists have remained distrustful of foreigners and have little use for them. So American and other Western contacts with the Chinese have been largely with liberal intellectuals, exactly the people who led the democracy movement. The other side remained hidden from Western view as it accumulated power.“<sup>478</sup>

Diese Differenzierung zwischen dem chinesischen Volk (vermeintlich repräsentiert durch die Demonstranten, die jedoch nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmachten) und der chinesischen Regierung lässt sich in einer abgeschwächten Variante bereits in der Frühphase der Proteste nachweisen. So schrieb die *Washington Post* Ende April 1989: „The government is completely out of touch with what the people think“.<sup>479</sup> Zudem sei die chinesische Regierung „tendenziell feindselig gegenüber der Bewegung“. Chinas 1,1 Milliarden Menschen sähen sich gefangen unter der „Leiche einer kommunistischen Ideologie“ und hofften auf den Tag, an dem China friedlich seine „kommunistische Zwangsjacke“ abwerfe.<sup>480</sup>

Ein weiterer roter Faden in der amerikanischen Berichterstattung war der vermeintliche Oppositionscharakter der Bewegung. Von Beginn der Demonstrationen an wurden diese ausdrücklich als „anti-Regierungsdemonstration“ bezeichnet. So berichtete das *Wall Street Journal* bereits am 28. April über die „größten anti-Regierungsdemonstrationen in der 40-jährigen Geschichte des kommunistischen Chinas“.<sup>481</sup> Dieser Topos verschärfte sich im Verlauf der Ereignisse. Mitte Mai bezeichnete das *Wall Street Journal* die

---

<sup>477</sup> NYT, Fox Butterfield, 11.06.1989, S. E1.

<sup>478</sup> Ebd.

<sup>479</sup> WP, Southerland, 29.04.1989, S. A25.

<sup>480</sup> WSJ, 25.04.1989, S. A22.

<sup>481</sup> WSJ, 28.04.1989, S. A1.



wachsende Distanz zwischen der Regierung und dem Volk als die entscheidende Ursache der Proteste.<sup>482</sup> Die „Volksrevolte“ in China zeige dennoch, dass China in der Lage sei, seine eigenen demokratischen Führer zu finden und die Bevölkerung wisse, dass eine Wahl das Mittel sei, diese an die Macht zu bringen.<sup>483</sup> Daher orakelt die Zeitung, „sollte diese Revolte scheitern, so wird es eine andere geben“. Ende Mai 1989 schrieb das *Wall Street Journal*, die Popularität der chinesischen Regierung in China sei rapide gesunken und unterstütze dies mit der Einschätzung eines namentlich nicht genannten US-Wissenschaftlers, der in Beijing „einhellige Verachtung“ (*unanimity of contempt*) gegen die Führung festgestellt haben wollte.<sup>484</sup> Im ganzen Land sei die „Liebe, Furcht oder Bewunderung, die der KPCh einst entgegengebracht wurde, zu Abscheu oder sogar Verachtung geworden“.<sup>485</sup> Nicht nur die Jugend verachte die Partei, sondern auch die chinesischen Arbeiter – während die ausländischen Medien sich meistens auf erstere konzentrierte, sei die Abneigung der Normalbürger Chinas gegen ihre eigene Regierung jedoch geradezu universell. Die KPCh spiele im Leben der Menschen eine immer geringere Rolle, da trotz der schnellen Modernisierung eine weitverbreitete Vertrauenskrise herrsche. Der „Verfall der KPCh“ sei am deutlichsten an der Generationenkluft zu erkennen – während die Generation der Eltern ihr Leben noch der Partei gewidmet hätte, bestünde die jüngere Generation aus „ideologischen Atheisten“.<sup>486</sup> Dieser Prozess werde durch „strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft und Ökonomie“ noch verstärkt.<sup>487</sup>

Diese Polarisierung fand ihren Höhepunkt kurz nach der Niederschlagung der Proteste. Am 6. Juni 1989 schrieb die *Washington Post*, Deng Xiaoping habe versucht die Bewegung „in Blut zu ertränken“, das chinesische Volk hingegen habe „moralisch und ethisch gehandelt“.<sup>488</sup> Sein Anliegen sei dabei sogar über das hinausgegangen, was im Westen unter Demokratie verstanden würde: Das Volk Chinas habe vor allem Anstand gefordert. Angesichts des brutalen Handelns der chinesischen Regierung würde sich nun sogar die Bevölkerung von Hongkong und Taiwan für das schämen, was „im Namen Chinas“ angerichtet wurde. Die *Washington Post* elaborierte, die Ereignisse auf dem

---

<sup>482</sup> WSJ, Ignatius, 18.05.1989, S. A13.

<sup>483</sup> WSJ, Rosett, 22.05.1989, S. A14. (Im Original: „Are China’s people willing – unless coerced by the army – to tolerate the government they’ve got? The answer is no. Should this revolt fail, there will be another.“)

<sup>484</sup> WSJ, Sterba, 30.05.1989, S. A18.

<sup>485</sup> NYT, Kristof, 06.04.1989, S. 29. (Im Original: „Throughout the country, the love, fear and awe that the Communist Party once aroused have collapsed into something closer to disdain or even contempt.“)

<sup>486</sup> Ebd.

<sup>487</sup> Ebd.

<sup>488</sup> WP, Hoagland, 06.06.1989, S. A23.

Tian'anmen-Platz könnten westliche Beobachter zu der Annahme verleiten, China sei ein „besonders wilder und unzivilisierter Ort“,<sup>489</sup> vom dem der Westen sich zurückziehen sollte. Dies wäre jedoch ein Fehler: Anstatt lediglich die chinesische Regierung zu bestrafen, sollten die westlichen Regierungen vielmehr Maßnahmen ergreifen, um dem „hochgradig zivilisierten und moralischem Volk“ zu helfen. Dafür sei es nötig, eine „besonders starke Trennung zwischen dem chinesischen Volk und seiner Regierung“ vorzunehmen. Das brutale Vorgehen gegen die Proteste habe tiefes Misstrauen gegenüber der Führung geschaffen, deren Regime nunmehr nur noch auf Gewalt und Zwang basiere und keinerlei moralische Basis mehr habe.<sup>490</sup> Die Bevölkerung Chinas hingegen habe „bemerkenswerten Mut“ bewiesen, sich gegen die Armee zur Wehr gesetzt und „offen ihr Streben nach Demokratie und Freiheit statt einer Einparteiherrschaft und Diktatur der kommunistischen Partei“ gezeigt. Das *Wall Street Journal* schlug besonders harte Töne gegen die chinesische Regierung an und argumentierte, das Volk wisse schon seit Jahrzehnten, dass es von einer Partei beherrscht werde, die alles täte um ihr Überleben zu sichern – eingeschlossen die Menschen verarmen zu lassen und sie „gelegentlich abzuschlachten“.<sup>491</sup> Die Bewegung sei daher auch als Wut von Menschen zu verstehen, die sich seit Jahren von einer Regierung betrogen fühlten, die „auf der Basis von blanker Waffengewalt in ihrem Namen herrsche“.

Als es westlichen Journalisten nach dem 4. Juni erschwert wurde aus China zu berichten, bedauerten diese in vielen Artikeln, dass die Informationsleistung der Presse für ihr heimatliches Publikum derzeit leider eingeschränkt sei. Nichtsdestotrotz würden Angehörige der ausländischen Presse jedoch eine wichtige Rolle für die Bevölkerung vor Ort spielen. Als am 4. Juni 1989 deutlich wurde, dass das globale Medieninteresse die Aktivisten, entgegen früherer Aussagen, keineswegs vor einer Gewaltanwendung der chinesischen Regierung hatte schützen können, wandelte sich die Selbstdarstellung der US-Medien von einer schützenden Instanz in eine tröstende, die der Welt die „Wahrheit“ über die Ereignisse verkünden wollte. Besonders Anfang Juni 1989 hoben

---

<sup>489</sup> Ebd.: „It is enough to make us think of China as a particularly savage and uncivilized place from which we should now recoil, venting our fury and calling for an end to contacts with this monstrous government. But calculation and resolve are required from foreign nations at this particular moment. Anger and the urge to punish should come later if the army and the bureaucracy continue to accept Deng's madness as law. That is the point of making a particularly sharp distinction between the people and the government in China. Actions and statements that underline the distinction and offer help to a highly civilized and moral people in their hour of need are more important than a quick and across-the-board move to punish their depraved rulers.“

<sup>490</sup> WP, Southerland, 11.06.1989, S. A1.

<sup>491</sup> WSJ, Rosett, 05.06.1989, S. A14.

viele Artikel folglichen die Übel der kommunistischen Machthaber hervor. Die *New York Times* schrieb, die Aktivisten suchten bei ausländischen Journalisten nun nach der moralischen Unterstützung, die ihnen im kommunistischen System verwehrt geblieben sei:

„Students and workers rushed to any foreigner they could find to express such appeals for help. Almost nobody had any idea what the students could do, and perhaps it was more a cry of outrage than a plea for help. But his sometimes wordless craving for an international response seemed almost universal on Tiananmen Square. It was not that students wanted or expected foreign forces to actively intervene. Rather, it seemed to be a moral judgment that they sought, and especially the hope that the news of the bloodshed would reach the outside world and not be covered up.“<sup>492</sup>

Die *New York Times* führte aus, den Studenten sei es äußerst wichtig, ihrem Schmerz und ihrer Verbitterung im Ausland Gehör zu verleihen. Dadurch habe ihr Opfer zumindest dort eine Bedeutung. Die Zeitung beschrieb dies mit emotionalen Worten: „And so they [die Aktivisten] sought out foreign journalists, tugging them toward the corpses, showing them the blood on the pavement, and begging them to write about what had happened. ‘You must tell the world what is happening,’ a long-haired university student urged, nearly incoherent with fury, ‘because otherwise all this counts for nothing’“.<sup>493</sup>

In diesem Zusammenhang wurde immer wieder die Berichterstattung ausländischer Fernsehsender in den Vordergrund gerückt. Die Fernsehkameras auf dem Tian’anmen-Platz, so die *New York Times*, nährten die Proteste und erhielten sie vielleicht trotz des Militäreinsatzes am Leben.<sup>494</sup> Dies, argumentierte der Journalist Walter Goodman, bewiese die immense Bedeutung des Mediums Fernsehen für die Verbreitung demokratischen Gedankengutes: „The medium [Fernsehen] has probably done no greater service in its half-century of existence than to bring the struggles for democracy into millions of homes, reminding Americans of their own ideals.“<sup>495</sup>

Diese vermeintliche Verbreitung demokratischer Ideen wurde mit den Übeln des Kommunismus kontrastiert. Alle Konservativen, so die *Washington Post*, müssten sich durch die Ereignisse in China bestätigt fühlen, denn hier sei „das vielgerühmte Böse des

---

<sup>492</sup> NYT, Kristof, 04.06.1989, S. 20.

<sup>493</sup> Ebd.

<sup>494</sup> NYT, Walter Goodman, 07.06.1989.

<sup>495</sup> Ebd.

Kommunismus in lebhaften Farben“ zu sehen, die „einstmals lächelnden Führer Chinas, die sich, fast sofort, in Oger verwandelt“ hätten.<sup>496</sup> Auch aus diesem Artikel wurde der Topos vom „wahren Gesicht“ erkennbar, der bereits für Deng Xiaoping verwendet worden war. Die *Washington Post* führte aus, die chinesischen Führer seien noch vor wenigen Monaten im Fernsehen interviewt worden und hätten „angenehm nette Dinge über die USA, Reformen und natürlich Menschenrechte“ gesagt. Viele Artikel mahnten daher, man dürfe sich nicht vom Kommunismus täuschen lassen, da dieser in seiner Essenz immer böse sei, oder wie es der *Christian Science Monitor* ausdrückte:

„However charming, however moderate, however civilized a face an entrenched communist regime can present to the outside world, when its survival is threatened it is capable of outrageous repression against its own citizens.“<sup>497</sup>

Die Reform- und Öffnungsperiode unter Deng Xiaoping wurde als gezielte Verstellung abgetan, mit der die chinesische Führung versucht habe, bestimmte politische Ziele zu erreichen. Das „neue moderate Gesicht Chinas“ diene dieser Lesart nach vor allem dazu, Verbündete gegen die Sowjetunion zu finden und dem Land westliche Technologie, Investitionen und Kapital für die Weiterentwicklung seiner „rückständigen Ökonomie“ zu sichern. Die *Washington Post* drängte vor diesem Hintergrund dazu, auch die Reformen in der UdSSR mit Vorsicht zu betrachten, denn höre man nicht auch aus Moskau die gleichen Worte? Und spräche nicht auch Gorbatschow von Reformen, Demokratie und davon, der internationalen Staatengemeinschaft beizutreten?<sup>498</sup> Daher warnte die Zeitung, auch Gorbatschow könne ähnlich der chinesischen Führung, „jederzeit seine Meinung ändern“. Zudem fragten viele Artikel, ob Gewalt nicht die zwangsläufige Konsequenz sei, sobald Reformbestrebungen in einem kommunistischen System von den Forderungen einer entfremdeten Bevölkerung überholt würden.<sup>499</sup> Die Tragödie auf dem Tian’anmen-Platz erinnere daran, wie schnell kommunistische Führer auf brutale Gewalt zurückgriffen, wenn sie ihre Macht bedroht sähen.<sup>500</sup> Dennoch bemühten sich die US-Medien die Niederschlagung der Proteste nicht als Sieg des Kommunismus über vermeintlich demokratische Aspirationen des chinesischen Volkes darzustellen. So zitierte die *Washington Post* einen Demonstranten mit den Worten „Wir

---

<sup>496</sup> WP, Richard Cohen, „Facing down a Tank“, 06.06.1989, S. A23.

<sup>497</sup> CSM, John Hughes, 07.06.1989, S.18.

<sup>498</sup> WP, Richard Cohen, 06.06.1989, S. A23.

<sup>499</sup> CSM, Gary Thatcher, 07.06.1989, S.1.

<sup>500</sup> WP, Michael Dobbs: Gdansk to Beijing: People find their voices, 11.06.1989, S. C1.

sterben vielleicht, aber die Ideale unserer Bewegung leben weiter“ und resümierte, langfristig werde die Unterdrückung der Proteste die Krise des Kommunismus lediglich weiter verstärken. Um dieses Argument zu unterstützen, betonten viele Artikel, die Meinung des chinesischen Volkes über die USA habe sich trotz massiver Propaganda der chinesischen Regierung nicht verändert. Wie die *New York Times* am 11. Mai 1989 ausführte: „While the government launches protests against the United States, ordinary Chinese may be as interested as ever in American democracy, American novels, even in break dancing.“<sup>501</sup> Darüber hinaus genossen Westler immer noch ein besonders hohes Ansehen – gäbe sich ein Ausländer in Beijing sich als Amerikaner zu erkennen, brächen die umstehenden Chinesen oft in Applaus aus.

Bereits Ende Mai 1989, als ein hartes Durchgreifen der chinesischen Regierung immer wahrscheinlicher wurde, veränderte auch die „Voice of America“ ihre Vorgehensweise. Als das Signal des Senders nach China ab dem 21. Mai 1989 wieder gestört wurde, verstärkte die VOA ihre Berichterstattung auf Mandarin, so dass diese nach dem 4. Juni etwa 25% der Gesamtsendezeit ausmachte.<sup>502</sup> Der Sender berichtete nun bis zu 11,5 Stunden täglich auf Chinesisch. Darüber hinaus wandelte die VOA ihr Programm in ein rein aus Nachrichten bestehendes Sonderformat um, das sich sowohl auf die neuesten Entwicklungen in China, als auch auf die Reaktionen auf die Ereignisse in aller Welt konzentrierte. Die Verantwortlichen der VOA wurden nicht müde, die Bedeutung ihrer Sendungen für die Entwicklung der Bewegung zu betonen:

„When the tanks rolled into Beijing, the role of the VOA changed from that of an important daily source of news to millions of Chinese, to an intellectual lifeline for an entire nation.“<sup>503</sup>

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, unterbrach die VOA alle kulturellen und musikalischen Programme und sendete auf neuen Frequenzen um die Störversuche der chinesischen Regierung zu umgehen. Obwohl die Verantwortlichen der VOA einräumten, dass die Störsender der chinesischen Regierung teilweise erfolgreich waren, verwiesen sie dennoch auf langjährige Erfahrungen mit Störungen (besonders durch die Sowjetunion) und zeigten sich zuversichtlich, dass die Programme ihre Zielgruppe

---

<sup>501</sup> NYT, Kristof, 11.06.1989, S. 16.

<sup>502</sup> Congress Hearing 1989, S. 40.

<sup>503</sup> Ebd.

erreichten.<sup>504</sup> Um etwaige dennoch Hörerverluste auszugleichen, richtete die VOA neue Kommunikationsformen ein. So wurde regelmäßig eine Telefonnummer wiederholt, unter der die VOA direkt erreicht werden konnte. Darüber hinaus verbreitete die VOA detaillierte Anleitungen zur Herstellung von anti-Störungsvorrichtungen aus „einfachen Gegenständen die in jedem Haushalt verfügbar sind“. Gemessen an der Zahl von etwa 100 täglich eingehenden Anrufen wurde dieser Service gut aufgenommen, bis die chinesischen Behörden auch dies unterbanden.<sup>505</sup> Laut der Aussage des VOA-Direktors Carlson waren viele der bis dahin empfangenen Anrufe chinesischer Bürger „traurige Bitten um Hilfe in der ein oder anderen Form“, in denen die VOA angefleht worden sei: „Give us more hours, give us more news, give us help from the United States.“<sup>506</sup> Neben einer Erweiterung der Frequenzen begann die VOA zudem, Videobilder ihrer Radiosendungen direkt an Satelliten über China zu übertragen. Obwohl nicht klar war, ob diese Signale von den etwa 2.000 Satellitenschüsseln in China (von denen sich der Großteil in militärischem Besitz befand und nur etwa 200 zu Universitäten und Regierungsgebäuden gehörten) überhaupt empfangen werden konnten, demonstriert dies den Willen der VOA, auf jedes verfügbare Mittel zurückzugreifen, um auch nach dem gewaltsamen Ende der Bewegung in Kontakt mit ihren Hörern in China zu bleiben. Darüber hinaus passte die VOA den Inhalt ihrer Sendungen nach China an die aktuellen Geschehnisse im Land an. Die Programmdirektoren legten einen neuen Schwerpunkt auf die Verbreitung von Wissen über Demokratie und demokratische Systeme. Diese Sonderformate wurden durch Beiträge ergänzt, die die Unterstützung der USA für alle Völker, die nach mehr Demokratie strebten, betonten. Auch hob die VOA wiederholt das Entsetzen des amerikanischen Volks über die Niederschlagung der Proteste in China hervor.<sup>507</sup>

Auch im Juni 1989 betonten die Macher der VOA das Vertrauen des chinesischen Volkes und die Überlegenheit ihrer Sendungen über die chinesischen Medien: „We have vast credibility. The internal Chinese media these days have next to none.“<sup>508</sup> Der Ungewissheit über die tatsächliche Anzahl an Hörern begegneten die Verantwortlichen mit dem Argument, das direkte Einschalten der VOA sei nicht der einzige Weg, auf dem sich der Inhalt der Sendungen in China verbreite. Laut dem Sender griffen die chinesischen Studenten auf kreative Maßnahmen zurück, um auch jene Kommilitonen

---

<sup>504</sup> Congress Hearing 1989, S. 41.

<sup>505</sup> Ebd.

<sup>506</sup> Ebd.

<sup>507</sup> Aussage Carlsons während der Anhörung zur Rolle der VOA in den Ereignissen in China 1989, S. 42.

<sup>508</sup> Congress Hearing 1989, S. 42.

über die Sendungen auf dem Laufenden zu halten, die keinen direkten Zugang zu Radioempfängern hatten. So sagte der Direktor der VOA Carlson vor dem US-Kongress aus:

„I believe that we are the primary source of information for the majority of Chinese. Our broadcasts continue to be used for wall posters. At the universities the electricity is shut off late at night, the students gather in very large knots by candlelight and wrapped in blankets and listen to the late-night broadcasts of the Voice of America. They use those broadcasts in many ways. In some form they are replicated in print. They write them out and then photocopy them and distribute them.“<sup>509</sup>

Diese Aussage wird von einer Reihe von Aktivisten der Bewegung aktiv bestätigt – unter anderem von Li Lu, der in seiner Autobiographie „Moving the Mountain“ ähnliches berichtet.<sup>510</sup> Die Versuche der VOA, auch nach der gewaltsamen Beendigung der Proteste in China aktiv zu bleiben, führten zu Gegenmaßnahmen der chinesischen Regierung. Um den Einfluss des amerikanischen Senders einzugrenzen, wurden daher in der Phase nach der Niederschlagung der Proteste nicht nur die Sendefrequenzen gestört, sondern auch der Hauptkorrespondent der „Voice of America“ Al Passin am 21. Mai des Landes verwiesen. Wie He und Zhu betonen, waren diese Maßnahmen erfolgreich und vereitelten alle Versuche der VOA ihre Präsenz in Beijing weiter auszubauen.<sup>511</sup>

### Zusammenfassung

Dieses Kapitel beschäftigt sich zunächst mit den verschiedenen Phasen der Berichterstattung über die Bewegung in China 1989. Diese lassen sich auf Schlüsselereignisse zurückführen, wie den Besuch Gorbatschows in Beijing Mitte Mai 1989, die Verhängung des Kriegsrechts über Beijing oder die militärische Niederschlagung der Proteste in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989. Die Diskursanalyse zeigte, dass die Berichterstattung über die Bewegung auf der einen Seite von repetitiven Topoi (wie der Bezeichnung der Demonstrationen als „Demokratie-Bewegung“) geprägt war, auf der anderen Seite bestimmte Ereignisse oder Personen aus strategischen Gründen immer wieder neu bewertet wurden. Des Weiteren untersuchte dieses Kapitel die Berichterstattung des „BBC Chinese Service“ nach China im Zeitraum des sino-sowjetischen Gipfels in Beijing Mitte Mai 1989.

---

<sup>509</sup> Congress Hearing 1989, S. 50.

<sup>510</sup> Li Lu: Moving the Mountain, London 1990.

<sup>511</sup> He/Zhu 1994, S. 11.

In der Frühphase der Proteste ab Mitte April 1989 war die Berichterstattung der untersuchten Zeitungen von Versuchen, ihre eigene Glaubwürdigkeit auf Kosten der chinesischen Presse zu etablieren geprägt. Wie bereits in Kapitel 2.2 dargelegt, ist dies ein zentraler Faktor in der Ausübung von *Soft Power*. Dies manifestierte sich beispielsweise in einem der dominanten Frames dieser Phase, der die chinesische Presse als pures Propaganda-Instrument verdammt, dem nicht einmal die chinesische Bevölkerung vertraue. Dem wurde gegenüber gestellt, die VOA und auch die BBC genossen ein hohes Maß an Vertrauen. Die chinesische Presse, so viele der untersuchten Artikel, zeichne sich nicht nur durch die Verzerrung von Tatsachen aus, sondern habe bereits 1987 eine Propaganda-Kampagne gegen „westliche Ideen wie Freiheit und Demokratie“ gestartet. Alle untersuchten Zeitungen berichteten zudem detailliert über Schikanen, denen sich westliche Journalisten in China durch die Behörden ausgesetzt sahen. Im Kontrast dazu betonten viele Artikel immer wieder den vermeintlichen Schutz der Aktivisten durch die Präsenz der westlichen Presse in Beijing.

Während des Besuchs Gorbatschows Mitte Mai schließlich rückten die Demonstrationen in Beijing – auch durch die immer stärkere Präsenz westlicher Medien in der chinesischen Hauptstadt – in den Fokus der Berichterstattung. In dieser Phase der Ereignisse beschrieben sowohl der „BBC Chinese Service“, als auch die untersuchten US-Tageszeitungen wiederholt den Kontrast zwischen dem dynamischen Führer der UdSSR, Mikhail Gorbatschow, und dem alternden Staatsoberhaupt der VR China, Deng Xiaoping. Angesichts des großen Enthusiasmus, den Gorbatschow bei den Aktivisten auslöste, argumentierten die westlichen Medien, die Aktivisten würden die Person Gorbatschow lediglich nutzen, um den Druck auf ihre Regierung zu erhöhen. Die Demonstranten, so der Tenor vieler Artikel, orientierten sich keineswegs an den sozialistischen Reformbewegungen in der UdSSR und Osteuropa, sondern verwiesen lediglich aus strategischen Gründen auf diese Ereignisse.

In der Phase nach dem Ende des sino-sowjetischen Gipfel, als die chinesische Führung die Berichterstattung ausländischer Reporter über die Demonstrationen stark einschränkte, äußerten sich viele Journalisten empört über diese Beschneidung ihrer Pressefreiheit. Je weiter sich die Situation in Beijing zuspitzte, desto mehr präsentierten sie die Ereignisse als einen manichäischen Konflikt zwischen idealistischen, pro-westlichen Studenten und einer repressiven kommunistischen Regierung. Diese Darstellung fand ihren Höhepunkt nach der militärischen Niederschlagung der Demonstrationen in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989.



Nach dem gewaltsamen Ende der Bewegung stand nicht mehr der kulturelle Einfluss der USA als treibende Kraft hinter den Demonstrationen im Fokus – stattdessen wurden die Ereignisse den Lesern in den USA als Beispiel für das Böse im Kommunismus präsentiert. Die chinesische Führung, so war einer Vielzahl von Presseberichten zu entnehmen, habe ihr „wahres Gesicht“ gezeigt und bewiesen, dass jedes kommunistische Regime in Bedrängnis zu schrecklichen Gewaltakten gegen die eigene Bevölkerung fähig sei. Auch Gorbatschow könne nicht vertraut werden, da er – wie die chinesische Führung – jederzeit seine Meinung ändern könne. Dengs Politik der Reform und Öffnung, so wurde argumentiert, habe sich als absichtliche Täuschung erwiesen, die lediglich dazu gedient habe den Westen in Sicherheit zu wiegen, während sich hinter den Kulissen die Hardliner in Schlüsselpositionen gebracht hätten.

Im gesamten untersuchten Zeitraum der Proteste schrieb die US-Presse sich eine wichtige Rolle zu. Während sie in der Frühphase der Proteste noch ihre vermeintliche Schutzfunktion für die Aktivisten betont hatte, änderte sich ihre Selbstdarstellung nach dem gewaltsamen Ende der Proteste: Westliche Journalisten, so konnte man vielen Artikeln entnehmen, trügen nun Sorge, dass die Opfer der Aktivisten aus Beijing in aller Welt bekannt würden und somit eine Bedeutung erhielten.

Seit der Phase des Kriegsrechts Ende Mai 1989 nahm die US-Presse eine immer stärkere Dichotomisierung zwischen dem chinesischen Volk und seiner Regierung vor. Diese verstärkte sich nach der militärischen Niederschlagung vom 4. Juni 1989 noch weiter. Während die chinesischen Machthaber nun als „Oger“ verurteilt wurden, stellte die US-Presse das chinesische Volk als „hochgradig zivilisiert“ dar. Darüber hinaus betonten viele Artikel, die Aktivisten hielten auch nach der Niederschlagung der Proteste an demokratischen Idealen fest. Es fiel auf, dass US-Journalisten in ihrer Verurteilung der militärischen Intervention der chinesischen Regierung häufig Referenzen zum Nationalsozialismus benutzten, um ihrer moralischen Entrüstung Ausdruck zu verleihen. Diese verschiedenen Phasen zeigen wie dynamisch der Diskurs war. Die Schwerpunktsetzung der Berichterstattung veränderte sich in Abhängigkeit von bestimmten Phasen und Schlüsselereignissen. Der Bezug der Aktivisten zu Ideen aus dem Ausland spielte dabei kontinuierlich eine wichtige Rolle. Nach dieser Beschreibung der Entwicklung des Diskurses geht das nächste Kapitel im Detail auf die wichtigsten Widersprüche ein.

### 4.3. Widersprüche

In Foucaults Arbeiten zur Diskursanalyse spielen Widersprüche (*contradictions*) eine wichtige Rolle. Wie in „The Archaeology of Knowledge“ aus dem Jahre 1969 beschrieben, sind Widersprüche keineswegs nur als Zufälligkeiten im Diskurs zu verstehen, sondern konstituieren vielmehr die Grundregeln seiner Existenz.<sup>512</sup> In den Worten Foucaults ausgedrückt: „It is on the basis of such contradictions that discourse emerges, and it is in order both to translate it and to overcome it that discourse begins to speak.“<sup>513</sup> Um diese Widersprüche aufzulösen wird der Diskurs daher stetig erneuert. Widersprüche, so Foucault, sind dem Diskurs vorangestellt, der sich dadurch ändert und transformiert, dass er sich von diesen niemals vollständig befreien kann. Foucault führt aus: „Contradiction, then, functions throughout discourse, as the principle of its historicity.“ Die archäologische Methode beabsichtigt nicht, Widersprüche zu überwinden oder aufzudecken. Stattdessen werden diese als Objekte an sich beschrieben:

„By taking contradictions as objects to be described, archaeological analysis does not try to discover in their place a common form or theme, it tries to determine the extent and form of the gap that separates them.“<sup>514</sup>

Das folgende Kapitel setzt sich auf Basis von Foucaults archäologischer Methode mit einem der zentralen Widersprüche im Diskurs über die Bewegung von 1989 auseinander, der Frage nach den kulturellen und politischen Ursprüngen der Proteste.

#### Der „kulturelle Einfluss der USA“

Die im letzten Kapitel begonnene Untersuchung der Berichterstattung der *Washington Post*, *New York Times*, des *Wall Street Journal* und des *Christian Science Monitor* zeigte, dass viele Journalisten dem Einfluss US-amerikanischer Werte und Kultur eine zentrale Rolle auf die Proteste in China zuschrieben. Diese Vorstellung lässt sich in der Berichterstattung aller untersuchter Zeitungen durchgehend nachweisen. Bereits Ende 1986 knüpfte die *New York Times* eine enge Verbindung zwischen den Forderungen der chinesischen Demonstranten und jenen Werten, die die Zeitung explizit als US-Werte verstand:

---

<sup>512</sup> Foucault 2004 [1969], S. 116.

<sup>513</sup> Ebd.

<sup>514</sup> Ebd., S. 117.

„That university students, the chosen young, should demonstrate in such numbers in favor of political principles closely associated in the minds of Chinese with the non-Communist West, particularly the United States, has raised disturbing questions among many here about the direction of economic and political change in China.“<sup>515</sup>

Wenige Wochen später argumentierte der *Christian Science Monitor*, diese neue Aufmüpfigkeit der Studenten sei das Resultat ihrer Erfahrungen in den USA, wo sie zum ersten Mal die „politischen Freiheiten und ökonomische Effizienz einer westlichen Gesellschaft“ hätten genießen können.<sup>516</sup> Um die sozialen Konsequenzen dieser Art von Erfahrung zu unterstreichen, zitierte die Zeitung einen chinesischen Absolventen der Columbia Universität mit der Aussage: „Before in China, it was strict obedience to my father, to the party, to the country.“ Dem stellte er gegenüber: „In the United States, you grow up in an environment where creative thinking is encouraged.“<sup>517</sup> Die Vorstellung, die Studenten seien durch das Leben im Westen ermutigt worden, so dass sie nun zum ersten Mal wagten, ihre Stimmen zu erheben, zieht sich wie ein roter Faden durch die Berichterstattung des Frühlommers 1989.<sup>518</sup>

Die sich bereits 1986 deutlich abzeichnende Gleichsetzung der Proteste mit westlichen (lies US-amerikanischen) Werten verstärkte sich in der Berichterstattung im Frühjahr 1989 und erreichte einen Höhepunkt nach der Niederschlagung der Bewegung. Anfang Juni 1989 führte der *Christian Science Monitor* aus, eine Öffnung nach außen brächte zwangsläufig den Kontakt mit „Drogenkultur, frischen Ideen und Demokratie“ mit sich – dadurch, dass China sich für technologische Errungenschaften aus dem Westen öffne, setze es seine Bevölkerung auch Konzepten wie „Unabhängigkeit und Demokratie, die das System bisher nicht kannte“ aus.<sup>519</sup> Die Zeitung erklärte, junge Chinesen studierten zu Tausenden an westlichen Universitäten, führen in den USA amerikanische Gebrauchtwagen, sähen amerikanische Talk-Shows, läsen amerikanische Zeitungen und debattierten mit Studenten aus den USA und aller Welt. Dieser kulturelle Kontakt sei ein einschneidendes Erlebnis, das die jungen Menschen tiefgreifend verändere. Der *Christian Science Monitor* fasste diesen Prozess mit den Worten zusammen: „As they [die chinesischen Studenten im Ausland] have returned to the cloistered world of their

---

<sup>515</sup> NYT, Edward Gargan: „China’s Unhappy Chosen“, 26.12.1986, S. A1.

<sup>516</sup> Ann Scott, CSM, 27.02.1987, S. 7.

<sup>517</sup> Ebd.

<sup>518</sup> Siehe auch Artikel von Ann Scott: „Made bold by life in West, Chinese students speak out“, CSM 27.02.1987, S.7.

<sup>519</sup> Ebd.

Chinese homeland, these new ideas and impressions have gone with them, and touched others.“

Auch die *New York Times* widmete dem vermeintlichen Einfluss US-amerikanischer Populärkultur große Aufmerksamkeit. Die angebliche Orientierung der Aktivisten am Vorbild der USA wurde mit Beispielen unterfüttert, wie dass die Studenten Deng Xiaoping mit dem Logo des Films „Ghostbusters“ portraitierten. Die kulturellen Einflüsse der USA, so ein Artikel vom Juni 1989, gelängen in den verschiedensten Formen nach China, von Fernsehsendungen bis hin zu Austauschlehrern.<sup>520</sup> Laut der *New York Times* sehe Chinas Jugend „Kramer gegen Kramer“ und „Star Wars“ in chinesischen Kinos, lese westliche Romane und „Readers’ Digest“ und höre die Sendungen der VOA. Darüber hinaus führte die Zeitung an, chinesische Studenten in den USA kämen dort zum ersten Mal in Kontakt mit Dozenten und Studenten, die sich kritisch gegenüber der Politik ihres eigenen Landes äußerten, und den jungen Chinesen somit ein „Beispiel für die Freiheit“ (*an example of freedom*) böten.<sup>521</sup> Die *New York Times* argumentierte, diese Einflüsse gälten keineswegs nur für diejenigen, die persönlich in den USA studierten. Auch andere Chinesen begannen unvermeidlich damit ihr politisches System mit dem Westen zu vergleichen, sobald sie von einem anderen „way of life“ erführen. Als Beleg zitierten die vier untersuchten Zeitungen regelmäßig chinesische Studenten in China oder den USA mit Aussagen, wie „China is now a changed China, and the people have changed. Western culture has influenced us“.<sup>522</sup>

Um die Demonstrationen in China mit dem kulturellen Einfluss der USA zu begründen, zogen die untersuchten Zeitungen spezifische historische Vorbilder heran, mit denen sie die Bewegung verglichen. Der *Christian Science Monitor* führte zum Beispiel aus, die Studenten in Beijing griffen auf „Ikonen, Ideale und Kampfschreie der US Demokratie“ zurück.<sup>523</sup> Viele Artikel stellten das politische System der USA als wichtigsten politischen Bezugspunkt der Aktivisten dar. Zur Bestätigung präsentierten Journalisten Slogans der Bewegung als direkte Referenzen zur amerikanischen Geschichte, wie den Schlachtruf „Give me democracy or give me death“. Der *Christian Science Monitor* führte diesen auf den Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zurück, als der Anwalt und Unabhängigkeitskämpfer Patrick Henry 1775 in einer Rede vor der Virginia Convention

---

<sup>520</sup> NYT, Constance L. Hays, 10.06.1989, S. 6.

<sup>521</sup> Ebd. Die *New York Times* schrieb diese Aussage einem jungen chinesischen Wissenschaftler an einem amerikanischen Krebsforschungszentrum namens Fu Xinyuan zu.

<sup>522</sup> WP, Karlyn Barker, Mary Jordan, 21.05.1989, S. A33.

<sup>523</sup> CSM, JLT, 07.06.1989, S. 2.

das Publikum mit dem Slogan „Give me Liberty, or give me Death!“ angeheizt hatte.<sup>524</sup> Ein weiteres prominentes Beispiel für diese Art kultureller Vereinnahmung war George Washington. Wie die *New York Times* ausführte, sähen die chinesischen Aktivisten den ehemaligen Präsidenten der USA als einen idealen Führer und sehnten sich nach einer chinesischen Vision Washingtons.<sup>525</sup>

Darüber hinaus lassen sich in vielen Artikeln Vergleiche zwischen den Protesten in China und der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1960er finden. Die *Washington Post* sah diese Parallelen vor allem in „the movement’s nonviolence, its use of symbols and its attempt to hold the Chinese government to its own best pronouncements.“<sup>526</sup> Der Artikel elaborierte des Weiteren:

„wherever these tactics from the American civil rights movement have been used – and they are being used increasingly as the clamor for democracy grows in Poland, South Africa, the Soviet Union and throughout the world – it has been difficult to ignore their impact and their universal appeal.“<sup>527</sup>

Der Unterschied zwischen den Ereignissen in China und der Bürgerrechtsbewegung in den USA bestand laut der *Washington Post* darin, dass es in China keine freie Presse gäbe, die „die Bürgerrechtsbewegung in den USA so verstärkt hat.“ Dies habe ohne Zweifel die Zahl der Demonstranten verringert, die sich an den Protesten beteiligten.

Laut dem *Christian Science Monitor* führte die massive Wanderbewegung junger Chinesen in den Westen und junger Westler nach China unter den chinesischen Studenten zu „neuen Ansichten über individuelle Freiheiten, die über die Traditionen von Marxismus und Konfuzianismus“ hinausreichten.<sup>528</sup> Nicht nur würden zehntausende chinesische Studenten in den USA und anderen westlichen Staaten studieren, auch jene, die in China zurückblieben, hätten begonnen, sich mit den Werken westlicher liberaler Denker auseinanderzusetzen.<sup>529</sup> Die *New York Times* betonte in diesem Zusammenhang die Rolle moderner Kommunikationsmittel, besonders der westlichen Medien:

---

<sup>524</sup> Die „Virginia Convention“ wurde am 23. März 1775 in Richmond, Virginia abgehalten und führte dazu, dass die Truppen Virginias in den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775-1783) zwischen den nordamerikanischen Kolonien und der britischen Kolonialmacht eintraten.

<sup>525</sup> NYT, Constance L. Hays, „Chinese Students keep Pressure on in the US“, 10.06.89, S. 6.

<sup>526</sup> Dorothy Gilliam, „In China, Linking Arms with Nonviolent Legacy“, in: *Washington Post* 12.06.1989, S. D3.

<sup>527</sup> Ebd.

<sup>528</sup> CSM, 02.06.1989, S. 20.

<sup>529</sup> CSM, Tyson, 05.06.1989, S. 1.

„The opening to the world also had profound effects on the Chinese people. They began to see foreign visitors in large numbers for the first time since the 1949 revolution, and Chinese from Hongkong and overseas. On radio and television they were exposed to a variety of ideas, including the idea of democracy. It is evident now that modern communications, the instantaneous awareness of what is happening around the world, work to spread the idea of democracy. People in China or the Soviet Union or elsewhere may not agree on exactly how to define it, but they know they want more control over their lives. This is why the Chinese demonstrators had a Modell of the State of Liberty.“<sup>530</sup>

Obwohl die *New York Times* die Rolle von Fernsehen und Radio hervorhob, spielte gemäß der Schilderung der amerikanischen Medien jedoch der direkte Kontakt der chinesischen Jugend mit westlichen Werten im In- und Ausland die größte Rolle. Das *Wall Street Journal* hatte bereits Anfang 1978 dargelegt, die „vom Westen und Japan eindringenden Werte“ unterwanderten den „blinden Gehorsam gegenüber der Partei, auf dem das gesamte System basiert“<sup>531</sup> – eine Interpretation, die sich auch in Leserbriefen niederschlug. So merkte Ende Juni 1989 ein Leser des *Wall Street Journal* an: „Ironically, the student protests in China were caused by the government itself, by encouraging so many young Chinese to come to the U.S. to study and learn at American universities. Once these young people became acclimated to living in a free society and to the democratic way of life, they could not be satisfied with living under a dictatorship.“<sup>532</sup>

Es lässt sich vermuten dass dieser Leserbrief vor allem abgedruckt wurde, da er die dominante Lesart der Proteste in China unterstützte – eine Darstellung, die sich ideologisch aufgeladener Frames bediente und in vielen Fällen von einem teleologischen Geschichtsverständnis geprägt war, das die Strukturen der kapitalistischen Welt als Ziel eines globalen Entwicklungsprozesses propagierte. So erklärte beispielsweise die *New York Times* ihren Lesern die Ereignisse in China mit der Aussage: „All that is taking place is a battle for the political and economic freedoms this country won two centuries ago. They have become the dreams and passions of hundreds of millions of people all over the world who fight to the death for them, against Communism and other tyrannies.“<sup>533</sup>

---

<sup>530</sup> NYT, Anthony Lewis, 21.05.1989, S. E27.

<sup>531</sup> WSJ, Schiffman, 15.01.1987, S. 26.

<sup>532</sup> WSJ, Leserbrief von Haven Bradford Gow, 21.06.1989, S. A17.

<sup>533</sup> NYT, A.M Rosenthal, 6.4.1989, S. A31.

Dieser Topos lässt sich bereits in Artikeln über die Demonstrationen vom Dezember 1986 finden, als das *Wall Street Journal* die Proteste als das Erwachen eines bis dahin „versklavten“ Volkes bezeichnete:

„Now that they [die Studenten] value concepts such as freedom, justice, human rights, and equal rights and protection under the law, they want to see these concepts become an everyday reality in China. Because they have attained a high level of literacy – moral, cultural and intellectual, they now recognize that each individual possesses intrinsic moral worth and dignity, and that they should not be treated as slaves.“<sup>534</sup>

Die Repräsentation der Demonstrationen suggerierte in vielen Fällen, man könne in den Ereignissen in China wichtige Schritte eines Entwicklungsprozesses in Richtung des westlichen Vorbildes erkennen. Dieser werde durch die steigende Verfügbarkeit an Informationen über den „besseren“ Lebensstil der westlichen Demokratien angetrieben. Je höher das „moralische, kulturelle und intellektuelle“ Niveau der chinesischen Bevölkerung in der Reformperiode werde, desto heftiger begehre sie gegen ihre kommunistischen Unterdrücker auf.

Die zehn Meter hohe Statue der „Göttin der Demokratie“ (*minzhu nüshen* 民主女神), die Kunststudenten am 30. Mai 1989 gegenüber dem Portrait von Mao Zedong auf dem Tian’anmen-Platz errichteten, wurde zu einem der wichtigsten Symbole im Diskurs über kulturelle Einflüsse auf die Bewegung. Bereits einen Tag nach der Errichtung der Statue berichtete die *New York Times* Studenten hätten eine „selbstgemachte Kopie der Freiheitsstatue“ auf dem Tian’anmen-Platz enthüllt hätten, die allerdings im chinesischen Staatsfernsehen als eine „Beleidigung der nationalen Würde“ diffamiert worden sei.<sup>535</sup> Der Korrespondent der *New York Times* führte aus, die Studenten hätten die Statue so konstruiert, dass es unmöglich sei sie zu demontieren, ohne sie völlig zu zerstören. Die chinesischen Behörden würden daher sicherlich zögern, „dabei fotografiert zu werden, wie sie eine Kopie der Freiheitsstatue zertrümmern“. Die US-Presse zeigte großes Interesse an dieser vermeintlichen Replik eines ihrer wichtigsten kulturellen Symbole. Die Statue avancierte rasch zu einem Brennpunkt der Kontroverse um die kulturelle und politische Ausrichtung der Bewegung. Sie wurde von der US-Presse immer wieder als Beleg für die vermeintliche Orientierung der chinesischen Aktivisten am Vorbild der

---

<sup>534</sup> WSJ, Schiffman, 15.01.1987, S. 26.

<sup>535</sup> NYT, Kristof, 31.05.1989.

USA angeführt. Dabei kam es häufig zur Hybridisierung des politischen Symbolismus, wie sich beispielsweise aus einem Artikel des *Wall Street Journal* erkennen lässt, das den Namen der Statue in Beijing („Goddess of Democracy“) mit der New Yorker Freiheitsstatue („Statue of Liberty“) zur „Goddess of Liberty“ amalgamierte.<sup>536</sup>

Die US-Berichterstattung über die Statue übergang jedoch deren Ähnlichkeit mit der Statue „Worker and Kolkhoz Woman“, die 1937 auf der Weltausstellung in Paris gezeigt und anschließend in Moskau aufgestellt wurde.<sup>537</sup> Diese Statue dürfte den chinesischen Aktivisten bekannt gewesen sein, da sie seit 1947 das offizielle Logo des Filmstudios *Mosfilm* war und somit im Vorspann vieler sowjetischer Filme zu sehen war, die auch in China gezeigt wurden.<sup>538</sup> Die Quellenlage ist an dieser Stelle widersprüchlich: Während manche der Aktivisten die (chinesische) Originalität der Statue betonten, vertraten andere das Argument, sie sei tatsächlich als Replik der Freiheitsstatue konzipiert worden.<sup>539</sup>

Wie bereits in Kapitel 4.2 ausgeführt, veränderte sich nach der Niederschlagung der Bewegung die Darstellung des kulturellen Einflusses der USA. In der Folgezeit wurden die Demonstrationen immer weniger dem Vorbild der US-Demokratie, sondern dem demokratischen Streben des chinesischen Volkes zugeordnet. Dies manifestierte sich auch im Diskurs über die Statue der „Göttin der Demokratie“. In einem Leserbrief vom 6. Juni 1989 merkten zwei Leser der *New York Times* an, die Statue sei (ebenso wie die demokratischen Ideale, die der Bewegung zugeschrieben wurden) keineswegs nur von den USA inspiriert, sondern orientiere sich vielmehr am universalen Wert „Freiheit“:

„We don't imagine the students in Tiananmen Square erected their statue of the Goddess of Democracy to make a gesture toward the United States. The goddess' posture and torch came from our Statue of Liberty, but the name and

---

<sup>536</sup> WSJ, Claudia Rosset „The Party pulls the Trigger“, 05.06.1989, S. A14.

<sup>537</sup> [http://1.bp.blogspot.com/\\_PjJcExt6I-](http://1.bp.blogspot.com/_PjJcExt6I-)

[w/SwyQhchNbAI/AAAAAAAAALI/BiSynwzpTG0/s1600/worker\\_peasant\\_statue.jpg](http://1.bp.blogspot.com/_PjJcExt6I-w/SwyQhchNbAI/AAAAAAAAALI/BiSynwzpTG0/s1600/worker_peasant_statue.jpg)

<sup>538</sup> Einen Überblick über die sowjetische Filmlandschaft und die Rolle sowjetischer Filmproduktionen im Kalten Krieg bietet Birgit Beumers: Soviet and Russian Blockbusters. A Question of Genre?, in: *Slavic Review* 62 (3), Herbst 2003, S. 442-454.

<sup>539</sup> Tsao Hsingyuan ging Ende Juni 1989 in Berkeley im Detail auf die Vorbilder für die Statue ein. Er führte aus, die Vereinigung der Studenten Beijings habe eine Replik der Freiheitsstatue vor New York vorgeschlagen, dies sei jedoch von Studenten der Central Academy abgelehnt worden, die nicht zu offen pro-amerikanisch sein und die Statue zudem nicht als simple Kopie konzipieren wollten. Tsao beschrieb: „What was called for, the students felt, was a new work of universal appeal, Chinese only in the eclectic way that today's China sometimes borrows what it needs from foreign cultures.“ Daher hätten sie sich für die Statue einer gesunden, jungen Frau entschieden, für die sich an der russischen Schule des revolutionären Realismus orientiert hätten. Das wichtigste Vorbild für das Gesicht der „Göttin der Demokratie“ sei letztendlich die Statue des Arbeiters und der Kolchose-Arbeiterin gewesen, die 1937 auf der Weltausstellung in Paris gezeigt wurde. Siehe Han 1990, S. 342-348.



Phrygian cap doubtless echoed the French Revolution's Goddess of Reason. The statue erected by the students was universal, a symbol for freedom in China and every country. The students made that clear by singing „the Internationale“, the socialist anthem for all nations. Nevertheless, those students died in the shadow of a symbol that is specifically ours, too.“<sup>540</sup>

Dies illustriert wie neben Konzepten auch materielle Symbole in Abhängigkeit von der sich verändernden politischen Situation re-interpretiert wurden. In ihrem Versuch zu erklären, warum die Aktivisten ein derart interpretationsoffenes Monument errichteten, verweist die Historikern Sumathi Ramaswamy auf Mimesis. Sie führt mit Bezug auf die „Göttin der Demokratie“ aus:

„I would like to suggest that what we were possibly witness to is the establishment of a palpable contact with the West, an act of sympathetic magic [...] In other words, rather than keeping the world at bay, mimesis brings it closer, forging a bridge between self and other, creating a community of sympathy and action. Such sympathetic action resulted in the replication of the Goddess of Democracy outside China.“<sup>541</sup>

Was auch immer die konkreten Motive der Erbauer der Statue gewesen sein mögen – aus den untersuchten Zeitungsartikeln wird deutlich, dass die Statue im Frühsommer als Projektionsfläche für politische Ideologien diente und seitens der US-Medien immer wieder instrumentalisiert wurde, um die vermeintliche Orientierung der chinesischen Aktivisten am Vorbild der USA zu belegen.

### Referenzbewegungen und der globale Kontext der Demonstrationen

Besonders aufschlussreich für den Diskurs über ausländische Einflüsse auf die Bewegung in China 1989 ist der globale Kontext, in den die untersuchten Zeitungen die Demonstrationen einordneten. Die historischen Parallelen, die sowohl in den Zeitungen, als auch in den Sendungen der VOA und BBC nach China gezogen wurden, lassen wichtige Aufschlüsse darüber zu, wie diese Medien die Ereignisse in China verstanden.

Bereits 1986 benutzte der *Christian Science Monitor* die Metapher „Wind der Reform“ (*wind of reform*) und argumentierte, selbst Chinas Führung könne nicht umhin, diesen zu bemerken. Diese Metapher wurde auch 1989 wieder aufgegriffen, als die Zeitung

---

<sup>540</sup> Leserbrief von Paul Berman und David Denby vom 06.06.1989, NYT, 11.06.1989, S. E28.

<sup>541</sup> Ramaswamy 2011, S. 202.

ausführte, der „Wind der Reformen für mehr demokratische Rechte“ wehe durch ganz Asien und erfasse sogar die Philippinen, Südkorea und das „andere China“, womit Taiwan gemeint war.<sup>542</sup> Der *Christian Science Monitor* fasste dies als einen „weltweiten Trend in Richtung politische Reformen und Demokratie“ zusammen.<sup>543</sup>

Viele der untersuchten Artikel und Radiosendungen ordneten die Entwicklung der Bewegung in China in den Kontext eines umfassenden Prozesses des Wandels ein. Bereits 1986 hatte die *Washington Post* dargelegt, die Unruhen in China und der Sowjetunion wären aus dem gleichen Dilemma heraus entstanden und seien eine logische Entwicklung in einer jeden totalitären Gesellschaft, die nach der „Macht moderner Technologie“ strebe und versuche, den Wohlstand der Bevölkerung zu erhöhen.<sup>544</sup> Das Jahr 1987, so die *Washington Post*, habe daher politische und soziale Unruhen in gleich mehreren kommunistischen Ländern gesehen: Streiks in Polen, Unruhen in der Sowjetunion und „massive Demonstrationen für Demokratie in China“. Vor diesem Hintergrund würden Führungsfiguren wie Gorbatschow in Moskau und Jaruzelsky in Polen versuchen, den „Teufelskreis aus Aufständen und Unterdrückung“ durch eine „Politik der kontrollierten Reform“ zu durchbrechen. Die chinesische Führung hingegen habe niemals wirklich versucht, die Studentenunruhen in eine konstruktive Richtung zu lenken und das Land stattdessen dem „bekannten Kreislauf aus Unterdrückung und Revolte“ unterworfen.

Die untersuchten Medien maßen den Protesten in China immense historische Bedeutung bei. „Die Revolutionen aus unseren Geschichtsbüchern“, schrieb die *Washington Post* Anfang Juni 1989, „geschehen genau hier auf dem Fernsehbildschirm.“<sup>545</sup> In Momenten wie diesen könne man nur „mit offenem Mund daneben stehen“, denn:

„Here is Valley Forge and the Bastille. Here is the taking of the Winter Palace and the massive demonstration led peaceably by Gandhi. Here are the anti-apartheid blacks (and some whites) of South Africa, or, even the ordinary soldier on Mao's Long March. Here is revolution.“<sup>546</sup>

Die Szenen in Beijing seien „ohne Gleichen in der 40-jährigen Geschichte des Kommunismus in China“, aber dennoch ebenso alt wie die revolutionären Ideale von

---

<sup>542</sup> CSM, 23.12.1986, S. 13.

<sup>543</sup> CSM, Tyson, 16.05.1989, S. 3.

<sup>544</sup> WP, 25.12.1986, S. A22.

<sup>545</sup> WP, Richard Cohen, 06.06.1989, S. A23

<sup>546</sup> Ebd.

Freiheit und Demokratie. Sie seien ein „Echo von Solidarnosc, der Französischen und der Russischen Revolution“.

Eines der am häufigsten herangezogenen Referenzereignisse war die „People Power Revolution“ auf den Philippinen zwischen 1983 und 1986, die zum Sturz des autoritären Regimes von Ferdinand Marcos führte. In der US-Presse fand die „People Power Revolution“ wesentlich häufiger Erwähnung als die Aufstände und Reformbewegungen im Ostblock. Dies steht jedoch in deutlichem Kontrast zu den Äußerungen der Aktivisten, für die die Ereignisse auf den Philippinen, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Als sich abzeichnete, dass die Demonstrationen in China nicht zum Sturz des Systems führen würden, änderte sich der historische Referenzrahmen der US-Presse. Nachdem die chinesische Regierung den Demonstrationen ein Ende gesetzt hatte, wurde nun der Kontrast zwischen China und dem parallel in Polen stattfindenden friedlichen Umbruch in den Vordergrund gerückt. Während es in Beijing zu einer „brutalen militärischen Niederschlagung“ gekommen sei, könne man in Polen die „chaotischen Geburtsschmerzen einer quasi-demokratischen Regierung“ beobachten.<sup>547</sup> Besonders ironisch, so die *Washington Post*, sei dabei die zeitliche Koinzidenz der Niederschlagung von Demonstrationen in China und den ersten freien Wahlen in Polen seit 1945. Die Kontraste in der kommunistischen Welt, schlussfolgerte die Zeitung, „könnten in der letzten Woche kaum größer gewesen sein“.<sup>548</sup> Das „Massaker in Beijing“ zeige daher, dass der Trend in Richtung Demokratie in der kommunistischen Welt „bei weitem keine Sicherheit“ sei.<sup>549</sup> Dennoch waren die meisten Artikel von der Überzeugung geprägt, dass sich das demokratische System früher oder später durchsetzen würde, da die Unterdrückung demokratischer Aspirationen immer nur temporär gelingen könne. Wie der *Christian Science Monitor* ausführte:

„Calls for democracy, after all, can only be momentarily quelled by the use of riot clubs and arrests, because such demands are rooted within the deepest aspirations of the individual to be free.“<sup>550</sup>

Die Analyse der Berichterstattung zeigt, dass Referenzen zu historischen und aktuellen Ereignissen im Ausland genutzt wurden, um die Bewegung in China in einen

---

<sup>547</sup> WP, Michael Dobbs, 05.06.1989, S. A1.

<sup>548</sup> CSM, Gary Thatcher, 07.06.1989, S. 1.

<sup>549</sup> WP, Michael Dobbs, 05.06.1989, S. A1.

<sup>550</sup> CSM, „To the Streets in China“, 23.12.1986, S. 13.

bestimmten historischen/politischen Kontext einzuordnen. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Ereignisse aus der US-amerikanischen Geschichte, wie den Unabhängigkeitskrieg (1775-1783) oder die Bürgerrechtsbewegung der 1960er, die Französische Revolution oder die „People Power Revolution“ auf den Philippinen (1983-1986). Die untersuchten Zeitungen betteten die Demonstrationen in China in einen globalen Prozess des Wandels ein, der sich zwangsläufig aus Reformversuchen der sozialistischen Staaten ergäbe. Insgesamt suggerierte die Berichterstattung, die Proteste seien als Teil eines globalen (vom Westen angeführten) Strebens nach Freiheit und Demokratie zu verstehen. Die gewählten historischen Verweise betonten zudem die historische Bedeutung der Bewegung und schrieben ihr revolutionäres Potential zu.

### Die Forderungen der Aktivisten

Das letzte Kapitel beschäftigte sich mit dem historischen Referenzrahmen, in den westliche Beobachter die Demonstrationen in China 1989 einordneten. Wie die Analyse in Kapitel 4.2 zeigte, stellten die untersuchten US-Tageszeitungen die Bewegung als vom Westen (dabei hauptsächlich den USA) inspiriert dar. Der nun folgende Abschnitt kontrastiert diese Beschreibung mit dem Selbstverständnis der Aktivisten, ebenso wie mit dem ideologischen und kulturellen Referenzrahmen, dem sie ihre Bewegung zuordneten. Um die Gründe für diese Auswahl an Referenzereignissen untersuchen zu können, wird der folgende Abschnitt zunächst die konkreten politischen Forderungen der Aktivisten von 1989 einer genauen Betrachtung unterziehen.<sup>551</sup> Diese Forderungen artikulierten sie auf Wandpostern mit großen Schriftzeichen (*dazibao* 大字报), Wandpostern mit kleinen Schriftzeichen (*xiaozibao* 小字报) ebenso wie in Reden und Interviews, die sie Angehörigen der ausländischen Presse gaben. Die Analyse dieser Dokumente wird zeigen, dass sich die Forderungen der Aktivisten auf mehrere miteinander verbundene Aspekte konzentrierten: Pressefreiheit, die Bekämpfung von Korruption und Nepotismus sowie Rechtsstaatlichkeit, in Kombination mit der Revision vorangegangener politischer Kampagnen. Die Forderungen der Aktivisten lassen sich mit Foucaults Idee des „direkten Konflikts“ (*immediate struggle*) erfassen,<sup>552</sup> da die Demonstranten die ihnen am nächsten liegenden Machtinstanzen, deren Handlungen sie direkt beeinflussten, kritisierten. Zumindest in der Anfangsphase der Proteste ging es

---

<sup>551</sup> Eine der umfassendsten Analysen der Forderungen der Aktivisten aus einer soziologischen Perspektive findet sich in Calhoun 1994, S. 240 bis 260.

<sup>552</sup> Siehe hierzu Foucault 1982, S. 780.

ihnen keineswegs darum, einen Hauptfeind, wie etwa das kommunistische System, zu benennen, sondern vielmehr um die Verfehlungen ihrer politischen Führung. Mit ihren Demonstrationen lehnten sie sich gegen diejenigen Mechanismen auf, die Foucault als Privilegien des Wissens (*priviledges of knowledge*) bezeichnet: Machteffekte, die sich auf Wissen, Kompetenz und Qualifikation auswirken.<sup>553</sup>

### *Pressefreiheit*

Der erste große Komplex an Forderungen konzentrierte sich auf Pressefreiheit. Im Frühling 1989 waren derartige Apelle diese ubiquitär zu vernehmen – nicht nur innerhalb der Demonstrationen, sondern auch in den Reihen der chinesischen Presse. Besonders in der Frühphase der Demonstrationen im April 1989 standen Forderungen nach einer ehrlicheren und akkurateren Berichterstattung über die Proteste, die bis zu diesem Zeitpunkt in der staatlichen Presse ignoriert oder heruntergespielt worden waren, im Vordergrund. Für die Demonstranten war dies besonders nach einem Leitartikel in der *Renmin Ribao* vom 26. Mai 1989, in dem die Bewegung als „unpatriotisch“ diffamiert worden war, von großer Wichtigkeit. Vor dem Hintergrund der Diskreditierungsversuche der chinesischen Regierung entwickelten sie eine Gegennarrative, in der sie kontinuierlich die patriotische Natur ihrer Bewegung betonten. Je mehr die staatliche Presse die Bewegung attackierte, desto vehementer forderten die Aktivisten eine objektive Berichterstattung über ihre Protestaktionen.

Abgesehen vom negativen Framing der Bewegung in den staatlichen Medien trieb vor allem das strenge Zensursystem die Demonstranten auf die Straßen. Im Verlauf der Proteste ließen sich in Beijing immer mehr *dazibao* finden, deren Verfasser ihrer Wut darüber Ausdruck verliehen, dass es ihnen nicht gestattet war, ihre politischen Führer zu kritisieren oder deren politische Theorien zu hinterfragen. Manche prangerten dies als eine gezielte Methode an, um die Bevölkerung nicht zu Wort kommen zu lassen, denn: „In this centralized system, if open criticism of the government were allowed, the government would lose its authority over society.“<sup>554</sup>

Wieso war Presse und Meinungsfreiheit 1989 für Chinas gebildete Elite derart wichtig? Auf der einen Seite mag dies darin begründet gewesen sein, dass Pressefreiheit eine zentrale Rolle in der Entwicklung sozialer Bewegungen spielt. Die Aktivisten waren auf freie Berichterstattung angewiesen um Anhänger zu rekrutieren, Unterstützer zu

---

<sup>553</sup> Siehe ebd., S. 781.

<sup>554</sup> „Why does China need democracy?“, *dazibao* vom 12. Mai 1989 an der Peking Universität (BeiDa), in: Han 1990, S. 156.

gewinnen und ihre Bewegung im öffentlichen Raum repräsentieren zu können. Auf der anderen Seite mögen auch schichtspezifische Bedürfnisse der chinesischen Intellektuellen eine Rolle gespielt haben. Wie bereits in Kapitel 2.4 ausgeführt, war die Medienlandschaft der Volksrepublik China seit ihrer Gründung 1949 strikter staatlicher Kontrolle unterworfen. Die staatliche Überwachung umfasste alle Ebenen des journalistischen Alltags und erstreckte sich selbst auf die Lokalredaktionen der Provinzzeitungen. Die chinesischen Medien sollten vor allem als Sprachrohr der politischen Interessen der Regierung dienen. Daher gelang es ihnen nicht, sich eine Position als „Vierte Gewalt“ zu erkämpfen und die Arbeit der Regierung kritisch zu kommentieren oder sogar zu überwachen. 1989 protestierten viele der Aktivisten gegen diese Sprachrohrfunktion der Medien. So forderte beispielsweise ein Student Ende April 1989: „Nachrichten sollten ein echtes Sprachrohr der Bevölkerung sein, und nicht nur der Regierung“.<sup>555</sup> Viele der Aktivisten verstanden eine Reform des Mediensystems zudem als Voraussetzung für weitergehende politische Reformen. So schrieb ein anonymes Mitglied auf einem *dazibao*:

„It is not hard for all to comprehend, that press reform is the most appropriate breakthrough point for political reform. Public opinion functions both as a constructive and supervisory force. It is not for no reason that western nations call the public press the ‚fourth power‘.“<sup>556</sup>

1989 gehörte eine Kontrollfunktion der chinesischen Medien jedoch in den Bereich der politischen Utopie. Selbst wenn es den chinesischen Journalisten zu einem gewissen Grad möglich war, über problematische Themen zu berichten, so wurden sie dennoch angewiesen positive Aspekte in den Vordergrund zu rücken. Um sicherzugehen, dass die politischen Anweisungen der KPCh in der journalistischen Praxis auch umgesetzt wurden, unterlag die Presse einer ganzen Reihe von Restriktionen. Die Nachrichtenagentur *Xinhua* (新华) spielte in diesem System eine wichtige Rolle – sie war die einzige Quelle an Informationen von innerhalb und außerhalb der Volksrepublik und

---

<sup>555</sup>Im Original: *Xinwen yao shizhi zhenzheng chengwei renmin de hoeshe, er bu jinjin shi dang de hoeshe* 新闻要使之真正成为人民的喉舌，而不仅仅是党的喉舌. Artikel aus der *Ta Kong Pao* 大公报 vom 30.04.1989: *Yuan Mu yu xuesheng duihua neirong zhuyao* 袁木与学生对话内容摘要 [Zusammenfassung des Dialogs zwischen Yuan Mu und den Studenten], S. 13-28, in: He 1989, S. 16.

<sup>556</sup>*Dazibao* eines Studenten vom 1. Mai 1989, in: Han 1990, S. 106.

konnte durch dieses Monopol den Inhalt der Medien effizient regulieren.<sup>557</sup> Dies stellte für die Bewegung von 1989 ein nicht unerhebliches Problem dar: Weil es den Aktivisten nicht möglich war, der Bevölkerung ihr Anliegen durch die Verbreitung eigener Publikationen zu erklären, waren sie auf eine akkurate Darstellung in den staatlichen Medien angewiesen. Da dies jedoch nicht gewährleistet war, forderten sie eine Aufhebung des Monopols der Regierung über die Herausgabe von Publikationen aller Art, das in den Quellen häufig als „Zeitungsverbot“ (*baojin* 报禁) bezeichnet wurde.<sup>558</sup> Von einer Reform des Presserechts und der Gewährung von Meinungsfreiheit erhofften sich die Aktivisten bessere Arbeitsbedingungen in ihrer Rolle als Intellektuelle, die in ihrer Arbeit auf Meinungs- und Publikationsfreiheit angewiesen sind. Darüber hinaus waren sie aus strategischen Gründen auf eine akkurate Darstellung ihrer Forderungen und Aktivitäten in den Medien angewiesen. Die Motive für Forderungen nach mehr Pressefreiheit waren somit sowohl schichtspezifisch als auch strategisch motiviert.

### *Ein Ende von Korruption (tanwu 贪污) und Nepotismus (guandao 官倒)*

Ein weiterer Komplex an Forderungen konzentrierte sich auf ein Ende der weit verbreiteten Korruption, beziehungsweise der Bereicherung von Staatsdienern auf Kosten des Volkes (*guandao* 官倒).<sup>559</sup> Während der Diskurs der gebildeten Elite über abstrakte Themen wie Demokratie und Presse-/Redefreiheit die Lebenswirklichkeit der meisten Chinesen nur peripher tangierte, erwies sich das explosive Thema Korruption

<sup>557</sup> Zudem wurde 1987 eine weitere Institution für Medienkontrolle namens *Xinwen chubans zongshu* 新闻出版总署 geschaffen, das Presse- und Publikationsamt. Dieses unterstand direkt dem Staatsrat der VR und hatte den Rang eines Ministeriums. In den späten 1980ern war diese Behörde unter anderem für die Veröffentlichung von Zeitungen und Magazinen verantwortlich.

<sup>558</sup> *Tiananmen guangchang jingzuo xuesheng dui zhengfu de yaoqiu* 天安门广场静坐学生对政府的要求 [Die Forderungen der auf dem Tian'anmen-Platz sitzstreikenden Studenten an die Regierung] vom 18. April 1989, in: He 1989, S. 106.

<sup>559</sup> Betrachtet man die Kulturgeschichte des Phänomens, so zeigt sich, dass bereits in den konfuzianischen Klassikern die Korruption der Regierung angeprangert wurde – Korruption wurde sowohl als ökonomisches wie auch moralisches Problem wahrgenommen. Ein Herrscher, der im moralischen Sinn korrupt war, verlor nach diesem Verständnis sein „Himmliches Mandat“ (*tianming* 天命), also die Legitimation seiner Macht. Ausufernde Korruption war bereits in vorchristlicher Zeit ein legitimer Grund für Aufstände und Rebellionen, besonders da sie als eine Verfallserscheinung des politischen Systems und Vorzeichen des Niedergangs der herrschenden Dynastie verstanden wurde. Wenn Korruption und moralischer Verfall als Indikatoren für das Ende eines dynastischen Zyklus wahrgenommen wurden, wird die heftige Reaktion der KPCh auf die Protestbewegung 1989 nachvollziehbarer. Ein Faktor, der die Eindämmung der Korruption massiv erschwerte, war die Stellung dieser Art von Vergehen im chinesischen Rechtssystem. Korruption wurde nicht als juristisches, sondern vielmehr als moralisches Problem angesehen, wodurch es nicht den Bestand einer Straftat erfüllte. Als Konsequenz daraus wird Korruption in China selbst heute noch lediglich auf einer funktionalen Ebene bekämpft, also nur sobald korrupte Praktiken sich soweit ausgebreitet haben, dass sie die Herrschaftslegitimation der Partielite gefährden. (Thomas Heberer: Korruption in China. Analyse eines politischen, ökonomischen und sozialen Problems, Opladen 1991, S. 183 ff.)

als ein starkes Bindeglied zwischen den studentischen Demonstranten und anderen Schichten der Bevölkerung.<sup>560</sup>

Da die Mehrheit der chinesischen Arbeiter und Angestellten auf vom Staat festgelegte Löhne angewiesen war, bedrohte die steigende Inflation ihre Lebensgrundlage. Im Zuge der Reformpolitik hatte sich die KPCh von den egalitären Praktiken, die ihre Politik in der Frühphase der Volksrepublik geprägt hatten, verabschiedet. Dies führte zu einer Verschärfung der sozialen Disparitäten, die Beschwerden über Korruption neue Brisanz verlieh. Wie Perry Link beschreibt, litt China in den 1980ern unter vielen verschiedenen Arten von Korruption, darunter Bestechung, Nepotismus oder Geld zu leihen und es unter der Androhung politischer Vergeltung niemals zurückzuzahlen.<sup>561</sup>

Die *dazibao* des Jahres 1989 zeigen jedoch, dass *guandao* die Form von Korruption war, die den höchsten Grad an öffentlicher Empörung hervorrief. *Guandao*, ein Begriff der sich mit „Selbstbereicherung von Beamten“ umreißen lässt, verbreitete sich im Laufe der ökonomischen Reformen mit rapider Geschwindigkeit. Chinesische Staatsdiener bewiesen einen hohen Grad krimineller Energie um sich und ihre Familienmitglieder auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Die Methode war ebenso simpel wie auch effektiv: Ein Beamter (oder ein Mitglied seiner Familie) kaufte Güter zu niedrigen, staatlich festgelegten Preisen und verkaufte sie anschließend mit großem Gewinn auf dem freien Markt weiter. Der Umsatz dieser Art illegaler Transaktionen belief sich auf Millionen Yuan. Die Kinder hochrangiger politischer Führer, wie zum Beispiel die Söhne Li Pengs oder Zhao Ziyangs, hatten zudem wichtige Ämter in den neuen Sonderwirtschaftszonen im Süden inne. In der öffentlichen Wahrnehmung hatten sie diese nicht nur ausschließlich durch die politische Stellung ihrer Väter erhalten, sondern nutzten ihre Machtposition zudem skrupellos aus, um Profite abzuschöpfen. Diese kriminellen Praktiken verstärkten den Eindruck, dass sich hohe Kader und deren Familien außerhalb der Reichweite des Gesetzes befänden und sich in einem straffreien Raum bewegten. Ein Student beschrieb die halbherzigen Versuche der Regierung *guandao* zu bekämpfen im Frühsommer 1989 mit der Metapher „Lauter Donner, aber kaum Regen“ (*leisheng da, yudian xiao* 雷声大，雨点小).<sup>562</sup> Der Eindruck, die Regierung sei nicht wirklich daran interessiert gegen Korruption in ihren eigenen Reihen vorzugehen, erzürnte einen steigenden Teil der Bevölkerung und spielte infolgedessen eine wichtige Rolle in der 1989er-Bewegung. So lautete ein beliebter Slogan der Demonstranten:

---

<sup>560</sup> Siehe hierzu vor allem Calhoun 1994, S. 247.

<sup>561</sup> Link 1993, S. 55.

<sup>562</sup> Zitiert nach einem Studenten der Universität für Luft- und Raumfahrt in Beijing, in: He 1989, S. 14.



„*Guandao, guandao, bu da bu dao* 官倒, 官倒, 不打不倒“ (in etwa: „Wenn wir *guandao* nicht bekämpfen, wird die Situation sich nie verbessern“).<sup>563</sup>

Die steigende Korruption wurde nicht nur von Studenten und prominenten Intellektuellen als großes Problem wahrgenommen, sondern erwies sich auch als eine wichtige Brücke zu anderen Teilen der Bevölkerung. Indem die Aktivisten sich öffentlich gegen Korruption einsetzten, stellten sie ihre Bewegung als an einem größeren Ziel orientiert dar – einem Ziel, von dessen Erreichung auch andere Schichten der Bevölkerung profitieren würden. Mit dem Fortschreiten von Chinas sozialer und ökonomischer Transformation verurteilte die Öffentlichkeit *guandao* zunehmend als antisoziales Verhalten, das die Inflationsrate erhöhte und somit jede Hoffnung auf ein Wiedererstarken des Landes zunichte machte.<sup>564</sup> Viele Reden und *dazibao* aus dem Frühjahr 1989 vermitteln einen Eindruck davon, wie ungerecht die Aktivisten die Beugung des Rechts für die Mächtigen des Landes empfanden:

„I suggest my fellow students that we organize investigation committees, that we act as the masters of our country and investigate corruption in our government. [...] In the meantime, we will make known the facts about all corrupt government officials, and no matter how high their position, no matter how powerful they are, have them tried and sentenced according to the law.“<sup>565</sup>

Um die Öffentlichkeit über die illegalen Aktivitäten hoher Beamter aufklären zu können, war Pressefreiheit von grundlegender Bedeutung. Angesichts der Unfähigkeit der chinesischen Regierung, effektiv gegen korrupte Praktiken in ihren eigenen Reihen vorzugehen, suchte Chinas gebildete Elite nach Möglichkeiten diesen ein Ende zu setzen. Viele der Aktivisten verstanden Demokratie als Mittel zur Eindämmung von Korruption. Je länger die Proteste dauerten, desto mehr Aktivisten machten nicht nur die persönliche Gier von Staatsdienern für die Verbreitung von Korruption und *guandao* verantwortlich, sondern lasteten diese dem politischen System an sich an. Als Ausweg forderten sie daher eine umfassende Reform des politischen Systems. Der Anstoß zu politischen Veränderungen sollte jedoch von unten kommen, da sich die Reformversuche seitens der KPCh als ineffektiv erwiesen hätten.

---

<sup>563</sup> Ebd., S. 13.

<sup>564</sup> Calhoun 1994, S. 251.

<sup>565</sup> Rede von Professor Chen Mingyuan am 23. April 1989 an der Beijing University (aufgezeichnet und verschriftlicht durch das Autonome Vorbereitungscommittee der Studenten der BeiDa), in: Han 1990, S. 124-126.

Während viele Aktivisten Demokratie als Schlagwort ohne konkrete inhaltliche Füllung verwendeten, äußerten andere komplexe politische Ansichten. So verurteilte ein Professor der *Beijing Daxue* (Peking Universität) Korruption als klare Konsequenz der Einparteienherrschaft:

„Corruption, such as embezzlement and bribery may occur in any country, no matter how democratic it is. In a democratic country, however, one is unlikely to find corruption as rampant as it is in China today, where nine out of ten government officials are corrupt. [...] What has caused Chinese intellectuals to despair is their realization that a single-party system has no immunity against corruption, that such a system is the breeding ground for corruption, and that as long as the Party's power is free from any check, any attempt by the Party to eliminate corruption from the top down will have no real effect.“<sup>566</sup>

Angesichts der soziokulturellen Veränderungen der 1980er liegt die Vermutung nahe, dass sich die Demonstranten dem Kampf gegen Korruption nicht nur aus Engagement für das Allgemeinwohl verschrieben. Abgesehen davon, dass eine Selbstdarstellung als „anti-Korruptions-Bewegung“ ihnen die Sympathie der Bevölkerung Beijings sicherte, spielten bei vielen Studenten wohl auch karrieretechnische Erwägungen eine Rolle. Korruption und *guan dao* erschwerten gerade jungen Absolventen die Zukunftsplanung, da sich in den späten 1980ern nicht mehr zwangsläufig die besten Studenten nach dem Examen die besten Positionen sichern konnten, sondern diejenigen mit den nötigen persönlichen Kontakten. Wo diese nicht ausreichend vorhanden waren, setzten sich häufig jene durch, die über die finanzielle Kapazität verfügten, sich in die gewünschten Positionen einzukaufen. Als Konsequenz wurde der ursprünglich meritokratisch geregelte Zugang zu Chinas kultureller Elite zunehmend durch korrupte Praktiken ausgehöhlt. Aufgrund dessen lässt sich vermuten, dass die überwiegend studentischen Teilnehmer der Bewegung sich auch dem Kampf gegen Korruption verschrieben, um der Aushöhlung eines jahrhundertlang nach dem Bildungsgrad hierarchisierten sozialen Systems entgegen zu wirken.

### *Politische Gerechtigkeit (zhengzhi zhengyi 政治正义)*

Die Proteste wurden jedoch nicht nur von einem Mangel an Pressefreiheit und der weit verbreiteten Korruption angetrieben – eine weitere Kernforderung der Demonstranten

---

<sup>566</sup> „The four Cardinal Principles“, in: Han 1990, S. 165.

war politische Gerechtigkeit, vor allem in Form einer Revision vorangegangener politischer Kampagnen. Die Massenkampagnen der letzten 40 Jahre hatten zu großem Leid unter der Bevölkerung geführt. Besonders Chinas gebildete Elite war häufig brutalen Versuchen der politischen Umerziehung ausgesetzt worden. In ihren Augen hatten vor allem das Misstrauen des sozialistischen Staates gegenüber seiner gebildeten Elite und die daraus resultierende Verschwendung menschlicher Ressourcen zu Chinas gegenwärtiger Krise geführt. Dieser Topos lässt sich häufig auf *dazibao* des Frühsommers 1989 finden:

„The system must continually strike down one group of people after another and then rehabilitate them one after another. With all this going on, who is in the mood to engage in the modernization drive? It is impossible to count how many brilliant people have been consumed and thrown away during the many large-scale movement and struggles since 1949. While other nations concentrate on economic development, we are feverishly busy tearing people down and then rehabilitating them.“<sup>567</sup>

Die hier kritisierte Praxis des Diskreditierens und anschließenden Rehabilitierens von Personen hatte ihren Höhepunkt Mitte der 1960er in der Kulturrevolution gefunden. Im Zuge der Proteste von 1989 riefen allerdings nicht die Verheerungen dieser Jahre, sondern vor allem die Kampagnen gegen „Geistige Verschmutzung“ von 1983 sowie die Kampagne gegen „Bourgeoise Liberalisierung“ von 1987 die heftigste Kritik hervor. Im Frühjahr 1989 forderten die Aktivisten daher wiederholt die „totale Negierung“ (*chedi fouding* 彻底否定) dieser Kampagnen.<sup>568</sup>

Ein weiterer Komplex politischer Forderungen konzentrierte sich auf eine Stärkung der Herrschaft des Rechts. Diese umfassten ein breites Spektrum an Reformvorschlägen, die von einer (nicht näher definierten) Stärkung der verfassungsrechtlich garantierten Freiheiten bis hin zur konkreten Forderung nach der Gleichbehandlung von einfachen Arbeitern und hochrangigen Kadern vor Gericht reichten. Auf einigen *dazibao* wurde zudem das Themenfeld Menschenrechte angesprochen, die in den meisten Fällen als eine Stärkung der Individualrechte gegenüber den Rechten der Masse verstanden wurden. Einige Demonstranten gingen in ihren Forderungen jedoch weiter und verlangten eine

---

<sup>567</sup> „Why does China need democracy?“, *dazibao* vom 12. Mai 1989, Peking Universität, in: Han 1990, S. 160.

<sup>568</sup> Siehe hierzu unter anderem *Beijing xuesheng de yaoqiu* 北京学生的要求 [Die Forderungen der Studenten in Beijing], in: He 1989, S. 106.

Stärkung der Position des Nationalen Volkskongresses, der in der Theorie zwar das Volk repräsentieren sollte, in der politischen Praxis allerdings lediglich eine marginale Rolle spielte. Angesichts der schwachen politischen Stellung des Volkes im chinesischen System beschuldigten manche Aktivisten die KPCh der Verletzung ihrer eigenen Verfassung:

„When it comes to the political structure of the entire country, the Communist Party holds a rather dubious position. [...] The Party, instead of establishing its political program through national elections, and instead of having its will expressed through the mechanism of the National People’s Congress, has placed itself high above what the Constitution has designated as the supreme organ of state power.“<sup>569</sup>

Nicht alle Verfasser von *dazibao* waren juristisch derart bewandert. Viele verlangten schlichtweg eine Umsetzung ihrer in der chinesischen Verfassung garantierten Rechte. Der Sinologe Perry Link merkt jedoch an, die Demonstranten seien sich, obwohl sie auf Bannern die chinesische Verfassung zitierten, der Schwäche ihrer Position durchaus bewusst gewesen: „[Die Demonstranten] knew that as Chinese citizen they did not enjoy that right; and they certainly did not imagine that they would gain it simply by holding up signs.“<sup>570</sup> Link erläutert, das Pochen auf der Umsetzung dieser Rechte habe vielmehr dazu gedient, eine Regierung bloßzustellen, die politische Rechte lediglich auf dem Papier gewährte. Gemäß der chinesischen Verfassung galten politische Rechte keineswegs für alle chinesischen Staatsangehörigen, sondern lediglich für das „Volk“, also die Angehörigen der sogenannten „progressiven Klassen“.<sup>571</sup> In der politischen Praxis bedeutete dies, dass nur Angehörige der Gruppen, die dem chinesischen Staat loyal gegenüber standen, politische Rechte genossen. All jene, die nicht mit den Zielen der KPCh übereinstimmten, waren davon ausgeschlossen.<sup>572</sup> Wie Petra Krüger feststellte, hatte Deng Xiaoping noch 1980 erklärt, es sei inakzeptabel Rede-, Presse-, und Versammlungsfreiheit so zu propagieren, als ob sie auch Konter-Revolutionären zur Verfügung ständen.<sup>573</sup>

---

<sup>569</sup> „Reflections on the Chinese Communist Party“, *dazibao* vom 17. Mai 1989, Peking Universität, in: Han 1990, S. 145-148.

<sup>570</sup> Link 1993, S. 182.

<sup>571</sup> Nathan 1985, S. 110.

<sup>572</sup> Ebd., S. 116.

<sup>573</sup> Krüger 1991, S. 183.

Laut Andrew Nathan band keine einzige der bis 1989 in der Volksrepublik verabschiedeten Verfassungen politische Rechte an das Individuum<sup>574</sup> – stattdessen wurden sie an der Zugehörigkeit zum Staat oder jenen Klassen, aus denen sich „das Volk“ (*renmin* 人民) zusammensetzte, festgemacht. Obwohl die Souveränität des Volkes in der Theorie anerkannt wurde, sah die chinesische Verfassung kein effektives Organ für ihre Durchsetzung vor. Dieses Verständnis politischer Rechte führte häufig zu Beschränkungen der Rechte von Rede- und Publikationsfreiheit, mit dem Argument, deren unbeschränkte Ausübung gefährde die Stabilität des Staates. Während Angehörigen bestimmten Gruppen manche Rechte somit vorenthalten blieben, galten für andere Exklusivrechte: Hohe Kader und ungelernete Arbeiter zum Beispiel verbrachten ihr Leben in zwei grundlegend verschiedenen Rechtssystemen. Die Koexistenz verschiedener inoffizieller Rechtsordnungen stieß in der Bevölkerung auf großen Unmut und fand ihren Ausdruck auf Wandpostern, wie einem *xiaozibao* vom 28. April 1989, auf dem die Gleichbehandlung aller Staatsbürger vor dem Gesetz gefordert wurde:

„Everywhere we see law replaced by power. For example, when a mayor’s son breaks the law, he is not punished by the law, but a private letter written by a provincial governor. This is the way all criminal activities committed by officials and their relatives are dealt with. Consequently, we have two systems for dealing with those who break the law – one for the average citizen, and one for Party members and their families.“<sup>575</sup>

Betrachtet man die Forderungen der Demonstranten in einer chronologischen Reihenfolge, so wird deutlich, dass ihre politischen Ziele keineswegs statisch waren, sondern einer spezifischen Dynamik unterlagen. Diese ergab sich sowohl aus den Handlungen und Reaktionen der chinesischen Führung, wie auch aus den strategischen Zielen der Aktivisten im Hinblick auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Sie passten ihre Ziele, wie sie sich in den *dazibao*, Reden und Interviews darstellten, der sich verändernden politischen Situation flexibel an. Darüber hinaus kommunizierten die Aktivisten aus taktischen Erwägungen bestimmte Inhalte zu bestimmten Zeiten: Während sich ihre Forderungen in der Frühphase der Proteste noch auf

---

<sup>574</sup> Nathan 1985, S. 111.

<sup>575</sup> „An open Letter to the Central Committee of the Chinese Communist Party and the State Council of China“, *xiaozibao* vom 28. April 1989, in: Han 1990, S. 55.

partikularistische, gruppenspezifische Aspekte konzentriert hatten (wie eine Verbesserung der Lernbedingungen an den Universitäten oder eine bessere Auswahl an Stellen, die auf Basis von Leistung anstatt Beziehungen oder Korruption vergeben werden sollten), umfassten sie später ein breiteres (und zunehmend radikaleres) Spektrum an politischen Zielen. Im Laufe der Demonstrationen begannen die Aktivisten zunehmend, sich in der traditionellen Rolle der konfuzianischen Gelehrtenbeamten zu präsentieren, während sie parallel bestrebt waren, ihre Identität als Angehörige der gebildeten Elite in der Reform- und Öffnungsperiode neu zu definieren. Im Zuge dieses Prozesses erweiterten sie den Katalog ihrer Forderungen, der sich ursprünglich auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Hochschulabsolventen konzentriert hatte, und stellten sich vermehrt als Advokaten des Allgemeinwohles dar. Parallel dazu stieg auch die Zahl jener, die eine tiefgreifende Transformation des politischen Systems forderten.

Die Analyse der *dazibao* zeigt, dass die politischen Ziele der Aktivisten umso radikaler wurden, je weniger kooperativ sich die chinesische Regierung zeigte. Besonders der Hungerstreik auf dem Tian'anmen-Platz ab Mitte Mai 1989 führte zu einer Umformulierung der politischen Forderungen: Während auf den *dazibao* des Monats April noch eine Reform des bestehenden Systems gefordert wurde, prangerten die Aktivisten mit Beginn der Besetzung des Tian'anmen-Platzes zunehmend nicht nur das Versagen einzelner Politiker, sondern des sozialistischen Systems an sich an. Dies wirft die Frage auf, inwiefern die Präsenz westlicher Medien ihre Forderungen beeinflusste – möglicherweise war die stetig radikalere Systemkritik auch von dem Versuch motiviert, im Ausland mehr Gehör zu finden. Die sukzessive Umformulierung der Ziele der Bewegung zu Gunsten grundsätzlicherer politischen Forderungen stieß jedenfalls auf ein gesteigertes Medieninteresse jenseits Chinas.

In vielen Selbstzeugnissen der Aktivisten lässt sich der Topos der „Rettung Chinas“ finden. Wie Craig Calhoun feststellte, pochte die gebildete Elite auf eine Stärkung ihrer eigenen Position im chinesischen Staat, um China aus seiner Misere zu befreien – mit dem Argument, jeglicher technologische und ökonomische Fortschritt sei ohne die nötige fachliche Expertise wertlos.<sup>576</sup> Um ihre eigene Position zu stärken (und China dadurch wieder zu Stärke und Wohlstand zu verhelfen) verlangten die Demonstranten von der Regierung eine Erhöhung des Budgets für Bildung, eine Verbesserung des Einkommens von Lehrkräften und die Veröffentlichung der Untersuchungsberichte

---

<sup>576</sup> Calhoun 1994, S. 241.

über die wirtschaftliche Situation der Hochschulen in Beijing.<sup>577</sup> Ein Professor der *Beijing Daxue* fand deutliche Worte für den Umgang der chinesischen Regierung mit den Universitäten:

„In addition, there is the issue of education, about which we have talked until our tongues bled. Why can't we have education given top priority in the finances of the government? Up to now, the government has behaved in the manner of squeezing tooth paste, and today our educational funds are no match for those of any other country in the world. The government has been crying that we must reform, that we must make China prosperous. But why is there so little spend on education? I would like to see a large-scale increase in our educational funds right away.“<sup>578</sup>

Der zu geringe Etat für weiterführende Bildung war jedoch nicht der einzige Kritikpunkt. Auch der sich verändernde Arbeitsmarkt, der Hochschulabsolventen nicht genug gut bezahlten Stellen bot, sorgte für große Unzufriedenheit. Vor diesem Hintergrund griff Chinas gebildete Elite Topoi der „Vierten-Mai-Bewegung“ von 1919 auf und betonte die Bedeutung ihres Wohlergehens für das Wohlergehen des gesamten Landes. Dabei präsentierten die Aktivisten sich als „letzte Hoffnung Chinas“:

„The only hope for the resurgence of the Chinese nation lies in the few millions of intellectuals. Under economic conditions that preclude large-scale literacy campaigns, there is only one road to the preservation of civilization: first, the pay scale of all intellectuals employed by the government, from assistant professors to full professors, must be raised, so that monthly salaries fall between 500 yuan (the amount sufficient to maintain a family of three) and 7000 yuan (the international standard for a research assistant).“<sup>579</sup>

Der besonders in der Frühphase der Proteste dominante Fokus der Aktivisten auf schichtspezifischen Bedürfnissen veranlasste viele Beobachter in Beijing zu Kritik.<sup>580</sup> Vor diesem Hintergrund lässt sich auch der medial in Szene gesetzte Hungerstreik auf dem

---

<sup>577</sup> Forderungen der Studenten der *Gaozilian Beijing* 高自联北京 [Vereinigung der Hochschulstudenten in Beijing] vom 28.04.1989, in: He 1989, S. 107.

<sup>578</sup> Rede von Professor Chen Mingyuan am 23. April 1989 an der Peking Universität (aufgezeichnet durch das „Autonome Vorbereitungscommittee der Studenten der Peking Universität“), in: Han 1990, S. 124-126.

<sup>579</sup> *Dazibao* von Mitte Mai, in: Han 1990, S. 283.

<sup>580</sup> Calhoun 1994, S. 283.

Tian'anmen-Platz verstehen: Dadurch, dass die Studenten vor den Augen der (Welt-) Öffentlichkeit ihr Leben riskierten, demonstrierten sie ihre Opferbereitschaft für die Allgemeinheit. Durch diesen heroisch inszenierten Akt der Selbstopferung versuchten sie, sich die Unterstützung breiterer Schichten der Gesellschaft zu sichern. Diese Erweiterung ihrer potentiellen Zielgruppe schlug sich auch in ihren *dazibao* nieder, in denen das Konzept „Volk“ (*renmin* 人民) seit etwa Mitte Mai 1989 eine immer größere Rolle spielte. In Reden, auf Flugblättern und *dazibao* präsentierten die Aktivisten sich zunehmend als eine moralische Instanz, die sich primär für das Wohlergehen des Volkes einsetzte. Sie argumentierten, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen seien von grundlegender Bedeutung, damit sie sich effektiver für das Wohlergehen des Volkes einsetzen könnten. Unter Rückgriff auf die kulturelle Tradition der konfuzianischen Gelehrten präsentierte die Demonstranten ihr Streben nach Presse- und Publikationsfreiheit, der Rücknahme politischer Kampagnen und mehr Rechtsstaatlichkeit als ein am Gemeinwohl orientiertes Ziel.

### *Das Demokratiekonzept der Aktivisten*

Im Diskurs über ausländische Einflüsse auf die Bewegung spielte das Thema Demokratie eine zentrale Rolle. Wie die Analyse in Kapitel 4.2 zeigte, präsentierten die vier untersuchten US-amerikanischen Tageszeitungen die Ereignisse als eine am US-Vorbild orientierte Demokratiebewegung. Die Proteste wurden in den meisten Artikeln entweder als „democracy movement“ oder „pro-democracy movement“ bezeichnet. Diese Charakterisierung findet sich jedoch nicht nur in den US-Tageszeitungen, sondern lässt sich auch in der Berichterstattung des „BBC Chinese Service“ und den Sendungen der VOA nachweisen. Aufschluss über die Frage, wie der Mythos einer chinesischen „Demokratie-Bewegung“ entstand und gezielt verbreitet wurde, gibt eine Studie von Zhou He and Jianhua Zhu<sup>581</sup> zur Berichterstattung der VOA. He und Zhu analysierten Abschriften der VOA-Sendungen auf Mandarin und stützten diese Ergebnisse durch Interviews mit Aktivisten zusätzlich ab. Eines ihrer Forschungsergebnisse ist, dass die VOA in den meisten Berichten über die Demonstrationen den Terminus „pro-Demokratie-Bewegung“ (*pro-democracy movement*) benutzte. He und Zhu schlußfolgern daher, die VOA habe durch ihre Darstellung der Ereignisse, die wie die Proteste 1976 und 1986 als reine „Frustkampagne“ anlässlich des Todes von Hu Yaobang begonnen

---

<sup>581</sup> Zhou He/Jianhua Zhu: The 'Voice of America' and China: Zeroing in on Tiananmen Square, in: *Journalism Monographs*, Nr. 143, Feb. 1994.



hätten, maßgeblich deren Benennung beeinflusst.<sup>582</sup> Ihrer Analyse zufolge verwendete die VOA die Bezeichnung „pro-Demokratie-Bewegung“ spätestens seit dem 20. April 1989 durchgehend für die Beschreibung der Ereignisse in China:

„The VOA started to present the student mourning activities as a pro-democracy movement from early on. In one of its first stories about the student mourning activities on April 14 (April 15 Beijing time), the VOA said ‘They are not mourning Mr. Hu so much as they are mourning for what he presented – compassion for intellectuals, and freedom to pursue the ideals of science, democracy, and freedom’. [...] On April 20, the VOA reported that ‘Chinese students have braved official warnings and driving rain to converge on central Beijing another day of pro-democracy demonstrations’. From that day on, the student demonstrations were consistently named ‘pro-democracy’ demonstrations or a ‘pro-democracy movement’ in almost all the VOA stories about the movement.“<sup>583</sup>

An diesem Punkt stellt sich die Frage, ob He und Zhu in ihrer Einschätzung nicht zu sehr der Darstellung der VOA verfallen, die ihre eigene Rolle häufig aus strategischen Erwägungen überzeichnete. Ob es der VOA wirklich gelang, die Ereignisse in China im Alleingang als „Demokratie-Bewegung“ zu prägen, ist fragwürdig. Die Berichterstattung des „BBC Chinese Service“ und der untersuchten US-Tageszeitungen zeigt vielmehr, dass gemeinsame Anstrengungen einer Vielzahl von Medienorganisationen zu diesem Ergebnis führte. Die konsequente Bezeichnung der Demonstrationen als „Demokratie-Bewegung“ mag in vielen Fällen ideologischen Faktoren geschuldet gewesen sein, ebenso häufig spielte jedoch sicherlich auch der Glaube der beteiligten Journalisten und Redakteure an die Ausstrahlungskraft und Überlegenheit demokratischer Strukturen eine wichtige Rolle.

Welche Bedeutung hatte das Konzept Demokratie für die Aktivisten? Um diese Frage beantworten zu können, ist es zunächst nötig, den Begriff Demokratie zu problematisieren. Wenn im westlichen Diskurs über die Bewegung in China 1989 von „Demokratie nach westlichem Vorbild“ gesprochen wurde, bezog sich dies in den meisten Fällen auf ein Konzept, das alternativ als legislative, parlamentarische oder liberale Demokratie bezeichnet wird. Der Begriff Demokratie beschreibt nach Brantley

---

<sup>582</sup> He/Zhu 1994, S. 14-15.

<sup>583</sup> Ebd., S. 15.

Womack<sup>584</sup> ein System, in dem die Formulierung von Gesetzen für eine Gesellschaft der höchste politische Akt ist. Darüber hinaus wird in einer Demokratie die Legitimität des legislativen Prozesses durch Rechte auf Versammlungs- und Artikulationsfreiheit der Bürger sowie die Kontrolle der Repräsentanten durch Wahlen gewährleistet. Damit die Bürger ihre Rechte ausüben können, sind Ausdrucks- und Informationsfreiheit geschützt. Die Freiheit, politische Organisationen zu gründen, basiert – ebenso wie der gesamte politische Entscheidungsfindungsprozess – auf dem Willen der Mehrheit. Dieser ist allerdings beschränkt durch die Interessen der Minderheiten und durch die Grenzen, die die Gesellschaft dem Staat setzt. Das grundlegende Gesetz ist die Verfassung, die Funktion und Grenzen des Staates (gemessen an den größeren Interessen der Gesellschaft) definiert. Legislative Demokratien unterscheiden sich durch die Methoden, mit denen ihre Repräsentanten ausgewählt werden. Eingeschränkt wird die Ausübung politischer Macht durch eine horizontale Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative,<sup>585</sup> die zu einer gegenseitigen Abhängigkeit und Kontrolle der staatlichen Organe führt. Weitere Beschränkungen ergeben sich aus der Kontrolle durch freie Medien. Den Bürgern steht es frei, sich in Parteien und Verbänden, Interessengruppen und Initiativen politisch zu engagieren.<sup>586</sup> Die Demokratiekonzepte der westlichen Demokratien unterscheiden sich jedoch schon untereinander so stark, dass sich nicht von einem einheitlichen „westlichen“ Demokratiekonzept sprechen lässt.<sup>587</sup>

Demokratie als Schlagwort war im Diskurs der Bewegung von 1989 weit genug gefasst, um als Projektionsfläche für eine ganze Reihe politischer Bedürfnisse zu dienen. Daher diente das Konzept als wichtiges Bindeglied zwischen den hochgradig heterogenen Angehörigen der gebildeten Elite. In einer Periode des ökonomischen Wandels und dem schleichenden Verfall der sozialistischen Ideologie, die China über 40 Jahre lang dominiert hatte, schien Demokratie eine stabile und wohlhabende Zukunft zu versprechen. Auf der innenpolitischen Ebene verstand Chinas gebildete Elite Demokratie als ein Mittel gegen Korruption und den Machtmissbrauch durch hochrangige Kader. Auf der individuellen Ebene schien Demokratie nicht nur den

---

<sup>584</sup> Womack 2005, S. 125f.

<sup>585</sup> Siehe hierzu auch Schubert/Klein, Das Politiklexikon, 2005, S. 71 f.

<sup>586</sup> Als der Begriff „Demokratie“ in Athen geprägt wurde, war er inhaltlich weitaus weniger differenziert. In Abgrenzung zu Monarchie und Aristokratie stand er lediglich für die direkte Macht des Volkes, über öffentliche Angelegenheiten zu entscheiden. Erst seit John Lockes „Two Treatise of Government“ von 1698 wird „Demokratie“ jedoch synonym mit „legislativer Demokratie“ benutzt. Zu Lockes Vorstellung der Gewaltenteilung siehe John Locke: Two Treatise of Government, London 1821, S. 313)

<sup>587</sup> Für einen Überblick über den Forschungsstand zum Thema Demokratie siehe Manfred G. Schmidt: Demokratietheorien. Eine Einführung, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen 2008.

Bedürfnissen der Intellektuellen entgegen zu kommen, sondern wurde in vielen Fällen auch als eine Chance zur persönlichen Selbstverwirklichung verstanden, wie dieses *dazibao* vom Mai 1989 illustriert:

„Democracy is not a mystical concept; it is a concrete way of conducting your life. It means that you can choose your own path in life. It means that you have the right to improve your government, the right to express your thoughts freely, and the right to write books and spread your beliefs.“<sup>588</sup>

Viele Aktivisten verstanden Demokratie zudem als ein Mittel zur Modernisierung Chinas, womit sie eine dominante Narrative der chinesischen Geschichtsschreibung seit dem Ende der Qing Dynastie 1911 aufgriffen. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts war der chinesische Diskurs über Demokratie eng mit dem Konzept der Moderne verbunden gewesen, von der China ausgeschlossen zu sein schien. Vorstellungen von Fortschritt, Moderne, Wissenschaft und Demokratie, die bereits im Modernisierungsdiskurs der „Vierten-Mai-Bewegung“ 1919 eine zentrale Rolle gespielt hatten, lassen sich auch im Diskurs der Aktivisten 1989 wieder finden. So führte der Aktivist Wu'er Kaixi in seinem „Neuen Manifest des Vierten Mai“ aus:

„While New China<sup>589</sup> has steadily advanced toward modernization, it has greatly neglected building a democracy. Although it has emphasized the role of science, it has not valued the spirit of science – democracy. [...] This student movement has but one goal, that is, to facilitate the process of modernization by raising high the banners of democracy and science, by liberating people from the constraints of feudal ideology, and by promoting freedom, human rights, and rule by law. To this end, we urge the government to accelerate the pace of political reform, to guarantee the rights of the people vested in the law, to implement a press law, to permit privately run newspapers, to eradicate corruption, to hasten the establishment of an honest and democratic government, to value education, to respect intellectual work, and to save the nation through science. [...] We only have one goal: the modernization of China.“<sup>590</sup>

---

<sup>588</sup> „It's about time, my fellow Chinese“, *dazibao* vom 25. Mai 1989 auf dem Tian'anmen-Platz, in: Han 1990, S. 293.

<sup>589</sup> Der Begriff „Das neue China“ (*Xinhua* 新华) wurde nach 1949 von der KPCh als Bezeichnung für die Volksrepublik eingeführt und findet sich im Namen von offiziellen Organisationen wieder, wie dem der Nachrichtenagentur *Xinhua*.

<sup>590</sup> „New May Fourth Manifesto“, in: Han 1990, S. 135-137.

Wie sich aus den Worten Wu'er Kaixis erkennen lässt, vertraten viele der chinesischen Intellektuellen die Ansicht, eine Modernisierung Chinas ließe sich lediglich durch die Demokratisierung von Rede- und Pressfreiheit, die Förderung weiterführender Bildung, die Etablierung einer Rechtsherrschaft und die Rehabilitierung all jener, die in der Maoistischen Ära fälschlich angeklagt worden waren, erreichen. Politische Aspekte eines demokratischen Systems, wie ein Mehrparteiensystem oder freie Wahlen, spielten, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle.

Aus den *dazibao* des Jahres 1989 wird zudem deutlich, dass die Begriffe „nationaler Fortschritt“ und „Patriotismus“ beinahe mit der gleichen Häufigkeit wie der Terminus „Demokratie“ verwendet wurden. Demokratie und Nationalismus scheinen für die Aktivisten eng verbunden gewesen zu sein. Der moderne chinesische Nationalismus entstand in einer Phase westlicher imperialistischer Übergriffe auf das Land. Der Politikwissenschaftler Zheng Yongnian argumentiert daher, die Invasion Chinas durch ausländische Mächte habe dazu geführt, dass Chinas Intellektuelle ihre individuellen Rechte dem gemeinsamen Kampf um das Überleben der Nation unterordneten.<sup>591</sup> Somit führte das Streben nach nationaler Souveränität in China nicht zu einem Streben nach individueller Selbstbestimmung, wie es in der Geschichte vieler europäischer Nationen der Fall gewesen sei. In der Phase der Reform und Öffnung in den 1980ern verlor zudem der Marxismus-Leninismus, einstmals die Basis der chinesischen nationalen Identität, stetig an Bedeutung. Er wurde durch einen ethnisch-kulturellen Nationalismus ersetzt, der die chinesische Geschichte und Kultur glorifizierte.<sup>592</sup> Nationalistisches und patriotisches Gedankengut konzentrierten sich daher auf Maßnahmen, um China zurück in die Machtposition zu verhelfen, die es jahrhundertlang in Asien innegehabt hatte. Da bereits die Reformer der späten Qing-Dynastie Demokratie als eine der wichtigsten Machtressourcen der Westmächte verstanden hatten, verstanden viele der Aktivisten von 1989 ihr Streben nach Demokratie als das logische Resultat patriotischer Bestrebungen an.<sup>593</sup>

### Chinesische Berichterstattung über den Reformprozess in der UdSSR

Die Analyse der wichtigsten Forderungen der Aktivisten des Jahres 1989 ergab, dass sie – entgegen der Darstellung in westlichen Medien – weder einen Systemumsturz zugunsten westlicher kapitalistisch-demokratischer Systeme anvisierten, noch dass sie

---

<sup>591</sup> Yongnian Zheng: Will China become democratic? Elite, Class and Regime Transition, Singapur 2004, S. 8.

<sup>592</sup> Staiger 2003, S. 532.

<sup>593</sup> Calhoun 1994, S. 242.

unter Demokratie notwendigerweise das gleiche verstanden, wie westliche Journalisten oder Politiker. Wenn sich die Demonstranten nicht am politischen System der westlichen Industrienationen orientierten, lassen sich in ihren Selbstzeugnissen andere Inspirationsquellen nachweisen? Wie bereits in Kapitel 2.3 ausgeführt, verbreiten sich Protesttaktiken und –forderungen zwischen sozialen Bewegungen über die transnationale Öffentlichkeit, wobei Medienberichte über Ereignisse im Ausland eine zentrale Rolle spielten. Vor diesem theoretischen Hintergrund untersucht das folgende Kapitel die Berichterstattung der chinesischen Medien über den Transformationsprozess in der UdSSR seit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU im März 1985. Die Analyse der Zeitungsberichte konzentriert sich auf die Frage, ob sich zentrale Elemente von Gorbatschows Reformen auch in den Forderungen der Aktivisten des Jahres 1989 finden lassen. Um einen möglichst breiten Querschnitt durch die chinesische Medienlandschaft zu erhalten, basiert dieses Kapitel auf der Datenbank des „Foreign Broadcast Information Service“. Auf Grund der Vorauswahl der CIA bietet es zwar keine vollständige Zusammenfassung der Berichterstattung – die vom FBIS übersetzten Artikel gewähren jedoch einen Einblick in die Informationen über die Reformen in der UdSSR, zu denen ein chinesischer Leser seit 1985 in chinesischen Zeitungen und Magazinen Zugang hatte.

### *Glasnost (Offenheit) und Pressefreiheit*

Ein Thema, dem die chinesischen Medien wiederholt große Aufmerksamkeit widmeten, war Gorbatschows Bestreben, *Glasnost* (im Chinesischen mit *kaifang xing* 开放性 oder *gongkai xing* 公开性 übersetzt) als eines der Leitprinzipien der Sowjetunion zu etablieren. Im Mai 1986 thematisierte das chinesische Magazin *Shijie Zhishi* 世界知识 („Weltwissen“) die Reformen in der UdSSR und erklärte: „Das Grundprinzip von Erneuerung und Reform ist, Demokratie zu zeigen und *Offenheit* auszubauen“. <sup>594</sup> Der Artikel führte aus, laut Gorbatschow verhindere ein Mangel an Demokratie jede soziale Weiterentwicklung. Der Sowjetführer habe das Prinzip *Offenheit* mit „alle Handlungen von Staat und Gesellschaft müssen unter der Aufsicht und Wachsamkeit des gesamten Volkes ausgeführt werden“ erklärt. Dies bedeute in der politischen Praxis, dass die zentralen Behörden Macht an die untergeordneten Eben abgeben müssten, Management-Organen

---

<sup>594</sup> HK291059 *Beijing Shijie Zhishi* CH No. 10, 16.05.1986, S. 5-6, Artikel von Lei Zheng und Shi Zhi „27<sup>th</sup> CPSU congress and accelerated development strategy“, in: FBIS 02.06.1986.

verschlankt und niedere Kader auf der Basis von Wahlen befördert werden sollten. Zudem sollte das Rechtssystem und der Führungsstil verbessert werden.

Für ein chinesisches Publikum muss es besonders interessant gewesen sein zu erfahren, dass die sowjetische Presse sich an die Spitze der offenen Kritik setzte, vermehrt über brisante Themen berichtete und auch nicht davor zurückschreckte, hochrangige Politiker namentlich anzugreifen. Darüber hinaus sei die Presse insgesamt mutiger geworden, was die Aufdeckung von Disziplinlosigkeit und Missbrauch der Bürokratie angehe. Dies korrespondiert mit den 1989 in China erhobenen Forderungen nach journalistischer Selbstbestimmung und der Eindämmung der Macht des Staates durch die öffentliche Meinung.

*Glasnost* blieb in der Sowjetunion jedoch nicht auf die politische Sphäre beschränkt: Die *Renmin Ribao* berichtete im September 1986, viele Theater der UdSSR hätten wichtige Themen und bedeutende soziale Probleme ignoriert, wodurch das Niveau der Regisseure und Schauspieler gesunken sei.<sup>595</sup> Um dieser „abgestumpften Situation in den sowjetischen Literatur- und Kunstkreisen“ entgegenzuwirken, habe Gorbatschow die Notwendigkeit von neuen Stücken, die Konflikte und Widersprüche in der Realität aufdecken, betont. Als Beispiel für diesen politischen Wandel führte die *Renmin Ribao* Theaterstücke mit provokanten Titeln wie „Sprich es aus“ an, ein Stück, das zwei unterschiedliche Meinungen über die gegenwärtigen Reformen kontrastierte und ausdrücke „was in den Köpfen der Bevölkerung vorgeht“.<sup>596</sup> Im Dezember 1986 schrieb die Zeitung, der Einfluss der ökonomischen Reformen in der UdSSR erstreckte sich immer mehr über die ökonomische Ebene hinaus und bewirke sogar eine Reform des „Überbaus“.<sup>597</sup> Laut der *Renmin Ribao* tangierten die Reformen nun auch jene Ebenen, die von allen bisherigen Reformversuchen unberührt geblieben seien. Hinsichtlich der Auswahl und Beförderung von Kadern versuche man „Rückmeldungen über die Meinung des Volkes einzuholen“ – laut der *Renmin Ribao* formulierten die sowjetischen Behörden zudem Maßnahmen für eine Reform des höheren Bildungssystems. Staatliche Unterstützung für weiterführende Bildung sollte, wie bereits im letzten Kapitel ausgeführt, auch in China wenige Jahre später eine zentrale Forderung der Aktivisten sein.

---

<sup>595</sup> HK110907 RMRB CH 10.09.1986, S. 7 „Roundup by Fang Xuan, Active Thinking of Soviet Literature and Art Circles in Exploration of Reform“, in: FBIS 12.09.1986.

<sup>596</sup> Ebd.

<sup>597</sup> HK021041 RMRB CH 25.12.1986, S.6 in: FBIS 09.01.1987, „Year-end Special feature by Zhou Xiangguang „Scoring initial results, progressing with difficulty“.

1986 sah die *Renmin Ribao* große Veränderungen in den Nachrichtenmedien der UdSSR: so stellte sie einen „deutlichen Anstieg der Kritiken und Enthüllungsberichte“ fest.<sup>598</sup> Zudem erschienen nun gesonderte Rubriken in den Zeitungen, in denen die Leser aufgefordert würden, ihre Meinung zu äußern oder Fragen allgemeinen Interesses zu formulieren.<sup>599</sup> Auch Fernsehsender hätten begonnen Diskussionen auszustrahlen, die sich mit sozialen Problemen mit direktem Bezug zum Leben der Massen auseinandersetzen. In diese Sendungen würden häufig die Verantwortlichen der einzelnen politischen Abteilungen eingeladen, um sich öffentlich den Fragen des Volkes zu stellen. So wurde laut der *Renmin Ribao* das Projekt „Das Wasser des Nordens in den Süden verteilen“ nach einer Befragung des Volkes verworfen. Dies sei als wichtiger Erfolg der öffentlichen Meinung zu verstehen. Zudem haben die Reformen die Bereiche Kunst und Literatur „belebt und dazu geführt, dass jene, die diesen im Weg ständen, offen in Zeitungsartikeln angegriffen würden.“<sup>600</sup>

Im Gegensatz zu China, so schien es, konnten sowjetische Medien nun auch offen über die dunklen Seiten der Gesellschaft berichten. *Xinhua* führte aus, die Medien der Sowjetunion beschäftigten sich seit dem 1. Januar 1987 eifrig damit, neue Ideen zu diskutieren und soziale Probleme aufzudecken – so würden zum Beispiel erstmals Zahlen zur Drogenabhängigkeit im Land veröffentlicht und einige historische Figuren in akademischen Kreisen neu bewertet.<sup>601</sup> Die Beijinger *Banyuetan* betonte, die Zurschaustellung von Demokratie sei ein wichtiger Teil der sowjetischen Reformen. Daher werde die Regierung der UdSSR 1987 wahrscheinlich auch das Verfahren zur Wahl von Staatsorganen reformieren.<sup>602</sup>

Auch chinesischsprachige Publikationen in Hongkong berichteten, Gorbatschows *Glasnost*-Politik gewinne an Geschwindigkeit.<sup>603</sup> *Liaowang* erläuterte, laut der Sowjetführung sei es nötig, die sozialistische Demokratie zu aktualisieren und Volksautonomie zu erlauben um die Arbeit von Partei, Sowjet, Staatsorganen und Massenorganisationen mit demokratischen Inhalten zu bereichern.<sup>604</sup> Des Weiteren habe

---

<sup>598</sup> Ebd.

<sup>599</sup> Ebd.

<sup>600</sup> HK021041 RMRB CH 25.12.1986, S. 6 in: FBIS 09.01.1987, „Year-end Special feature by Zhou Xiangguang „Scoring initial results, progressing with difficulty“.

<sup>601</sup> OW111259 *Beijing Xinhua* EN 0659 GMT 11.01.1987, in: FBIS 12.01.1987.

<sup>602</sup> HK120806 *Beijing Banyuetan* CH No. 1, 10.1.1987, S. 33-35, Artikel von Xu Kui (Direktor des Institute of Soviet Union and Eastern Europe under Chinese Academy of Social Sciences), „The development Trends of Reform in the SU and Eastern Europe“, in: FBIS 12.02.1987.

<sup>603</sup> HK170750 *HK Liaowang Overseas Edition* CH No 10, 09.03.1987, S. 26-27, Artikel von Wang Chongjie „The course of the reform in the SU“, in: FBIS 19.03.1987.

<sup>604</sup> Ebd.

Gorbatschow auf einer Plenarsitzung im Januar die Notwendigkeit einer Wahlreform betont, ebenso wie die Stärkung der Kontrolle von Führungspersonen auf allen Ebenen durch die Massen und das Prinzip der Offenheit (*gongkaixing yuanze* 公开性原则). Darüber wolle er dem Volk die Möglichkeit geben, seine Meinung zu allen Belangen des sozialen Lebens frei zu äußern. Dies stand in starkem Kontrast zu der chinesischen Realität, wo die KPCh zur gleichen Zeit im Frühling 1987 nach der Unterdrückung der Studentenproteste des vorangegangenen Dezembers eine großangelegte Kampagne gegen „bourgeoise Liberalisierung“ gestartet hatte.

### *Vorgehen gegen inkompetente oder korrupte Kader*

Aus den Aussagen der Aktivisten 1989 in China wurde im letzten Kapitel deutlich, dass sie inkompetente und korrupte Kader als eines der größten Probleme ihres Landes wahrnahmen. Eine ähnliche Problematik spielte auch im Reformprozess der Sowjetunion wenige Jahre zuvor eine tragende Rolle. Seit dem Sommer 1985 beschäftigte sich eine steigende Zahl chinesischer Zeitungsartikel mit den personellen Veränderungen in der Führungsriege der KPdSU, die Gorbatschow nach der Ersten Plenarsitzung des Zentralkomitees vornahm, um den Weg für seine ehrgeizigen Reformpläne zu bereiten. So wurde Außenminister Gromyko aus dem Politbüro entfernt und durch den 75-jährigen Shevardnaze<sup>605</sup> ersetzt. Zur gleichen Zeit wurden Yeltsin (54) und Zaikov (62) zu Mitgliedern des Generalsekretariats ernannt – ein Versuch, die Führungsspitze zu verjüngen und Gorbatschows Machtbasis auszubauen.

Im Oktober 1985 widmete der in Shanghai ansässige *World Economic Herald* (*Shijie jingji daobao* 世界经济导报) dem neuen Sowjetführer einen Artikel und legte seinen chinesischen Lesern dessen Reformpläne im Detail dar. Für die chinesischen Intellektuellen mag besonders interessant gewesen sein, dass die Stärkung von Disziplin und Ordnung unter den Kadern ein zentraler Aspekt der Reformen in der UdSSR war. Der Artikel beschrieb, wie die Reihen der Kader restrukturiert wurden und die Führung der UdSSR resolute Maßnahmen ergriff um jene zu ersetzen, die das Recht gebrochen und ihre Stellung für persönliche Zwecke missbraucht hatten. Dies wurde auch von anderen chinesischen Medien aufgenommen: Der *Xinbua Domestic Service* beispielsweise

---

<sup>605</sup> Eduard Shevardnadze war ein sowjetischer und später georgischer Politiker, von 1972 bis 1985 Erster Sekretär der georgischen kommunistischen Partei und von 1995 bis 2003 Präsident Georgiens. Shevardnaze war in der Gorbatschow-Ära für viele grundlegende Entscheidungen der sowjetischen Außenpolitik verantwortlich und wurde 2003 durch die unblutige „Rosenrevolution“ in den Ruhestand gezwungen.



führte aus, eine ganze Reihe an Kadern sei namentlich kritisiert und in Einklang mit dem Gesetz bestraft worden.

In der chinesischen Berichterstattung über die Reformen in der UdSSR nahmen der Kampf gegen Bürokratie, wie auch die Aussonderung ungeeigneter Staatsdiener, eine wichtige Position ein. *Banyuetan* 半月谈 schrieb, in der Sowjetunion habe eine neue Generation von zunehmend jüngeren Führungsfiguren die politische Bühne betreten.<sup>606</sup> In einem „Prozess der Reorganisation“ sei das Durchschnittsalter der Mitglieder des Politbüros von 67,1 auf 63,6 Jahre reduziert worden. Zeitungsberichten zufolge rief Gorbatschow einen „resoluten und erbarmungslosen“ Kampf gegen die Bürokratie aus, die er als ernsthaftes Hindernis für die Beschleunigung des sozio-ökonomischen Fortschrittes beschrieb. Der Sowjetführer sprach sich in diesem Kontext laut *Xinhua* gegen eine politische Säuberung aus, wie sie von einigen innerhalb der Partei gefordert wurde.<sup>607</sup> Nichtsdestotrotz sollten all jene, die „Schande über die Partei“ gebracht hätten, ihrer Ämter enthoben werden. Die englischen *Xinhua*-Berichte waren diesbezüglich detaillierter und führten aus, im Jahr 1985 hätten etwa 150 Top-Kader, darunter mehr als zwei Dutzend Regierungsminister, ihre Posten räumen müssen.<sup>608</sup> Diese Umstrukturierung sei vorgenommen worden, nachdem Gorbatschow die politische Führung der „Trägheit, Steifheit und Ausartung von Bürokratie“ beschuldigt und gefordert habe die „maximale Lehre“ aus der Vergangenheit zu ziehen.<sup>609</sup> Zu Beginn seines Berichts an den 27. Parteikongress habe der neue Generalsekretär kritisiert, dass „die Handlungen und Maßnahmen von Partei und Regierung eine ganze Reihe an Jahren hinter den Anforderungen der Zeiten und des Lebens“ herhinkten<sup>610</sup> und dass „Trägheit und Steifheit der Form und Methoden der Verwaltung, der Niedergang an Dynamik in unserer Arbeit und die Eskalation von Bürokratie“ große Schäden verursache.<sup>611</sup>

Auch 1987 blieb Kritik an Kadern ein wiederkehrendes Thema in der chinesischen Berichterstattung über die Reformen im Nachbarland. Die chinesische Presse beschrieb, wie Gorbatschow die ehemalige politische Führung der KPSU kritisierte und sie für den Konservatismus und die Trägheit der späten 1970er und frühen 1980ern verantwortlich machte. Zwar sei es der ehemaligen politischen Führung anzurechnen, dass sie die Arbeitslosigkeit verringert und eine soziale Grundversorgung geschaffen hätte, dennoch

---

<sup>606</sup> HK260403 *Beijing Banyuetan* CH No 8, 10.02.1986, S. 54-55.

<sup>607</sup> OW260740 *Beijing Xinhua* EN 0710 GMT 26.02.1986 in: FBIS 26.02.1986.

<sup>608</sup> OW261644 *Beijing Xinhua* EN 1626 GMT 26.03.86, in: FBIS 27.03.1986 XH Schlagzeile „Round-up: Reform time in Soviet Union“ von Wang Chongjie.

<sup>609</sup> OW251138 *Beijing Xinhua* EN 1125 GMT 25.02.86, in: FBIS 26.02.1986.

<sup>610</sup> Ebd.

<sup>611</sup> OW251138 *Beijing Xinhua* EN 1125 GMT 25.02.1986, in: FBIS 26.02.1986.

habe sie im Hinblick auf die Wohnsituation und Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln schlichtweg versagt. Der englische Service der *Xinhua* zitierte Gorbatschow mit den Worten „[Es sind] die Führungsorgane der Partei und der Regierung, die für all dies verantwortlich sind!“<sup>612</sup>

Die Haltung der Kader zu den ökonomischen und sozialen Reformen wurde immer mehr als das entscheidende Kriterium in der Personalpolitik der Sowjetunion portraitiert. Eine Vielzahl an Berichten betonte, dass Kader nun nach ihrem Beitrag zu den Reformen bewertet würden.<sup>613</sup> Unter Berufung auf die sowjetische Nachrichtenagentur TASS berichtete *Xinhua*, Gorbatschow habe die Beförderung auch von Nicht-Parteimitgliedern der KPdSU in Führungspositionen als „wichtiges Element in der Demokratisierung des sozialen Lebens“ bezeichnet.<sup>614</sup>

Dieser Querschnitt durch die Berichterstattung über die Reformen in der Sowjetunion zeigt, dass in den chinesischen Medien seit 1985 viele Probleme angesprochen wurden, die 1989 auch in China eine wichtige Rolle spielen sollten. Der chinesischen Presse konnte man entnehmen, dass Gorbatschow inkompetente und korrupte Staatsdiener für die bisherige Stagnation in der Sowjetunion verantwortlich machte und diese ab 1985 zunehmend für ihre Verfehlungen zur Rechenschaft zog. Dieses Vorgehen bliebe keinesfalls auf die unteren und mittleren Ränge der KPSU beschränkt, sondern beträfe sogar die Führungsspitze der Partei. Den chinesischen Medien war zudem zu entnehmen, dass in der Sowjetunion ein Prozess zur Revision politischer Ungerechtigkeit gestartet worden sei. Bereits Ende 1985 berichteten die chinesischen Medien regelmäßig über Gorbatschows Neubewertung der sowjetischen Geschichte und seine Zurückweisung bestimmter theoretischer Ansätze. Obwohl der Sowjetführer im Prinzip die marxistisch-leninistische Theorie bestätige, lehne er die 1961 von Chruschtschow festgelegten Ziele der Partei jedoch vollständig ab. Dieser hatte postuliert, dass bis zum Jahre 1980 eine kommunistische Gesellschaft etabliert worden wäre – eine utopische Vision, der Gorbatschow nun sein Reformprogramm zur „geplanten und umfassenden Perfektionierung des Sozialismus“ entgegenseetze.

Die Einzigartigkeit von Gorbatschows politischem Kurs in der Geschichte der UdSSR und seine Offenheit in Bezug auf politische Fehler stießen in den chinesischen Medien auf gesteigertes Interesse. Der *Xinhua Domestic Service* berichtete im März 1987, das

---

<sup>612</sup> OW271548 *Beijing Xinhua* EN 1529 GMT 27.01.1987, in: FBIS 28.01.1987.

<sup>613</sup> HK010455 *Beijing Jiefangjun Bao* CH 22.04.1987, S. 4, Artikel von Chen Xueyuan: „Soviet Economic Reforms: Present Status and Policy Measures“, in: FBIS 08.05.1987.

<sup>614</sup> OW271250 *Beijing Xinhua* EN 1241 GMT 27.01.1987, in: FBIS 28.01.1987.

jugoslawische Magazin *Politika* sei in einem Artikel explizit auf die gegenwärtigen und historischen Gründe eingegangen, die zu der Unbeweglichkeit des Sowjet-Sozialismus geführt hätten.<sup>615</sup> Der chinesische Bericht stellte nicht ohne Erstaunen fest „kein einziger sowjetischer Staatsmann vor Gorbatschow hat in den letzten 30 Jahren eine derartige Analyse vorgelegt“.

Die chinesischen Medien berichteten des Weiteren, in der UdSSR gäbe es neue Bestrebungen die Herrschaft des Rechts zu festigen. Besonders dem 27. Parteikongress der KPSU (25. Februar bis 6. März 1986) wurde in China und Hongkong großes Interesse entgegen gebracht: Die Tagung wurde als der Beginn einer neuen Entwicklungsphase der Sowjetunion und Anfang der Gorbatschow-Ära dargestellt.<sup>616</sup> Die *Ta Kung Pao* (*Dagongbao* 大公报) portraitierte den Parteikongress als einen Versuch, „das Erbe des schwerfälligen Staatsapparates und der stagnierenden Wirtschaft radikal zu überholen, wenn nicht sogar vollständig zu verwerfen“.<sup>617</sup> *Xinhua* sprach von einer „radikalen Reform des Wirtschaftssystems und der Führungsmethoden als Schlüssel zur Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung auf der Basis von wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt.“<sup>618</sup> Den Zeitungsberichten zufolge verurteilte Gorbatschow die „lethargische und konservative“ Sowjetführung der 1970er und kritisierte, die Handlungen der Partei und Regierung „hinkten hinter den Anforderungen der Epoche und des Lebens her“.<sup>619</sup>

Dieser Querschnitt durch ein breites Spektrum an Zeitungen und Magazinen in China und Hongkong zwischen 1985 und 1989 illustriert, dass die Forderungen der chinesischen Aktivisten von 1989 in wichtigen Aspekten mit den Schwerpunkten der Reformen in der Sowjetunion korrespondierten:

1. freie Presseberichterstattung
2. ein transparenterer Politikstil
3. eine Stärkung der politischen Partizipationsmöglichkeiten des Volkes
4. die Amtsenthebung und Bestrafung von kriminellen Staatsdienern
5. die Revision der stalinistischen beziehungsweise maoistischen Säuberungen

Die chinesische Berichterstattung über die Reformen in der Sowjetunion war jedoch nicht nur positiv – beinahe jeder Artikel, der sich mit Gorbatschows Reformen

---

<sup>615</sup> OW050317 Beijing XH Domestic Service CH 0713 GMT 01.03.1987, in: FBIS 05.03.1987.

<sup>616</sup> HK130568 *Hongkong Ta Kung Pao* EN, 13.03.1986, S. 2, in: FBIS 13.03.1986.

<sup>617</sup> HK130568 *Hongkong Ta Kung Pao* EN 13.03.1986, S. 2, in: FBIS 13.03.1986.

<sup>618</sup> OW161336 *Beijing Xinhua* EN 1310 GMT, in: FBIS 16.03.1986.

<sup>619</sup> Ebd.

beschäftigte, verwies auch auf Hindernisse und potentiell negative Konsequenzen. Vor dem 27. Parteikongress der KPSU betonten die chinesischen Medien, den Reformen stünden sowohl innenpolitische, wie auch außenpolitische Hindernisse entgegen.<sup>620</sup> Die Zeitung *Ta Kung Pao* mahnte an, die Entwicklung neuer Technologien setze große Investitionen voraus – daher sei es fraglich, wie weit Gorbatschow und seine Anhänger in der Umstrukturierung der Wirtschaft gehen könnten.<sup>621</sup> In ihrer Berichterstattung über den Parteikongress schenkte die chinesische Presse Gorbatschows Analyse der Reformhindernisse besondere Aufmerksamkeit. Laut dem *World Economic Herald* kritisierte der Sowjetführer das fortgeschrittene Alter der politischen Führung der UdSSR. Das Magazin zitierte den sowjetischen Politiker mit den Worten:

„The Soviet Union has long been headed by old people who lack energy. From the later years of Brezhnev to Andropov and Chernenko, the Kremlin was ruled by senile old people, and such leading bodies, which lack energy, could not but affect work efficiency.“<sup>622</sup>

Darüber hinaus erschwere die konservative Haltung vieler Staatsdiener die Reformen, weswegen Gorbatschow diese scharf kritisierte: „People who cling to old conventions and their vested interests always stand in the way of reform. Conservatism and inertia among Soviet cadres formed the main reason for a standstill in the reform“. Der *World Economic Herald* berichtete zudem, Gorbatschow verschone auch die dominante Ideologie nicht mit Kritik: „In the field of theory, some scholars still cherish ‘outmoded concepts and old conventions’ [...] dogmatic concepts, negative forces and conservative thoughts often obstruct development of theoretical studies.“<sup>623</sup> Dieses Thema wurde auch in anderen Artikeln aufgegriffen, die ausführten, viele sowjetische Kader hingen veralteten Konzepten nach – manche würden sogar versuchen, die marxistische Ideologie zu einer rigiden Formel oder einem Allheilmittel zu machen, ohne die spezifischen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zu beachten.<sup>624</sup> Der *World Economic Herald* gab des Weiteren an, gewisse Teile der KPdSU und der Regierung seien

---

<sup>620</sup> *Shijie Jingji Daobao* [World Economic Herald], 06.01.1986, S. 1-4, in: FBIS 24.01.1986 HK210953 CH.

<sup>621</sup> HK130568 *Hongkong Ta Kung Pao* EN 13.03.1986, S. 2, in: FBIS 13.03.1986.

<sup>622</sup> HK280928 *Shijie Jingji Daobao* CH 17.3.1986, in: FBIS 31.3.1986, Artikel von Wang Shouhai vom Institute of World Economy and Politics der Academy of Soviet Sciences: „Contradictions between Gorbachev’s concepts and Soviet Reform“, S. 4.

<sup>623</sup> Ebd.

<sup>624</sup> HK291059 *Beijing Shijie Zhisbi* CH No 10, 16.5. 86, S. 5-6, Artikel von Lei Zheng und Shi Zhi: „27<sup>th</sup> CPSU congress and accelerated development strategy“, FBIS 2.6.1986.

unwillig, grundsätzliche Veränderungen vorzunehmen und unterdrückten sogar den „kreativen Geist der Bevölkerung“.<sup>625</sup> Den Reformplänen, so die Schlussfolgerung, stünde daher eine ganze Reihe an internen sozialen, politischen, ökonomischen, technischen und ideologischen Kräften entgegen. Vor allem der Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten stelle für die Sowjetunion eine große Last dar, die ihre Arbeitsleistung, ebenso wie die materiellen und finanziellen Ressourcen massiv belaste. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Reformen in der UdSSR in den chinesischen Medien zwischen 1985 und 1987 als Erfolg dargestellt wurden, der zu einer wichtigen Veränderung im Leben der Menschen geführt habe. Dennoch betonten die chinesischen Medien, der Transformationsprozess verlief langsam und die Reformen erwiesen sich als komplizierter, als ursprünglich erwartet.<sup>626</sup> Viele Artikel warnten zudem, in der Geschichte der Sowjetunion habe es bereits mehrmals Ansätze zu umfassenden Reformen gegeben, die jedoch allesamt gescheitert seien. Die gleichen Umstände wie damals behinderten auch die gegenwärtigen Reformen. Wie Gorbatschow selbst zusammenfasste: „Conservative thinking, laziness, disdain for all those who do not conform to customs or formulas and reluctance to solve urgent social and economic problems – all these inclinations often take the upper hand“.<sup>627</sup>

Auch wenn historisch nicht nachweisbar ist, welchen konkreten Einfluss die Lektüre dieser Medienberichte auf die chinesischen Aktivisten von 1989 hatte, so zeigt die Analyse ihrer Forderungen dennoch, dass diese inhaltlich mehr mit dem von Gorbatschow initiierten Reformprozess korrespondierten, als mit dem US-amerikanischen demokratischen Modell. Dies mag auch darin begründet gewesen sein, dass ein direkter Bezug auf westliche Vorbilder den Konflikt mit der chinesischen Führung hätte eskalieren lassen können. Möglicherweise lehnten sich die Aktivisten auch an den sowjetischen Diskurs an um zu bestätigen, dass sie keineswegs den Sturz der sozialistischen Ordnung anstrebten, sondern ihre Bewegung vielmehr als Reformversuch innerhalb des bestehenden Systems verstanden. Eine inhaltliche Orientierung am politischen System der kapitalistischen Welt hätte der chinesischen Regierung, die ohnehin versuchte die Bewegung als ausländische Verschwörung zu diskreditieren, lediglich weitere Munition geliefert.

---

<sup>625</sup> Ibid.

<sup>626</sup> HK010455 *Jiefangjun Bao* [Zeitung der Volksbefreiungsarmee] CH 22.04.1987, S. 4, Artikel von Chen Xueyuan „Soviet Economic Reforms: Present Status and Policy Measures“, in: FBIS 08.05.1987.

<sup>627</sup> Ebd.

## Darstellung ausländischer Einflüsse durch die chinesische Regierung

Obwohl sich die Aktivisten mit Referenzen zur westlichen kapitalistischen Welt deutlich zurückhielten, wurde die Frage nach ausländischen Einflüssen auf die Bewegung zu einem zentralen Konfliktpunkt zwischen der Bewegung und der chinesischen Regierung. Betrachtet man die offizielle Darstellung der Ereignisse durch die politische Führung der Volksrepublik China, so fällt auf, dass diese ausländische Einflüsse als eine der wichtigsten Ursachen für die Entstehung der Proteste angab. Dabei handelte es sich sowohl um Einflüsse aus dem kapitalistischen Westen, als auch aus der Sowjetunion.

Zeitnah zur militärischen Niederschlagung der Bewegung Anfang Juni 1989 veröffentlichten die staatlichen Medien Artikel und Fernsehberichte, die im Detail auf den Charakter und die Ziele der Bewegung eingingen. Laut den nun veröffentlichten Erklärungen verbarg sich hinter der vermeintlichen Studentenbewegung in Wahrheit eine kleine Gruppe von Unruhestiftern, die – mit der Unterstützung ausländischer Kräfte – beabsichtigt hatte, die Kommunistische Partei Chinas zu stürzen, die „Vier Kardinalprinzipien“<sup>628</sup> zu negieren und das Land in ein kapitalistisches System umzuwandeln. In einem Artikel der *Renmin Ribao* vom 23. Juni 1989<sup>629</sup> wurden die Studenten als Opfer von Verschwörern dargestellt, die ihre anfänglich guten Absichten manipuliert hätten. Diese kleine Gruppe, so die offizielle Darstellung, habe die Demonstrationen ausgenutzt, um einen geplanten, organisierten und vorsätzlichen politischen Aufruhr (*yi chang you jibia, you zuzhi, you yumou de zhengzhi dongluan* 一场有计划、有组织、有预谋的政治动乱) inszeniert, der sich später zu einer konterrevolutionären Rebellion (*fangeming baoluan* 反革命暴乱) ausgeweitet habe. Diese habe nicht nur einen tiefen internationalen Hintergrund (*guoji beijing* 国际背景), sondern auch eine soziale Basis innerhalb Chinas (*guonei shehui jichu* 国内社会基础) gehabt. Einige politische Kräfte aus dem Westen, so die *Renmin Ribao*, verfolgten die langfristige Strategie, die sozialistischen Länder zum Verlassen des sozialistischen Pfades zu bringen und sie in den Einflussbereich des „internationalen Monopolkapitalismus“ (*guoji longduan ziben zhuanyi*

---

<sup>628</sup> Die vier im März 1979 von Deng Xiaoping definierten Kardinalprinzipien waren „der sozialistische Weg“, die Führung der Kommunistischen Partei sowie die Befolgung der Theorien des Marxismus, Leninismus und Mao-Zedong Theorie.

<sup>629</sup> Chen Xitong: „Report to NPC on Quelling the Counter-Revolutionary Rebellion“, in: *Xinhua*, 06.07.1989, in: FBIS 6. Juli 1989, S. 20-36, Originalquelle Chen Xitong 陈希同: *Guanyu zhibi dongluan be pingxi fangeming baoluan de qingkuang baogao* 关于制止动乱和平息反革命暴乱的情况报告 [Bericht über die Lage der Unterdrückung des Aufruhrs und Beschwichtigung der konterrevolutionären Rebellion], [http://www.npc.gov.cn/wxzl/wxzl/2000-12/14/content\\_2286.htm](http://www.npc.gov.cn/wxzl/wxzl/2000-12/14/content_2286.htm), letzter Zugriff am 30.03.2012.

国际垄断资本主义) zu lenken. In den letzten Jahren hätten sie diese Versuche unter Ausnutzung politischer Fehler und „temporärer ökonomischer Schwierigkeiten in den sozialistischen Ländern“ (*shehui zhuyi guojia zhengce shang de mou xie shiwu be jingjishang de zanshi kunnan* 社会主义国家政策上的某些失误和经济上的暂时困难) verstärkt. In China habe zudem eine kleine Minderheit innerhalb und außerhalb der KPCh an „bourgeoiser Liberalisierung“ (*zichan jieji ziyou hua* 资产阶级自由化) festgehalten und eine politische Verschwörung (*zhengzhi yinmou* 政治阴谋) inszeniert. Unter Rückgriff auf die Strategien westlicher Länder habe diese Minderheit mit ausländischen Kräften kollaboriert, sich in China zusammengerottet und eine öffentliche Meinung (*yulun* 舆论) zum Sturz der KPCh-Führung instigiert. Der Beginn der Unruhen, ebenso wie die Manipulation der öffentlichen Meinung, trug laut der *Renmin Ribao* die Züge koordinierter Bemühungen im In- und Ausland. Reaktionäre politische Kräfte (*fandong zhengzhi shili* 反动政治势力) aus Hongkong, Taiwan, den USA und anderen westlichen Ländern seien durch verschiedene Kanäle und mit verschiedenen Mitteln an dem Aufbruch beteiligt gewesen. Bei diesem habe es sich daher keineswegs um gewöhnliche Studentenproteste (*yiban yiyi de xuechao* 一般意义的学潮) gehandelt, sondern vielmehr um geplante politische Unruhen mit politischen Zielen. Deren Drahtzieher hätten unter Ausnutzung „verabscheuenswürdiger politischer Methoden“ (*beilie de zhengzhi shouduan* 卑劣的政治手段) die davon nichts ahnenden Studenten und die Öffentlichkeit aufgehetzt. Besonders die VOA wurde der Verbreitung von Ärger und Gerüchten, ebenso wie der Anstachelung der Unruhen beschuldigt. Diese Darstellung, die kurz nach der militärischen Niederschlagung veröffentlicht wurde, legte in groben Zügen die offizielle Lesart der Ereignisse fest. Diese wurde in den nächsten Wochen systematisch in verschiedenen Presseorganen reproduziert.

Hinsichtlich des konkreten Einflusses der Veränderungen in Osteuropa auf die Demonstrationen führte ein im April 1989 in der Parteispitze verbreitetes Dokument aus, in China hätten sich Personen, die von liberalen Elementen in Jugoslawien, Polen, Ungarn und der UdSSR beeinflusst worden seien, erhoben um Unruhe zu stiften.<sup>630</sup> Die erklärten Ziele dieser Gruppe seien der Sturz der Führung der KPCh und die Zerstörung der Zukunft des Landes gewesen. Das Dokument enthielt die Warnung, die Zugeständnisse der Sowjetführung an Georgien würden in Moskau immer noch für Unruhen sorgen, die sich auch auf andere Orte in der UdSSR ausweiten könnten. In

---

<sup>630</sup> „A Document Circulated among Senior Party and Government Officials Earlier this Month“, 25. April 1989, in: *South China Morning Post* (Kong Hong), 31 May 1989, in: FBIS 31. Mai 1989, S. 35-36.

Polen habe sich gezeigt, dass Zugeständnisse seitens der polnischen Regierung stets zur Erzwingung weiterer Zugeständnisse geführt hätten und dass mit jedem Einlenken der Regierung noch mehr Chaos entstanden sei. In Polen sei die Opposition stark, da sie auf zwei wichtige Kräfte zurückgreifen könnte: Religion und Gewerkschaften. In China hingegen handele es sich bei den Demonstranten lediglich um Studenten.

Hinsichtlich westlicher Einflüsse betonte die *China Daily*, die chinesischen Studenten hätten seit Beginn der Reformperiode viel Kontakt mit westlichen Ideen gehabt, diese allerdings offensichtlich nicht verarbeiten können.<sup>631</sup> Parallel dazu habe die Korruption innerhalb der Partei, in Kombination mit politischen Fehlern, die jungen Menschen in tiefe Verwirrung gestürzt. Auch sei die politische Erziehung durch die Partei und die chinesischen Jugendverbände vernachlässigt worden, so dass die Studenten die fundamentale Wahrheit, dass nur der Sozialismus China retten könne, aus den Augen verloren hätten. „The student’s pressing aspiration for democracy“, schrieb die *China Daily*, „is the chief expression of premature political needs“. Offizielle Quellen betonten die Rolle von Geldgebern aus dem Ausland, die als reaktionäre Kräfte verurteilt wurden. Laut Chen Xitong hätten diese den Aktivisten pro Tag etwa 100.000 Yuan zukommen lassen und sogar begonnen Waffen anzukaufen.<sup>632</sup> Auch hätten einige Personen aus den USA, Großbritannien und Hongkong den Aktivisten beinahe eine Million US-Dollar und Millionen an Hongkong-Dollar angeboten. Dieses Geld, so Chen, sei unter anderem dafür genutzt worden, die Durchsetzung des Kriegsrechts zu sabotieren – jeder, der Barrikaden errichtete, habe dafür bis zu 30 Yuan pro Tag erhalten. Daher schlussfolgerte Chen, es sei der chinesischen Regierung „entgegen der Vorstellungen einiger gutherziger Menschen“ nicht möglich gewesen, diesen „geplanten und organisierten Aufruhr“ durch Zugeständnisse zu beenden. Die Organisatoren des Aufstandes, so Chen, hätten sich mit feindlichen Kräften aus Übersee verbündet, um eine Schlacht gegen die chinesische Regierung und das sozialistische System zu führen. Am 9. Juni 1989 räumte Deng Xiaoping in einer im staatlichen Fernsehen ausgestrahlten Rede vor Truppen daher ein, im gegenwärtigen internationalen Klima habe sich dieser „Sturm“ schon länger abgezeichnet.<sup>633</sup> Das Ziel der rebellischen Clique und des „Abschaums der Gesellschaft“, die hinter den Ereignissen steckten, sei die Etablierung einer völlig vom Westen

---

<sup>631</sup> „Why good Intentions may lead to turmoil and riot“, in: *China Daily*, 23. Juni 1989.

<sup>632</sup> Chen Xitong, „Report to NPC on Quelling the Counter-Revolutionary Rebellion“, in: *Xinhua*, 6. Juli 1989, in: FBIS 6. Juli 1989, S. 20-36.

<sup>633</sup> Deng Xiaoping, „June 9 Speech to Martial Law Units“, in: *Beijing Domestic Television Service*, 27. Juni 1989, in: FBIS 27. Juni 1989, S. 8-10.



abhängigen bourgeoisen Republik gewesen. Deng erläuterte, im Zuge der Reform und Öffnung Chinas zur Außenwelt seien zwangsläufig schlechte Einflüsse aus dem Westen ins Land gelangt. Die Führung der KPCh habe diese zu keinem Zeitpunkt unterschätzt. In Bezug auf das politische System werde China jedoch auch in Zukunft auf dem Volkskongress und nicht etwa dem US-System der Gewaltenteilung bestehen. Kritik der USA am Vorgehen gegen die Aktivisten wies er mit dem Argument zurück, die USA hätten auf Studentenprotesten im eigenen Land mit der Mobilisierung von Polizei und Militär, Verhaftungen und Blutvergießen reagiert. Während die chinesische Regierung eine ausgewachsene konterrevolutionäre Rebellion hätte niederschlagen müssen, hätte die USA hingegen harmlose Studentenproteste gewaltsam unterdrückt und somit kein Recht, China für sein Vorgehen zu kritisieren.

### Zusammenfassung

Dieses Kapitel analysierte die wichtigsten Widersprüche im Diskurs über die Bewegung. Aus der Berichterstattung der *New York Times*, der *Washington Post*, des *Wall Street Journals* und des *Christian Science Monitors* ließ sich erkennen, dass die Frage nach den kulturellen Einflüssen auf die Proteste zu einer Kontroverse zwischen den Aktivisten, der westlichen Presse und der chinesischen Regierung führte. Die Berichterstattung der vier untersuchten US-Zeitungen stellte die Demonstrationen in China als das direkte Ergebnis des Kontakts junger Chinesen mit dem westlichen Ausland dar. Dieser Kontakt, so die dominante Narrative, habe überwiegend in der Form eines Studiums in den USA, dem Kontakt mit Westlern in China oder der Lektüre von Werken westlicher Denker stattgefunden. Darüber hinaus zogen viele Artikel direkte Parallelen zwischen den Demonstrationen in China und der Entwicklung demokratischer Strukturen in den USA, vom amerikanischen Unabhängigkeitskrieg des 18. Jahrhunderts bis zur Bürgerrechtsbewegung der 1960er. Besonders der Aufenthalt chinesischer Studenten an amerikanischen Universitäten wurde als Ursache für das Entstehen und die rasche Verbreitung der Bewegung in China dargestellt. Der Einfluss westlicher demokratischer Modelle, vorrangig der US-Demokratie, war laut den untersuchten Presseberichten prägend für die Aktivisten in China, deren Demonstrationen nahezu einheitlich als eine „pro-westliche Demokratiebewegung“ präsentiert wurden.

Kontrastiert man diese Darstellung mit den Forderungen der Aktivisten, wie sie auf Wandpostern (*dazibao* 大字报), in öffentlichen Reden und Interviews artikuliert wurden, zeigt sich jedoch, dass sich ihre politischen Ziele weder klar am Vorbild des US-

amerikanischen Systems orientierten, noch dass der Terminus „Demokratiebewegung“ ihren Forderungen und Methoden unbedingt angemessen war. Die Forderungen der Aktivisten konzentrierten sich auf vier miteinander verbundene Aspekte: Pressefreiheit, ein Ende von Korruption und Nepotismus, politische Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Ihr Verständnis von Demokratie war deutlich von elitären Vorstellungen dominiert und auf die Bedürfnisse von Angehörigen der gebildeten Elite zugeschnitten. Aus den Quellen wurde darüber hinaus deutlich, dass die Aktivisten die Begriffe „nationaler Fortschritt“ (*guojia jinbu* 国家进步) und „Patriotismus“ (*aiguo* 爱国) fast ebenso häufig verwendeten, wie „Demokratie“ (*minzhu zhuyi* 民主主义). Zu keinem Zeitpunkt strebten sie die Partizipation breiterer Schichten der Bevölkerung an. Dies erweckt den Eindruck, dass sie sich vor allem als Fürsprecher des Volkes inszenierten, um ihre partikularen, schichtspezifischen Interessen besser durchsetzen zu können.

Die Analyse der Berichterstattung der VOA in Kombination mit einer Studie zweier chinesischer Sozialwissenschaftler ergab, dass die VOA die Demonstrationen in China gezielt als „pro-Demokratiebewegung“ bezeichnete, um die Bewegung zum einen in eine bestimmte Richtung zu lenken und sie zum anderen als Ergebnis eines vermeintlich weltweiten Trends in Richtung Demokratie präsentieren zu können. Zu einem ähnlichen Ergebnis führte auch die Analyse der Berichterstattung des „BBC Chinese Service“ während des sino-sowjetischen Gipfels Mitte Mai 1989. Diese zeigte, dass der Sender versuchte, die Aktivisten in ihrer Konfrontation mit der chinesischen Regierung durch eine Betonung der Macht ihrer Bewegung zu bestärken, während er die Handlungsoptionen der chinesischen Regierung parallel dazu systematisch herunterspielte. Ebenso wie die VOA beschrieb auch die BBC die Demonstrationen konsequent als „Demokratie-Bewegung“. Diese Bezeichnung ließ sich darüber hinaus auch in den für diese Arbeit untersuchten US-Tageszeitungen finden. Es zeigte sich somit, dass alle westlichen Medien, die für diese Diskursanalyse herangezogen wurden, die Ereignisse schon in einem frühen Stadium als „Demokratie-Bewegung“ bezeichneten und sich auf deren vermeintliche Orientierung an westlichen Vorbildern konzentrierten.

Vergleicht man die Forderungen der Studenten in China 1989 jedoch mit der chinesischen Berichterstattung über die Reformen in der Sowjetunion seit 1985, so wird deutlich, dass diese inhaltlich wesentlich mehr mit den von Gorbatschow in der UdSSR lancierten Veränderungen korrespondierten, als mit westlichen Vorbildern. Die Forderungen der Aktivisten konzentrierten sich auf einige zentrale Aspekte, die auch bei Gorbatschows Reformversuchen eine entscheidende Rolle spielten: Dabei handelte es

sich um freie Presseberichterstattung, einen transparenteren Politikstil, die Stärkung der politischen Partizipationsmöglichkeiten des Volkes (in China vorrangig der gebildeten Elite), die Amtsenthebung und Bestrafung von kriminellen Staatsdienern und eine Revision der stalinistischen beziehungsweise maoistischen Säuberungen.

Während die für diese Arbeit untersuchten Medienberichte die Ereignisse in den Kontext der US-amerikanischen Geschichte einbetteten, hielten sich die chinesischen Aktivisten mit Bezügen auf Revolutionen und Proteste jenseits der sozialistischen Welt stark zurück. Dies geschah entweder aus strategischen Erwägungen (um die chinesische Regierung nicht zu provozieren) oder weil sie ihre eigene Bewegung primär im Kontext sozialistischer Reformbewegungen verorteten.

Auch die Person Gorbatschows wurde zu einem Brennpunkt der Kontroverse um die Ausrichtung der Bewegung. Wie bereits die Analyse der Berichterstattung über den sino-sowjetischen Gipfel im Mai 1989 in Kapitel 4.2 ergab, thematisierten viele Artikel zwar die Sympathien der chinesischen Studenten für Gorbatschow, betonten dabei jedoch stets, diese öffentliche Verehrung diene lediglich dazu, die chinesische Regierung zu provozieren.

Verweise auf ausländische Einflüsse auf die Bewegung wurden 1989 von verschiedenen Subjekten zu unterschiedlichen Zwecken genutzt. Während die chinesische Regierung versuchte, die Bewegung durch Verweise auf ausländische Einflüsse zu diskreditieren, waren die untersuchten US-Medien bestrebt, sie in den Kontext eines globalen, vom Westen angeführten Transformationsprozesses in Richtung Demokratie einzubetten und somit kulturell zu usurpieren. Um dem entgegenzuwirken, verbreitete die chinesische Regierung nach der Niederschlagung der Proteste, die Aktivisten seien durch westliche Ideen, die sie nicht ausreichend erfasst hatten, verwirrt worden. In Kombination mit Korruption innerhalb der Partei, politischen Fehlern und zu wenig politischer Erziehung habe dies dazu geführt, dass sie fälschlicherweise begannen, westliche Demokratie als auch für China erstrebenswert zu erachten. Parallel dazu, so die chinesische Regierung, hätten „reaktionäre Kräfte im In- und Ausland“ die Bewegung unterwandert und manipuliert, um China vom Weg des Sozialismus abzubringen und zu einem Vasallen des internationalen Monopol-Kapitalismus zu machen.

Mit dem Ende der Bewegung änderte sich in der amerikanischen Presse die Darstellung des kulturellen Einflusses der USA auf die Aktivisten. Während zuvor noch die Rolle US-amerikanischer Werte und politischer Ideen betont worden war, nutzten die

untersuchten Medien die Ereignisse nun, um ihren Lesern in den USA das systemimmanente Übel des ideologischen Erzfeindes Sowjetunion vor Augen zu führen. Dies illustriert, dass verschiedene Subjekte die Rolle ausländischer Einflüsse für ihre jeweilige politische Zielsetzung instrumentalisierten. Die US-Medien betonten zunächst den Einfluss ihrer Kultur und Werte auf die Aktivisten, um die Überlegenheit des kapitalistischen Systems und demokratischer Werte zu demonstrieren. Die chinesische Regierung hob den Einfluss ausländischer Akteure hervor, um die Bewegung als von außen gelenktes und somit im Endeffekt „un-chinesisches“ Phänomen zu diskreditieren. Verweise auf das Ausland wurden, so das Ergebnis der Analyse, gezielt als positiver oder negativer Referenzrahmen genutzt, um eine bestimmte Interpretation der Ereignisse zu unterstützen.

Dieses Zwischenergebnis wirft die Frage auf, welche Referenzen zu Ereignissen oder Ideen jenseits Chinas die Studenten selbst nutzten. Wie bereits dargestellt, korrespondierten ihre Forderungen inhaltlich stärker mit dem Reformprozess in der UdSSR, als dem Vorbild der US-amerikanischen Demokratie. Daher widmet sich das nächste Kapitel den konkreten historischen Ereignissen, auf die die Aktivisten zurückgriffen, um ihre politischen Ziele historisch zu kontextualisieren und ihren Gegnern und Unterstützern zu erklären.

#### 4.4. Historische Rückgriffe seitens der Aktivisten

Die folgende Analyse basiert auf der in Kapitel 2.3 und 2.4 vorgestellten Hypothese, dass soziale Bewegungen miteinander kommunizieren. Diese Kommunikationsprozesse erfolgten jedoch nicht nur synchron (wie im Fall der Protestwelle, die sich im Frühjahr 2011 von Tunesien ausgehend über weitere arabische Länder ausbreitete, zum Sturz von Husni Mubarak in Ägypten und einer NATO-Intervention in Libyen führte) sondern auch asynchron, wie Karl Marx bereits 1852 feststellte:

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. [...] Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen

Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neuen Weltgeschichtsszene aufzuführen.“<sup>634</sup>

Darüber hinaus agieren soziale Bewegungen, wie von Della Porta und Krisie gezeigt, zunehmend auf einem globalen Level und nutzen globalisierte Frames, um ihre Gegner auf der Lokalebene zu schwächen.<sup>635</sup> Gleiches gilt für Organisationsstrukturen, Proteststrategien und politische Ziele, die von einem Ort zum anderen wandern.

Vor diesem theoretischen Hintergrund argumentiert diese Arbeit, dass die Bewegung in China 1989 nicht in Isolation von dem rapiden Transformationsprozess der späten 1980ern erfasst werden kann. Chinas demonstrierende Studenten nahmen nicht nur Proteste in anderen Teilen der Welt wahr, sondern verhandelten kontinuierlich den Bezug ihres politischen Konfliktes zu diesem größeren Kontext. Viele der „universalen Bilder“ und „globalisierten Frames“, die sich in den chinesischen Protesten finden lassen, können auf die Französische Revolution von 1989 zurückgeführt werden. Eine ganze Reihe an Organisationsstrukturen, Strategien und Ziele hingegen stand in Bezug zu anderen sozialistischen Reformen und verwies zum Beispiel auf den Ungarischen Aufstand des Jahres 1956 oder die polnische Solidarnosz-Bewegung von 1980/81. Zudem scheint es, dass der Zerfallsprozess, der im Frühjahr 1989 im Ostblock sichtbar wurde, latentes Protestpotential mobilisierte und zum Wiedererstarken der Bewegung, die sich bereit 1986 in Shanghai formiert hatte, beitrug. Auf Basis dieses Arguments stellt diese Arbeit die Hypothese auf, dass die chinesischen Aktivisten – wenigstens bis zu einem gewissen Grad – das taten, was sie von Bewegungen an anderen Orten gelernt hatten. Detailwissen über die Strukturen, Ziele und Strategien anderer Bewegungen erhielten und kommunizierten sie über die transnationale Öffentlichkeit. Im Falle Chinas in den 1980ern entstand diese nicht nur durch Zeitungsberichte über Reformversuche in der Sowjetunion, sondern auch durch eine steigende Zahl an persönlichen Kontakten mit Ausländern und der Berichterstattung transnationaler Radiosender, wie der „Voice of America“ und des „BBC World Service“.

Der folgende Teil dieser Arbeit konzentriert sich auf die Frage, in welchem globalhistorischen Kontext die chinesischen Demonstranten ihre eigene Bewegung verstanden und welche historischen Vorgängerbewegungen sie als Inspirationsquellen angaben. Die Demonstranten des Jahres 1989 griffen auf einen transkulturellen

---

<sup>634</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: *Marx und Engels Werke* 8, Berlin/DDR [1852] 1972, S. 115.

<sup>635</sup> Della Porta/Krisie 2006, S. 8.

Referenzrahmen politischer Ideen, Forderungen und Slogans zurück. Dieser umfasste Elemente, die sich von der Periode der europäischen Aufklärung über Aufstände innerhalb der sozialistischen Welt nach 1945 bis hin zu den dramatischen Veränderungen erstreckten, die im Jahre 1989 das Ende des Kommunismus in Osteuropa einläuteten.

Die Analyse basiert auf Dokumenten der Studentenbewegung des Jahres 1989, die von *dazibao* über Reden auf dem Tian'anmen-Platz bis hin zu Interviews mit Aktivisten durch die ausländische Presse reicht. Diese Quellen decken ein breites Spektrum an Stimmen ab, von Erstsemestern bis hin zu etablierten Intellektuellen wie Fang Lizhi oder Su Shaozhi. Der erste Teil zeigt, welche Ereignisse der modernen Geschichte Chinas die Demonstranten heranzogen, um ihre Forderungen im chinesischen Kontext zu legitimieren. Der zweite Teil geht auf Ereignisse jenseits Chinas ein, auf die sich die Aktivisten in ihren Aussagen und der Beschreibung ihrer Bewegung bezogen.

### Referenzen zur chinesischen Geschichte

Von der Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) bis hin zur Epoche der Qing (1644-1911) setzte sich Chinas gebildete Elite für ambitionierte Ziele ein – von sozialer Gerechtigkeit über territoriale Souveränität bis hin zum nationalen Überleben.<sup>636</sup> Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch die Demonstranten des Jahres 1989 versuchten, ihre Bewegung in diese Tradition intellektuellen Protests einzubetten. Aus vielen Selbstzeugnissen der Demonstranten spricht der Versuch, ihre Demonstrationen als direkte Nachfolgebewegung der „Vierten-Mai-Bewegung“ (*wusi yundong* 五四运动) des Jahres 1919 zu etablieren. Mit dem Verweise auf die Ereignisse des Jahres 1919 bemühten sie sich darum, ihre politischen Ziele in der chinesischen Kulturgeschichte zu verankern und somit ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen:

„Democracy and human rights are eternal themes, and we will be demanding them in the centennial anniversary of the May Fourth Movement, the mantle of the latter inherited by a revolutionary Popular Movement, establishing not a politics of power, but a politics of people's democracy.“<sup>637</sup>

---

<sup>636</sup> Zur Protesttradition der chinesischen Gelehrtenbeamten vergleiche Shiping Hua: One Servant, Two Masters. The Dilemma of Chinese Establishment Intellectuals, in: *Modern China* 20 (1), 1. Januar 1994, S. 112. Zur politischen Kultur der gebildeten Elite vergleiche Lucian W. Pye: *The Mandarin and the Cadre. China's Political Cultures*, Michigan 1988.

<sup>637</sup> Rede vom 21. April 1989 auf dem Tian'anmen-Platz, in: Yu/Harrison 1996, S. 42-47.

Viele Quellen aus der Bewegung zeugen davon, dass sie ihre Demonstrationen als ein „großes nationales Erwachen, das den Geist der „Vierten-Mai-Bewegung“ sowohl weiterführt, wie auch übertrifft“ verstanden.<sup>638</sup> Die Aktivisten stellten die Ereignisse von 1919 als den Beginn einer neuen Ära dar oder, wie auf in Beijing verteilten Flugblättern zu lesen war, als ein „großartiges neues Kapitel in der Geschichte Chinas“.<sup>639</sup> Sie versuchten die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass ihre Bewegung keineswegs aus dem Nichts entstanden war, sondern nur die jüngste Manifestation einer langen Protesttradition sei. Auf einem *dazhobao* von April 1989 wurde diese Vorstellung besonders klar ausgedrückt:

„Seventy years ago a generation of elites held high the banner of democracy and science; today, our generation must raise them up again. In these 13 years [from 1976 to the present] seven spontaneous mass movements, some large, some small, have erupted in China. That is an average of every two years. Moreover, movements have often followed close upon the heels of one another. The frequency of such movements reveals to our people a truth: a people's Democracy Movement has been rapidly growing and gaining strength – and if the people have paid a high price for them, they have also gained a wealth of experience.“<sup>640</sup>

Was veranlasst die Aktivisten des Jahres 1989 dazu, ihre Proteste gerade in diesen historischen Kontext einzuordnen? Laut dem Sinologen John King Fairbank stellte die „Vierte-Mai-Bewegung“ ein Novum in der chinesischen Geschichte dar, da sie die erste von Intellektuellen geführte Bewegung war, die moderne kulturelle Konzepte wie Demokratie und Wissenschaft mit einer neuen Form von Nationalismus zu einem anti-imperialistischen Programm verband.<sup>641</sup> Die Identitätsfindung der chinesischen

---

<sup>638</sup> Beijing, 16. Mai 1989, Unterschrieben von über 1.000 Intellektuellen, in: Han 1990, S. 218-221.

<sup>639</sup> Flugblatt „Ofizielle Erklärung des Autonomen Studentenverbandes der Stadt Peking zum 4. Mai. Laßt uns mit unseren Rufen die junge Republik erwecken!“, in: Peter Schier, Ruth Cremerius, Doris Fischer (Hrsg.), *Die 'Göttin der Demokratie'. Studentenprotest und Repression in China April-Juni 1989*, Hamburg 1993, S. 177-181.

<sup>640</sup> Rede von Ren Wandong in Beijing: A Discussion of the historical Tasks and Objectives of the April 1989 People's Democracy Movement, Ende April 1989, in: Han 1990, S. 121-124.

<sup>641</sup> Fairbank 1998, S. 268. 1898 hatte China das Gebiet um Jiaozhou 胶州 (Kiautschou) in der Provinz Shandong an Deutschland abtreten müssen. Im ersten Jahr des 1. Weltkriegs hatte Japan Deutschland den Krieg erklärt und – allen chinesischen Protesten zum Trotz – Jiaozhou besetzt. 1919 setzten die chinesischen Intellektuellen daher große Hoffnungen auf die Westmächte und forderten dass China – im Einklang mit Wilsons 14 Punkten – die Souveränität über das Gebiet zurückerhalte. Als die Westmächte dieser Forderung nicht nachkamen, stellten sich Studenten und Universitätsangehörige der Hauptstadt an die Spitze des landesweit aufflammenden Protests. Enttäuscht von der Ungerechtigkeit der internationalen Staatengemeinschaft und der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit ihrer eigenen Politiker formulierten

Intellektuellen beschränkte sich jedoch nicht nur auf die politische Sphäre: Die „Vierte-Mai-Bewegung“ führte zu einer veritablen Explosion des kreativen Lebens – im Zuge des Protests gegen Chinas Behandlung durch die internationale Staatengemeinschaft schossen landesweit Zeitungen und Zeitschriften aus dem Boden, Vereinigungen wurden gegründet und die Lage des Landes in privaten Salons und auf den Straßen intensiv diskutiert. Die sich hier abzeichnende Synthese von studentischem Protest mit nationalistischen Bedürfnissen sollte den Charakter der chinesischen Studentenbewegungen bis 1989 nachhaltig prägen. 1919 verstanden viele Aktivisten die politische Kultur des Westens als Ausweg aus der Krise Chinas. „Demokratie und Wissenschaft“ (*minzhu kexue* 民主科学) avancierten schnell zu den zentralen Schlagworten der Bewegung. Beide Faktoren schienen die Basis eines starken Staates<sup>642</sup> zu sein und wurden als „Mr. Demokratie und Mr. Wissenschaft“ zum Motto der Proteste.

Die „Vierte-Mai-Bewegung“ prägte die politische Kultur Chinas in mehrerlei Hinsicht: Nicht nur legte sie den Grundstein für den Aufstieg des Kommunismus in China,<sup>643</sup> sie weckte in den Studenten auch ein neues politisches Bewusstsein – wie Cheng feststellt, beschränkten junge Intellektuelle ihre Aktivitäten nicht länger auf den Campus, sondern begannen damit, sich durch organisierten Protest in die politischen Belange des Landes einzumischen und sich aktiv an der Suche nach einem Ausweg aus Chinas Misere zu

---

Studentenvertreter von 13 höheren Schulen und Universitäten in Beijing am 4. Mai 1919 fünf Resolutionen. In diesen verließen sie ihrem massiven Protest gegen die Shandong-Regelung des Versailler Vertrages Ausdruck, forderten eine Schärfung des Bewusstseins der Massen im ganzen Land für Chinas Notlage, riefen zu einer Massenzusammenkunft der Bevölkerung Beijings auf, kündigten Protestdemonstrationen gegen den Versailler Vertrag für den gleichen Nachmittag an und sprachen sich für die Gründung einer Studentenvereinigung in der Hauptstadt aus. Trotz eines rasch verhängten Demonstrationsverbots versammelten sich rund 3000 Studenten auf dem Tian'anmen-Platz und marschierten von dort aus auf das Diplomatenviertel zu. Unterwegs verteilten sie Flugblätter, auf denen der Verlust der Rechte auf Shandong an Japan als Verstoß gegen Chinas territoriale Integrität bezeichnet wurde. Da der Weg zum Diplomatenviertel durch die Polizei versperrt wurde, zogen die Studenten stattdessen zum Wohnsitz des Verkehrsministers (der für die Aufnahme hoher Kredite bei Japan verantwortlich gezeichnet hatte) und steckten das Gebäude in Brand. Am Folgetag gründeten sie in der Hauptstadt einen Studentenbund, der Mittel-, und Oberschüler, Fach-, und Hochschulstudenten zusammenschloss. Das Prinzip der Studentenvereinigung griff rasch auf Shanghai, Tianjin und Wuhan über – im Juni 1919 wurden an über 30 Orten gleichartige Organisationen gegründet. Doch der Protest beschränkte sich nicht länger nur auf die chinesischen Intellektuellen, auch Angehörige der Handelskammern, Industrielle, Ladenbesitzer und Fabrikarbeiter schlossen sich an. Obwohl die Bewegung sich rasch auf das gesamte Land ausbreitete, ging ein Großteil der Denkanstöße vom Lehrkörper und den Studenten der BeiDa (北大) aus, die (1898 noch als Kaiserliche Universität gegründet) seit der Jahrhundertwende zum führenden Zentrum von Wissenschaft, Forschung und Lehre avanciert war.

<sup>642</sup> Zhao 2001, S. 57.

<sup>643</sup> John K. Fairbank betont, dass die Intellektuellen der „Vierten-Mai-Bewegung“ sich in zwei Gruppen aufspalteten: Auf der einen Seite standen Akademiker wie Hu Shi und Fu Sinian, die für eine Wiederbelebung der chinesischen Tradition eintraten, auf der anderen politische Aktivisten wie Chen Duxiu und Zhang Guotao, aus deren marxistischer Studiengruppe 1921 die KPCh hervorging (Fairbank 1998, S. 275f).



beteiligen.<sup>644</sup> Der 1919 geprägte Slogan „Wissenschaft und Demokratie“ spielte auch in den Protesten von 1989 eine wichtige Rolle. Im Diskurs der „Vierten-Mai-Bewegung“ wurden Wissenschaft und Demokratie immer wieder als beste Methode zur Rettung des Landes propagiert. 1989 erkannte Chinas gebildete Elite jedoch, dass sie von einer Realisierung dieser Ideale jedoch noch weit entfernt war:

„For over 100 years, the pioneers of the Chinese people have been searching for a path to modernize an ancient and beleaguered China. Waving the banners of Science and Democracy, the launched the mighty May Fourth Movement. [These] were first steps in the patriotic democracy movement of Chinese students. From this point on, Chinese history entered a completely new phase. Due to socio-economic conditions in China and shortcomings of intellectuals, the May Fourth ideals of science and democracy have not been realized. 70 years of history have taught us that democracy and science cannot be established in one fell swoop and that impatience and despair are of no avail. [...] Today ‘Democracy’ and ‘Science’ remain the goal that a great many of our intellectuals seek and are fighting for.“<sup>645</sup>

Neben der „Vierten-Mai-Bewegung“ war die „Mauer der Demokratie-Bewegung“ (*minzhu qiang yundong* 民主墙运动) ein weiterer wichtiger Referenzpunkt, der sich in vielen Quellen des Jahres 1989 finden lässt. Die „Democracy-Wall-Bewegung“ fand ihren Anfang in der zweiten Novemberhälfte 1978 auf den Straßen Beijings und griff rasch auf andere Städte über. Ermutigt durch die Aufhebung der Urteile gegen die Tian’anmen-Demonstranten von 1976<sup>646</sup> machten Tausende ihrem Unmut auf Plakaten und Postern Luft, die sie an Mauern in ganz Beijing hefteten. Innerhalb weniger Tage wurden in ganz China Forderungen nach Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit laut. Zum Sammelpunkt der *dazibao* und ihrer Verfasser avancierte eine Stelle westlich der Verbotenen Stadt, die als „Mauer der Demokratie“ bekannt wurde. Die Bewegung wurde überwiegend von jungen Leuten getragen, die im Zuge der Kulturrevolution zur Arbeit in Fabriken oder aufs Land geschickt oder jahrelang zu

---

<sup>644</sup> Cheng 1990, S. 76.

<sup>645</sup> *Dazibao* „Under autocratic Rule China has no Future“, unterschrieben mit „A Youth from Liaoning“, 3. Mai 1989, in: Han 1990, S. 139-140.

<sup>646</sup> Der „Tian’anmen-Zwischenfall“ ereignete sich am 5. April 1976, dem Tag des *Qingming*-Festes (an dem man in China traditionell der Toten gedenkt) auf dem Tian’anmen-Platz. An diesem Tag kam es spontan zu Massendemonstrationen in Gedenken an den im selben Jahr verstorbenen Ministerpräsidenten Zhou Enlai, die von der KPCh jedoch als Kritik an Mao und der Kulturrevolution verstanden und gewaltsam aufgelöst wurden.

einem Leben in den entlegensten Dörfern des Landes gezwungen worden waren.<sup>647</sup> In vielen Fällen hatte ihnen die Kulturrevolution jede Chance auf Bildung (und somit auch sozialen Aufstieg) genommen.<sup>648</sup> Die ernüchternden Erkenntnisse, die diese „verlorene Generation“ der Kulturrevolution<sup>649</sup> aus der maoistischen Politik gezogen hatte, erklärte – wie Jonathan Spence untersuchte – ihre Forderungen nach Menschenrechten und Freiheit.<sup>650</sup> Die wichtigste Artikulationsform der kurzen Bewegung waren Aufsätze und Gedichte in der Form von *dazhibao* sowie (wie auch schon während der „Vierten-Mai-Bewegung“) eine wahre Flut an kleinen Zeitschriften, die meist in begrenzter Auflage publiziert wurden.<sup>651</sup> Als lauteste Stimme der Bewegung kristallisierte sich Wei Jingsheng, ein ehemaliger Rotgardist, Soldat der Volksbefreiungsarmee und Elektriker heraus, der am 5. Dezember einen Anschlag mit dem Titel „Die fünfte Modernisierung“ an die Mauer heftete.<sup>652</sup> Diese konzipierte er als eine Erweiterung der „Vier Modernisierungen“ (*sige xiandaihua* 四个现代化), dem 1978 von Deng Xiaoping verkündeten, innenpolitischen Programm mit dem Ziel, die Entwicklung in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft voranzutreiben. Im Rahmen der „Vier Modernisierungen“ betrieb die Parteiführung in den 1980ern eine Politik der Öffnung gegenüber dem Westen, die sich besonders in der Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen sowie der Entsendung von Studenten an ausländische Universitäten äußerte. Solange China allerdings nicht auch Demokratie als eine „Fünfte Modernisierung“ in Angriff nahm, schrieb Wei, würden die übrigen vier jedoch nicht mehr als ein leeres Versprechen bleiben. Diese „Fünfte Modernisierung“ beinhaltete für ihn die „Ausübung der Macht durch die arbeitenden Massen selbst“<sup>653</sup>, statt wie bisher durch korrupte Beamte, die den Arbeitern und Bauern Chinas eine neue Autokratie aufgezwungen hätten. Die grundlegende Frage nach dem Wesen von Demokratie beantwortete Wei Jingsheng mit:

---

<sup>647</sup> Ka-ho Mok: *Intellectuals and the State in Post-Mao China*, Basingstoke 1998, S. 20.

<sup>648</sup> Krüger zufolge korrespondierte das Schicksal dieser Gruppe mit dem der zur Kaiserzeit durchgefallenen Examenkandidaten – der Ausschluss aus dem Bildungssystem bedeutete für die jungen Menschen in beiden Epochen den sozialen Ruin und trug maßgeblich zu ihrer politischen Radikalisierung bei. Nach Krüger rekrutierten sich Chinas soziale Rebellen traditionell aus dieser Gruppe von „Verlierern“ (Krüger 1991, S. 171).

<sup>649</sup> Cherrington 1991, S. 56.

<sup>650</sup> 1978 begann zudem allmählich die Aufarbeitung der Kulturrevolution in staatlich kontrollierten Zeitungen und Zeitschriften. Die sogenannte „Wundenliteratur“ thematisierte erstmals öffentlich die Schrecken dieser Periode und regte Diskussionen über Vergangenheit und Zukunft des Landes an (siehe Spence 2001, S. 775).

<sup>651</sup> Ebd.

<sup>652</sup> Ebd., S. 777.

<sup>653</sup> James D. Seymour: *The Fifth Modernization. China's human rights movement 1978-1979*, Stanfordville 1980, S. 52.

„What is true democracy? True democracy means placing all power in the hands of the working people. Are working people unable to manage state power? Yugoslavia has taken this route and proven to us that people have no need for dictators, whether big or small; they can take care of things much better themselves. [...] It is when the people, acting on their own will, have the right to choose representatives to manage affairs on the people's behalf and in accordance with the will and interests of the people. [...] Furthermore, the people must have the power to replace these representatives at any time in order to keep them from abusing their powers to oppress the people.“<sup>654</sup>

Die Schrecken der maoistischen Periode verfolgten Chinas gebildete Elite auch noch in den 1980ern – daher drängte sie beharrlich auf tiefgehende ökonomische Reformen und eine Öffnung des politischen Systems. Gleichgültig wie radikal Einzelne in ihren Äußerungen waren, zeigte die Mehrheit jedoch ein starkes Bedürfnis als eine loyale Opposition zu fungieren und das System zu reformieren, nicht zu stürzen.<sup>655</sup> Ihre Aktivitäten und Forderungen stellten die Autorität des Regimes 1979 jedoch implizit in Frage: Die Regierung beobachtete die Proteste auf den Straßen der Hauptstadt einige Monate lang ohne einzugreifen. Als die Verfasser der *daqizibao* jedoch begannen, die fundamentalen Prämissen der KPCh in Frage zu stellen, entschied sich Deng Xiaoping für eine direkte Intervention. Nachdem die Regierung am 1. April 1979 ein hartes Vorgehen gegen die Aktivisten angekündigt hatte, löste sich die Bewegung auf. In den folgenden Tagen und Wochen wurden die wichtigsten Aktivisten verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen war auch Wei Jingsheng, der Ende März 1979 der „Abfassung staatsschädigender Schriften und Spionage“ beschuldigt und zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde.<sup>656</sup>

Trotz ihrer kurzen Dauer sollte die „Democracy-Wall-Bewegung“ weitreichende Konsequenzen haben. Ein grundlegender Unterschied zu vorangegangenen Protesten lag darin, dass sich die Kritik nicht länger (wie es beim sogenannten „Tian'anmen-Zwischenfall“ von 1976 noch der Fall gewesen war) lediglich gegen die Ungerechtigkeiten der Kulturrevolution, sondern stattdessen direkt gegen die Politik der chinesischen Regierung richtete. Zudem stellte Petra Krüger fest, dass die chinesischen

---

<sup>654</sup> Zitiert nach Alan Lawrence, *China since 1919 – Revolution and Reform. A Sourcebook*, London 2004, S. 227.

<sup>655</sup> Zhao 2001, S. 68.

<sup>656</sup> Spence 2001, S. 781.

Intellektuellen ihren Protest erstmals nicht mehr in der Form historischer Analogien artikulierten, sondern die verantwortlichen Spitzenfunktionäre direkt und namentlich attackierten.<sup>657</sup> Daher kam der Aktivist Ren Wanding 1989 zu dem Ergebnis:

„The Democracy Wall Movement presented political demands more mature than those of the April 5<sup>th</sup> movement, and pushed forward theoretical preparations for a democracy movement [by introducing] concepts of people’s rights, people’s democracy, and a Marxism and socialism of the people.“<sup>658</sup>

Diese beiden Beispiele belegen, dass die Aktivisten des Jahres 1989 ihre Demonstrationen in den Kontext der chinesischen Protesttradition des 20. Jahrhunderts einbetteten um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen und sich, durch den Bezug auf die „Vierte-Mai-Bewegung“, als patriotische Reformbewegung zu präsentieren. Dies deckt sich mit der Feststellung von McAdam und Rucht,<sup>659</sup> dass Protestierende nicht für jeden Konflikt ein vollständiges Repertoire an Proteststrategien erfinden müssen, sondern häufig auf Ideen und Taktiken zurückgreifen, die von anderen sozialen Akteuren zu anderen Gelegenheiten oder an anderen Orten angewendet wurden. Verweise auf vorangegangene Bewegungen in China wurden 1989 auch genutzt, um die inhaltliche Entwicklung der Proteste ebenso wie die intellektuelle Reife der Demonstranten zu unterstreichen.

### Die Selbstverortung der Aktivisten in der Weltgeschichte

Neben der Selbstverortung der Aktivisten in der chinesischen Geschichte lässt auch der globalhistorische Kontext, in den sie ihre Demonstrationen einbetteten, Einblicke in ihr Selbstverständnis und transkulturelle Adaptionsprozesse zu. In den meisten Fällen griffen die Demonstranten auf die kommunistische Welt als Referenzrahmen zurück – ein Ergebnis, dass sich auch mit der inhaltlichen Analyse ihrer Forderungen deckt. Anstatt sich auf den US-amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, die US-Bürgerrechtsbewegung oder den Sturz Marcos auf den Philippinen zu beziehen (wie es in den amerikanischen Medien dargestellt wurde), gaben sie vielmehr die Französische Revolution, den Ungarischen Aufstand von 1956, die polnische Solidarnosc-Bewegung

---

<sup>657</sup> Krüger 1991, S. 164.

<sup>658</sup> Rede von Ren Wanding in Beijing, Ende April 1989, in: Han 1990, S. 121-124.

<sup>659</sup> Doug McAdam/Dieter Rucht, The cross-national Diffusion of Movement Ideas, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 528, Juli 1993, S. 58.

von 1980/81 oder die Veränderungen in Osteuropa in den späten 1980ern als wichtigste Vorbilder und Referenzereignisse an.

### *Referenzen zur Epoche der Aufklärung und der Französischen Revolution*

Es war nicht nur ihr zweihundertstes Jubiläum, das die Französische Revolution von 1789 zu einem Ereignis machte, das in der chinesischen Bewegung des Jahres 1989 wiederklang. Studenten in der Anfangsphase ihres Studiums, wie auch etablierte chinesische Intellektuelle, bezogen sich auf die Ereignisse in Frankreich, um den revolutionären Geist der Revolution zu erwecken und ihre eigenen politischen Aspirationen zu unterstreichen. Die Französische Revolution lässt sich somit unter Rückgriff auf Seidman als ein globalisierter Diskurs-Frame verstehen.<sup>660</sup> Durch transkulturelle Diffusionsmechanismen avancierte sie zu einer Inspirationsquelle und Teil des Protest-Repertoires, auf das Aktivisten rund um den Erdball zurückgreifen konnten.<sup>661</sup> Bereits Karl Marx knüpfte im Jahr 1850 eine Verbindung zwischen den Umsturz in Frankreich und China, als er schrieb:

„Wenn unsere europäischen Reaktionäre auf ihrer demnächst bevorstehenden Flucht durch Asien endlich an der chinesischen Mauer ankommen, an den Pforten, die zu dem Hort der Urreaktion und des Urkonservatismus führen, wer weiß, ob sie nicht darauf die Überschrift lesen: République chinoise. Liberté, Egalité, Fraternité.“<sup>662</sup>

1989, als viele der Aktivisten ihren Respekt für die Französische Revolution ausdrücken, schien Marx' Vision ihrer Realisierung einen Schritt näher gekommen zu sein. So betonte der Dissident und Astrophysiker Fang Lizhi im Januar 1989 in einem offenen Brief, die Französische Revolution werde nicht nur in China, sondern von der gesamten Menschheit mit universellem Respekt betrachtet.<sup>663</sup>

Neben der Französischen Revolution war es vor allem die Epoche der Aufklärung, die sich in vielen Äußerungen der Aktivisten niederschlug. Im Diskurs der 1989er-Bewegung war der Begriff der Aufklärung (*qimeng* 启蒙) eng mit Forderungen nach Menschenrechten verbunden und wurde häufig als ein Faktor genannt, der zu einem

---

<sup>660</sup> Seidman 2003, S. 353.

<sup>661</sup> Ebd., S. 345.

<sup>662</sup> Karl Marx and Friedrich Engels: *Revue* (London, 31. Januar 1850) in: *Werke*, Berlin 1964, S. 222.

<sup>663</sup> Fang Lizhi: „Open letter to Deng Xiaoping“, eingereicht am 6. Januar 1989, in: Han 1990, S. 24-25.

Wiedererstarben des Landes betragen könnte. In diesem Zusammenhang war oft von einer „demokratischen Aufklärung“ (*minzhu qimeng* 民主启蒙) die Rede, die China innenpolitisch stabilisieren und außenpolitisch stärken sollte. So forderte der Aktivist Ren Wanding zur Rettung des Landes eine stärkere Orientierung an den Idealen der europäischen Aufklärung:

„The Enlightenment and social progress in Europe had their revolutionary beginnings in the respect for human rights and the individual. If we do not follow it, a corrupt politics will persist, and unstable China will achieve neither solidarity nor stability, and improved government policy will be impossible.“<sup>664</sup>

Einige der Aktivisten verstanden die „Vierte-Mai-Bewegung“ von 1919 als ersten Versuch in der chinesischen Geschichte, dieses Ideal in die Tat umzusetzen. So hob der Studentenfürer Wang Dan beispielsweise in einem offenen Brief vom April 1989 die Rolle der Studenten der Peking Universität (*Beijing Daxue*) von 1919 als Initiatoren einer „demokratischen Aufklärung“ hervor. Wang betonte, „as the birthplace of this extraordinary movement of democratic enlightenment, Beijing University has always held high banners of democracy and science and marched at the very forefront of our nation’s progress.“<sup>665</sup> Um die 1919 antizipierten Ideale der Aufklärung in die politische Praxis zu überführen, gründeten Studenten der *Beijing Daxue* daher 1989 „Demokratische Salons“, in Anlehnung an die französischen Salons des 16. Jahrhunderts, in denen Philosophen wie Diderot oder Voltaire in Diskussionen das intellektuelle Fundament der Französischen Revolution gegossen hatten.

Aus den Quellen wird des Weiteren deutlich, dass Verweise auf die Aufklärung und die Französische Revolution häufig verwendet wurden, um Forderungen nach einer Liberalisierung der chinesischen Presse zu unterstützen. Dies wurde als ein wichtiger Schritt hin zu mehr politischer Partizipation nach dem Vorbild des Westens verstanden. So führte ein Aktivist unter dem Pseudonym Han Hua aus:

„Soon after the birth of the bourgeois newspapers in England, America and France, bourgeois revolutions took place in succession, and, as a result, the

---

<sup>664</sup> Ren Wanding: Reflections on the Historical Character of the Democracy Movement. The historical functions and objective goals of the People’s Democratic Movement. Edited Speeches delivered at five institutions of higher education in Beijing, April 27-May 4, 1989, in: Yu/Harrison (Hrsg.), *Voices from Tiananmen Square. Beijing Spring and the Democracy Movement*, Montreal 1996, S. 47-53.

<sup>665</sup> Wang Dan: An Open Letter to Beijing University Authorities, 03.04. 1989, in: Han 1990, S. 16-17.

contemporary commercial newspapers quickly became papers of political parties.“<sup>666</sup>

Was machte die Französische Revolution zu einem politischen Symbol, auf das Chinas gebildete Elite auch nach 200 Jahren noch zurückgreifen konnte? Zum einen mag es Karl Marx' Interpretation der Ereignisse als wichtiger historischer Wendepunkt auf dem Weg zum Kommunismus gewesen sein, zum anderen der globalisierte Mythos der Revolution. In seinem Essay „The French Revolution and Chinese Socialism“ führt der Sinologe Maurice J. Meisner aus, die Französische Revolution sei in China nicht nur in den Reformen von 1898, sondern auch in der „Vierten-Mai-Bewegung“ rezipiert worden.<sup>667</sup> Während frühere Interpretationen der Revolution in China sich auf die Marx'sche Auslegung konzentriert hätten, nach der die Revolution die erste Phase in der Entstehung des modernen Kapitalismus gewesen sei, wären im China des 20. Jahrhundert politische und ideologische Aspekte in den Vordergrund gerückt worden. So hätte nun das „heroische Ideal des revolutionären Selbst-Opfers“, die Ideen der Aufklärung und die Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Vordergrund gestanden, ebenso wie die Vorstellung der Notwendigkeit revolutionärer Gewalt und „the need for firm and united revolutionary leaders, for which the Jacobin Club was taken as the prototype.“<sup>668</sup> Meisner schlußfolgert infolgedessen, die Französische Revolution habe in der ersten Dekade des 20. Jahrhundert unter Chinas Intellektuellen den Glauben gefestigt, dass nur der Sturz des kaiserlichen Systems zur Gesundung Chinas und einer umfassenden Modernisierung führen könne.<sup>669</sup>

Die Adaption der revolutionären Tradition der Französischen Revolution sollte auch in der Folgezeit das Denken von Chinas gebildeter Elite beeinflussen. Chen Duxiu, einer der Führer der „Bewegung für eine neue Kultur“ (*xinwenhua yundong* 新文化运动, 1915-19) schrieb im September 1915 für die Erstausgabe des Magazins *Neue Jugend* (*Xin Qingnian* 新青年) einen Artikel über „Die Franzosen und die moderne Zivilisation“, in dem er jene Aspekte, die er als „Pfeiler der westlichen Zivilisation“ verstand

---

<sup>666</sup> Artikel „The Road to Freedom of the Press in China“, unterschrieben mit „Han Hua“, in: Han 1990 S. 109.

<sup>667</sup> Maurice Meisner: The French Revolution and Chinese Socialism, in: Joseph Klaitz und Michael H. Haltzel (Hrsg.), *Global Ramifications of the French Revolution*, Cambridge 1994, S. 181.

<sup>668</sup> Meisner 1994, S. 182.

<sup>669</sup> Ebd.

(Demokratie, Evolution und Sozialismus), direkt auf die Französische Revolution zurückführte.<sup>670</sup>

Die chinesischen Denker dieser Periode fanden ihre Inspiration allerdings nicht primär in den politischen Aspekten der Revolution, sondern vor allem in den anti-traditionalistischen intellektuellen Strömungen, die sie hervorbrachten. Die Aufklärung mit ihrem „rationalistischen Glauben an Wissenschaft als eine Kraft, die alte Traditionen erodiert und zur Errichtung einer neuen Gesellschaft führt“, stand hierbei an erster Stelle.<sup>671</sup> Mit dem Aufstieg des Kommunismus in den 1920ern verlor die Französische Revolution in China jedoch stetig an Bedeutung. Zwar studierte Mao in der Yan’an-Periode die Werke von Rousseau, Kant und Hegel um eine Antwort auf die Frage zu finden, wie die Kommunistische Bewegung China unter ihrer Herrschaft vereinigen könnte<sup>672</sup> – dennoch distanzierte er sich deutlich vom französischen Modell und betonte, die chinesische Revolution werde sich nicht am Vorbild der westlichen Revolutionen orientieren. Stattdessen solle sie auf die chinesischen Rahmenbedingungen zugeschnitten werden.<sup>673</sup> Da Mao die Französische Revolution als Repräsentant einer bourgeois-demokratischen Revolution ablehnte, wurde sie nach der Gründung der Volksrepublik nicht mehr als Ideal beschworen – dennoch fanden die Ereignisse in Frankreich ihren Eingang in die theoretischen Grundlagen des Sozialismus in China. Hanson hält daher fest:

„Rousseau’s observation that ‘man, born free, finds himself everywhere in chains’ had been translated by Marx and Engels into ‘Workers of the world unite, you have only your chains to lose’, and for people around the world the image that best evoked the sentiment was that of Parisians’ storming the Bastille.“<sup>674</sup>

Die Historikerin Lynn Hunt kommt zu einem ähnlichen Ergebnis und betont die Bedeutung der Französischen Revolution sowohl für die Geschichte der Demokratie, als auch des Sozialismus:

---

<sup>670</sup> Chen Duxiu, *Falanxi ren yu jinshi wenming* 法兰西人与近世文明 [Die Franzosen und die neuzeitliche Zivilisation], in: *Xin Qingnian* 1, September 1915.

<sup>671</sup> Meisner 1994, S. 183.

<sup>672</sup> Paul R. Hanson, *Contesting the French Revolution*, 2009, S. 193.

<sup>673</sup> In seinen „Gesammelten Werken“ betonte er daher, dass in China nicht die Bourgeoisie sondern die Kommunistische Partei die „neue demokratische Revolution“ als Teil der „proletarischen sozialistischen Weltrevolution“ anführen werde. („The Chinese Revolution and the Chinese Communist Party“, 1939; „On new democracy“, 1940; *Selected Works of Mao Zedong*, Beijing 1976, S. 305-34 und S. 339-84.)

<sup>674</sup> Hanson 2009, S. 193.



„as one cannot seriously discuss the history of democracy and republicanism in modern history without reference to the French Revolution, neither can one seek the sources of modern socialism without reference to the French Revolution.“<sup>675</sup>

Dies erklärt, warum Chinas gebildete Elite 1989 versuchte, den Geist der Französischen Revolution vor allem in der Form einer „demokratischen Aufklärung“ zu beschwören. Die Französische Revolution avancierte im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts zu einem globalisierten Frame und universalen Symbol, auf das die Aktivisten von Bewegungen weltweit zurückgreifen können. Dies wurde, wie Maurice Cranston ausführt, auch dadurch ermöglicht, dass neben der realen historischen Revolution auch der Mythos der Revolution in das transkulturelle Protestrepertoire einging.<sup>676</sup> Eine Ursache hierfür lässt sich darin finden, dass die französischen Revolutionäre ihre Prinzipien nicht exklusiv an ein französisches Publikum, sondern an die gesamte Menschheit richteten. Die „Erklärung der Menschenrechte“ vom August 1789 postulierte die Schaffung eines völlig neuen Menschen – eine universelle Forderung, die auch von den Revolutionen in Lateinamerika aufgenommen wurde, wo politische Führer wie Simón Bolívar und José de San Martín auf diese Ideale und Prinzipien zurückgriffen.<sup>677</sup> Cranston argumentiert daher, es sei vor allem der Mythos der Französischen Revolution gewesen, „which treated society like a neutral, ahistorical protoplasm form which old corrupt institutions could be extracted and into which new rules for human interaction could be inserted at will“,<sup>678</sup> der ihren triumphalen Zug um die Welt ermöglicht habe.<sup>679</sup>

Die Tatsache, dass Frankreich im 18. Jahrhundert eine agrarische Gesellschaft mit einem monarchischen System war, deren Bevölkerung sich der Willkür der herrschenden Klasse ausgeliefert sah, mag zur Popularität der Französischen Revolution besonders in der sogenannten „Dritten Welt“ beigetragen haben. Der historische Beleg, dass es dem einfachen Volk möglich war, die Herrscher des damals mächtigsten Staates in Europa zu

---

<sup>675</sup> Für eine Analyse der Französischen Revolution als Quelle demokratischen Republikanismus im 19. und 20. Jahrhundert siehe Lynn Hunt: *Politics, Culture and Class in the French Revolution*, Berkeley 1984.

<sup>676</sup> Maurice Cranston: *The French Revolution in the Minds of Men*, in: *The Wilson Quarterly* 13, No. 3, S. 46.

<sup>677</sup> Cranston argumentiert, dass die Französische Revolution den Mythos einer Herrschaft auf Basis eines göttlichen Rechts auslöschte, der die Machtbasis der meisten traditionellen Regime war. (Cranston 1989, S. 50) Eine der Konsequenzen dieser Demystifizierung politischer Herrschaft nach der Revolution war, dass die „bis dahin schweigende Mehrheit des gewöhnlichen unterprivilegierten Volkes“ es wagte seine Meinung zu äußern.

<sup>678</sup> Cranston 1989, S. 54.

<sup>679</sup> Für die Revolutionäre der späteren Jahrhunderte hatte die Französische Revolution abhängig von dem jeweiligen Stadium auf das sie sich bezogen unterschiedliche Bedeutungen. Die Girondisten und moderaten Jakobiner von 1792-93 dienten zum Beispiel vor allem als eine Inspirationsquelle für Revolutionäre der unteren Mittelschicht und Intellektuelle die die Schaffung einer demokratischen Republik anstrebten, wohingegen sich spätere Revolutionäre aus Arbeiter- und sozialistischen Kreisen am Vorbild der Extremisten der Periode von 1792-94, wie Robespierre und Gracchus Babeuf orientierten.

stürzen, machte die Revolution zu einem Symbol mit globaler Ausstrahlungskraft, die bis zum heutigen Tag ungebrochen ist. Somit schlussfolgert Cranston:

„Whenever a revolutionary leader, from Ho Chi Minh and Frantz Fanon to Fidel Castro and Daniel Ortega, speaks of a new man, or of restructuring a whole society, or of creating a new human order, one hears again the ideas and assumptions first sounded on the political stage during the French Revolution.“<sup>680</sup>

Cranstons Fazit gilt auch für die Aktivisten in China 1989, die Verweise auf die Französische Revolution nutzten, um Forderungen nach einer „demokratischen Aufklärung“ und ihr Streben nach Pressefreiheit zu unterstreichen.

### *Referenzen zum Ungarischen Volksaufstand 1956*

Ein weiteres Ereignis, das die chinesischen Aktivisten des Jahres 1989 immer wieder thematisierten, war der Ungarische Volksaufstand von 1956. Dieser war in den Worten des Politikwissenschaftlers Grzegorz Ekiert nicht nur die „tragischste und dramatischste Zuspitzung der politischen Dekompression in Osteuropa“ nach dem Tod Joseph Stalins im März 1953, sondern auch eine „noch nie dagewesene Herausforderung der kommunistischen Herrschaft in der osteuropäischen Nachkriegsgeschichte“.<sup>681</sup> 1989 verfolgten die chinesischen Intellektuellen den politischen Tauprozess, der sich in Ungarn abzeichnete, mit großer Aufmerksamkeit. Einige merkten an, die Ereignisse des Jahres 1956 schienen sich im Verfall der kommunistischen Herrschaft in ganz Europa zu wiederholen. Andere verstanden die Rehabilitation des Volksaufstandes durch die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei im Februar 1989 als moralische Bestätigung für ihre eigenen Demonstrationen, die von den chinesischen Behörden (wie in Kapitel 4.3 diskutiert) als „geplanter Aufruhr“ diffamiert worden waren. Für viele der jungen Intellektuellen waren vor allem die Veränderungen im ungarischen politischen System von großer Bedeutung, darunter die Bestätigung des Mehrparteiensystems und Pluralismus, ebenso wie der Einzug einer Nicht-Partei Fraktion in den ungarischen Parteikongress.<sup>682</sup> Das Vorbild des Ungarischen Volksaufstand, ebenso wie des „Prager Frühlings“ von 1968, veranlasste die Aktivisten dazu, ihre Regierung zu ermahnen, dass

---

<sup>680</sup> Cranston 1989, S. 54.

<sup>681</sup> Grzegorz Ekiert: *The State against Society. Political Crises and their Aftermath in East Central Europe*, Princeton 1996, S. 99.

<sup>682</sup> Ebd.

eine Unterdrückung des Volkswillens in China zu einem ähnlichen politischen Kataklysmus führen könne:

„The Secretary General and the Premier [...] should realize that today's Chinese are no longer humble people who, when faced with a government that will not listen to their pleas, only know enough to kill themselves in grief by ramming their heads against the pillars of the halls of the imperial court. How can they only think of the Hungarian Incident, the Prague Spring, Polish history?“<sup>683</sup>

Was machte den Ungarischen Aufstand zu einem derart wichtigen Referenzereignis? Um diese Frage beantwortet zu können, müssen zunächst die Ursachen der Unruhen einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Der Osteuropa-Experte Grzegorz Ekiert sieht die Gründe für den Aufstand in der Kombination mehrerer Faktoren in der Periode nach Stalin. Ökonomische Probleme steigerten die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, besonders unter Arbeitern und Bauern – ein Prozess, der durch interne Machtkämpfe in der Ungarischen Kommunistischen Partei noch verstärkt wurde. Die schwelende Unzufriedenheit wurde im März 1956 mit der Gründung des Petöfi-Kreises (der ursprünglich als ein Diskussionsforum für Studenten ins Leben gerufen wurde) angefacht, der sich rasch zur institutionellen Basis der Opposition entwickelte. Während die sich formierende intellektuelle Opposition ein Ende des politischen Terrors, Redefreiheit und ökonomische Reformen verlangte, kollabierte die politische und moralische Autorität der kommunistischen Regierung über Nacht.

Parallel hierzu solidarisierten sich Universitätsstudenten in einer unabhängigen Organisation, der „Association of Hungarian University and College Students“ (MEFESZ). Obwohl diese Bewegung lediglich vier Tage dauerte, spielte sie dennoch eine wichtige Rolle in der Mobilisierung der ungarischen Studenten für die Demonstrationen vom 23. Oktober, mit denen der eigentliche Aufstand seinen Anfang nehmen sollte. Das ungarische Volk vereinigte sich zu einer spontanen Massenbewegung gegen das kommunistische Regime. Der Aufstand hatte keine Organisatoren, wie Miklos Molnar festhielt: „for a historical moment, perhaps for the last time, poets, dreamers, and thinkers prepared the social and national uprising of a people.“<sup>684</sup> Die Ungarische

---

<sup>683</sup> Abgedruckt in „News Bulletin No. 7“ der „Beijing Normal University Hunger Strikers' Petition Group“ des „Chinese Department, Class of 1985, Dorm Room XXX“, 17. Mai 1989, 09:50 Uhr auf dem Tian'anmen-Platz, in: Han 1990, S. 211-212.

<sup>684</sup> Miklos Molnar: The Heritage of Imre Nagy, in: Aczel Tamas (Hrsg.), *Ten Years After*, London 1966, S. 162.

Kommunistische Partei kollabierte – am 24. Oktober 1956 gingen die Demonstrationen in einen Volksaufstand mit heftigen Gefechten zwischen den in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen und der ungarischen Bevölkerung über. Als die Kämpfe das ungarische Parlament erreichten, kollabierte die ungarische Regierung. Es bildete sich eine neue Regierung um Imre Nagy, die in den nächsten zwölf Tagen versuchte, die Situation durch die Abkehr vom Einparteiensystem zu beruhigen. Als am 1. Oktober 1956 die Nachricht von einer bevorstehenden Invasion der Sowjetunion Budapest erreichte, erklärte Nagy Ungarns Neutralität, den Rückzug vom Warschauer Pakt und ersuchte die Vereinten Nationen um Hilfe bei der Verteidigung des Landes. Vergeblich – am frühen Morgen des 4. November begann die sowjetische Armee ihren Angriff gegen die ungarische Opposition.<sup>685</sup> Innerhalb von 24 Stunden löste sich die neue ungarische Regierung auf, ebenso wie die politischen Parteien und Organisationen, die während des Aufstandes entstanden waren.

Es war somit paradoxerweise vor allem das Scheitern des Aufstandes, das die Ereignisse in Ungarn zu einem Referenzereignis für die chinesischen Aktivisten machte. Die meisten Verweise auf den Ungarischen Aufstand lassen sich in Quellen aus der Phase nach der militärischen Niederschlagung der Proteste in Beijing finden, als Chinas Intellektuelle historische Parallelen zu der Situation in China 1989 zogen. Der Aktivist Su Shaozhi bezeichnete die ungarische Regierung unter Matyas Rakosi als „bürokratisch und despotisch“ und führte aus, diese habe sich solange gegen das eigene Volk gestellt, bis dieses sich erhoben und gegen die kleine Führungselite zur Wehr gesetzt habe.<sup>686</sup> Su sah starke Parallelen zwischen den Ereignissen in Ungarn und China, jedoch mit einem grundlegenden Unterschied: In Ungarns sei es nicht die eigene Kommunistische Partei, sondern russische Panzer gewesen, die die Rebellion des Volkes niederschlugen. Einen weiteren Unterschied fand Su darin, dass in Ungarn „die Arbeiter die mächtigste Kraft waren und die Unterdrücker ausländische Soldaten.“ Der chinesische Aktivist verstand vor allem die Rehabilitation von Imre Nagy,<sup>687</sup> der nun als Märtyrer der Demokratie und ungarischer Nationalheld bewertet wurde, als Symbol dafür, dass auch die chinesische Protestbewegung eines Tages einer ähnlichen Rehabilitation unterzogen werden würde. Vor diesem Hintergrund führte er aus, die Demonstrationen in China hätten – obwohl

---

<sup>685</sup> Die Angriffspläne waren bereits Monate vor dem eigentlichen Militäreinsatz aufgestellt worden. Wenige Tage zuvor hatten 19 sowjetische Divisionen unter dem Vorwand einen Rückzug zu organisieren bereits Flughäfen, Bahnhöfe und Kommunikationszentren, Kreuzungen und Brücken besetzt.

<sup>686</sup> Ohne Datum, in Yu/Harrison 1996, S. 74-81.

<sup>687</sup> Eine aktuelle Biographie über Imre Nagy liegt von János M. Rainer vor: Imre Nagy. A Biography, übers. v. Lyman H. Legters, London 2009.

sie „vorübergehend“ durch militärische Gewalt gebrochen worden seien – dennoch das „politische Erwachen und demokratische Denken eines jeden Chinesen“ gefördert und somit demonstriert, dass das Volk nicht länger bereit sei unter einer totalitären Regierung zu leben.

### *Verweise auf die polnische Solidarnosc-Bewegung 1980/81*

Neben Verweisen auf die Französische Revolution, die Epoche der Aufklärung und den Ungarischen Volksaufstand bezogen sich die Aktivisten darüber hinaus immer wieder auf die polnische Solidarnosc-Bewegung von 1980/81. Informationen über die politischen Erfolge der Gewerkschaft gelangten über Medienberichte nach China und dienten den Aktivisten besonders im Hinblick auf die Organisationsstruktur der Bewegung als Inspirationsquelle. Zudem verstanden viele der chinesischen Demonstranten die Legalisierung von Solidarnosc während der späten 1980er als Symbol der Hoffnung für ihr eigenes Streben nach politischen Reformen. Auch die westlichen Medien brachten Solidarnosc seit 1980 außerordentlich großes Interesse entgegen. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Polen konzentrierten sie sich daher auch in vielen Berichten über die Demonstrationen in China auf die Rolle der chinesischen Arbeiter.

Welche Faktoren hatten zur Entstehung von Solidarnosc in Polen geführt? 1980 verringerte die polnische Führung staatliche Preissubventionen um die kränkelnde Wirtschaft zu sanieren. Die Einführung eines neuen Preissystems führte jedoch zu Aufständen der Bevölkerung, die sich zunächst auf die baltischen Seehäfen konzentrierten.<sup>688</sup> Als eine Gruppe von Freihandels-Aktivisten am 14. August 1980 einen Streik an der Lenin-Werft in Gdansk initiierte, trat der Elektromechaniker Lech Walesa als Führungsfigur hervor.<sup>689</sup> Nachdem der Streik am 16. August kurzfristig ausgesetzt wurde, schlossen sich Arbeiter anderer Fabriken mit den Streikenden in Gdansk zusammen und gründeten das „Gdansk inter-factory Strike Committee“ (MKS). Ende August hatten sich bereits 700.000 Arbeiter aus 700 Fabriken den Streiks angeschlossen. Die ausländische Presse berichtete intensiv über die Arbeitsausstände – Photographien vom Tor Nr. 2 der Lenin-Werft verbreiteten sich um die ganze Welt. Die polnischen Aktivisten machten sich die transnationale Öffentlichkeit gezielt zunutze und verteilten

---

<sup>688</sup> Die folgenden Streiks wurden von Arbeitern mit Verbindungen zu KSS und KOR vorbereitet. Radio Free Europe berichtete über die Ereignisse, ebenso wie über die passive Haltung des polnischen Staates. Bartosz Kaliski: *Solidarity 1980-81. The Second Vistula Miracle?*, in: Kevin McDermott (Hrsg.), *Revolution and Resistance in Eastern Europe: Challenges to Communist Rule*, Oxford 2006, S. 125.

<sup>689</sup> Die Arbeiter der Werft verlangten die Wiedereinstellung ihrer Kollegin Anna Walentynowicz, die einige Tage zuvor entlassen worden war.

Pressematerial an ausländische Journalisten, um den Druck auf ihre nationale Regierung zu erhöhen. Sie verließen sich dabei auf die Unterstützung von polnischen Intellektuellen, die unter der Führung des späteren Premierministers Tadeusz Mazowiecki ein Experten-Komitee zur Beratung des MKS gebildet hatten. Die Streikenden sahen von Angriffen gegen Exponenten der kommunistischen Partei ab und versuchten zu demonstrieren, dass sie keineswegs Unruhe stiften, sondern die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wollten. Nachdem die Streiks Polen in einen gelähmten Zustand versetzt hatten, kam es am 31. August 1980 zu einer historischen Vereinbarung zwischen dem stellvertretenden Premierminister Jagielski und Lech Walesa, in der die polnische Regierung nachgab. Doch trotz ihres Versprechens, Solidarnosc als freie Gewerkschaft anzuerkennen, beruhigte sich die Situation nicht. Als immer mehr Polen Solidarnosc beitraten, wuchs die Gewerkschaft mit 10 Millionen Mitgliedern zu einer politischen Kraft an, die nicht länger ignoriert werden konnte. Daher sah sich die polnische Regierung im November 1980 schließlich gezwungen, Solidarnosc formell anzuerkennen. Die kommunistische Partei Polens schien sich zu diesem Zeitpunkt in einem Auflösungsprozess zu befinden, so dass eine militärische Intervention Moskaus zu einer realistischen Bedrohung wurde. Zudem ließen sich seit dem ersten Kongress der Gewerkschaft im September 1980 interne Spaltungen erkennen, da eine steigende Zahl an Mitgliedern begann die Führung der Kommunistischen Partei offen in Frage zu stellen.<sup>690</sup> Nachdem der vorherige Verteidigungsminister Jaruzelski im Dezember 1980 zum neuen Premierminister ernannt worden war, verhängte er im Februar 1981 das Kriegsrecht. Über Nacht wurde das Recht zu streiken und Gewerkschaften zu gründen ausgesetzt, die Sowjetunion störte westliche Radiosendungen nach Polen, Telefonleitungen wurden unterbrochen und eine Ausgangssperre verhängt. Die polnische Regierung begann damit, systematisch Anhänger und Anführer von Solidarnosc zu verhaften – nach über 200.000 Verhaftungen konnte die Bewegung nur noch im Untergrund agieren. Polen wurde nun von einem militärischen „Council for National Reconciliation“ regiert, das die inhaftierten Solidarnosc-Anhänger in den folgenden Monaten allmählich aus der Haft entließ, darunter im November 1982 auch Lech Walesa.

Obwohl die Solidarnosc-Bewegung nicht lange andauerte, hatte sie dennoch einen profunden Einfluss auf die polnische Gesellschaft. Der Journalist und Historiker Timothy Garton Ash bezeichnet sie als „the most paradoxical of European revolutions“

---

<sup>690</sup> Kaliski 2006, S. 132.

und verweist auf ihren „sich selbst beschränkenden Charakter“ (*self-limiting character*): Um ein Blutvergießen zu vermeiden, habe die Solidarnosc-Führung versucht, die polnische Führung davon zu überzeugen, dass ihre politischen Aktivitäten nicht zu einer Situation vergleichbar mit dem Ungarischen Volksaufstand von 1956 oder den Ausschreitungen in Gdansk 1970 führen werde. Diese Strategie habe das Selbstverständnis von Solidarnosc als Gewerkschaft gespiegelt, die sich nicht in politische Belange einmischen wollte. Solidarnosc, so Ash, habe lediglich beabsichtigt, die polnischen Arbeiter gegenüber ihrem Arbeitgeber, dem polnischen Staat, zu repräsentieren.<sup>691</sup> Nachdem die polnische Regierung im Februar 1988 ein weiteres Mal die Preise angehoben hatte, brach im April eine neue Welle von Streiks aus. Es sollte jedoch noch ein weiteres Jahr dauern, bis Solidarnosc am 17. April 1989 offiziell zu einer legalen Organisation erklärt wurde und die Erlaubnis erhielt, an den anstehenden Wahlen teilzunehmen. Der Wahlausgang erwies sich als desaströs für die Kommunistische Partei Polens, da Solidarnosc jeden freien Sitz gewann. Diese Wahlniederlage war laut der Historikerin Marjorie Castle die Initialzündung der Reformwelle, die 1989 das Schicksal der Sowjetunion besiegelte.<sup>692</sup>

Wie die Politologin Jeanne L. Wilson feststellt, entwickelte die chinesische Führung ein starkes Interesse an der Möglichkeit der Diffusion von Ideen und Bewegungen aus Osteuropa nach China.<sup>693</sup> Wilson argumentiert, die KPCh-Führung habe die Situation in Polen als eine Fallstudie für Probleme und Spannungen innerhalb der Volksrepublik betrachtet und mit Sorge registriert, dass China keineswegs immun gegen den „polnischen Virus“ sei. Die chinesische Presse berichtete anfänglich noch detailliert und mit einem gewissen Grad an Sympathie über die Arbeiterunruhen in Polen 1980 und führte die Proteste auf Fehler in der Wirtschaftspolitik, Unzufriedenheit über Korruption innerhalb der Partei sowie einen Mangel an Selbstrespekt durch die Dominanz der Sowjetunion zurück. Dies änderte sich laut Wilson jedoch nach einer Konferenz der KPCh im Dezember 1980, in der die Konservativen innerhalb der Partei die Oberhand gewonnen hätten – beide Fraktionen der Partei seien hochgradig besorgt über die politischen Implikationen der Demonstrationen und Streiks gewesen, die im Herbst 1980 in den Industriestädten Wuhan und Taiyuan ausbrachen und in

---

<sup>691</sup> Ebd., S. 127.

<sup>692</sup> Vergleiche Marjorie Castle: *Triggering Communism's Collapse. Perceptions and Power in Poland's Transition*, Lanham 2003. Castle argumentiert, der Wahlsieg Solidarnoscs in Polen habe die Schwäche der kommunistischen Herrschaft über Osteuropa entlarvt und somit direkt zum Kollaps des Sowjetkommunismus geführt (Castle 2003, S. 3.).

<sup>693</sup> Wilson 1993, S. 259.

Forderungen nach freien Gewerkschaften kulminierten.<sup>694</sup> Vor diesem Hintergrund fasste die KPCh die Forderung nach freien Gewerkschaften als direkten Angriff gegen ihre Führungsrolle auf. Wie Deng Xiaoping im Juni 1981 feststellte: „There is a complicated social and historical background to the Poland issue. We have to draw lessons from it. One of the lessons is that we must maintain Party leadership and the Socialist system.“<sup>695</sup> Die Situation spitzte sich im Frühjahr 1989 mit der Legalisierung von Solidarnosc in Polen zu, auf die nur eine Woche später der Tod Hu Yaobangs folgte. Vor diesem Hintergrund muss auch Dengs Aussage vom April 1989 verstanden werden, in China hätten sich nun all jene Elemente erhoben hätten, die von den Ereignissen in Jugoslawien, Polen, Ungarn und der Sowjetunion zur Stiftung von Unruhe beeinflusst worden seien.<sup>696</sup>

Trotz dieser negativen Bewertung der Ereignisse durch die kommunistische Führung war Solidarnosc für die chinesischen Aktivisten eine Quelle der Hoffnung auf einen Transformationsprozess innerhalb des sozialistischen Systems. In den Äußerungen der Demonstranten des Jahres 1989 lassen sich besonders häufig Verweise auf die Organisationsstruktur von Solidarnosc finden, die von vielen als Vorbild für den politischen Wandel in China verstanden wurde. So forderte beispielsweise der Aktivist Ren Wanding die Etablierung von Volkskomitees, die sich aus Graswurzel-Organisationen von „Professoren, Intellektuellen und Personen aller Ebenen“ zusammensetzen und die Funktionen einer Regierung übernehmen sollten.<sup>697</sup> Ren erklärte, durch diese Organisationen könne die Theorie demokratischer Politik in die Tat umgesetzt werden. Anders als in Polen, betonte er, werde der Prozess des Wandels in China bereits seit vielen Jahren jedoch nicht etwa von Gewerkschaften, sondern den „Intellektuellen, die das Volk repräsentieren“ angeführt. Somit sei für die gebildete Elite auch die Idee der Einführung von Volkskomitees nicht Neues, da die Bildung derartiger Organe schon während der „Democracy-Wall-Bewegung“ vorgeschlagen worden sei. Ren verwies auf eine wichtige Taktik, die die chinesische Bewegung mit der polnischen teile – den Versuch, die Regierung durch die Bestätigung der sozialistischen Herrschaft von einem gewaltsamen Eingreifen abzuhalten. Er hob daher die Notwendigkeit der

---

<sup>694</sup> Ebd., S. 263.

<sup>695</sup> Zitiert nach Ryosei Kokubun: The Politics of Foreign Economic Policy-Making in China, in: *The China Quarterly* 105, 1986, S. 30.

<sup>696</sup> *South China Morning Post*, FBIS 28. April 1989, S. 10.

<sup>697</sup> Ren Wanding: Reflections on the Historical Character of the Democracy Movement. The historical functions and objective goals of the People's Democratic Movement. Edited Speeches delivered at five institutions of higher education in Beijing, April 27-May 4, 1989, in: Yu/Harrison 1996, S. 52. Ren Wanding wurde später als Menschenrechtsaktivist bekannt und erhielt 1994 den Robert F. Kennedy Human Rights Award.



Kooperation mit der KPCh hervor: „In Poland the Solidarity union held a dialogue with and worked with the ruling party, providing us with a precedent.“<sup>698</sup>

Ein weiterer wichtiger Zusammenhang, in dem häufig auf Solidarnosc verwiesen wurde, war die „spontane und allmähliche“ Entwicklung der chinesischen Bewegung im Kontrast zur Darstellung der KPCh, die versuchte, diese als „geplante Verschwörung“ zu diffamieren. Auch der Aktivist Su Shaozhi betonte, die Demonstrationen seien die „spontane und allmähliche Entwicklung einer Organisation, ähnlich wie Solidarnosc in Polen“.<sup>699</sup> Diese Entwicklung war seiner Darstellung nach „embryonisch im Beispiel der Autonomen Studentenvereinigung der Universitäten in Beijing“ und den anderen Vereinigungen von Arbeitern und Intellektuellen.

Obwohl die Berichterstattung über Chinas Arbeiter häufig oberflächlich war und sich auf die mögliche Entstehung einer chinesischen Variante von Solidarnosc konzentrierte, sollte die Rolle der Arbeitervereinigung *gongzilian* 工自联 nicht unterschätzt werden. Ihre Mitglieder, die sich seit Ende April 1989 zusammenschlossen, waren größtenteils Neulinge in der Arena des politischen Protests und hatten generell ein eher niedriges Bildungsniveau. Als Vorsichtsmaßnahme gaben sie sich einander zunächst nicht mit vollem Namen zu erkennen – erst mit Beginn des Hungerstreiks am 13. Mai 1989 marschierte *gongzilian* unter einem Banner und artikulierte politische Forderungen. In der folgenden Woche schlossen sich der Vereinigung immer mehr Arbeiter an und äußerten ihre Unterstützung für die Protestbewegung.

Walder und Gong halten fest, die Mitglieder von *gongzilian* hätten die Bewegung grundlegend anders verstanden als die studentischen Aktivisten und sich sogar schon vor der Verhängung des Kriegsrechts über Beijing am 19. Mai gegen das bestehende System ausgesprochen.<sup>700</sup> Aus der lockeren Führungsstruktur der Bewegung kristallisierte sich der Arbeiter Han Dongfang als informeller Sprecher heraus. Am 3. Juni hatte *gongzilian* nach eigenen Angaben bereits etwa 20.000 registrierte Mitglieder. Diese formten eine „Streikwache der Arbeiter“ (*gongren jiucha dui* 工人纠察队), um die Ordnung in Beijing aufrecht zu erhalten und die Sicherheit der Studenten zu gewährleisten, wie auch vier „todesmutigen Brigaden“ (*gansi dui* 敢死队), um das Vorrücken von Polizei und Militär zu erschweren. *Gongzilian* hielt zudem seit dem 20. Mai 1989 beinahe jeden Tag eigene Demonstrationen ab. Die politische Mentalität der *gongzilian*-Aktivisten, die sich

---

<sup>698</sup> Ebd., S. 53.

<sup>699</sup> Su Shaozhi: The Origins and Results of China's 1989 Democratic Movement, ohne Datum, in: Yu/Harrison 1996, S. 74-81.

<sup>700</sup> Ebd., S. 4.

überwiegend aus Stahlarbeitern, Maschinen- und Bauarbeitern zusammensetzten,<sup>701</sup> unterschied sich jedoch in einigen grundlegenden Aspekten von der Vereinigung der Studenten. So konzentrierten sich ihre Forderungen von Anfang an auf das Recht auf freie Berufswahl, ein Ende der Benachteiligung von Arbeiterinnen in den Fabriken und vor allem auf die Stabilisierung der Preise für Grundnahrungsmittel. Die Aktivisten von *gongzilian* legten Ende April 1989 in einem Brief an die Bürger Beijings ihre Protestgründe dar:

„The situation for people throughout the country has now become intolerable. After a long period out of bureaucratic dictatorial government, inflation is out of control, and the people’s living standards have slipped. To cover up their extravagance, the small group of ruling officials have issued a large number of various types of government and treasury bonds. They are thereby squeezing every penny out of the people.“<sup>702</sup>

Walder und Gong betonen, die Arbeiter seien vielmehr an generellen Arbeitnehmerrechten, als an konkreten politische Forderungen interessiert gewesen. Zudem hätten sie „Demokratie“ vor allem als die Möglichkeit verstanden, ihre Interessen in Verhandlungen vertreten zu können.

*Gongzilian* war jedoch keineswegs das erste Anzeichen von Unzufriedenheit unter den chinesischen Arbeitern. Während sie in den Studentendemonstrationen Ende 1986 überwiegend ruhig geblieben waren, begannen sie im Laufe des Jahres 1987 ihren Forderungen mit Streiks immer mehr Nachdruck zu verleihen. Laut der ACFTU („All-China Federation of Trade Unions“, *Zhonghuaquanguo zonggonghui* 中华全国总工会) kam es in China allein 1987 zu 97 Streiks und 1988 zu 100 Streiks von Arbeitern. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die chinesische Führung die Ereignisse in Polen und deren mögliche Auswirkungen auf China mit wachsender Sorge betrachtete.

Während die chinesischen Arbeiter die Idee einer unabhängigen Arbeitervereinigung in die Tat umsetzten, fand die Rezeption von Solidarnosc unter der gebildeten Elite vor allem auf einer theoretischen Ebene statt. Die Aktivisten versuchten mit Verweisen auf Solidarnosc nicht nur die patriotische und spontane Natur ihrer Bewegung zu belegen,

---

<sup>701</sup> Siehe Walder/Gong, Tabelle 1 „The Background of Selected Leaders and Activists“. Walder und Gong geben als Quellen für diese Information die Zeitschrift *Zhongguo zhi chun* 中国之春 [Chinesischer Frühling], Januar 1990, S. 31-32 an, sowie Abschriften der Verhöre von Qian Yumin, Bai Dongping, Liu Qiang und Liu Huanwen, (Beijing Bureau of Public Security, 27. bis 31. März 1990).

<sup>702</sup> „Letter to the People of the entire City“ der Beijing Workers’ Autonomous Union vom 20. April 1989, in: Ogden 1993, S. 86.

sondern diskutierten darüber hinaus die Frage, wie das polnische Vorbild in konkrete politische Aktionen zu übersetzen sei. Ihr Ansatz unterschied sich dabei maßgeblich von dem der Arbeiter, wie ein *dazibao* an der *Renmin Universität* in Beijing zeigt:

„We propose that all intellectuals, who have served the party to this moment, organize themselves into groups and withdraw from the party en masse, and establish an organization that can represent the interests of the people. [...] Thousands of intellectuals will have to join the society to make it an objective reality. This will resemble the Polish solidarity movement, which struggled relentlessly until it was recognized. Modern Chinese history and the Democracy Movement demonstrate that without the organization and support of such a Movement the people and students will lack unity and be suppressed by government. The most urgent duty of intellectuals is to form a society to counteract the CCP. This is the wish of the people and the hope for democracy. Let us take action now.“<sup>703</sup>

Dieses anonyme *dazibao* liest sich wie ein Aufruf zur Gründung einer Intellektuellen-Variante von Solidarnosc, was auf einen Diffusionsprozess hindeutet, durch den sich laut Della Porta und Kriesi vor allem Ideen und kollektive Aktionsmodelle (*collective action models*) zwischen sozialen Bewegungen verbreiten.<sup>704</sup> Die chinesische Rezeption von Solidarnosc 1989 unterstreicht dabei die Feststellung der beiden Soziologen, dass es sich bei Diffusionsprozessen keineswegs lediglich um die passive Rezeption von Ideen oder Beschwerden, die anderswo artikuliert werden handelt, sondern dass sie vielmehr aktive Selektion auf Seite der Adaptierenden voraussetzt. Wie die Rezeption von Ereignissen im Ausland durch die chinesischen Aktivisten zeigt, wurden Rituale, Symbole und Taktiken anderer sozialer Bewegungen nicht als Gesamtpaket importiert, sondern vielmehr an die soziale, politische und kulturelle Situation angepasst. Im Gegensatz zu Polen hatte China keine klassenüberschreitende Kraft wie den katholischen Glauben, der Menschen aller sozialer Schichten vereinen konnte. Während sich die polnische Solidarnosc-Bewegung aus Arbeitern, Intellektuellen und Bauern zusammensetzte, war das Demokratieverständnis der chinesischen Studenten hochgradig elitär, was sich sowohl in ihren theoretischen Äußerungen, wie auch der Struktur der Bewegung niederschlug. Das Verhältnis der gebildeten Elite zu Arbeitern und Bauern war,

---

<sup>703</sup> Undatiertes *dazibao*, unterschrieben mit „einige Lehrer und Parteimitglieder der People’s University“, in: Yu/Harrison 1996, S. 27-29.

<sup>704</sup> Della Porta/Kriesi 1999, S. 6.

besonders im Hinblick auf die letzteren, von Misstrauen und Vorurteilen geprägt. Als Mitte April die ersten Demonstranten auf die Straße gingen, solidarisierten sich vor allem die Arbeiter Beijings mit ihnen. Ihre Vereinigung *gongzilian* fand in anderen Städten wie Guangzhou, Xi'an und Hangzhou rasch Nachahmer.<sup>705</sup> Die Arbeiter verliehen ihrer Unterstützung für die Studenten Ausdruck, da beide Gruppen sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert sahen und die ökonomische Krise Chinas als das direkte Ergebnis von Korruption und *guan dao* verstanden. Obwohl die Aktivisten die Arbeiter als Publikum ihrer Demonstrationen willkommen hießen, ließen sie dennoch keinerlei wirkliche Partizipation an ihrer Bewegung zu. Dies führte dazu, dass der Unmut unter den Arbeitern wuchs, die sich lediglich als Zuschauer und nicht als gleichberechtigte Partner im Kampf für mehr politische Partizipation akzeptiert fühlten.

Ausländische Journalisten fixierten sich in ihrer Berichterstattung über *gongzilian* überwiegend auf das Vorbild Solidarnosc und ließen die elitäre Grundhaltung der studentischen Aktivisten meistens außer Acht. Diese strebten jedoch keineswegs die Kooperation mit den Arbeitern an, sondern forderten stattdessen die Etablierung einer Führungsspitze aus Angehörigen der gebildeten Elite, die dem Allgemeinwohl dienen sollte:

„A guiding group must be established, a group unique in the world, compromising specialists and scholars. This group should be completely free of political prejudice, and science should be the standard by which the policies formulated are judged. [...] Because this new guiding group would be composed exclusively of intellectuals, it would naturally place great emphasis on education and the rule of law, and therefore would undoubtedly receive the support of the Chinese people.“<sup>706</sup>

Die dieser Forderung inhärente Vorstellung einer „Intellektokratie“ lässt sich auf den Einfluß der politischen Theorie des „Neuen Authoritarismus“ (*xin quanweizhuyi* 新权威主义) zurückführen, eine Schule, die ihre Anhänger besonders unter prominenten Intellektuellen mit Verbindung zum liberalen Flügel der KPCh fand. Ihre Vertreter forderten eine graduelle Transformation hin zu Demokratie, die jedoch erst nach einer

---

<sup>705</sup> D. Kelliher: Keeping Democracy Safe from the Masses. Intellectuals and Elitism in the Chinese Protest Movement, in: *Comparative Politics* 25, Juli 1993, S. 386.

<sup>706</sup> „A discussion of how Science can save China“, unterschrieben mit „Eine Hand voll Unruhestifter, die sich um Land und Volk sorgen“, *xiaozhibao* an der Renmin Universität, in: Han 1990, S. 281.

Periode verstärkten Wirtschaftswachstums implementiert werden sollte.<sup>707</sup> In der Übergangsphase sollten dem chinesischen Volk mehr ökonomische Freiheiten gestattet werden, während es gleichzeitig durch eine autoritäre Regierung in die richtige Richtung gelenkt werden würde. Zudem sah diese Idee eine Stärkung der Individualrechte und die Gewährung von Redefreiheit vor. Die politische Vision des Neuen Autoritarismus strebte somit eine Demokratisierung im kleinen Maßstab an, die einen Großteil der Bevölkerung schlichtweg ausschloss. Als eines der Hauptargumente gegen die Beteiligung breiterer Schichten wurde immer wieder der vermeintliche Mangel an politischer Reife der Arbeiter und Bauern angeführt – ein Argument, das sich auch in einem Telefoninterview mit dem Dissidenten Fang Lizhi vom 31. Mai 1989 widerspiegelte.<sup>708</sup> Ein Journalist aus Hongkong fragte Fang:

„Q: Some think the student movement should be replaced by a workers’ movement. Are you optimistic about this?

A: This time workers have already joined the movement. Not many, and they are not as well organized as the students, but the movement has influenced the workers, particularly the young ones, which cannot be underestimated

Q: Is a Solidarity Movement likely in China?

A: It is not absolutely impossible.

Q: Are you optimistic?

A: Not very. But the workers do have some of their own organizations. As to their maturity, we just don’t know yet.

Q: The government officials seem sensitive to the possibility.

A: As they are to the student organizations.<sup>709</sup>

Dieser Ausschnitt aus dem Interview beinhaltet zwei der Hauptelemente, die 1989 die Rezeption von Solidarnosc prägten: Zum einen das Beharren der westlichen Presse auf einer möglichen Solidarisierung der chinesischen Arbeiter nach dem polnischen Vorbild, zum anderen den top-down-Ansatz der Aktivisten, die auf der einen Seite vom Enthusiasmus der Arbeiter profitierten, auf der anderen Seite jedoch keine wirkliche Beteiligung anderer sozialer Schichten an der Bewegung zulassen wollten. Diese Einstellung der Studenten führte dazu, dass viele Arbeiter Parallelen zwischen dem

---

<sup>707</sup> Kelliher 1993, S. 383.

<sup>708</sup> Fang Lizhi wurde von der Hongkonger Zeitschrift Liberation Monthly interviewt, in: Yu/Harrison 1996, S. 166f.

<sup>709</sup> Ebd.

Verhalten der Aktivisten und den Verfehlungen der chinesischen Regierung kritisierten: Hierarchisierung, Geheimnistuerei, eine herablassende Haltung gegenüber der einfachen Bevölkerung, den sogenannten *laobaixing* 老百姓 (wortwörtlich: „Die hundert alten Familiennamen“) sowie interne Machtkämpfe und Korruption.<sup>710</sup> Walder und Gong schlussfolgern daher:

„These [die Arbeiter] were not people who perceived themselves as players in an elite political game, and they displayed an acute sense of alienation not only from the political system but to a considerable extent also from the student leaders and intellectuals.“<sup>711</sup>

Das Gefühl der Entfremdung der Arbeiter angesichts elitärer Tendenzen der Studenten schlug sich auch darin nieder, dass Einzelne begannen, die hochtrabenden politischen Forderungen der Aktivisten zu kritisieren und diese aufforderten, sich nicht nur auf ihre schichtspezifische Bedürfnisse zu konzentrieren:

„First of all, do not overemphasize the treatment of intellectuals and the higher-education budget; do not be impractical in your cry for democracy, for this would affect the relationship between the students and the workers and peasants and is harmful to unification.“<sup>712</sup>

Eine Verbindung zwischen den Studenten und den Arbeitern war jedoch zu keinem Zeitpunkt ein realistisches Szenario. Bereits seit den ersten Demonstrationen im April 1989 beschränkten die studentischen Aktivisten die Partizipation von nicht-Studenten und kontrollierten ab Mitte Mai 1989 sogar den Zustrom von Personen auf den Tian’anmen-Platz – lediglich diejenigen, die sich mit einem Studentenausweis identifizieren konnten, wurden zu den Hungerstreikenden vorgelassen.<sup>713</sup> Somit lässt sich schlussfolgern, dass das integrative Potential des Demokratiekonzeptes der Bewegung deutlich eingeschränkt war. Während die Haltung der meisten Intellektuellen gegenüber den Arbeitern auf der einen Seite von gemeinsamen Problemen und auf der anderen von Vorurteilen geprägt war, war ihre Einstellung zur ländlichen Bevölkerung tendenziell feindselig. Vielen Aktivisten erschienen Chinas Bauern als ein substantielles Hindernis

---

<sup>710</sup> Walder/Gong 1993, S. 13.

<sup>711</sup> Walder/Gong 1993, S. 7.

<sup>712</sup> „Letter to the Students“, unterschrieben mit „Ein Arbeiter“, 28. April 1989, in: Ogden 1993, S. 137.

<sup>713</sup> Siehe Teresa Wright: State Repression and Student Protest in Contemporary China, in: *The China Quarterly* 157, März 1999, S. 162.

für Demokratisierung, ein Vorurteil, das auch unter der urbanen Bevölkerung weit verbreitet war.<sup>714</sup> Dies schlug sich in der 1989er Bewegung darin nieder, dass die ländliche Bevölkerung von den Forderungen nach Reformen überwiegend ausgeschlossen blieb. Viele Äußerungen der Aktivisten zeugen von einer starken Dichotomisierung der urbanen und der ländlichen Sphäre. Ein Beispiel dafür ist der folgende Ausschnitt aus einem *xiaozibao* an der Renmin Universität in Beijing:

„Certainly, at least urban citizens, intellectuals, and Communist Party members are as ready for democracy as any of the citizens who already live in democratic societies. Thus, we should at least implement complete democracy within the Communist Party and within the urban areas.“<sup>715</sup>

Die Vorurteile der gebildeten Elite gegenüber der ländlichen Bevölkerung mögen zum Teil auch daher gestammt haben, dass der Kontakt zwischen der Stadt- und Landbevölkerung in der kommunistischen Ära häufig im Kontext der Zwangsverschickung von Jugendlichen aus den Städten in die abgelegenen Teile des Landes stattgefunden hatte. Diese latente Aversion der gebildeten Elite gegen die bäuerliche Bevölkerung sollte sich im Laufe der Bewegung noch verstärken, da die überwiegende Zahl der in die Hauptstadt abkommandierten Soldaten einen ländlichen Hintergrund hatte.<sup>716</sup>

Es lässt sich somit festhalten, dass das Demokratieverständnis der chinesischen Aktivisten von 1989 in starkem Kontrast zu dem der Solidarnosc-Aktivisten stand, deren Bewegung schicht- und klassenübergreifend war. Chinas Demonstranten verlangten im Gegensatz dazu mehr politische Partizipationsmöglichkeiten vor allem für ihre eigene soziale Schicht. Selbst wenn einzelne Aktivisten egalitäre Ideale verfolgten, so blieb dies dennoch die Ausnahme. Was bedeutete dies für die Erfolgsaussichten der Bewegung? Bereits 1968 argumentierte Samuel Huntington, für Intellektuelle sei eine Position als oppositionelle Gegenkraft zu einer nationalstaatlichen Regierung nichts Außergewöhnliches<sup>717</sup> – die wahre Herausforderung für den Erfolg einer Bewegung läge vielmehr darin, die Kluft zu anderen sozialen Gruppen zu überbrücken. Während dies in Polen mit Hilfe eines vereinigenden Glaubens gelang, blieb es im Falle Chinas (trotz

---

<sup>714</sup> Kelliher 1993, S. 388.

<sup>715</sup> „China’s only way out“, *xiaozibao* vom 24. April an der Renmin Universität, in: Han 1990 S. 35.

<sup>716</sup> Siehe Calhoun 1994, S. 92.

<sup>717</sup> Samuel Huntington: *Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968, S. 288.

wiederholter Beschwörungsversuche westlicher Journalisten) aus, da eine Mobilisierung der gesamten Gesellschaft schlichtweg nicht im Interesse der gebildeten Elite war.

Trotz dieser eklatanten Unterschiede zwischen China und Polen konzentrierte sich die westliche Presseberichterstattung häufig auf die Mobilisierung der chinesischen Arbeiter und versuchte, eine Verbindung zu den Ereignissen in Polen herzustellen. Die Analyse der Quellen zeigt jedoch, dass die chinesischen Aktivisten Verweise auf Solidarnosc vor allem für zwei politische Ziele nutzen: Zum einen, um gegenüber der chinesischen Regierung die spontane Natur der Bewegung zu bestätigen und zum anderen, um zu zeigen, dass ein nachhaltiger politischer Wandel nur durch die Etablierung von Organisationen jenseits der KPCh stattfinden könne, die – im Gegensatz zu Polen – jedoch ausschließlich von Intellektuellen geführt werden sollten.

### *Der Verfall des Sowjetkommunismus in Osteuropa*

Es waren jedoch nicht nur Ereignisse aus der Vergangenheit, die durch die transnationale Öffentlichkeit in der chinesischen Bewegung von 1989 Resonanz fanden. Anhand der Quellen lässt sich zudem die synchrone Rezeption der Veränderungen des Jahres 1989 in Osteuropa belegen. Wie Jeanne Wilson mit Bezug auf die städtische Bevölkerung Chinas feststellte: „the urban citizenry as well appears to have possessed an understanding of the importance of reform efforts underway in Poland, Hungary, and the Soviet Union for China.“<sup>718</sup> Wilson betont, obwohl sich die meisten wissenschaftlichen Arbeiten mit gutem Grund auf westliche Einflüsse auf die Studenten konzentrierten, hätten dennoch die Reformbewegungen in Osteuropa und der Sowjetunion als Konsequenz struktureller und ideologischer Gemeinsamkeiten für China eine wesentlich unmittelbarere Bedeutung gehabt.<sup>719</sup>

Trotz der steigenden Zahl an Reformbewegungen kam der Fall des Sowjetkommunismus überraschend. Erst 1985 war der Warschauer Pakt um weitere 20 Jahre verlängert worden, so dass die Herrschaft der Sowjetunion über Osteuropa unantastbar schien. Vor diesem Hintergrund äußerten sich selbst Sowjet-Experten, wie Z.A.B. Zeman, mit Erstaunen über die Dynamik der Ereignisse:

---

<sup>718</sup> Jeanne L. Wilson: ‚The Polish Lesson‘: China and Poland 1980-1990, in: *Studies in Comparative Communism* XXIII, 3/4 Herbst/Winter 1990, S. 271.

<sup>719</sup> Walder/Gong 1993, S. 271.



„I knew in the last months of 1988, that the communist regimes in Eastern Europe would have to change. But their swift collapse a year [...] later was impossible to predict.“<sup>720</sup>

Selbst als Gorbatschow am 6. Juli 1989 öffentlich verkündete, dass nie wieder Gewalt gegen Osteuropa eingesetzt werden sollte, war die militärische Unterdrückung des Ungarischen Volksaufstandes 1956 und des Prager Frühlings 1968 noch frisch im Bewusstsein der globalen Öffentlichkeit. Dieses Mal jedoch folgten Worten Taten: Am 25. Oktober gab das sowjetische Außenministerium bekannt, dass die „Breschnew-Doktrin“, <sup>721</sup> mit der das Eingreifen in der Tschechoslowakei 1986 nachträglich gerechtfertigt worden war, durch die „Sinatra-Doktrin“ ersetzt werde, nach der die Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts selbst über ihre nationalen Belange bestimmen dürften.<sup>722</sup> Auf diese Ankündigung folgte im Dezember 1989 die offizielle Verurteilung der Invasion der Tschechoslowakei und einen Tag später Gorbatschows Verkündigung, dass der Kalte Krieg vorüber sei.

Dem offiziellen Ende des Kalten Krieges gingen dramatische Veränderungen in Osteuropa voraus. Im Gegensatz zur UdSSR fehlte es dem Kommunismus in den osteuropäischen Ländern überwiegend an lokalen Wurzeln. Da er häufig mit militärischer Macht durchgesetzt worden war, begann das System zu zerbrechen sobald sich abzeichnete, dass die Rote Armee nicht mehr länger zu seiner Aufrechterhaltung eingreifen würde. Der Auflösungsprozess nahm seinen Anfang in Polen und Ungarn, wo die Bevölkerung am stärksten von der Enstalinisierung betroffen gewesen war und einen hohen Preis für ihren Versuch sich gegen die kommunistische Herrschaft aufzulehnen gezahlt hatte.

In Polen hatte Solidarnosc, trotz Jaruzelskis Versuchen die alte Ordnung durch mehrere Jahre Kriegsrecht wiederherzustellen, im Untergrund weiterhin Anhänger mobilisiert. Als sich 1987 ein massives ökonomisches Versagen abzeichnete und Polen seine Schulden bei einigen Ländern des Westens nicht mehr begleichen konnte, entschloss sich die polnische Regierung zu weitreichenden Reformen. Jaruzelksi erlaubte einen dezentralisierten Entscheidungsfindungsprozess und gestattete Wahlen mit mehreren

---

<sup>720</sup> Z.A.B. Zeman: *The Making and Breaking of Communist Europe*, Oxford 1991, S. 312.

<sup>721</sup> Die Breschnew-Doktrin lässt sich auf die Kernaussage „Die Souveränität der einzelnen Staaten findet ihre Grenze an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft“ zusammenfassen.

<sup>722</sup> Kent/Young 2003, S. 595, mit Verweis auf Michael Waller: *The End of Communist Power Monopoly*, Manchester 1993, S. 196-7.

Kandidaten. Im April 1989 wurde die Bildung freier Gewerkschaften legalisiert und zu öffentlichen Wahlen im Juni aufgerufen.

Im Vergleich zu Polen ging der Wandel in Ungarn langsamer vonstatten, sollte aber folgenreiche Auswirkungen auf der internationalen Ebene haben.<sup>723</sup> Als 1987 deutlich wurde, dass Gorbatschow tiefgreifenden Reformen nicht im Weg stehen würde, integrierte Janos Kadar weitere Gruppen der Bevölkerung in den politischen Prozess und beendete zeitgleich das Vorgehen gegen Oppositionelle. Kadar wurde im Oktober 1988 durch Karoly Grosz ersetzt, der im Januar 1989 Freiheiten zuließ, die im Ostblock zuvor undenkbar gewesen wären. Die neue Regierung versprach freie Wahlen mit mehreren Parteien und die Zulassung von Organisationen jenseits der kommunistischen Strukturen. Im Juni 1989 folgte schließlich die vollständige Rehabilitation des Ungarischen Volksaufstandes, die ihren Höhepunkt in der Umbettung der sterblichen Überreste ihres exekutierten Anführers Imre Nagy fand.<sup>724</sup>

In wie weit beeinflusste der Auflösungsprozess des Sowjetkommunismus die Ereignisse in China zwischen 1986 und 1989? Aus den Quellen wird deutlich, dass Chinas gebildete Elite diesen „Wirbelwind an Reformen, der durch die UdSSR und die osteuropäischen Ländern angefacht wurde“, wie es Su Shaozhi ausdrückte, nicht nur mit großer Aufmerksamkeit verfolgte, sondern zudem versuchte, aus den Ereignissen Erkenntnisse für ihr eigenes Reformbestreben zu gewinnen. Wie Su feststellte, beinhaltete der zu beobachtende Transformationsprozess jedoch nicht nur die Entwicklung von Pluralismus in Einparteiensystemen wie der Sowjetunion oder Ungarn, oder den Sieg von Solidarnosc in Polen, sondern bewiese zudem die Macht des einfachen Volkes, weitreichende Veränderungen zu bewirken.<sup>725</sup> Der Studentenfürher Wang Dan fasste Anfang bereits März 1989 den Diskurs über die konkreten Lektionen, die China aus den Ereignissen ziehen konnte, mit einem ähnlichen Argument zusammen:

„What is happening in Eastern Europe should teach us two lessons: First, the dictatorship of one Party (or a similar system known by different name) should be abandoned, the introduction of democratic politics being a major trend in socialist development. Now it is obvious that a refusal to reform political system

---

<sup>723</sup> Young/Kent 2003, S. 597.

<sup>724</sup> Zudem entschied sich die ungarische Regierung im Mai 1989 dazu die Grenze nach West-Deutschland zu öffnen, so dass Tausende Ostdeutsche nach Ungarn fliehen und die durch Österreich nach West-Deutschland einreisen konnten – ein Schritt, der von vielen als der unmittelbare Grund für den Kollaps der DDR verstanden wird. Siehe Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 436.

<sup>725</sup> Undatiert, in Yu/Harrison 1996, S. 74-81.

is an attempt to protect vested interests and is against the tide of change. Second, promising developments in these countries must be attributed to ceaseless efforts of opposition inside the party and the general population. Their prolonged and untiring efforts in pursuit of freedom of speech and protection of human rights is responsible for creation of a healthy political atmosphere. Also reaffirms that democracy is not a gift, but product of struggle from below by the people themselves. In this struggle the educated elite must play a leading role by acting as a vanguard.“<sup>726</sup>

Wang Dan nutzte die Ereignisse in Osteuropa vor allem, um die Forderungen der Aktivisten in China zu unterstreichen. Für ihn war Demokratisierung nicht nur ein zu beobachtender Trend in allen sozialistischen Staaten, sondern darüber hinaus ein integraler Bestandteil einer massiven Welle der Veränderung. Wang nutzte daher das Beispiel Osteuropas, um zu verdeutlichen, dass dieser Prozess dort nicht von oben angeordnet wurde, sondern sich direkt auf den Willen des Volkes zurückführen ließe. Auch in Wangs Aussagen klingen Elemente eines elitären Demokratie- und Reformverständnisses an, da er betonte, im Falle Chinas müsse die gebildete Elite an der Spitze des Transformationsprozesses stehen. Hinsichtlich der konkreten Vorbildfunktion der osteuropäischen Länder für die Demokratisierung und Weiterentwicklung Chinas führte er aus:

„We think that the path taken by Poland, Hungary and Czechoslovakia is the only way to save socialist countries from their internal crises. The political development in China must learn from the countries. Let us bluntly state: Only when China follows in the footsteps of the eastern European countries, and only then, will full democracy and full development be successfully accomplished.“<sup>727</sup>

Wangs Äußerungen korrespondieren mit dem in Kapitel 2.3 vorgestellten Barriere-Modell von Gary Goertz, das die Bedeutung von Veränderungen in der internationalen Umgebung für nationale soziale Bewegungen hervorhebt.<sup>728</sup> Wangs Forderung, China müsse den Veränderungen in den osteuropäischen Staaten folgen, zeigt, dass die Schwächung der von Moskau dargestellten Barriere nicht nur die sozialistischen Staaten in Osteuropa beeinflusste, sondern auch in China neue Handlungsspielräume eröffnete.

---

<sup>726</sup> 04.03.1989, in Yu/Harrison 1996, S. 38.

<sup>727</sup> Ebd.

<sup>728</sup> Goertz 1994, 137-70.

Eine der konkreten Schlussfolgerungen, die die chinesischen Aktivisten aus dem Blick nach Osteuropa zogen, war, dass die Herrschaft einer einzigen Partei sich negativ auf die politische Stabilität eines Staates auswirken konnte und häufig zu politischem Terror führte. Auf vielen *dazhobao* ließen sich als Beleg für diese Tendenz Referenzen zu anderen Einparteienstaaten finden. Eine steigende Zahl der chinesischen Aktivisten verurteilte im Frühsommer 1989 den Einparteienstaat als ein autokratisches System, das hochgradig anfällig für politischen Terror sei:

„In such a political system, political decision-making means unanimity, and administrative power is held by a single party. In essence, this is a form of autocracy. From the Soviet Union to China, from Czechoslovakia to Kampuchea, not a single socialist country had been exempt from the terror that accompanies this kind of autocracy.“<sup>729</sup>

Der Verfasser dieses *xiaozhobao* sprach sich im Folgenden jedoch keineswegs für einen radikalen Systemwechsel aus, sondern forderte ein Mehrparteiensystem zur Stabilisierung der politischen Situation. In diesem Kontext lässt sich in vielen Aussagen der Aktivisten der Topos des politischen Terror finden – häufig zogen sie direkte Vergleiche zwischen dem stalinistischen Terror in der Sowjetunion und ihren eigenen Erfahrungen während der Kulturrevolution. Der chinesische Staatsapparat wurde für den Tod von Millionen Menschen während der Kulturrevolution und anderer politischer Kampagnen kritisiert, die laut den Demonstranten nicht nur zu großem persönlichen Leid geführt, sondern auch die Entwicklung Chinas um Jahre zurückgeworfen hätten:

„Our great party will always redress all wrongs in the end.“ On basis of this statement, one billion people have lost decades of their lives, tens of millions have been killed, and civilizations was thrown backward hundreds of years.“<sup>730</sup>

Andere bezeichneten das chinesische politische System als eine „Mischung aus Stalinismus und feudaler Despotie“<sup>731</sup> und schrieben, es sei wohl besser, einfach anzuerkennen, dass alle Macht bei der Partei und der „Gestapo“ der Partei läge. Viele der Aktivisten sprachen sich zudem unter Verweis auf Stalin gegen die Vorstellung der

---

<sup>729</sup> „The Four Cardinal Principle: Levers for Reform or Bars to Change?“, *xiaozhobao* an der Peking Universität, unterschrieben mit „A graduate student in the Law department“, 9. Mai 1989, in: Han 1990, S. 163-170.

<sup>730</sup> 17.05.1989, in: Yu/Harrison 1996, S. 60-63.

<sup>731</sup> Undatiert, in: Ebd., S. 74-81.

Diktatur aus, wie sie in dem Kardinalprinzip<sup>732</sup> der „Demokratischen Diktatur des Volkes“ festgelegt war:

„Whoever has heard of the Stalinist terror will shiver upon hearing the word ‘dictatorship’; whoever has witnessed the horrors of the Cultural Revolution will feel the trembling of his heart upon seeing the word dictatorship.“<sup>733</sup>

Was politischen Terror anging, konnten Chinas Intellektuelle aus langer Erfahrung sprechen. Nachdem die Geschichte der VR China 40 Jahre lang von innerparteilichen Machtkämpfen geprägt gewesen war, die in der Kulturrevolution Staat und Gesellschaft an den Rand der Selbstausslöschung manövriert hatten, sehnten sie sich nach politischer Stabilität. Während des Aufstiegs und Falls hochrangiger Politiker wie Lin Biao, der „Viererbande“, Liu Shaoqi oder Hu Yaobang waren sie immer wieder für die machtpolitischen Interessen der herrschenden Elite instrumentalisiert worden. Die daraus resultierende politische Willkür beeinträchtigte nicht nur ihr Leben und Arbeiten, sondern auch die Stabilität des chinesischen Staates selbst. Die jüngsten Beispiele für politische Kampagnen, die sich primär gegen Intellektuelle gerichtet hatten, waren die Kampagne gegen „Geistige Verschmutzung“ (1983) und die Kampagne gegen „Bourgeoise Liberalisierung“ (1987), gegen die sich Chinas gebildete Elite im Zug der Proteste 1989 lautstark zur Wehr setzte.

---

<sup>732</sup> Zu den vier Kardinalprinzipien siehe Seite 195 dieser Arbeit.

<sup>733</sup> „The Four Cardinal Principles“, in: Han 1990, S. 163-170.

## 5. Diskussion und Fazit

Die Analyse des Diskurses über die Protestbewegung in China 1989 zwischen westlichen Medien, den chinesischen Aktivisten und der chinesischen Regierung zeigte, dass die Frage nach den kulturellen und ideologischen Ursprüngen der Demonstrationen zum Zentrum einer bis heute andauernden Kontroverse avancierte. Diese Arbeit widmete sich der Frage, welche Subjekte im Foucaultschen Sinn diesen Diskurs aus welchen Motiven prägten und wie bestimmte Gruppen Referenzen zu Ereignissen außerhalb Chinas zur Förderung ihrer politischen Interessen nutzten. Als Erweiterung von wissenschaftlichen Ansätzen, die sich den Ereignissen aus der Perspektive der chinesischen Geistesgeschichte, der rituellen Inszenierung oder der politischen Kultur annäherten, analysierte die vorliegende Untersuchung den Diskurs der Bewegung in einem größeren, transkulturellen Kontext. Dafür wurde in Kapitel 2.1 zunächst auf die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen auf soziale Bewegungen eingegangen. Die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft, so das Argument dieser Arbeit, war ein wichtiger Faktor, der in den 1980ern das westliche Interesse an China verstärkte. Nicht nur die ideologische Konfrontation des Kalten Krieges, sondern auch die Hoffnung auf eine Systemtransformation in China, die zur Entstehung neuer Märkte führen könnte, trugen zum Interesse des Westens an den Demonstrationen in China bei.

Soziale Bewegungen, so wurde in Kapitel 2.3 gezeigt, können nicht isoliert verstanden werden. Stattdessen werden sie von Diffusionsprozessen über nationalstaatliche Grenzen hinweg geprägt, in denen sie mit anderen sozialen Bewegungen interagieren und konkurrieren. Das Wissen über Proteste und Reformen im Ausland ebenso wie über alternative Lebensstile gelangte vor allem durch die transnationale Öffentlichkeit (*Transnational Public Sphere*) nach China. Diese entstand im Kontext des sozio-ökonomischen Strukturwandels der chinesischen Gesellschaft der Reform- und Öffnungsperiode und wurde durch Kontakte mit dem Ausland, in der Form von Tourismus und der Entsendung von Studenten, gefördert. Auch quantitative und qualitative Veränderungen des chinesischen Mediensystems und der journalistischen Praktiken trugen dazu bei, dass dem chinesischen Publikum immer mehr Wissen über Ereignisse jenseits der Grenzen Chinas zugänglich wurde. Wie Kapitel 2.4 demonstrierte, prägten diese Veränderungen den Diskurs der Bewegung 1989 nachhaltig und sollten daher in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Ereignissen nicht vernachlässigt werden.

Die transnationale Öffentlichkeit speiste sich jedoch nicht nur aus persönlichem Kontakt mit dem Ausland oder Berichten der chinesischen Medien über Ereignisse jenseits Chinas. Wie Kapitel 3.1 darlegte, versuchten zudem ausländische Akteure, die als *Cultural Brokers* verstanden werden können, über die transnationale Öffentlichkeit Einfluss auf das Denken und Handeln der Aktivisten zu nehmen. Besondere Bedeutung kam hierbei den Radiosendern „Voice of America“ (VOA) und „BBC Chinese Service“ zu. Diese beiden Sender wurden nicht nur häufig von den Aktivisten erwähnt, sondern auch seitens der chinesischen Regierung bezichtigt, durch die Verbreitung von Gerüchten eine aktive Rolle in der Entstehung der Bewegung gespielt zu haben. Kapitel 3.1 ging daher zunächst auf die Entstehungsgeschichte und politische Zielsetzung der beiden Radiosender ein und untersuchte anschließend ihre Versuche, die chinesischen Hörern zugunsten demokratischer Werte zu beeinflussen. Die Geschichte und Aktivitäten der beiden Sender zeigte, dass sowohl die VOA als auch der „BBC Chinese Service“ als *Soft Power*-Instrumente zur Einflussnahme auf soziale Bewegungen im Ausland konzipiert wurden.

In einem nächsten Schritt konzentrierte sich Kapitel 3.2 auf die chinesischen Subjekte im Diskurs. Die Quellenanalyse ergab, dass der Diskurs innerhalb der Bewegung 1989 von Chinas gebildeter Elite dominiert wurde, die sich hauptsächlich für ihre schichtspezifischen Bedürfnisse einsetzte. Die überwiegend studentischen Aktivisten waren zu keinem Zeitpunkt an einer Ausweitung der Bewegung auf andere Schichten der Bevölkerung interessiert – stattdessen monopolisierten sie den Diskurs über mögliche Reformen und argumentierten, eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen würde auch allen anderen Bevölkerungsschichten zu Gute kommen. Die westliche Presse, so ein weiteres Ergebnis dieser Arbeit, überzeichnete häufig die Rolle der chinesischen Arbeiter und deutete an, diese könnten nach dem Vorbild der polnischen Solidarnosc-Bewegung zu einer ernsthaften Bedrohung für das Herrschaftsmonopol der KPCh werden.

Nachdem Kapitel 2 und 3 somit die theoretischen Grundlagen und zentralen Subjekte behandelte, konzentrierte sich Kapitel 4 auf den Diskurs über die Rolle ausländischer Einflüsse auf die Entstehung und Zielsetzung der Bewegung. Dafür bot es zunächst einen kurzen Überblick über die Ereignisse des Frühsommers 1989, um anschließend die wichtigsten Phasen des Diskurses herauszuarbeiten. Wie sich zeigte, veränderte sich der Diskurs in Abhängigkeit von bestimmten Schlüsselereignissen, wie dem Besuch Gorbatschows in Beijing oder der Verhängung des Kriegsrechts über die Stadt. Während

die untersuchten amerikanischen Medien vor der Niederschlagung der Proteste kontinuierlich die Rolle US-amerikanischer Werte und Ideale für die Entstehung der Bewegung betont hatten, hoben sie nach deren Unterdrückung hervor, die Demonstrationen seien aus dem Innersten der chinesischen Bevölkerung heraus entstanden. Aufgrunddessen könnten die demokratischen Aspirationen des Volkes langfristig nicht unterdrückt werden.

Anschließend untersuchte Kapitel 4.3 die wichtigsten Widersprüche in der Darstellung der chinesischen Regierung, der US-amerikanischen Medien und der VOA und BBC. Da sich hierbei zeigte, dass die Frage nach den kulturellen Ursprüngen zum Zentrum einer bis heute andauernden Kontroverse um die Natur und die Ziele der Bewegung wurde, kontrastierte der letzte Teil dieser Arbeit diese Darstellung mit dem globalhistorischen Kontext, in den die Aktivisten selbst ihre Proteste einordneten. Die Ergebnisse dieser Analyse deuteten an, dass sie sich vorrangig an der Tradition sozialistischer Reformprozesse in Osteuropa orientierten. Dieses Ergebnis wurde auch von einem Vergleich ihrer Kernforderungen mit dem Reformprozess in der UdSSR nach 1985 unterstützt, der starke Parallelen aufzeigte. Dennoch betonten die untersuchten US-amerikanischen Tageszeitungen die vermeintliche Orientierung der Aktivisten an der US-amerikanischen Demokratie und verglichen die Proteste mit Ereignissen wie dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg des 18. Jahrhunderts oder der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1960er.

Die Analyse der amerikanischen Berichterstattung über die Ereignisse in China ergab des Weiteren, dass viele Journalisten *Soft Power*-Einflüsse der USA ins Zentrum ihrer Erklärungsversuche für die Entstehung der Bewegung stellten. Diese Argumentation ließ sich nicht nur in Zeitungsberichten nachweisen, sondern fand sich auch in der Darstellung der VOA. Diese bezeichnete die Demonstrationen in China bereits seit deren Frühphase systematisch als „pro-democracy movement“. Dies mag zum einen von dem Bestreben motiviert gewesen sein, die Bedeutung der Sendungen der VOA für die Entstehung der „Demokratie-Bewegung“ zu betonen, zum anderen jedoch auch von dem Bedürfnis getrieben gewesen sein, die Ereignisse in China als Beispiel für die globale Attraktivität „westlich“-demokratischer Werte hervorzuheben.

Auch die chinesische Regierung instrumentalisierte die Frage nach den kulturellen und politischen Ursprüngen der Bewegung aus politischen Motiven. In starkem Kontrast zur Darstellung der US-Medien verurteilte sie die Demonstrationen jedoch als eine „konterrevolutionäre Rebellion“. Offizielle Stellen verwiesen auf ausländische Einflüsse,



um die Forderungen und Handlungen der Aktivisten zu diskreditieren. Ihnen zufolge entstanden die Proteste durch koordinierte Bemühungen im In- und Ausland, da reaktionäre politische Kräfte aus Hongkong, Taiwan, den USA und anderen westlichen Ländern sich aktiv an den Unruhen beteiligt hätten. Diese wiegelten, so die offizielle Lesart, sowohl die Studenten, als auch die chinesische Öffentlichkeit auf. Möglich sei dies erst dadurch geworden, dass die chinesischen Studenten seit Beginn der Reformperiode viel Kontakt mit westlichen Ideen gehabt hätten, diese allerdings durch einen Mangel an politischer Erziehung nicht verarbeiten konnten. Zudem hätten „liberale Elemente“ aus Jugoslawien, Polen, Ungarn und der UdSSR Personen in China dazu animiert Unruhe zu stiften.

Die anschließende Analyse der Forderungen der Aktivisten warf Licht auf die Rolle von Referenzbewegungen jenseits Chinas und die kreativen Adaptionenprozesse, auf die die Demonstranten zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zurückgriffen. Schlussfolgernd lassen sich die diskursiven Interaktionsprozesse zwischen der Bewegung in China und der Außenwelt in vier Thesen zusammenfassen:

- 1) Die Aktivisten des Jahres 1989 befanden sich in einem aktiven Kommunikationsprozess mit ihren Unterstützern im In- und Ausland. Im Rahmen dieses Prozesses griffen sie aus strategischen Gründen auf politische Symbole und Ideen zurück – auch um mit der ausländischen Presse kommunizieren zu können. Eines der besten Beispiele hierfür ist der Diskurs über Demokratie – ein Schlagwort, das von den ausländischen Medien mit großem Enthusiasmus aufgenommen wurde. Obwohl der Terminus in den Quellen der Bewegung in etwa mit gleicher Häufigkeit wie die Begriffe „Patriotismus“ oder „nationaler Fortschritt“ erwähnt wurde, bezeichneten westliche Medien die Demonstrationen rasch als „Demokratie-Bewegung“. Die Aktivisten griffen jedoch nicht nur auf Demokratie, sondern auch auf ein breites Spektrum an historischen und politischen Referenzen aus verschiedenen Diskursen zurück, um Unterstützer zu mobilisieren und sich mediale Aufmerksamkeit zu sichern. Für ihr chinesisches Publikum versuchten sie, sich in eine Tradition des patriotischen studentischen Protests einzuordnen, die ihren Anfang 1919 in der „Vierten-Mai-Bewegung“ genommen hatte. Um den patriotischen und spontanen Charakter ihrer Bewegung gegenüber der chinesischen Regierung zu verteidigen, griffen sie gegenüber dieser Zielgruppe auf diskursive Elemente aus der chinesischen Protesttradition zurück. Obwohl

sie sich in vielen Fällen als Nachfolgebewegung der „Vierten-Mai-Bewegung“ präsentierten, scheint es sich bei ihren Referenzen zur chinesischen Geschichte nicht um die Kontinuität eines 1919 begonnenen Diskurses gehandelt zu haben, sondern vielmehr um einen kreativen Adaptionprozess an die chinesische, wie auch internationale politische Situation der späten 1980er.

- 2) Ideen bezüglich der organisatorischen Struktur und des politischen *imaginaire* oppositioneller Bewegungen wurden 1989 nicht nur der chinesischen Kulturgeschichte entnommen, sondern beeinflussten das Protestrepertoire der Aktivisten – vermittelt über die transnationale Öffentlichkeit – auch aus Regionen jenseits Chinas. Dies ist kein überraschendes Ergebnis, da sowohl westliche Medien als auch wissenschaftliche Analysen der Ereignisse bereits 1989 den Einfluss Gorbatschows auf die Bewegung betonten. Die in dieser Arbeit vorgenommene Quellenanalyse konnte jedoch nachweisen, dass sich im Protestrepertoire der Bewegung darüber hinaus Referenzen zu Ereignissen wie der Französischen Revolution, dem Ungarischen Volksaufstand, der Solidarnosc-Bewegung oder der Reformwelle in Osteuropa 1989 finden lassen. Diese Referenzereignisse wurden durch einen selektiven Adaptionprozess an die strategischen Bedürfnisse der Aktivisten angepasst. Ein Beispiel hierfür ist die Solidarnosc-Bewegung, die von den chinesischen Aktivisten genutzt wurde, um die spontane Entstehung ihrer Bewegung – als Gegenentwurf zur Narrative der chinesischen Regierung, die von einer „geplanten Verschwörung“ sprach – hervorzuheben. Gleichzeitig nutzten westliche Medien Vergleiche mit Solidarnosc, um ihrer Hoffnung auf einen grundlegenden Systemwandel in China ähnlich der Entwicklung in Polen Ausdruck zu verleihen. Sie präsentierten die Bewegung als ernsthafte Bedrohung für die sozialistische Herrschaft über China. Die Aktivisten selbst rezipierten Solidarnosc auf kreative Weise und formulierten die Ereignisse in Polen entsprechend ihrer strategischen Bedürfnisse um. Vor dem Hintergrund ihres elitären Demokratieverständnisses und dem Gedankengut des „Neuen Autoritarismus“ (*xin quanwei zhu yi* 新权威主义) veranlassten die Ereignisse in Polen sie zu Forderungen nach einer Intellektuellen-Version von Solidarnosc.
- 3) In klarem Kontrast zur Darstellung der US-Medien verwiesen die Aktivisten überwiegend auf soziale Bewegungen aus der chinesischen Geschichte wie auch revolutionäre Umstürze aus der Sphäre der sozialistischen Staaten. Die

Ausnahme hierbei bildet die Französische Revolution – eine Referenz, die sich jedoch durch die Bedeutung der Ereignisse des Jahres 1789 in der marxistischen Ideologie erklären lässt, die sich auch in der chinesischen Interpretation des Sozialismus niedergeschlagen hatte. Auch der global verbreitete Mythos der Französischen Revolution als ein Referenzereignis, auf das sich ein breites Spektrum an Aktivisten mit den unterschiedlichsten politischen Hintergründen bezog, sollte nicht unterschätzt werden. Die Taktik der Aktivisten, ihre Demonstrationen in den Kontext der sozialistischen Welt einzuordnen, mag auch von dem Bedürfnis getrieben gewesen sein, ihre Proteste als systemloyale Erneuerungsbewegung darzustellen, um keine gewaltsame Unterdrückung zu provozieren. Noch heute beharren ehemalige Aktivisten darauf, dass es keinerlei westliche Einflüsse auf die Bewegung gegeben habe.<sup>734</sup> Dies deutet darauf hin, dass sie sich auch nach über 20 Jahren noch darum bemühen, eine Gegennarrative zur Darstellung der chinesischen Regierung zu etablieren, die ihre Bewegung als eine „vom Ausland gesteuerte Verschwörung“ diskreditierte.

- 4) Die Aktivisten nutzten Informationen über Unterdrückung und politische Fehlentwicklungen in anderen sozialistischen Ländern, um ihre Kritik an der chinesischen Regierung zu untermauern. Der Blick nach Osteuropa und in die UdSSR offenbarte Fehlentwicklungen und politische Repressionen, unter denen auch China zu leiden gehabt hatte. Vor diesem Hintergrund begannen sie im Frühsommer 1989 die Tragödien der maoistischen Ära, wie auch die überwiegend gegen Intellektuelle gerichteten Massenkampagnen dieser Phase dem sozialistischen System an sich anzulasten. In diesem Zusammenhang benutzen sie besonders den Stalinismus als Schreckensbild um ihren Forderungen nach Reformen innerhalb des Sozialismus Nachdruck zu verleihen. Viele verstanden vor allem die Herrschaft einer einzigen Partei als Ursache von Terror und innenpolitischer Instabilität. Die Aktivisten argumentierten, ihre Beschwerden seien keineswegs ein Einzelphänomen, sondern symptomatisch für das Versagen der Strukturen des sozialistischen Staates auf einer höheren Ebene. Dies lässt den Schluss zu, dass Verweise auf Ereignisse im Ausland seitens der

---

<sup>734</sup> Wie im Rahmen meiner Interviews mit Mitgliedern der Chinese Democratic Party in New York City im Oktober 2010 deutlich wurde.

Aktivisten auch als Druckmittel gegenüber der chinesischen Regierung genutzt wurden, um Forderungen nach Reformen zu unterstreichen.<sup>735</sup>

Die zentrale Stellung der Frage nach ausländischen Einflüssen und kulturellen Vorbildern sozialer Bewegungen lässt sich nicht nur im Diskurs des Jahres 1989 nachweisen, sondern findet sich auch noch 20 Jahre später in der westlichen Medienberichterstattung über die Ereignisse. In der Einleitung zu dieser Arbeit wurde der Journalist Richard Herzinger zitiert, der zum 20. Jahrestag der Niederschlagung der Demonstrationen in China einen Artikel über die „Demokratiebewegung von 1989“ schrieb. Einige der Fragen, die dieser Artikel aufwarf, können nach der in den letzten Kapiteln vorgenommenen Diskursanalyse nun in ihrem größeren Kontext beantwortet werden.

Die soziale Bewegung, die sich im Frühsommer des Jahres 1989 auf den Straßen Beijings formierte, wurde rasch zur Projektionsfläche für ein breites Spektrum internationaler politischer Interessen. Auch die Darstellung als „Demokratiebewegung“, wie sie von Herzinger und vielen seiner Kollegen betrieben wurde, scheint in vielen Fällen ideologisch motiviert gewesen zu sein. Dass der deutsche Journalist auch 2009 noch von einer „Demokratiebewegung“ schrieb, lässt sich vor dem Hintergrund des anhaltenden Konflikts zwischen den Regierungen der westlichen Industrienationen und der chinesischen Regierung um die Menschenrechtsfrage verstehen. Die Ereignisse auf dem Tian’anmen-Platz 1989 werden auch in den 2010ern immer wieder als Beispiel für eklatante Menschenrechtsverletzungen in China angeführt und zur Untermauerung von Kritik an der Politik der VR China genutzt.<sup>736</sup> Die vermeintliche Demokratiebewegung von 1989 wird in diesem Zusammenhang häufig instrumentalisiert, um die Unzufriedenheit der chinesischen Bevölkerung mit ihrer Regierung zu unterstreichen und den Lesern die vermeintlich ungebrochene Begeisterung der Chinesen für demokratische Ideale ins Gedächtnis zu rufen. Auch für China, so das unausgesprochene

---

<sup>735</sup> Es ist besonders interessant zu beobachten, dass auch chinesische Oppositionelle des Jahres 2008 auf nahezu den gleichen Referenzrahmen wie ihre Vorgänger des Jahres Topoi zurückgriffen. Die „Charta 08“ des chinesischen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo und anderer Dissidenten beispielsweise orientiert sich in ihrem Titel an dem anti-kommunistischen Manifest tschechoslovakischer Intellektueller, der „Charta 77“ von 1977. Auch der Text der „Charta 08“ bezieht sich in seinen Forderungen nach Reformen keineswegs an spezifischen politischen Strukturen westlicher Staaten, sondern ordnet sich explizit in die Tradition der „Erklärung der Menschenrechte“ im Kontext der Französischen Revolution, der „Democracy-Wall-Bewegung“ und der „Vierten-Mai-Bewegung“ von 1919 ein. Der Text der Charta 2008 ist über <http://www.2008xianzhang.info/chinese.htm> zugänglich (letzter Zugriff am 25. Juni 2012).

<sup>736</sup> Siehe hierzu zum Beispiel: *Menschenrechtsverletzungen in China*, <http://www.droits-de-lhomme.ch/menschenrechtsverletzungen/menschenrechtsverletzungen-in-china/>; Wieland Wagner und Hans Hoyng: Wir greifen nicht zu Gewalt, in: *Der Spiegel* 02.05.2011, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-78313669.html> (letzter Zugriff am 23.05.1989).

Argument, bestünde noch Hoffnung, sich der aufgeklärten demokratischen Welt anzuschließen.

Herzinger sprach 2009 die „chinesische Regierungspropaganda“ an, die behauptete, die Demonstranten seien von „chinafeindlichen Mächten“ ferngesteuert worden. Diese Aussage verweist darauf, dass 1989 sowohl die chinesische Presse, als auch die US-amerikanischen Medien einander der Propaganda und Verzerrung von Fakten beschuldigten. Die chinesische Regierung bezichtigte die VOA bereits im Zuge der Demonstrationen im Dezember 1986 der Aufwiegelung. In vielen US-Tageszeitungen erschienen als Reaktion darauf Artikel, in denen die chinesische Führung der Inszenierung einer „anti-westlichen PR-Kampagne“ angeklagt wurde. Insbesondere die Frage nach den Ursprüngen der Bewegung jenseits Chinas avancierte zu einem zentralen Schauplatz dieser „Schlacht um die öffentliche Meinung“: Während die westlichen Medien die Demonstrationen in China vor allem nutzten, um die Nähe der Aktivisten zu ihren eigenen politischen Idealen zu betonen, lastete die chinesische Führungsspitze die Bewegung dem Ausland an, um diese zu diskreditieren. Dafür etablierte sie die Master-Narrative der ursprünglich wohlmeinenden Studenten, deren Demonstrationen jedoch von regierungsfeindlichen Kräften mit Unterstützung aus dem Ausland unterwandert worden sei. Diese Kräfte, so wurde nach der Niederschlagung der Proteste über die Medien verkündet, hätten nichts weniger als den Sturz der KPCh und die Unterwerfung Chinas unter den „globalen Monopolkapitalismus“ angestrebt.

Eine weitere Aussage Herzingers, die nach der vorangegangenen Diskursanalyse kritisch hinterfragt werden sollte, ist seine Behauptung, die Studenten seien lediglich „die Spitze einer breiten Massenbewegung, die in Peking eine Million Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung und aus dem ganzen Land auf die Straße brachte“ gewesen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten legen nahe, dass diese Darstellung von ideologischen Erwägungen und Projektionen geprägt war. Aus den Quellen wird deutlich, dass die überwiegend studentischen Aktivisten zu keinem Zeitpunkt an der Entstehung einer „Massenbewegung“ interessiert waren. Sie beharrten vielmehr auf einer Führung der Bewegung durch die gebildete Elite und beschränkten sich auch in ihrem Demokratiekonzept auf schichtspezifische Bedürfnisse, wie Presse- und Publikationsfreiheit, oder die Rehabilitation von im Zuge politischer Kampagnen diffamierten Intellektuellen. Dass westliche Medien die Bewegung dennoch als „Massenbewegung“ portraitierten, mag darin begründet gewesen sein, dass sie die Ausstrahlungskraft demokratischer Ideale überbewerteten oder eine

schichtübergreifenden Bewegung nach dem Vorbild der polnischen Solidarnosc-Bewegung beschwören wollten. Herzingers Darstellung der Bewegung geht somit Hand in Hand mit einer Überbetonung der politischen Macht der Demonstrationen in den ausländischen Medien, die sich bereits 1989 in der Darstellung des „BBC Chinese Service“ nachweisen lässt.

Im Jahre 2009 schlussfolgerte Herzinger, die demokratischen Ideen der Aktivisten würden im Innersten der chinesischen Gesellschaft weiter gären, da es sich bei diesen nicht um „abstrakte, aus dem Westen importierte Gedanken, sondern originär chinesische“ handele. Wie Kapitel 4.2 zeigte, betonten westliche Medien vor der Niederschlagung der Proteste nachdrücklich den Einfluss westlicher Werte auf die Entstehung der Bewegung. Die für diese Arbeit untersuchten US-amerikanischen Tageszeitungen präsentierten den Kontakt chinesischer Studenten mit der amerikanischen Demokratie während ihres Auslandsstudiums in den USA, ebenso wie die *Soft Power* der USA, als direkte Ursache der Proteste. Ihrer Berichterstattung war zu entnehmen, dass auf diesem Wege demokratische Werte nach China importiert worden seien. Nach der militärischen Niederschlagung änderte sich dieses Erklärungsmuster jedoch grundlegend: In der Periode nach dem 4. Juni 1989, als sich gezeigt hatte, dass die „pro-westlichen Demokratiedemonstrationen“ keineswegs zum Sturz des sozialistischen Systems führen würden, betonten immer mehr Artikel die Kontinuität der demokratischen Aspirationen des chinesischen Volkes. Auch vor dem Hintergrund der Versuche der chinesischen Regierung, die Demonstrationen als eine vom Ausland gesteuerte Verschwörung zu brandmarken, wurde nun das „originär Chinesische“ an der Bewegung in den Vordergrund gestellt. Hatten sich die Ereignisse in China zuvor noch als Projektionsfläche für demokratische Ideologie im Kontext des Kalten Krieges angeboten, so wurde das Scheitern der Bewegung nun genutzt, um das Böse und die Gewaltbereitschaft des kommunistischen Systems an sich zu betonen.

Somit lässt sich schlussfolgern, dass die Darstellung des kulturellen Einflusses nach der Niederschlagung der Bewegung bewusst angepasst wurde, um diese nicht als Scheitern der Demokratie an sich erscheinen zu lassen. Stattdessen rückten westliche Medien nach dem 4. Juni 1989 die angeblich tiefe Verwurzelung demokratischer Ideale im chinesischen Volk in den Mittelpunkt, um die Hoffnung auf einen „Sieg“ der Demokratie am Leben zu erhalten. Vor diesem Hintergrund muss auch Herzingers Aussage verstanden werden.

Was hingegen die tatsächliche kulturelle Verankerung der Bewegung angeht, so legt diese Arbeit den Schluss nahe, dass diese weder aus dem Kontext der chinesischen Geistesgeschichte und Protesttradition, noch als das Ergebnis westlicher Einflüsse zu verstehen ist. Stattdessen scheint es sich vielmehr um einen transkulturellen Austauschprozess des politischen und kulturellen *imaginaire* gehandelt zu haben, in dessen Verlauf es zu einer Hybridisierung politischer Ideale und Symbole kam. Die Aktivisten wendeten strategisches Framing an und verwiesen aus taktischen Erwägungen auf bestimmte Aspekte historischer Proteste in China (z.B. die patriotische Natur der „Vierten-Mai-Bewegung“), ebenso wie auf internationale Ereignisse (z.B. auf die Französische Revolution zur Untermauerung ihrer Forderungen nach Pressefreiheit). Ich komme somit zu dem Ergebnis, dass es keineswegs den einen „wahren“ kulturellen Ursprung der Proteste gab – vielmehr avancierte die soziale Bewegung des Frühsommers 1989 in China zu einer Projektionsfläche für ein breites Spektrum politischer und ideologischer Interessen. Der Diskurs über die Frage nach den kulturellen Ursprüngen und politischen Vorbildern der Bewegung reflektierte 1989 somit vor allem den ideologischen Konflikt zwischen den Blöcken in der Endphase des Kalten Krieges.

Was bedeuten diese Forschungsergebnisse für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen? Zum einen legen sie nahe, dass die historische Herangehensweise an das Konzept Raum überdacht werden sollte. Die Referenzen der Aktivisten des Jahres reflektierten ein mehrschichtiges, dynamisches Verständnis von kulturellen, sozialen und politischen Räumen, deren Bezug zu ihrer Bewegung sie beständig neu verhandelten. Gleiches gilt für die Frage nach den Ursprüngen der Proteste, die von verschiedensten Subjekten für die Dekonstruktion und anschließende Rekonstruktion politischer Räume genutzt wurden. Auf Basis der Diskursanalyse schlage ich daher vor, dass Raum in einer globalisierten Welt nicht als fixierte nationale, kulturelle oder politische Einheit, sondern vielmehr als ein *Prozess* verstanden werden sollte. Wie der Diskurs über die politischen/kulturellen Einflüsse zeigte, ist die Konstruktion von Raum ein überaus politischer Prozess, der häufig von Mechanismen der kulturellen Usurpation gekennzeichnet ist. Die Ergebnisse dieser Arbeit können somit als eine Weiterführung des Arguments von Matthias Middell und Katja Nauman verstanden werden, die 2010 vorschlugen, Globalisierung als dialektischen Prozess der

Ent- und Reterritorialisierung zu konzeptualisieren.<sup>737</sup> In Bezug auf die Umstürze des Jahres 1989 kritisierten sie, diese seien in der bisherigen Forschung überwiegend jenseits des Kontexts der ihnen vorausgegangenen Veränderung der Raumordnung (*order of space*) betrachtet worden. Um diese Transformation der Raumordnung in die Analyse einzubeziehen, fordern sie die Beantwortung zweier Fragen:

„What is the nexus of social and political upheavals that condense into a global crisis, on the one hand, and the changes in the system of the relevant spatial references [...] that signal the advent of a new world order, on the other?“<sup>738</sup>

Diese Arbeit, die sich auf die Frage nach den räumlichen Referenzen der chinesischen Aktivisten, ihrer Regierung und der westlichen Beobachter konzentrierte, füllt somit die von Middell und Naumann aufgezeigte Lücke anhand der Fallstudie der chinesischen Proteste des Jahres 1989 mit empirischen Daten.

Die Proteste in China 1989, so legt diese Arbeit nahe, müssen auch vor dem Hintergrund eines sich verändernden Raumgefühls in den 1980ern verstanden werden. Wie David Harvey ausführte: „Place, in whatever guise, is like space and time, a social construct. [...] The only interesting question that can be asked is: by what social process(es) is place constructed?“<sup>739</sup> Somit sollte eine transkulturelle Herangehensweise an soziale Bewegungen sich nicht nur der Überschreitung von Grenzen durch kulturelle Austauschprozesse oder der parallelen Existenz verschiedenster Kulturen in einer spezifischen Region widmen, sondern im Einklang mit dem „spatial turn“<sup>740</sup> auch die simultane Selbstverortung historischer Aktivisten in den verschiedensten sozialen, politischen und kulturellen Räumen untersuchen.

---

<sup>737</sup> Matthias Middell/Katja Nauman: Global History and the Spatial Turn. From the Impact of Area Studies to the Study of Critical Junctures of Globalization, in: *Journal of Global History* 5, 2010, S. 152.

<sup>738</sup> Ebd., S. 154.

<sup>739</sup> David Harvey: *Justice, Nature and the Geography of Difference*, Oxford 1996, S. 261.

<sup>740</sup> Middell und Naumann definierten den „spatial turn“ als „eine sich verändernde Bedeutung von Räumlichkeit“ (*a changing significance of spatiality*) im Gegensatz zum herkömmlichen Verständnis von Raum oder der Vorstellung einer postmodernen, raumlosen Welt (Middell/Naumann 2010, S. 154). Vergleiche Barney Warf/Santa Arias (Hrsg.): *The Spatial Turn. Interdisciplinary Perspectives*, London 2008.



## Glossar chinesischer Begriffe

<i>aiguo (zhuoyi)</i>	爱国(主义)	Patriotismus
<i>baihua yundong</i>	百花运动	„Hundert-Blumen-Bewegung“, 1955-56
<i>Banyuetan</i>	半月谈	„Halbmonats-Gespräch“ (Zeitung)
<i>baojin</i>	报禁	Zeitungsverbot
<i>Cankao Xiaoxi</i>	参考消息	„Reference News“ (Zeitschrift)
<i>chedi fouding</i>	彻底否定	Völlige Negierung
<i>Dagongbao</i>	大公报	Ta Kong Pao (Zeitung)
<i>dazibao</i>	大字报	Wandposter mit großen Zeichen
<i>fangeming baoluan</i>	反革命暴乱	Konterrevolutionäre Rebellion
<i>fangeming dongluan</i>	反革命暴乱	Konterrevolutionäre Krawalle
<i>fanyou yundong</i>	反右运动	„Anti-Rechts-Bewegung“, 1957
<i>gaige kaifang</i>	改革开放	„Reform und Öffnung“, Reformprogramm unter Deng Xiaoping ab 1979
<i>gansi dui</i>	敢死队	„Todesmut-Brigaden“
<i>gaoji zhishefenzi</i>	高级知识分子	Fortgeschrittene/r Intellektuelle/r
<i>gaokao</i>	高考	Hochschulzugangsexamen
<i>gaozhong</i>	高中	(Gymnasiale) Oberstufe
<i>gong nong bing</i>	工农兵	Arbeiter, Bauern und Soldaten
<i>gongren jiuocha dui</i>	工人纠察队	Arbeiter-Streikposten
<i>gongzilian</i>	工自联	„Autonome Arbeiter-Vereinigung“
<i>guandao</i>	官倒	Bereicherung von Staatsdienern
<i>guanxi</i>	关系	persönliche Beziehungen
<i>guoji longduan ziben zhuoyi</i>	国际垄断资本主义	Der „internationale Monopol-Kapitalismus“

<i>guojia ganbu</i>	国家干部	Staats-Kader
<i>guojia jinbu</i>	国家进步	Nationaler Fortschritt
<i>Heshang</i>	河殇	„Fluss-Elegie“, TV Mini-Serie von 1988
<i>hongwei bing</i>	红卫兵	„Rote Garden“ der Kulturrevolution
<i>houshelun</i>	喉舌论	„Sprachrohr-Theorie“
<i>Huanghe</i>	黄河	Der Gelbe Fluss
<i>huaqiao</i>	华侨	Übersee-Chinese
<i>jiantizi</i>	简体字	Kurzzeichen
<i>jiefang</i>	解放	Die „kommunistische Befreiung“ von 1949
<i>jiu guo</i>	救国	Rettung des Landes
<i>kaifang xing</i>	开放性	Offenheit/Glasnost
<i>keguan gongzheng baodao</i>	客观公正报道	Objektive, gerechte Berichterstattung
<i>keshou xinwen daode</i>	恪守新闻道德	Einhaltung der Presse-Ethik
<i>laobaixing</i>	老百姓	Das gewöhnliche Volk
<i>luan</i>	乱	Chaos
<i>meiguo zhi yin</i>	美国之音	„Voice of America“
<i>minzhu kexue</i>	民主科学	Demokratie und Wissenschaft (Schlagworte der „Vierten-Mai-Bewegung“ von 1919)
<i>minzhu qiang yundong</i>	民主墙运动	Bewegung der „Mauer der Demokratie“, 1978
<i>minzhu nüshen</i>	民主女神	Die „Göttin der Demokratie“
<i>minzu zhuyi</i>	民主主义	Demokratie
<i>putonghua</i>	普通话	Mandarin (Hochchinesisch)
<i>qimeng</i>	启蒙	(Epoche der) Aufklärung
<i>renmin</i>	人民	Volk
<i>Renmin Ribao</i>	人民日报	„The People’s Daily“ (Tageszeitung)

<i>shehui re dian</i>	社会热点	„Soziale Fieber“
<i>shi daifu</i>	士大夫	(konfuzianische) Gelehrten-Beamte
<i>Shijie Jingji Daobao</i>	世界经济导报	„The World Economic Herald“ (Zeitschrift)
<i>Shijie Zhishi</i>	世界知识	„Weltwissen“ (Zeitschrift)
<i>sige xiandaihua</i>	四个现代化	Die „Vier Modernisierungen“, Prinzipien der Reform- und Öffnungspolitik
<i>tanwu</i>	贪污	Korruption
<i>Tian'anmen guangchang</i>	天安门广场	Wörtlich: „Platz des Tors des Himmlischen Friedens“ (häufig als „Tian'anmen-Platz“ abgekürzt)
<i>tizhinei zhishifenzhi</i>	体制内知识分子	Kultur-Kader
<i>wusi yundong</i>	五四运动	Die „Vierte-Mai-Bewegung“ (1919)
<i>xiaozibao</i>	小字报	Wandposter mit kleinen Schriftzeichen
<i>xifang</i>	西方	Der Westen
<i>xin quanwei zhuyi</i>	新权威主义	Neuer Authoritarismus (politische Richtung)
<i>xinwen gaige yundong</i>	新闻改革运动	Bewegung für Journalismus-Reformen
<i>xuesheng</i>	学生	StudentIn
<i>yiban yiyi de xuechao</i>	一般意义的学潮	„gewöhnliche“ Studentenproteste
<i>yulun</i>	舆论	Öffentliche Meinung
<i>zhengzhi touming</i>	政治透明	Politische Transparenz
<i>zhengzhi zhengyi</i>	政治正义	Politische Gerechtigkeit
<i>zhengzhi yinmou</i>	政治阴谋	Politische Verschwörung
<i>zhifu guangrong</i>	致富光荣	„Reich zu werden ist ruhmreich“ (Slogan der 1980er)
<i>zhishifenzhi</i>	知识分子	Intellektuelle/r
<i>zhongyang xuanchuan bu</i>	中央宣传部	Propaganda-Ministerium der KPCh
<i>zixue chengcai</i>	自学成才	Autodidaktische Experten

## Literaturverzeichnis

- Aczel, Tamas:** Intellectual Aspects, in: Kiraly, Bela K./Jonas, Paul (Hrsg.), *The Hungarian Revolution of 1956 in Retrospect*, Boulder 1978, S. 25-32.
- Adelman, K.L.:** Speaking of America. Public Diplomacy in our Time, in: *Foreign Affairs* 59 (4), 1981, S. 913-936.
- Aguigah, René:** Michel Foucault, Berlin 2013 (im Erscheinen).
- Albrows, Martin:** Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter, Frankfurt 1998.
- Anderson, Benedict:** Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 1983.
- Appadurai, Arjun:** Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization, Minneapolis 2008.
- Arndt, Richard T.:** The First Resort of Kings. US Cultural Diplomacy in the 20th Century, Washington, D.C. 2004.
- Ayish, Muhammad I.:** Foreign Voices as People's Choices. BBC Popularity in the Arab World, in: *Middle Eastern Studies* 27 (3), Juli 1991, S. 374-89.
- Beck, Ulrich/Fellinger, Raimund (Hrsg.):** *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*, Frankfurt 2008.
- Michael C. Behrent:** Accidents Happen. François Ewald, the 'Antirevolutionary' Foucault, and the Intellectual Politics of the French Welfare State, in: *The Journal of Modern History* 82 (3), September 2010, S. 585-624.
- Bessis, Sophie:** Western Supremacy. The Triumph of an Idea?, London 2003.
- Beumers, Birgit:** Soviet and Russian Blockbusters. A Question of Genre?, in: *Slavic Review* 62 (3), Herbst 2003, S. 442-454.
- Bourdieu, Pierre:** Practical Reason. On the Theory of Action, Stanford 1988.
- Breitenstein, Peggy H.:** Die Befreiung der Geschichte. Geschichtsphilosophie als Gesellschaftskritik nach Adorno und Foucault, Frankfurt 2012 (im Erscheinen).
- Brosius, Christiane/Wenzlhuemer, Roland (Hrsg.):** *Transcultural Turbulences. Towards a multi-sited Reading of Image Flows*, Heidelberg 2010.

- Brumann, Christoph:** The Anthropological Study of Globalization. Towards an Agenda for the Second Phase, in: *Anthropos*, Bd. 93 (Heft 4/6), 1998, S. 495-506.
- Buhler, Pierre:** Tunesien gibt der Welt eine Lektion in Demokratie, in: *Die Welt* Online-Ausgabe, <http://www.welt.de/debatte/die-welt-in-worten/article12370300/Tunesien-gibt-der-Welt-eine-Lektion-in-Demokratie.html>, 28.01.2011 (letzter Zugriff am 23.05.2012).
- Bussemer, Thymian:** Propaganda. Konzepte und Theorien, Wiesbaden 2005.
- Calhoun, Craig:** Critical Social Theory, London 1995.
- Ders.:** Neither Gods nor Emperors: Students and the Struggle for Democracy in China, Berkeley 1994.
- Carlson, Kurt/Pomar, Mark/Mainland, Edward:** The Voice Present and Future. VOA, the ISSR and Communist Europe, in: K.R.M. Short (Hrsg.), *Western Broadcasting over the Iron Curtain*, London 1986.
- Castle, Marjorie:** Triggering Communism's Collapse. Perceptions and Power in Poland's Transition, Lanham 2003.
- Castells, Manuel:** Materials for an Explanatory Theory of the Network Society, in: *British Journal of Sociology* 51, 2000, S. 5-24.
- Chakrabarty, Dipesh:** Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton 2000.
- Chang, Won Ho:** Mass Media in China. The History and the Future, Ames 1989.
- Cheater, A.P.:** Death Ritual as political Trickster in the People's Republic of China, in: *Australian Journal of Chinese Affairs* 26, Juli 1991, S. 67-97.
- Cheek, Timothy:** From Priest to Professionals. Intellectuals and the State under the CCP, in: Jeffrey Wasserstrom/Elizabeth J. Perry (Hrsg.), *Popular Protest and Political Culture in Modern China*, Boulder 1992, S. 124-145.
- Chen, Duxiu** 陈独秀: *Falanxi ren yu jinsbi wenming* 法兰西人与近世文明 [Die Franzosen und die neuzeitliche Zivilisation], in: *Xin Qingnian* 新青年 [Neue Jugend] 1, 1915.
- Cheng, Chu-yuan:** Behind the Tian'anmen Massacre. Social, Political, and Economic Ferment in China, Boulder 1990.
- Cherrington, Ruth:** China's Students. The Struggle for Democracy, London 1991.

**Chomsky, Noam:** Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media, New York 1988.

**Ders.:** World Orders, Old and New, London 1997.

**Ders./Schoeffel, John:** Understanding Power. The Indispensable Chomsky, London 2003.

**Clark, Ian:** Globalization and Fragmentation. International Relations in the Twentieth Century, Oxford 1997.

**Clavin, Patricia:** Defining Transnationalism, in: *Contemporary European History, Theme Issue Transnational Communities in European History 1920-1970*, Vol. 14 (4), November 2005, S. 421-39.

**Cohen, Joseph Nathan/Centeno, Miguel Angel:** Neoliberalism and Patterns of Economic Performance, 1980-2000, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 606, *Chronicle of a Myth Foretold: The Washington Consensus in Latin America*, Juli 2006, S. 32-67.

**Cohen, Paul A.:** Wang Tao and Reform in Late Ch'ing China, Cambridge 1974.

**Collini, Stefan:** Absent Minds. Intellectuals in Britain, Oxford 2006.

**Couldry, Nick/Hepp, Andreas:** What should Comparative Media Research be comparing? Towards a transcultural Approach to ‚Media Cultures‘, in: Dayan K. Thussu (Hrsg.), *Transnationalising Media Studies*, London 2009.

**Cox, Michael/Parmar, Inderjeet:** Soft Power and US Foreign Policy, in: Dies. (Hrsg.), *Theoretical, historical and contemporary Perspectives*, New York 2010.

**Cranston, Maurice:** The French Revolution in the Minds of Men, in: *The Wilson Quarterly* 13 (3), 1989, S. 47-55.

**Crosby, Alfred W.:** Ecological Imperialism. The Biological Expansion of Europe 900-1900, Cambridge 1986.

**Ders.:** The Columbian Exchange. Biological and Cultural Consequences of 1492, Westport 1972.

**Curtin, Philip D.:** The Atlantic Slave Trade: A Census, Madison 1970.

**Ders.:** Precolonial African History, Washington 1974.

- Dahlgren, Peter:** The Internet, Public Spheres, and Political Communication. Dispersion and Deliberation, in: *Political Communications* 22, 2005, S. 147-62.
- Danby, Grahame/Thompson, Gavin:** BBC World Service, verfasst von der „Home Affairs Section of the British Parliament“, Standard Note SN/HA/5969, 17. Mai 2011, [www.parliament.uk/briefing-papers/SN05969.pdf](http://www.parliament.uk/briefing-papers/SN05969.pdf) (letzter Zugriff am 15.04.2012).
- Della Porta, Donna/Kriesi, Hanspeter:** Social Movements in a globalizing World. An Introduction, in: Dies. (Hrsg.), *Social Movements in a globalizing World*, London 1999, S. 3-23.
- Dittmer, Lowell:** Rethinking China's Cultural Revolution amid Reform, in: Chong, Woei Lien (Hrsg.), *Cultural Revolution. Master Narratives and post-Mao counter Narratives*, Lanham 2002, S. 3-27.
- Downey, John:** The United Kingdom, in: d'Haenens, Leen/Saeys, Frieda (Hrsg.), *Western Broadcast Models. Structure, Conduct and Performance*, Berlin 2007, S. 319-39.
- Drake, David:** French Intellectuals and Politics from the Dreyfus Affair to the Occupation, Basingstoke 2005.
- Dryzek, John S.:** Transnational Democracy in an Insecure World, in: *International Political Science Review* 2, April 2006.
- Eisenstadt, Shmuel N.:** „Multiple Modernities“: Der Streit um die Gegenwart, Berlin 2011.
- Ekiert, Grzegorz:** The State against Society. Political Crises and their Aftermath in East Central Europe, Princeton 1996.
- Eley, Geoff:** Nations, Publics, and Political Cultures. Placing Habermas in the Nineteenth Century, in: Craig Calhoun (Hrsg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge 1992, S. 289-339.
- Endrey, Andrew:** Hu Feng. Return of the Counter-Revolutionary, in: *Journal of Chinese Affairs* 5, Januar 1981, S. 73-90.
- Fairbank, John King/Goldman, Merle:** China. A new History, 2. Aufl., Cambridge 1998.
- Fleay, Caroline:** China and the Limits of Transnational Human Rights Activism. From Tiananmen Square to the Beijing Olympics. The Implications of consistent Civil and

Political Rights Framing, in: Olesen, Thomas (Hrsg.), *Power and Transnational Activism*, New York 2011, S. 111-130.

**Foucault, Michel:** *The Archaeology of Knowledge*, London 2004 [1969].

**Ders./Deleuze, Gilles:** *Intellectuals and Power. A Conversation between Michel Foucault und Gilles Deleuze*, in: Bouchard, D. F. (Hrsg.), *Language, Counter-Memory, Practice: Selected Essays and Interviews*, Ithaca 1977, S. 205-217.

**Ders.:** *Orders of Discourse*, in: *Social Science Information* 10 (2), 1971, S. 7-30.

**Ders.:** *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt 1991.

**Frank, Andre Gunder:** *On Capitalist Underdevelopment*, Bombay 1975.

**Ders.:** *Dependent Accumulation and Underdevelopment*, London 1978.

**Ders.:** *ReOrient. Global Economy in the Asian Age*, Berkeley 1988.

**Fraser, Mathew:** *American Pop Culture as Soft Power: Movies and Broadcasting*, in: Yasushi Watanabe (Hrsg.), *Soft Power Superpowers. Cultural and National Assets of Japan and the United States*, New York 2008, S. 172-91.

**Fraser, Nancy:** *Rethinking the Public Sphere. A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy*, in: *Social Text* 25/26, 1990, S. 56-80.

**Freyer, Hans:** *Weltgeschichte Europas*, Wiesbaden 1948.

**Friedman, Milton:** *Capitalism and Freedom*, Chicago 2002 [1962].

**Friedman, Thomas L.:** *It's a flat World, after all*, in: *New York Times Magazine*, 3. April 2005, S. 32-37.

**Fukuyama, Francis:** *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

**Gaddis, John Lewis:** *Beyond Left and Right: The future of radical Politics*, Stanford 1994.

**Ders.:** *We now know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997.

**Giddens, Anthony:** *The Consequences of Modernity*, Cambridge 1990.

**Goertz, Gary:** *Context of International Politics*, Cambridge 1994.

**Goldman, Merle:** *China's Intellectuals and the State. In Search of a new Relationship*, Cambridge 1987.



**Dies.:** Politically-Engaged Intellectuals in the 1990s, in: *The China Quarterly* 157, März 1999, S. 700-711.

**Dies.:** The Party and the Intellectuals, in: Fairbank, John King (Hrsg.), *The Cambridge History of China*, Bd. 14: *The People's Republic Teil 1*, Cambridge 1987, S. 218-53.

**Gramsci, Antonio:** Selections from the Prison Notebooks of Antonio Gramsci, Elektronische Ausgabe, 1999 [1971], <http://www.walkingbutterfly.com/wp-content/uploads/2010/12/gramsci-prison-notebooks-vol1.pdf> (letzter Zugriff am 14.04.2012).

**Green, Fitzhugh:** *American Propaganda Abroad*, New York 1988.

**Gu, Edward/Goldman, Merle:** *Chinese Intellectuals Between State and Market*, London 2004.

**Guidry, John A.:** Globalizations and Social Movements. Culture, Power, and the Transnational Public Sphere, in: Kennedy, Michael D. et al. (Hrsg.), *Globalizations and Social Movements: Culture, Power and the Transnational Public Sphere*, Michigan 2003.

**Guillén, Mauro F.:** Is Globalization civilizing, destructive or feeble? A Critique of Five Key Debates in the Social Science Literature, in: *Annual Review of Sociology* 27, 2001, S. 235-60.

**Gunn, Edward:** The Rhetoric of River Elegy. From Cultural Criticism to Social Act, in: Des Forges, Roger et al. (Hrsg.), *Chinese Democracy and the Crisis of 1989: Chinese and American Reflections*, New York 1993, S. 247-263.

**Habermas, Jürgen:** *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt 1990 [1962].

**Han, Minzhu:** *Cries for Democracy*, Princeton, 1990.

**Hanson, Paul R.:** *Contesting the French Revolution*, Oxford 2007.

**Hao, Zhidong:** *Intellectuals at a Crossroads. The Changing Politics of China's Knowledge Workers*, Albany 2003.

**Harden, Blaine:** Shortwave Radio shaped the Revolution. As Fighting ebbs, Food reappears in Bucharest's Markets, in: *The Washington Post*, 29. Dezember 1989.

**Harding, Harry:** The Chinese State in Crisis, in: Fairbank, John King (Hrsg.), *The Cambridge History of China*, Harvard 1991, S. 107-200.

**Harvey, David:** The Condition of Post-Modernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change, Cambridge 1990.

**Ders.:** David Harvey: Justice, Nature and the Geography of Difference, Oxford 1996.

**Ders.:** Neoliberalism as Creative Destruction, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 610 *NAFTA and Beyond: Alternative Perspectives in the Study of Global Trade and Development*, 2007, S. 22-44.

**Ders.:** A Brief History of Neoliberalism, Oxford 2009.

**Hayhoe, Ruth:** China's Universities and the Open Door, Armonk 1989.

**Dies.:** China's Universities and Western Academic Models, in: *Higher Education* 18 (1). *From Dependency to Autonomy: The Development of Asian Universities*, 1989, S. 49-85.

**He, Zhizhou** 何芝洲 (Hrsg.): *Xue wo zhonghua* 血沃中華 [China in Blut getränkt], Hongkong 1989.

**Heberer, Thomas:** Korruption in China. Analyse eines politischen, ökonomischen und sozialen Problems, Opladen 1991.

**Hegel, G.W.F.:** Ausgewählte Nachschriften und Manuskripte. Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte, hrsg. von Karl Brehmer, übers. von Karl Julius von Griesheim, Hamburg 1990.

**Heil, Alan Jr.:** The Voice of America. A brief Cold War History, in: Ross A. Johnson, /Eugene R. Parta, (Hrsg.), *Cold War Broadcasting. Impact on the Soviet Union and Eastern Europe*, New York 2010, S. 25-49.

**Ders.:** Voice of America, New York 2003.

**Heilmann, Sebastian:** Das politische System der Volksrepublik China, 2. aktual. Aufl., Wiesbaden 2004.

**Held, David:** Global Transformations. Politics, Economics and Culture, Cambridge 1999.

**Ders./Anthony McGrew:** The Global Transformations Reader. An Introduction to the Globalization Debate, 2. Aufl., Cambridge 2003.

**Hepp, Andreas:** Transkulturalität als Perspektive. Überlegungen zu einer vergleichenden empirischen Erforschung von Medienkulturen, in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 10 (1), Januar 2009, Art. 26.

**Ders./Nick Couldry:** What should comparative media research be comparing? Towards a transcultural approach to ‚media cultures‘, in: Dayan K. Thussu (Hrsg.), *Transnationalising Media Studies*, London 2009.

**Heron, Taitu:** Globalization, Neoliberalism and the Exercise of Human Agency, in: *International Journal of Politics, Culture and Society* 20, 2008, S. 85-101.

**Herzinger, Richard:** Im Reich der Mitte keimt die Idee der Demokratie, in: *Die Welt*, Online-Ausgabe, <http://www.welt.de/politik/article3857875/Im-Reich-der-Mitte-keimt-die-Idee-der-Demokratie.html> (letzter Zugriff am 01.04.2012).

**Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Renz, Irina:** Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Stuttgart 2009.

**Hirst, Paul/Thompson, Grahame:** The Limits to Economic Globalization, in: David Held/Anthony McGrew (Hrsg.): *The Global Transformations Reader*, Cambridge 2003, S. 335-349.

**Hoyng, Hans/Wagner, Wieland:** Wir greifen nicht zu Gewalt. Der taiwanische Präsident Ma Ying-jeou, 60, über den Mangel an Demokratie und Menschenrechten auf dem chinesischen Festland, die Anbindung Taipehs an Peking und das Verhältnis zu Amerika in: *Der Spiegel* 18/2011, 02.05.2011, S. 90-93.

**Hua, Shiping:** One Servant, Two Masters. The Dilemma of Chinese Establishment Intellectuals, in: *Modern China* 20 (1), 1. Januar 1994, S. 92-121.

**Hung, Wu:** Tiananmen Square. A History of Monuments, in: *Representations* 25, Sommer 1991, S. 84-117.

**Hunt, Lynn:** Politics, Culture and Class in the French Revolution, Berkeley 1984.

**Huntington, Samuel:** Political Order in Changing Societies, New Haven 1986.

**Ders.:** The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, London 2002 [1996].

**Hühn, Melanie/Lerp, Dörte et al.:** In neuen Dimensionen denken? Einführende Überlegungen zu Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit und

Translokaliät, in: Dies. (Hrsg.), *Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit, Translokaliät. Theoretische und empirische Begriffsbestimmungen*, Berlin 2010.

**Jennings, Jeremy/Kemp-Welch, Tony:** The Century of Intellectuals. From the Dreyfus Affair to Salman Rushdie, in: Dies. (Hrsg.), *Intellectuals in Politics. From the Dreyfus Affair to Salman Rushdie*, London 1997, S. 1-25.

**Jia, Chun Zen 贾春增 (Hrsg.):** *Zhishifenzhi yu zhongguo shehui biange* 知识分子与中国社会变革 [Intellektuelle und Reform in der chinesischen Gesellschaft], Beijing 1996.

**Joffe, Josef:** America the Inescapable, in: *Portland Oregonian*, 22. Juni 1997, S. D1.

**Ders.:** Who is afraid of Mr. Big?, in: *The National Interest* 64, Sommer 2001, S. 43-52.

**Joseph, William A.:** Politics in China. An Introduction, Oxford 2010.

**Jowett, Garth S./O'Donnell, Victoria:** Propaganda and Persuasion, 4. Aufl., London 2006.

**Kali, Raja/Reyes, Javier:** The Architecture of Globalization: A Network Approach to International Economic Integration, in: *Journal of International Business Studies*, Vol. 38 (4), *International Expansion of Emerging Market Businesses*, Juli 2007, S. 595-620.

**Kaliski, Bartosz:** Solidarity 1980-81. The Second Vistula Miracle?, in: Kevin McDermott (Hrsg.), *Revolution and Resistance in Eastern Europe: Challenges to Communist Rule*, Oxford 2006.

**Kelliher, Daniel:** Keeping Democracy safe from the Masses. Intellectuals and Elitism in the Chinese Protest Movement, in: *Comparative Politics* 25, Juli 1993, S. 379-96.

**Kemp-Welch, Tony/Jennings, Jeremy:** The Century of Intellectuals. From the Dreyfus Affair to Salman Rushdie, in: Dies. (Hrsg.), *Intellectuals in Politics. From the Dreyfus Affair to Salman Rushdie*, London 1997, S. 1-25.

**Kent, John/Young, John W.:** International Relations since 1945. A Global History, Oxford, 2003.

**Kokubun, Ryosei:** The Politics of Foreign Economic Policy-Making in China. The Case of Plant Cancellations with Japan, in: *The China Quarterly* 105, 1986, S. 19-44.

**Kowalczyk, Ilko-Sascha:** Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 2. Aufl., München 2009.

**Kramer, Mark:** Das Verhalten der UdSSR und des Warschauer Paktes in der Polnischen Krise 1980/81, in: Torsten Diedrich/Walter Süß (Hrsg.), *Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten*, Berlin 2010, S. 167-231.

**Krüger, Petra:** Die Intelligenz als Trägerin von Demokratisierung in China, Hamburg 1991.

**Krumeich, Gerd et al.:** Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009.

**Landes, David:** The Wealth and Poverty of Nations: Why some are so rich and some so poor, New York 1998.

**Landes, Joan:** Women and the Public Sphere in the Age of the French Revolution, Ithaka 1988.

**Lang, Michel:** Globalization and Global History in Toynbee, in: *Journal of World History* 22 (4), 2011, S. 747-83.

**Lawrence, Alan:** China since 1919 – Revolution and Reform. A Sourcebook, London 2004.

**Lee, Benjamin/Lee, Leo Ou-fan:** The Goddess of Democracy Deconstructed, in: *New Perspectives Quarterly* 6 (3), 1989, S. 58-61.

**Lee, Paul Siu-nam:** Mass Communication and National Development in China. Media Roles reconsidered, in: *Journal of Communications* 44 (3), Sommer 1994, S. 22-37.

**Lemke, Thomas:** Eine Kritik der politischen Vernunft: Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, 5. Aufl., Berlin 2011.

**Lenin, Vladimir Illyich:** On Literature and Art, Moskau 1967.

**Lepsius, M. Rainer:** Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: Ders. (Hrsg.), *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 270-285.

**Levin, Michael D.:** Flow and Place. Transnationalism in Four Cases, in: *Anthropologica* XLIV, 2002, S. 3-12.

**Link, Perry:** Evening Chats in Beijing, New York 1993.

**Ders.:** China's 'Core Problem', in: *Daedalus: China in Transformation* 122 (2), Frühling 1993, S. 189-205.

**Liu, Jun:** Restless Chinese Nationalist Currents in the 1980s and the 1990s. A comparative Reading of River Elegy and China Can Say No, in: George Wei and

Xiaoyuan Liu (Hrsg.), *Chinese Nationalism in Perspective: Historical and Recent Cases*, Westport 2001, S. 205-231.

**Liu, Meiru:** *Intellectual Dissidents in China*, Lewiston 2001.

**Locke, John:** *Two Treatise on Government*, London 1821 [1689].

**Lockhard, Craig A.:** The Contribution of Philip Curtin and the ‚Wisconsin School‘ to the Study and Promotion of Comparative World History, in: *Journal of Third World Studies* 11, 1994, S. 180-223.

**Lu, Li:** *Moving the Mountain*, London 1990.

**Manning, Peter:** *Navigating World History. Historians create a global Past*, New York 2003.

**Marx, Karl/Engels, Friedrich:** *Werke*, Berlin/DDR 1964.

**Dies.:** Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Band 8, Berlin/DDR 1972, S. 115-123.

**Dies.:** Manifest der Kommunistischen Partei, 2009 [1848].

**Dies.:** Das Kapital. Ungekürzte Ausgabe nach der zweiten Auflage, Berlin 2009 [1867].

**Matthes, Jörg:** Framing-Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten, München 2007.

**McAdam, Doug/Rucht, Dieter:** The cross-national Diffusion of Movement Ideas, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 528, Juli 1993, S. 56-74.

**McClintock, Anne:** *Imperial Leather. Race, Gender and Sexuality in the Colonial Contest*, New York 1995.

**McNeill, William H.:** *The Rise of the West. A History of the Human Community*, Chicago 1990 [1963].

**Meisner, Maurice J.:** The French Revolution and Chinese Socialism, in: Haltzel, Michael H./Klaits, Joseph (Hrsg.), *The Global Ramifications of the French Revolution*, Cambridge 2002, S. 177-95.

**Melissen, Jan:** *The new Public Diplomacy. Soft Power in International Relations*, New York 2005.

- Messick, Richard E./Collier, David:** Prerequisites versus Diffusion. Testing Alternative Explanations of Social Security Adoption, in: *American Political Science Review* 69, 1975, S. 1299-1315.
- Meyer, John W./Strang, David:** Institutional Conditions for Diffusion, in: *Theory and Society* 22, 1992, S. 487-511.
- Middell, Matthias/Naumann, Katja:** Global history and the Spatial Turn: from the Impact of Area Studies to the Study of Critical Junctures of Globalization, in: *Journal of Global History* 5, 2010, S. 149-170.
- Mikkelsen, Flemming:** Contention and Social Movements in Denmark in a Transnational Perspective, Konferenzpaper im Rahmen der „Second European Conference on Social Movements“, University of the Basque Country, Bilbao, Juli 1996.
- Mitter, Rana/Major, Patrick:** East is East and West is West? Towards a comparative socio-cultural History of the Cold War, in: Rana Mitter/Patrick Major (Hrsg.), *Across the Blocs: Cold War Cultural and Social History*, London 2004, S. 1-23.
- Mok, Chiu Yu/Harrison, Frank:** Voices from Tiananmen Square. Beijing Spring and the Democracy Movement, Montreal 1996.
- Mok, Ka-ho:** Intellectuals and the State in Post-Mao China, Basingstoke 1998.
- Molnar, Miklos:** The Heritage of Imre Nagy, in: Tamas Aczel (Hrsg.), *Ten Years After*, New York 1966, S. 153-174.
- Munro, Robin:** Remembering Tiananmen Square. Who died in Beijing, and why, in: Suzanne Ogden (Hrsg.), *China's Search for Democracy. The Student and the Mass Movement of 1989*, Armonk 1990, S. 303-409.
- Nathan, Andrew:** Chinese Democracy, New York 1985.
- Ders.:** China's Crisis. Dilemmas of Reform and Prospects for Democracy, New York 1990.
- Nelson, Michael:** War of Black Heavens. The Battles of Western Broadcasting in the Cold War, Syracuse 1997.
- Nützenadel, Alexander/Speich, Daniel:** Editorial – global Inequality and Development after 1945, in: *Journal of Global History* 6, 2011, S.1-5.

- Nye, Joseph:** Bound to Lead. The Changing Nature of American Power, New York 1990.
- Oberschall, Anthony:** Opportunities and Framing in the Eastern European Revolts of 1989, in: McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hrsg.), *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge 1996, S. 93-121.
- Orleans, Leo:** Chinese Students in America. Policies, Issues and Numbers, verfasst für das *Committee on Scholarly Communication with the People's Republic of China*, Washington, D.C. 1988.
- Osterhammel, Jürgen:** Transnationale Gesellschaftsgeschichte: Erweiterung oder Alternative?, in: *Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft* 27, 2001, S. 464-79.
- Ders./Pettersson, Niels:** Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2007.
- Owens, Lynn/Kurzman, Charles:** The Sociology of Intellectuals, in: *Annual Review of Sociology* 28, 2002, S. 63-90.
- Paci, Pierella/Sasin, Marcin:** Making Work Pay in Bangladesh. Employment, Work and Poverty Reduction, Washington, D.C. 2008.
- Paley, Julia:** Toward an Anthropology of Democracy, in: *Annual Review of Anthropology* 31, 2002, S. 469-96.
- Clark, Paul:** The Chinese Cultural Revolution. A History, Cambridge 2008.
- Perry, Elizabeth J.:** Casting a Chinese Democracy Movement. The Role of Students, Workers and Entrepreneurs, in: Jeffrey Wasserstrom/Dies. (Hrsg.), *Popular Protest and Political Culture in Modern China*, Boulder 1992, S. 146-164.
- Petras, James/Veltmeyer, Henry:** Age of Reverse Aid. Neo-liberalism as Catalyst of Regression, in: *Development and Change* 33 (2), April 2002, S. 281-93.
- Polumbaum, Judy:** The Tribulations of China's Journalists after a Decade of Reform, in: Chin-Chuan Lee (Hrsg.), *Voices of China. The Interplay of Politics and Journalism*, New York 1990, S. 33-69.
- Pye, Lucien:** The Mandarin and the Cadre. China's Political Cultures, Michigan 1988.



**Ders.:** Tiananmen and the Chinese Political Culture. The Escalation of Confrontation from Moralizing to Revenge, in: *Asian Survey* 30, 1990, S. 331-47.

**Ders.:** The Spirit of Chinese Politics, Cambridge 1992.

**Rainer, János M.:** Imre Nagy. A Biography, übers. v. Lyman H. Legters, London 2009.

**Ramaswamy, Sumathi:** The Work of Goddesses in the Age of Mass Reproduction, in: Christiane Brosius und Roland Wenzlhuemer (Hrsg.), *Transcultural Turbulences*, Heidelberg 2011, S. 191-220.

**Rawnsley, Gary:** Radio Diplomacy and Propaganda: The BBC and VOA in International Politics, 1956-64, New York 1996.

**Richard T. Arndt:** The First Resort of Kings. US Cultural Diplomacy in the 20th Century, Washington, D.C. 2004.

**Rist, Gilbert:** Before thinking about What Next: Prerequisites for Alternatives, in: *What Next* 1 (47), 2006, S. 65-95.

**Robertson, Roland:** Globalization. Social Theory and Global Culture, London 1992.

**Ders.:** Glocalization. Time-Space and Heterogeneity-Homogeneity, in: Scott Lash/Roland Robertson/Mike Featherstone (Hrsg.), *Global Modernities*, London 1997, S. 25-45.

**Roggenkamp, Klas:** Konzepte von Soft Power, Berlin 2008.

**Rosenau, James:** Information Technologies and Global Politics. The Changing Scope of Power and Governance, Albany 2002.

**Rucht, Dieter/Donatella Della Porta/Kriesi, Hans Peter:** Social Movements in a Globalizing World, 2. erweiterte Auflage, Basingstoke 2009.

**Rudolph, Susanne Hoeber:** Religion, State and Transnational Civil Society, in: Susanne Rudolph and James Piscatori (Hrsg.), *Transnational Religion and Fading States*, Boulder 1997.

**Ryan, Mary:** Gender and Public Access. Women's Politics in Nineteenth Century America, in: Craig Calhoun (Hrsg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge 1992, S. 259-89.

**Dies.:** Women in Public. Between Banners and Ballots, Baltimore 1990.

- Saich, Tony:** The Rise and Fall of the Beijing People's Movement, in: *The Australian Journal of Chinese Affairs* 24, Juli 1990, S. 181-208.
- Said, Edward W.:** Orientalism, London 2003.
- Schier, Peter/Cremerius, Ruth/Fischer, Doris:** Die ‚Göttin der Demokratie‘. Studentenprotest und Repression in China April-Juni 1989, Hamburg 1993.
- Schmidt, Manfred G.:** Demokratietheorien. Eine Einführung, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen 2008.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina:** Das Politiklexikon, 4. aktual. Aufl., Bonn 2006.
- Schwartz, Benjamin:** Themes in Intellectual History. May Fourth and After, in: *The Cambridge History of China. Republican China 1912–1949*, Part 1, S. 427-430.
- Sebastian Conrad/Andreas Eckert:** Globalgeschichte, Globalisierung, multiple Modernen. Zur Geschichtsschreibung der modernen Welt, Frankfurt 2007.
- Seidman, Gay W.:** Adjusting the Lense. What do Globalization, Transnationalism, and the anti-Apartheid Movement mean for Social Movement Theory, in: John A. Guidry/Michael D. Kennedy (Hrsg.), *Globalizations and Social Movements. Culture, Power and the Transnational Public Sphere*, Michigan 2003, S. 339-358.
- Seiter, John S./Gass, Robert H.:** Credibility and Public Diplomacy, in: Phillip M. Taylor/Nancy Snow (Hrsg.), *Routledge Handbook of Public Diplomacy*, New York 2008, S. 154-66.
- Selden, Mark:** The Social Origins and Limits of the Democratic Movement, in: Roger V. Des Forges/Luo Ning/Wu Yen-bo (Hrsg.), *Chinese Democracy and the Crisis of 1989. Chinese and American Reflections*, New York 1993, S. 107-135.
- Seymor, James D.:** The Fifth Modernization. China's Human Rights Movement 1978-1979, Stanfordville 1980.
- Shaozi, Su:** The Formation and Characteristics of China's existing System, in: Roger V. Des Forges/Luo Ning/Wu Yen-bo (Hrsg.), *Chinese Democracy and the Crisis of 1989. Chinese and American Reflections*, New York 1993, 9-21.
- Shonfield, Andrew:** The Duncan Report and Its Critics, in: *International Affairs* (Royal Institute of International Affairs 1944-) 46 (2), April 1970, S. 247-68.

**Snow, David A./Benford, Robert D.:** Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment, in: *Annual Review of Sociology* 26, 2000, S. 611-39.

**Snow, Nancy/Taylor, Phillip M.:** The Routledge Handbook of Public Diplomacy, New York 2008.

**Spence, Jonathan D.:** Chinas Weg in die Moderne, München 2001.

**Spengler, Oswald:** Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, München 2003 [1918].

**Staiger, Brunhild:** Das große China-Lexikon, Darmstadt 2003.

**Stavrianos, Leften:** Global Rift. The Third World comes of Age, New York 1981.

**Strand, David:** Protest in Beijing. Civil Society and Public Sphere in China, in: *Problems of Communism* 39, 1990, S. 1-19.

**Ders.:** Civil Society and Public Sphere in Modern Chinese History, in: Roger V. Des Forges/Luo Ning/Wu Yen-bo (Hrsg.), *Chinese Democracy and the Crisis of 1989: Chinese and American Reflections*, New York 1993, S. 53-87.

**Sullivan, Lawrence:** The Emergence of Civil Society in China, Spring 1989, in: Tony Saich (Hrsg.), *The Chinese People's Movement. Perspectives on Spring 1989*, New York 1990, S. 126-44.

**Tarrow, Sidney G.:** Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, 2. Aufl., Cambridge 1998.

**Taylor, Philip M.:** Public Diplomacy and Strategic Communication, in: Nancy Snow/Philip M. Taylor (Hrsg.), *Routledge Handbook of Public Diplomacy*, New York 2008, S. 12-19.

**Li, Tieying 李铁映:** *Guanyu woguo jiaoyu gongzuo ruogan wenti de huibao* 关于我国教育工作若干问题的汇报 [Ein Bericht über diverse Erziehungsprobleme in unserem Land], in: *Renmin Ribao* (The People's Daily), Übersee-Ausgabe, 03.01.1990.

**Tomlinson, John:** Globalization and Cultural Identity, in: David Held/Anthony McGrew (Hrsg.): *The Global Transformations Reader*, Cambridge 2003, S. 269-278.

**Toynbee, Arnold J.:** A Study of History, Abridgement of Volumes VII-X, Oxford 1987.

**Ders.:** A Study of History. Abridgement of Volumens I-VI, Oxford 1987.

- Tsao, Tsing-Yuan:** The Birth of the Goddess of Democracy, in: Jeffrey Wasserstrom/Elizabeth Perry (Hrsg.), *Popular Protest and Political Culture in Modern China*, Oxford 1992, S. 140-147.
- Vlahos, Michael:** Public Diplomacy as Loss of World Authority, in: Phillip M. Taylor/Nancy Snow (Hrsg.), *Routledge Handbook of Public Diplomacy*, New York 2004, S. 24-39.
- Volkery, Carsten:** BBC in Iran. Programm gegen die Jubel-Perser, in: *Der Spiegel Online* Ausgabe, 18.06.2009, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,631136,00.html>.
- Wagner, Rudolf G.:** Political Institutions, Discourse and Imagination in China at Tian'anmen, in: James Manor (Hrsg.), *Rethinking Third World Politics*, New York 1991, S. 121-45.
- Walder, Andrew G./Gong, Xiaoxia:** Workers in the Tiananmen Protests: The Politics of the Beijing Workers' Autonomous Federation, in: *The Australian Journal of Chinese Affairs* 29, Januar 1993, S. 1-29.
- Waller, Michael:** The End of Communist Power Monopoly, Manchester 1993.
- Wallerstein, Immanuel:** The Modern World System Bd. 1: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century, New York 1974.
- Ders.:** The Modern World System Bd. 2: Mercantilism and the Consolidation of the European World Economy, 1600-1750, New York 1980.
- Ders.:** The Modern World System Bd. 3: The Second Era of Great Expansion of the Capitalist World Economy, New York 1989.
- Warf, Barney/Arias, Santa (Hrsg.):** The Spatial Turn. Interdisciplinary Perspectives, London 2008.
- Wasserstrom, Jeffrey N./Esherick, Joseph:** Acting out Democracy. Political Theater in Modern China, in: *Journal of Asian Studies* 49 (4), November 1990, S. 835-865.
- Ders.:** Afterword. History, Myth and the Tales of Tiananmen, in: Joseph Esherick/Jeffrey N. Wasserstrom (Hrsg.), *Popular Protest and political Culture in modern China. Learning from 1989*, Oxford 1992, S. 244-280.
- Watanabe, Yasushi:** Soft Power Superpowers. Cultural and National Assets of Japan and the United States, New York 2008.

- Webber, Frances:** The Pinochet Case. The Struggle for the Realization of Human Rights, in: *Journal of Law and Society* 26 (4), Dezember 1999, S. 523-537.
- Welch, David:** Nazi Propaganda and the Volksgemeinschaft: Constructing a People's Community, in: *Journal of Contemporary History* 39 (2), *Understanding Nazi Germany*, April 2004, S. 213-38.
- Welsch, Wolfgang:** Transkulturalität – die veränderte Verfassung heutiger Kulturen, in: Freimut Duve (Hrsg.), *Sichtweisen. Die Vielfalt in der Einheit*, Weimar 1994, S. 83-122.
- Ders.:** Was ist eigentlich Transkulturalität?, in: Thomas Lüttenberg/Lucyna Darowska/Claudia Machod (Hrsg.), *Hochschule als transkultureller Raum?: Kultur, Bildung und Differenz in der Universität*, Bielefeld 2010, S. 39-67.
- Wilson, Jeanne L.:** 'The Polish Lesson': China and Poland 1980-1990, in: *Studies in Comparative Communism* XXIII, 3/4, Herbst/Winter 1990, S. 259-80.
- Wolfrum, Edgar:** Die geprüfte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.
- Womack, Brantley:** Media and the Chinese Public: A Survey of the Beijing Media Audience, Armonk 1986.
- Ders.:** Democracy and the Governing Party (执政党): A Theoretical Perspective, in: *Journal of Chinese Political Science* 10 (1), 2005.
- Wright, Teresa:** State Repression and Student Protest in Contemporary China, in: *The China Quarterly* 157, März 1999, S. 142-172.
- Xiaobo, Liu:** The Rise of Civil Society in China, in: *China Rights Forum* 3, 2003, S. 16-21.
- Xie, Yu/Zhao, Xinshu:** Western Influence on (People's Republic of China) Chinese Students in the United States, in: *Comparative Education Review*, 36 (4), November 1992, S. 509-529.
- Yu, Mok Chiu/Harrison, J. Frank:** Voices from Tiananmen Square. Beijing Spring and the Democracy Movement, Michigan 1996.
- Zedong, Mao:** Selected Works, Beijing 1976.
- Zeman, Z. A. B.:** The Making and Breaking of Communist Europe, Oxford 1991.
- Zhang, Dake 张大可:** *Fanyou he Wenge qujian de zhongguo zhishifenzi* 反右和文革期间的中国知识分子 [Chinas Intellektuelle während der Anti-Rechts-Bewegung und der

Kulturrevolution], in: Jia Chunzeng, *Zhishifenzi yu zhongguo shehui biange* 知识分子与中国社会变革 [Intellektuelle und Reform in der chinesischen Gesellschaft], Beijing 1996, S. 150-177.

**Zhang, Li/Ong, Aihwa:** Privatizing China. Socialism from Afar, Ithaka 2008.

**Zhao, Dingxin:** Reform and Discontent. The Causes of the 1989 Chinese Student Movement, Montreal 1994.

**Ders.:** The Power of Tiananmen. State-Society Relations and the 1989 Beijing Student Movement, Chicago 2001.

**Zhao, Yuezhi:** Media, Market and Democracy in China. Between the Party Line and the Bottom Line, Chicago 1998.

**Zheng, Yongnian:** Will China become Democratic? Elite, Class and Regime Transition, Singapur 2004.

**Zhu, Jianhua/He Zhou:** The 'Voice of America' and China: Zeroing in on Tiananmen Square, in: *Journalism Monographs* 143, 1994, S. 1-52.

**Zweig, David/Ogden, Suzanne et. al. (Hrsg.):** China's Search for Democracy. The Student and the Mass Movement of 1989, Armonk 1992.